Methodische Richtlinien

zur Bewertung
von dienstlichem Schriftgut

MINISTERRAT DER DDR
MINISTERIUM DES INNERN
STAATLICHE ARCHIVVERWALTUNG

Methodische Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut

Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin 1987

Herausgeber: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium des Innern
Staatliche Archivverwaltung

Redaktionsschluß: 31. Juli 1987

(610/62) Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik
Lizenz-Nr. 751 – 3061/88
Fotosatz: Vordruck-Leitverlag Berlin
Druck und Buchbinder: Mühlhäuser Druckhaus

Inhaltsübersicht

Einleitung

Ausgehend von den Beschlüssen des XI. Parteitages der SED forderte der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei, Genosse Armeegeneral Friedrich Dickel, „verstärkt ... die Archivarbeit auf die planmäßige und vollständige Sicherung der Dokumente über das Werden und Wachsen der DDR als des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates auf deutschem Boden auszurichten" (AM 37/1987 H. 3, S. 81).

Es gilt also, die kontinuierliche Ergänzung des Staatlichen Archivfonds der DDR und seine qualitative Erweiterung mit aussagekräftigen Dokumenten immer besser zu gewährleisten, um ihre Auswertung im Interesse der sozialistischen Gesellschaft zu ermöglichen. Eine Schlüsselfunktion bei der Lösung dieser Aufgaben des staatlichen Archivwesens kommt dabei den Verwaltungsarchiven aller Bereiche und Ebenen zu, insbesondere bei der lückenlosen Erfassung und Übernahme des dienstlichen Schriftgutes aus den aktenführenden Stellen, seiner Bewertung und der ordnungsgemäßen Übergabe des dabei ermittelten Archivgutes an das zuständige Endarchiv bzw. der Kassation des nichtarchivwürdigen dienstlichen Schriftgutes nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen.

Die Aufgaben und Pflichten der staatlichen Organe und Einrichtungen, der Kombinate, Betriebe und Einrichtungen der sozialistischen Wirtschaft sowie der sozialistischen Genossenschaften sind insbesondere im § 10 der Verordnung vom 11. März 1976 über das staatliche Archivwesen sowie § 9 der 1. Durchführungsbestimmung vom 19. März 1976 grundsätzlich fixiert (GBl. I Nr. 10 S. 165 ff.). Die Verwaltungsarchive haben als Funktionalorgane der Registraturbildner die Einhaltung dieser Rechtsvorschriften zu gewährleisten und mit hoher Effektivität durchzusetzen.

Im Rahmen der in der Archivverordnung festgelegten Gesamtverantwortung für die Entwicklung des staatlichen Archivwesens hat sich die Staatliche Archivverwaltung in der zurückliegenden Zeit verstärkt der Profilierung der Arbeit der Verwaltungsarchive zugewandt. Hierbei standen Fragen der Einflußnahme auf die Schriftgutverwaltung, der Sicherung, Bewertung und Kassation des dienstlichen Schriftgutes sowie der Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der damit verbundenen Arbeitsprozesse im Vordergrund. Eine Reihe von Bewertungshilfsmitteln mit allgemeinverbindlicher Gültigkeit wurde erarbeitet und eingeführt, um die Arbeit in den Verwaltungsarchiven effektiver und rationeller gestalten zu können. Zu verweisen ist hier vor allem auf das „Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien (RVK)", das nach umfassender Überarbeitung von der Staatlichen Archivverwaltung im Staatsverlag der DDR 1986 in einer Neufassung herausgegeben wurde.

Als weitere Bewertungshilfsmittel wurden von der Staatlichen Archivverwaltung zur Nutzung in allen Archivtypen erarbeitet:

- Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum 1945-1981;
- Rahmenarchivgutverzeichnis für den Bereich Industrie 1949-1975;
- Übersicht über geltende Rechtsvorschriften, Bestimmungen, Richtlinien und Schriftgutbewertungsverzeichnisse für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut;
- Auswahlbibliographie zur Bewertung von dienstlichem Schriftgut;
- Richtlinien für die Erfassung und Übernahme von dienstlichem Schriftgut aus den aktenführenden Stellen durch die Verwaltungsarchive; für die Kassation von dienstlichem Schriftgut; für die Übergabe/Übernahme von Archivgut aus den Verwaltungsarchiven in die Endarchive.

Um ihre Anwendung im täglichen Arbeitsprozeß noch besser zu gewährleisten, werden diese Hilfsmittel zusammengefaßt als „Methodische Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut" in einem Sammelordner herausgegeben.

Die darin enthaltenen Materialien sind ein wichtiges Arbeitsmittel für die Mitarbeiter in den Verwaltungsarchiven aller Registraturbildner zur Gewährleistung einer effektiven Arbeit auf dem Ge-

biet der Bewertung von dienstlichem Schriftgut sowie der Ermittlung und Sicherung des Archivgutes.

Ihre Verbindlichkeit beruht auf den Bestimmungen des § 8 der Archivverordnung, wonach die Staatliche Archivverwaltung ihre Leitungsverantwortung gegenüber den Archiven der staatlichen Organe und Einrichtungen, der Kombinate, Betriebe und Einrichtungen der sozialistischen Wirtschaft und den sozialistischen Genossenschaften auch durch die Herausgabe von „verbindlichen fachmethodischen Grundsätzen" wahrnimmt.

Maßgebend für die Auswahl und Aufnahme der genannten Dokumente in dem vorliegenden Sammelordner war der Gesichtspunkt der Aufgabenstellung der Verwaltungsarchive auf dem Gebiet der Bewertung und Bestandsergänzung. Die Verwaltungsarchive sind verantwortlich für die

- lückenlose Erfassung und Übernahme des dienstlichen Schriftgutes aus den aktenführenden Stellen bei weitestgehender Durchsetzung des Prinzips der positiven Wertauslese des potentiellen Archivgutes bereits in den aktenführenden Stellen;
- dessen Erschließung zwecks Nutzung für die Aufgabenerfüllung des Registraturbildners;
- Bewertung des übernommenen dienstlichen Schriftgutes entsprechend den vorliegenden Hilfsmitteln und den dafür vorhandenen betrieblichen Dokumenten (Schriftgutbewertungsverzeichnisse);
- enge, den Rechtsvorschriften entsprechende Zusammenarbeit mit dem zuständigen Endarchiv zur Festlegung des Archivgutes und dessen Übergabe (Registraturbildner der Wertkategorie 1);
- Aufbewahrung der im Schriftgutbewertungsverzeichnis mit A gekennzeichneten Positionen zwecks Auswertung für die Betriebsgeschichte (Registraturbildner der Wertkategorie 3). Eine Kassation solcher Dokumente, die nicht vom Endarchiv übernommen werden, ist frühestens nach einer Aufbewahrungsfrist von 25 Jahren zulässig, sofern nicht aus rechtlichen oder anderen Gründen auf eine langfristige oder ständige Aufbewahrung entschieden werden muß;
- kontinuierliche Kassation des Schriftgutes, dessen Aufbewahrungsfrist abgelaufen ist und dessen Wert für die Aufgabenerfüllung erloschen ist.

Dafür stehen den Verwaltungsarchivaren in erster Linie die entsprechenden bereichsspezifischen bzw. betrieblichen Dokumente, das Schriftgutbewertungsverzeichnis, die Archivordnung, der Aktenplan und die davon abgeleiteten Aktenverzeichnisse der einzelnen Struktureinheiten sowie das Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien zur Verfügung. Mit der Herausgabe der Methodischen Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut wird dieses Instrumentarium weiter vervollständigt.

Eine formale und isolierte Anwendung der einzelnen Dokumente, die dadurch mögliche Verkennung historischer Zusammenhänge würde die angestrebte Effektivität und Qualität der Bewertung wesentlich einschränken. Notwendig ist deshalb die wechselseitige Heranziehung der in dem vorliegenden Ordner zusammengefaßten Hilfsmittel in Verbindung mit dem Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien und mit den genannten speziellen Dokumenten.

Die Verbreitung der in den Methodischen Richtlinien zur Bewertung von dienstlichem Schriftgut zusammengefaßten Materialien bis zu der aktenführenden Stelle dient der weiteren Durchsetzung des Prinzips der positiven Wertauslese. Die Kenntnis der Kriterien, auf deren Grundlage das Archivgut ermittelt wird, der Dokumentationsschwerpunkte und analoger Archivgutpositionen an Hand des Beispiels des Rahmenarchivgutverzeichnisses für den Bereich Industrie, der rechtlichen Grundlagen und der theoretischen Erkenntnisse sowie der praktischen Richtlinien versetzt bereits den Bearbeiter des Vorganges in die Lage, das bei ihm entstehende potentielle Archivgut zu erkennen und bis zur Übergabe an das Verwaltungsarchiv entsprechend zu behandeln.

Zu den Methodischen Richtlinien zur Bewertung von dienstlichem Schriftgut gehören folgende Dokumente:

Das Rahmendokumentationsprofil als grundlegendes Bewertungshilfsmittel der positiven Wertauslese, das diejenigen gesellschaftlichen Tatsachen nachweist, die wegen ihrer Bedeutung für den historischen Prozeß quellenmäßig zu belegen, d. h. mit Archivgut zu dokumentieren sind. Es informiert über die historischen Tatsachen, Ereignisse und Prozesse, die für die Entwicklung im Republiksmaßstab von Bedeutung sind und ist übergreifend anwendbar. Die darauf beruhenden Dokumentationsprofile der verschiedenen Endarchive sind mit solchen Dokumentationsschwerpunkten ergänzt, die sowohl die territoriale Spezifik als auch den speziellen Beitrag der einzelnen Registraturbildner an der gesamtgesellschaftlichen und der territorialen Entwicklung berücksichtigen.

Für die Nutzung des Rahmendokumentationsprofils in den Verwaltungsarchiven kommt es darauf an, diejenigen Dokumentationsschwerpunkte zu kennzeichnen, die auf Grund der gesellschaftlichen Aufgabenstellung des jeweiligen Registraturbildners mit aussagekräftigen Dokumenten belegt werden können und weiterhin das Rahmendokumentationsprofil mit den ergänzenden Dokumentationsschwerpunkten des zuständigen Endarchivs anzureichern.

Die Herausarbeitung der Dokumentationsschwerpunkte, die bei dem jeweiligen Registraturbildner entsprechend seiner Funktion und Zuständigkeit mit Dokumenten belegt werden können, ist von grundlegender Bedeutung für den weiteren Bewertungsprozeß.

Das Rahmenarchivgutverzeichnis für den Bereich Industrie (RAGVI)
Als wichtiges Arbeitsmittel für die zweite Bewertungsstufe – die Bewertung des konkreten Dokuments – wurden für die Mehrzahl der gesellschaftlichen Bereiche Archivgutverzeichnisse geschaffen, die die in dem jeweiligen Bereich als Archivgut dauernd aufzubewahrenden Dokumente aller Leitungsebenen nachweisen. Als ein derartiges Arbeitsmittel hat das „Rahmenarchivgutverzeichnis für den Bereich Industrie" Aufnahme in den vorliegenden Ordner „Methodische Richtlinien . . ." gefunden. Prinzipiell deckt sich sein Anwendungsbereich mit dem Geltungsbereich der Verordnung vom 8. November 1979 über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe (GBl. I Nr. 38 S. 355). Darüber hinaus hat es aber auch Bedeutung als methodisches Arbeitsinstrument, insbesondere als es die wichtigen Dokumente der Planung, Leitung und Berichterstattung nachweist, die auch bei Registraturbildnern anderer Bereiche zu den informationsintensivsten gehören. Dadurch kann auch das RAGVI mit seinen Vorgaben sowohl als Anleitung für die Bewertungsentscheidungen sowie für die Ausarbeitung von Schriftgutbewertungsverzeichnissen herangezogen werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die archivwürdige Dokumentation nachgeordneter, in die Wertkategorie 3 eingestufter Registraturbildner im Bestand des übergeordneten Registraturbildners gesichert werden muß. Die Dokumentationsschwerpunkte des RAGVI korrespondieren teilweise mit denen des Abschnittes Industrie des Rahmendokumentationsprofils, sind aber für diesen Geltungsbereich konkreter gefaßt und daher anwendbar sowohl bei den Registraturbildern der Industrie, als auch in den mit der Leitung von Prozessen in der Industrie zuständigen staatlichen Organen und Einrichtungen.

Als ein wichtiges Orientierungsmittel ist auch die neubearbeitete „Übersicht über geltende Rechtsvorschriften, Bestimmungen, Richtlinien und Schriftgutbewertungsverzeichnisse für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut" dem vorliegenden Ordner beigefügt. Diese Übersicht, die die entsprechende Publikation von 1969 ersetzt, informiert die Leiter und Mitarbeiter der Archive in allen Bereichen über die geltenden Rechtsvorschriften, Weisungen, methodischen Materialien und anderen Bestimmungen beim Umgang mit dienstlichem Schriftgut, insbesondere über dessen ordnungsgemäße Aufbewahrung und Kassation. Die in der Übersicht aufgeführten Rechtsvorschriften erleichtern den Zugang zu deren einschlägigen, für die Archivarbeit wichtigen Bestimmungen, die zum Teil wörtlich zitiert werden, um dem Nutzer das zeitaufwendige Nachschlagen an den verschiedenen Fundorten zu ersparen.

Durch den Nachweis auch von Schriftgutbewertungsverzeichnissen und anderen bereichs- bzw. betriebsspezifischen und -internen Bewertungshilfsmitteln sollen die Zusammenarbeit zwischen den Registraturbildnern auf diesem Gebiet, die Möglichkeiten der Nachnutzung für die Ausarbeitung entsprechender eigener Bewertungshilfsmittel und der Erfahrungsaustausch gefördert werden. Zu-

gleich macht die Übersicht deutlich, in welchen Bereichen noch die notwendigen spezifischen Bewertungshilfsmittel fehlen.

Auswahlbibliographie zur Bewertung von dienstlichem Schriftgut. 1970 übergab die Staatliche Archivverwaltung den Mitarbeitern des Archivwesens eine „Auswahlbibliographie zur Informationsbewertung", die die bis dahin erschienenen wichtigsten Veröffentlichungen zu Fragen der Informationsbewertung aus der DDR, der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten sowie wichtige Veröffentlichungen in den nichtsozialistischen Staaten ausweist. Die vorliegende Neubearbeitung führt diese Bibliographie bis zur Gegenwart weiter und nimmt die bereits 1970 bzw. 1974 (1. Nachtrag im Informationsdienst der STAV Nr. 32 S. 58-74) veröffentlichten Titel in sich auf.

Entsprechend der gemeinsamen Grundlage der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, dem sozialistischen Eigentum am Archivgut, sind die Veröffentlichungen aus der DDR, der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Arbeit in unseren Archiven vorrangig berücksichtigt. Damit wird jedem Mitarbeiter des Archivwesens die Möglichkeit geboten, sich sowohl über Entwicklungsrichtungen auf dem Gebiet der Bewertung und Bestandsergänzung als auch spezielle Aspekte der Bewertung zu orientieren und Schlußfolgerungen für die Bewältigung der aktuellen Aufgaben des Archivwesens der DDR zu ziehen.

Von besonderer Bedeutung für die Arbeit der Verwaltungsarchive auf dem Gebiet der umfassenden Sicherung der Dokumente sind die „Richtlinien für die Erfassung und Übernahme von dienstlichem Schriftgut aus den aktenführenden Stellen durch die Verwaltungsarchive; für die Kassation von dienstlichem Schriftgut; für die Übergabe/Übernahme von Archivgut aus den Verwaltungsarchiven in die Endarchive". Sie bezwecken die einheitliche und effektive Gestaltung der lückenlosen Erfassung des in den Struktureinheiten (aktenführenden Stellen) entstandenen dienstlichen Schriftgutes und dessen ordnungsgemäße Übernahme in das Verwaltungsarchiv, die den geltenden Rechtsvorschriften entsprechende Regelung des Kassationsverfahrens und die rationelle Vorbereitung und Durchführung der Übergabe des Archivgutes an das zuständige Endarchiv entsprechend den Bestimmungen der 1. DB vom 19. März 1976 zur Archivverordnung. Die konsequente Durchsetzung dieser Richtlinien schafft die erforderlichen Bedingungen nicht nur für die Benutzung und Auswertung der Dokumente im Interesse der Aufgabenerfüllung des jeweiligen Registraturbildners bzw. zur Wahrung der Interessen der Bürger sondern ebenso für die planmäßige Ergänzung des Staatlichen Archivfonds mit Dokumenten über die sozialistische Revolution.

Mit der Herausgabe der vorstehend genannten methodischen Richtlinien und ihrer Zusammenführung in einen Ordner wird das Ziel verfolgt, die Mitarbeiter der Verwaltungsarchive noch besser zu befähigen, den steigenden Anforderungen an die Archivarbeit und damit ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nachzukommen. Es gilt, für die Gegenwart und Zukunft eine solche Überlieferung zu sichern, die das Ringen der Werktätigen in unseren Tagen bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR umfassend dokumentiert. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, erfordert Beherrschung der materialistischen Dialektik und fundierte historische Kenntnisse als Voraussetzung für die schöpferische Anwendung der genannten methodischen Hilfsmittel. Zugleich sollen diese auch zu einer einheitlichen Gestaltung der Bestandsergänzung sowie zum Abbau noch bestehender Niveauunterschiede in der Archivarbeit beitragen.

Die hier zusammengefaßten Hilfsmittel spiegeln den erreichten Erkenntnisstand wider. Sie weiterzuentwickeln und die Erfahrungen bei ihrer praktischen Nutzung zu analysieren, zu verallgemeinern und darauf aufbauend zu aktualisieren, bleibt eine ständige Aufgabe, die auch den schöpferischen Beitrag der Mitarbeiter in den Verwaltungsarchiven einschließt.

Potsdam, 31. Juli 1987

Staatliche Archivverwaltung

Abkürzungsverzeichnis

ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät
ABI	Arbeiter-und-Bauern-Inspektion
ACZ	Agrochemisches Zentrum
AIV	Agrarindustrielle Vereinigung
BEK	Bund evangelischer Kirchen
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BKV	Betriebskollektivvertrag
BMSR-Technik	Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regelungstechnik
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSB	Betrieb(e) mit staatlicher Beteiligung
CDU	Christlich-Demokratische Union
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (Československá socialistická republica)
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschland
DEFA	Deutsche Film Aktiengesellschaft
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FZR	Freiwillige Zusatzrentenversicherung
GAN	Generalauftragnehmer
GPG	Gärtnerische Produktionsgenossenschaft
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HO	Handelsorganisation
IDFF	Internationale Demokratische Frauenföderation
IG	Industriegewerkschaft
IOC	International Olympic Committee
KAP	Kooperative Abteilung Pflanzenproduktion
KIM	Kombinat Industrielle Mast
KKW	Kernkraftwerk
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWU	Kommunales Wirtschaftsunternehmen
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LPG (P)	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Pflanzenproduktion
LPG(T)	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Tierproduktion
MAS	Maschinen-Ausleihstation
MMM	Messe der Meister von morgen
MTS	Maschinen-Traktoren-Station
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NSW-Gebiet	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet

NVA	Nationale Volksarmee
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
POS	Polytechnische Oberschule
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RLN	Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft
RTS	Reparatur-technische Station
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
SV	Sportvereinigung
TKO	Technische Kontrollorganisation
TÖZ	Technisch-ökonomische Zielstellung
TUL	Transport, Umschlag und Lagerung
UN (O)	United Nations (Organization)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEAB	Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VVB	Vereinigung bzw. Verwaltung Volkseigener Betriebe
VVEAB	Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe landwirtschaftlicher Erzeugnisse
VVG	Vereinigung Volkseigener Güter
VVMAS	Vereinigung Volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WBDJ	Weltbund der Demokratischen Jugend
WGB	Weltgewerkschaftsbund
WHO	World Health Organization
ZA	Zentralausschuß
ZBE	Zwischenbetriebliche Einrichtung
ZBO	Zwischenbetriebliche Bauorganisation
ZEW	Zwischengenossenschaftliche Einrichtung der Waldwirtschaft

Anwendungshinweise

Das Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR (im folgenden Rahmendokumentationsprofil) wird auf der Grundlage der Verordnung vom 11. März 1976 über das staatliche Archivwesen, § 8, 2 herausgegeben.

Das Dokumentationsprofil (DP) kennzeichnet als Hilfsmittel für die positive Wertauslese **die wesentlichen Anforderungen an den Inhalt der zu archivierenden Quellen aus dem Zuständigkeitsbereich eines Archivs für einen konkreten Zeitraum unter der Beachtung der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem. Es ist deshalb die inhaltlich-konzeptionelle Grundlage für die Bewertung und Bestandsergänzung. Das DP enthält diejenigen gesellschaftlichen Tatsachen, die wegen ihrer Bedeutung mit Archivgut zu dokumentieren sind, und stellt eine objektivierte Vorgabe für die Bewertung dar.**

Das DP ist zugleich Vorgabe und Regulativ für die Bewertung der Registraturbildner. Es bestimmt die Strategie in der Rangfolge und Intensität der Zusammenarbeit mit den Registraturbildnern entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und der Aussagekraft ihres Schriftgutes. **Im Prozeß der Bestandsergänzung dient das DP der Kontrolle der vollständigen Dokumentierung relevanter historischer Tatsachen und erforderlichenfalls der Schließung von Dokumentationslükken durch zielgerichtete Ermittlung weiterer Quellen.**

Das DP ist ein Hilfsmittel für die inhaltliche Abstimmung zwischen den Endarchiven verschiedener Archivfonds sowie innerhalb eines Archivfonds unter Berücksichtigung der territorialen und institutionellen Zuständigkeit und unter Beachtung der Grundsätze für die Archivierung von Dokumenten mit sich wiederholendem Inhalt. Ferner ermöglicht das DP eine gezielte Abstimmung der Quellensicherung mit anderen historisch orientierten Dokumentationseinrichtungen (Bibliotheken, Museen). Das gilt einerseits für die Erfassung und Übernahme bzw. Bewertung bestimmter Dokumente und Bestände, z. B. Sammlungsgut, Nachlässe, anderseits für die Dokumentation bestimmter historischer Tatsachen mit spezifischen historischen Quellen der jeweiligen Institutionen.

Darüber hinaus ist das DP ein Bewertungshilfsmittel für die Vorbereitung und Durchführung von Arbeiten an Beständen im Endarchiv, vor allem für die Einstufung der Bestände in Wertgruppen, für die Erschließung und für die Auswertung. **Das vorliegende Rahmendokumentationsprofil (RDP) umfaßt die Gesamtheit wichtiger gesellschaftlicher Sachverhalte historischen Charakters, die sich im Schriftgut staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit niederschlagen und deshalb durch die Bestände des STAFO zu dokumentieren sind.** Das RDP ist aus praktischen Gründen auf die Gesellschaftsformation Sozialismus begrenzt, die hinsichtlich der Bestandsergänzung für die staatlichen Archive im Vordergrund steht. Es ist gemäß der Periodisierung der Geschichte der DDR in vier Abschnitte gegliedert, innerhalb dieser einheitlich nach 14 gesellschaftlichen Bereichen. Jedem dieser Abschnitte sind unter der Überschrift ,,Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung" Ausführungen zu den den jeweiligen Zeitraum bestimmenden Prozessen vorangestellt. In das RDP sind aus der Geschichte der Parteien und Massenorganisationen, jeweils in der ersten Untergruppe der vier Abschnitte, wichtige historische Tatsachen aufgenommen worden, die für die in den Beständen des STAFO zu dokumentierende gesellschaftliche Entwicklung von grundlegender Bedeutung sind. Damit wird darauf orientiert, die Wechselwirkung zwischen der Partei der Arbeiterklasse sowie den ihr befreundeten Parteien und den Massenorganisationen einerseits und der Tätigkeit des Staats- und Wirtschaftsapparates anderseits in dem Maße zu dokumentieren, wie sie sich in den staatlichen Beständen widerspiegelt. Das gilt namentlich für die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft. Die Dokumentierung der Geschichte der SED, der anderen Parteien und Massenorganisationen dagegen stützt sich auf das in deren Tätigkeit erwachsene Archivgut und ist Aufgabe des Archivwesens dieser Organisationen. **Das RDP faßt jeweils die historischen Tatsachen, Ereignisse und Prozesse unter allgemeineren Fragestellungen zusammen, die für die Entwicklung der Geschichte der DDR bestimmend sind und damit auch für die Geschichte der einzelnen Territorien der DDR.** Dazu gehören:

- Die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse;
- die wachsende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei;
- die Entfaltung des bewußten Kampfes der Volksmassen unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse beim Aufbau und bei der weiteren Gestaltung des Sozialismus sowie der Bündnispolitik der Klassen und Schichten;
- die wachsende Bedeutung des sozialistischen Staates als Machtinstrument der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten beim sozialistischen Aufbau sowie die Entfaltung des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie;
- das Auftreten, die Abwehr und die Ausschaltung antisozialistischer Elemente und hemmender Faktoren beim Aufbau und bei der weiteren Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung;
- die wirtschaftliche Entwicklung in allen ihren Zweigen einschließlich der Außenwirtschaft unter Hervorhebung der für den Zuständigkeitsbereich des betreffenden Archivs spezifischen Bereiche;
- die Steigerung der sozialpolitischen Leistungen einschließlich der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen;
- die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens einschließlich des Bildungswesen;
- die Dialektik von internationaler und nationaler Entwicklung, die Entfaltung des proletarischen Internationalismus; internationale Beziehungen und Außenwirtschaft.

Das RDP ist im Zusammenhang mit den anderen Bewertungshilfsmitteln schöpferisch anzuwenden. Die einzelnen Endarchive konkretisieren bzw. ergänzen die allgemeinen Vorgaben des RDP gemäß dem territorialen Profil ihres Sprengels und den Besonderheiten in der historischen Entwicklung der materiellen und nichtmateriellen Bereiche in dem Maße, wie es für die Bewertung des Schriftgutes und die Feststellung ihrer Dokumentationsfähigkeit als inhaltliche Vorgabe notwendig ist.

Als Grundlagen und Hilfsmittel für die Ergänzung des RDP durch die Endarchive der verschiedenen Ebenen dienen die Direktiven der SED für den Fünfjahrplan sowie die entsprechenden territorialen Planungs- und Abrechnungsdokumente, die Statistischen Jahrbücher der DDR und der Bezirke und Kreise sowie Archivgut komplexen Inhalts wie Jahresberichte und -analysen, Ratsprotokolle u. a. Das Rahmendokumentationsprofil wird periodisch fortgeschrieben. Die Bestellung des Rahmendokumentationsprofils beim Staatsverlag beinhaltet auch den Bezug der Ergänzungen.

Das „Rahmendokumentationsprofil" für die staatlichen Archive der DDR tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Potsdam, 1. September 1986

Leipold

Leiter
der Staatlichen Archivverwaltung

Literatur:
E. Brachmann-Teubner: Das Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum 1945-1982, ein Arbeitsbericht. In: AM 35/1985 H. 1, S. 24.

Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum 1945 bis 1981 (RDP)

Synoptische Tabelle

		1945-49	1949-61	1961-70	1971-81
Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung		16	33	53	68
1.	Politische Organisation der Gesellschaft	17	34	54	69
1.1.	Parteien und Massenorganisationen	17	34	54	69
1.2.	Massenbewegungen	21	35	54	71
1.3.	Staatsorgane	22	35	55	71
2.	Schutz von Staat und Gesellschaft	24	36	55	72
2.1.	Sicherheit und Verteidigung	24	36	55	72
2.2.	Kontrolle	24	37	56	72
2.3.	Justiz	24	37	56	72
3.	Industrie und Bauwesen	25	38	56	73
4.	Handwerk und Dienstleistungen	26	42	58	75
5.	Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft	27	42	58	75
6.	Umweltschutz und Wasserwirtschaft	28	44	60	76
7.	Binnen- und Außenhandel	28	44	60	77
8.	Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen	28	44	61	78
9.	Finanzen und Preise	29	45	61	78
10.	Bildung und Erziehung	29	46	62	79
11.	Kultur	30	47	63	79
12.	Jugendpolitik, Körperkultur und Sport	–	49	64	81
13.	Sozialpolitik und Gesundheitswesen	31	49	65	81
14.	Außenpolitik und internationale Verbindungen	31	50	66	82

1. Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945 bis 1949

Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung

Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Rote Armee und ihre Verbündeten in der Anti-Hitlerkoalition, Besetzung des Gebietes der sowjetischen Besatzungszone im Mai bzw. Juli 1945 (Thüringen, Teile von Sachsen, von Sachsen-Anhalt, von Mecklenburg). Zerschlagung der entscheidenden Machtorgane des faschistischen Staates.

Bildung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) als Teil einer alliierten Militärverwaltung Deutschlands für die Ausübung der obersten Regierungsgewalt in der sowjetischen Besatzungszone (Juni 1945). Aufnahme der Tätigkeit eines Alliierten Kontrollrates für die Ausübung der obersten Gewalt in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten sowie einer Alliierten Militärkommandantur für Berlin (Juli 1945, Beendigung der Zusammenarbeit 1948). Festlegung der Ziele und Prinzipien für die demokratische Neugestaltung Deutschlands durch die 4 Siegermächte im Potsdamer Abkommen (Juli/August 1945).

Sofortmaßnahmen der Roten Armee, deutscher Antifaschisten und Aktivisten der ersten Stunde zur Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen, zur Normalisierung und Ingangsetzung der Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens. Politisch-staatliche Führung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durch die revolutionäre Arbeiterklasse in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der SMAD. Aktionsprogramm der KPD für den Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands (Juni 1945).

Revolutionäre Umwälzung der Produktionsverhältnisse und des geistig-kulturellen und politischen Überbaus zugleich in Übereinstimmung mit den Deutschlandbeschlüssen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition, als ein Beitrag zur konsequenten Erfüllung des Potsdamer Abkommens. Kadermäßige Säuberung und Erneuerung der staatlichen Organe (Einsatz von Antifaschisten und Demokraten; Entnazifizierung). Beseitigung der ökonomischen und politischen Grundlagen von Faschismus, Militarismus und Imperialismus in einem mehrstufigen, antifaschistisch-demokratische und in immer stärkerem Maße sozialistische Elemente verbindenden einheitlichen revolutionären Prozeß: demokratische Bodenreform, Entmachtung von Großgrundbesitz und Monopolkapital in Landwirtschaft, Industrie, Finanz- und Bankwesen, Handel, Bauwesen und Verkehr. Herausbildung von 3 Sektoren der Wirtschaft (der neue volkseigene Sektor, der privatkapitalistische sowie der der einfachen Warenproduktion).

Schaffung der Grundlagen für eine tiefgreifende geistige Erneuerung. Schulreform zur Brechung des Bildungsmonopols und Verwirklichung demokratischer Bildungsziele, Ausrottung der Naziideologie, Auseinandersetzung mit Faschismus und Krieg in Kunst und Literatur und Anknüpfung an die progressiven Traditionen des kulturellen Erbes. Propagierung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse und der Kultur der Sowjetunion. Wege zur Herausbildung einer neuen Intelligenz als Bündnispartner der Arbeiterklasse.

Schutz der demokratischen Errungenschaften gegen Anschläge der entmachteten Klassen und äußerer Feinde durch die demokratische Justiz und neu aufgebaute Sicherheits- und Kontrollorgane.

Entstehung neuer Klassen- und Machtverhältnisse als Voraussetzung bzw. Folge der revolutionären Veränderungen. Verwirklichung der ideologischen und organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse durch Gründung der SED und zunehmende Durchsetzung ihrer wachsenden Führungsrolle. Sicherung der entscheidenden Positionen in den bestimmenden Staats- und Wirtschaftsorganen. Entstehung einheitlicher Gewerkschaften. Herausbildung der antifaschistischen Demokratie, unmittelbare Einbeziehung von Werktätigen in die staatliche Machtausübung und in die Leitung und Planung der Wirtschaft. Heranreifen eines neuen Klassenbewußtseins der Arbeiter durch die Erziehungsarbeit der Partei und auf der Grundlage der neuen Eigentumsverhältnisse; neue Einstellung zur Arbeit, Aktivistenbewegung. Entwicklung der Arbeiterklasse von einer ehemals unterdrückten zur Hegemonie ausübenden Klasse.

Herstellung enger Bündnisbeziehungen der Arbeiterklasse zu den werktätigen Bauern als Hauptbündnispartner der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Einbeziehung der fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums in den demokratischen Neuaufbau, vor allem durch Zusammenarbeit im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen.

Zusammenarbeit des Staates und der Kirchen bei der Linderung der durch den Krieg verursachten Not. Hilfeleistungen der Kirchen und Freikirchen (Methodisten, Baptisten).

Weitgehende Westorientierung der Kirchenleitungen bei entschiedenem Willen vieler Christen zur Zusammenarbeit mit Atheisten (besonders Marxisten) in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Endgültige Durchsetzung der Trennung von Staat und Kirche und damit auch von Schule und Kirche. Übernahme des Religionsunterrichts durch die Religionsgemeinschaften für die Kinder ihrer Gläubigen. Ausnahme des kirchlichen Grundbesitzes (ca. 50 Großbetriebe) bei der demokratischen Bodenreform.

Staatliche Unterstützung bei der Schaffung der materiellen Voraussetzungen für den Aufbau der acht jüdischen Kultusgemeinden in der Sowjetischen Besatzungszone.

Kampf gegen Hunger, Arbeits- und Obdachlosigkeit; schrittweise Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Aufnahme von Umsiedlern und Bombengeschädigten in Flüchtlingslagern und Massenquartieren. Eingliederung der Umsiedler in die Gesellschaft. Fürsorge für Bombengeschädigte und Kriegsopfer. Beginn der Durchsetzung grundlegender sozialpolitischer Ziele der Arbeiterbewegung, v. a. des Rechtes auf Arbeit, des Prinzips des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, der Gleichberechtigung der Frauen; Jugendförderung.

Beginn des Kampfes der SED gegen die imperialistische Besatzungspolitik in den Westzonen und in den Westsektoren Berlins.

Auslösung und Führung einer nationalen Volksbewegung durch die SED für den Abschluß eines Friedensvertrages, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, gegen das Wiederentstehen des deutschen Imperialismus und gegen die Spaltung Deutschlands.

Eindeutige Orientierung der SED auf die UdSSR und die volksdemokratischen Staaten Europas als Grundlage für sich entwickelnde außenpolitische und außenwirtschaftliche Beziehungen.

1.1. Politische Organisation der Gesellschaft

1.1.1. Parteien und Massenorganisationen

Antifaschistisch-demokratische Parteien

Zulassung antifaschistisch-demokratischer Parteien durch die SMAD (Befehl Nr. 2, Juni 1945).

Schaffung eines Bündnisses aller Antifaschisten auf Initiative des ZK der KPD und des Zentralausschusses der SPD durch Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien (Zentraler Blockausschuß; sich bildende Blockausschüsse auf Provinzial- und Länderebene, in Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden). Einheitliches Handeln durch Beschlußfassung nach dem Prinzip der Einstimmigkeit.

Durchsetzung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse, Unterstützung der progressiven Kräfte in den bürgerlichen Parteien in den Auseinandersetzungen mit reaktionären Politikern, Erweiterung des Blocks in der Folgezeit durch neue Parteien und demokratische Massenorganisationen (Juli 1945 ff.).

Parteien der Arbeiterklasse

Heraustreten der kommunistischen Organisationen aus der Illegalität. Entsendung von Initiativgruppen des ZK der KPD aus der Sowjetunion, Zusammenarbeit mit den Stäben der Roten Armee bei der

Normalisierung des Lebens, Vorbereitung des Wiederaufbaus legaler Parteiorganisationen, Aufnahme von Verbindungen zu Sozialdemokraten und bürgerlichen Hitlergegnern (Frühjahr 1945).

Aufbau von Parteiorganisationen der KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone unter Leitung bzw. maßgeblichem Einfluß des ZK der KPD bzw. des Zentralausschusses der SPD (ZA) in Berlin (Juni 1945 ff.).

Veröffentlichung programmatischer Richtlinien und Ziele der Arbeiterparteien (Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni; Aufruf des ZA der SPD vom 15. Juni).

Fortsetzung der im Widerstandskampf begonnenen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in Form gemeinsamer Arbeit in Aktionskomitees, Verwaltungsorganen, beim Aufbau der Gewerkschafts-, Frauen-, Jugendorganisationen.

Abschluß eines Aktionsabkommens zwischen ZK der KPD und ZA der SPD, Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses. Bildung von Aktionsausschüssen in den Ländern und Provinzen, Kreisen und Gemeinden (Juni 1945 ff.).

Vorbereitung des ideologischen und organisatorischen Zusammenschlusses von KPD und SPD zu einer einheitlichen revolutionären Partei der Arbeiterklasse in einer Reihe von Konferenzen und Parteitagen.

Forderung nach Vereinigung in den Reihen der Mitglieder der Arbeiterparteien in gemeinsamen Kundgebungen, Versammlungen, durch Belegschaften von Betrieben. Auseinandersetzung mit den von rechten SPD-Führern der Westzonen und Westberlins unterstützten Gegnern der Vereinigung (Ende 1945/Anfang 1946).

Vereinigung von KPD und SPD in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone von unten nach oben. Konstituierung der Betriebs-, Orts-, Kreis- und Landesorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Spaltung der Berliner SPD-Organisationen durch einen Westberliner Parteitag (März/April 1946).

Vereinigungsparteitag von KPD und SPD in Berlin. Gründung der SED. Beschluß der Grundsätze und Ziele und des Statuts der SED (21./22. April 1946).

Formierung der SED zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Weiterführung des ideologischen Klärungsprozesses durch Aneignung des Leninismus und der Erfahrungen der KPdSU durch die gesamte Partei (1946 ff.).

Aufbau eines einheitlichen Schulungssystems für alle Mitglieder (Mai 1946).

Beratung und Beschlußfassung der strategischen Konzeption bei der Weiterentwicklung von Partei und Gesellschaft auf den Parteitagen, Parteikonferenzen (Januar 1947 Kulturkonferenz, September 1947 II. Parteitag, Juli 1948 Staatspolitische Konferenz in Werder, Januar 1949 1. Parteikonferenz) und den Tagungen des Parteivorstandes (1947 bis 1949).

Bürgerlich-demokratische Parteien

Formierung bürgerlicher Parteigruppierungen christlich-demokratischer bzw. liberaldemokratischer Prägung auf örtlicher Ebene mit unterschiedlicher Bezeichnung, Programmatik (Juni 1945).

Gründung der Christlich-Demokratischen Union in Berlin als Vertretung religiös gebundener Teile der Bourgeosie, des Kleinbürgertums, der Arbeiterklasse (Juni 1945).

Gründung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in Berlin als Vertretung von Angestellten, Intellektuellen, Handwerkern und Gewerbetreibenden, mittleren und kleinen Unternehmern (Juli 1945).

Eingliederung der selbständigen örtlichen Parteigründungen in eine zonale Organisation.

Differenzierungsprozeß in beiden Parteien, Bekenntnis zu antifaschistisch-demokratischen Forderungen bei Beibehaltung bürgerlicher Konzeptionen (u. a. bürgerlicher Parlamentarismus, Privat-

eigentum an den Produktionsmitteln). Unterstützung der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durch die Masse der vorwiegend dem Kleinbürgertum entstammenden Mitglieder gegen den Widerstand konservativer bzw. reaktionärer Kräfte (Bodenreform, Enteignung des Monopolkapitals, Schulreform, Volkskongreßbewegung, Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse). Mitbegründer des demokratischen Blocks (Juli 1945). Durchsetzung des dominierenden Einflusses der progressiven Kräfte mit Unterstützung durch die Partei der Arbeiterklasse (1945 bis 1949).

Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (April 1948). Gründung der National-Demokratischen Partei Deutschlands zur politischen Aktivierung noch nicht organisierter Handwerker, Einzelhändler, Angestellter, Teile der Intelligenz, von ehemaligen Angehörigen der NSDAP, Berufssoldaten (Mai 1948). Aufnahme der NDPD und DBD in den Demokratischen Block (August/ September 1948).

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

Bildung erster Betriebsräte und Gewerkschaftskomitees, vor allem durch Kommunisten und Sozialdemokraten. Mitwirkung bei der Beseitigung der Kriegsschäden, der Wiederaufnahme der Produktion, der Säuberung der Betriebe von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern (Sommer 1945 ff.).

Bildung eines Vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses in Berlin aus Vertretern aller 1933 verbotenen Gewerkschaften zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit.

Vereinigung zahlreicher Werktätiger in den Betrieben der sowjetischen Besatzungszone zu einheitlichen Klassengewerkschaften (Industrie- bzw. Branchengewerkschaften) unter bestimmendem Einfluß von Funktionären der Arbeiterparteien (Juni 1945).

Abschluß der Herausbildung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation. Vereinigung der bisherigen BGL und Betriebsräte zu BGL. Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes durch die 1. Allgemeine Delegiertenkonferenz der Gewerkschaften der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone in Berlin. I. Bundeskongreß des FDGB (Februar 1946).

II. Bundeskongreß. Veröffentlichung eines 9-Punkteprogramms zur Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Beschlüsse zur Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik (April 1947).

FDGB-Konferenz in Bitterfeld. Beschluß der gewerkschaftlichen Hauptaufgaben, u. a. Förderung der Aktivistenbewegung, Einführung des Leistungslohnes. Bestätigung der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) als alleiniges Vertretungsorgan der Belegschaften (November 1948).

Aufnahme des FDGB in den Weltgewerkschaftsbund (WGB) (1949).

Freie Deutsche Jugend

Bildung antifaschistischer Jugendausschüsse auf Initiative der KPD bei Verwaltungsorganen der sowjetischen Besatzungszone. Zusammenarbeit von Jugendfunktionären der Arbeiterbewegung mit Vertretern früherer bürgerlicher Jugendverbände. Aufklärende Tätigkeit der Jugendausschüsse zur Überwindung der faschistischen Ideologie, zur Gewinnung der Jugend für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau (Juli 1945 ff.).

Gründung der Freien Deutschen Jugend in der sowjetischen Besatzungszone durch den Zentralen Antifa-Jugendausschuß als einheitliche Jugendorganisation (März 1946). Kampf um die Zulassung der FDJ in Berlin bis Oktober 1947.

I. Parlament der FDJ in Brandenburg. Verkündung der Grundrechte der jungen Generation (Juni 1946).

Gründung der Organisation der Jungen Pioniere auf Beschluß des Zentralrates der FDJ (Dezember 1948).

Aufnahme in den Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) (1948).

Mitgliedschaft der FDJ im Internationalen Studentenbund (1949).

Demokratischer Frauenbund Deutschlands

Entstehung erster antifaschistischer Frauenausschüsse bei Verwaltungsorganen der sowjetischen Besatzungszone. Zusammenarbeit fortschrittlicher Frauen verschiedener sozialer Herkunft und unterschiedlicher politischer Überzeugungen für die Einbeziehung der Frauen in den demokratischen Neuaufbau und die Durchsetzung der Gleichberechtigung. Soziale Tätigkeit u. a. bei der Betreuung von Umsiedlern, Ausgebombten, elternlosen Kindern (Juli/August 1945).

Gründungskongreß des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) (März 1947).

Aufnahme des DFD in die Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) (Dezember 1948).

Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

Einrichtung von Häusern der Kultur der Sowjetunion in Berlin und anderen Städten (Februar 1947).

Gründung der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion (Juni 1947).

Umbildung in Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) auf dem 2. Kongreß. Verbreitung von Informationen über die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung der UdSSR, Vermittlung von Begegnungen mit sowjetischen Künstlern (Juli 1949).

Kulturbund

Gründung des Kulturbundes zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands durch antifaschistische Persönlichkeiten des geistig-kulturellen Lebens (August 1945).

Beginn vielfältiger Aktivitäten zur Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie, zur Pflege des humanistischen Kulturerbes, zur Gewinnung von Angehörigen der Intelligenz für den demokratischen Neuaufbau (Juli/August 1945).

Volkssolidarität

Entfaltung einer breiten Solidaritätsbewegung. Organisierung nationaler Solidaritätsaktionen („Rettet die Kinder", „Thüringenaktion gegen Not") und Herausbildung der Volkssolidarität als Massenorganisation zur freiwilligen solidarischen Hilfe. Bildung von Ortsgruppen, Klubs, Treffpunkten. Materielle und kulturelle Betreuung älterer und hilfsbedürftiger Bürger.

Domowina

Erneuerung der nationalen Organisation der Sorben „Domowina" auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Sammlung von Angehörigen der sorbischen Minderheit zur Durchsetzung ihrer nationalen Gleichberechtigung und zur Pflege ihres Kulturerbes und ihrer Sprache (Mai 1945).

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes

Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) als Organisation antifaschistischer Widerstandskämpfer und aus rassischen oder religiösen Gründen Verfolgter (Februar 1947).

Kampf gegen das Wiederaufleben von Militarismus und Nazismus.

Wahrung der Interessen der Verfolgten oder ihrer Hinterbliebenen.

Helmut von Gerlach-Gesellschaft

Gründung der Helmut von Gerlach-Gesellschaft zur Vermittlung von Kenntnissen über Volkspolen und zur Förderung der deutsch-polnischen Freundschaft (August 1948).

Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

Gründung von Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe durch Klein- und Mittelbauern im Zusam-

menhang mit der Bodenreform. Übernahme von Teilen des durch die Bodenreform enteigneten Inventars sowie von Molkereien, Werkstätten und anderen Einrichtungen. Bildung erster Ausleihstationen oder Maschinenhöfe als Vorgänger späterer Maschinenausleihstationen (MAS). Förderung der Entwicklung der Neubauernwirtschaften sowie der Zusammenarbeit unter den werktätigen Bauern, Zurückdrängung reaktionärer Einflüsse im Dorf (Herbst 1945).

Bildung von Kreisausschüssen, Landesverbänden, eines Zonenausschusses (Mai 1946).

Abschluß der Herausbildung einer einheitlichen demokratischen Massenorganisation der Bauern mit dem 1. Deutschen Bauerntag in Berlin. Gründung der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und Wahl eines Hauptausschusses (November 1947).

1.1.2. Massenbewegungen

Aktivisten und Wettbewerbsbewegung

Anfänge der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zur Erhöhung der Arbeitsmoral und Steigerung der Arbeitsproduktivität als Voraussetzung für die Behebung der außergewöhnlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Jahres 1947 in allen gesellschaftlichen Bereichen (Aufrufe von SED und FDGB, April 1947; SMAD-Befehl Nr. 234, Oktober 1947).

Aufbaueinsätze von der FDJ geführter Jugendlicher in Betrieben und Gemeinden. Herausbildung neuer Formen der Jungaktivistenbewegung: Stoßbrigaden, Jugendaktive (Januar bis April 1947).

Wettbewerb der SAG-Betriebe in Hettstedt, Magdeburg, Thale. Beginn der Aneignung von Erfahrungen der sowjetischen Arbeiterklasse (April bis Oktober 1947).

Weiterentwicklung der Wettbewerbsbewegung mit dem Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung (1948).

Sonderschicht des Bergmanns im Zwickauer Steinkohlenrevier Adolf Hennecke mit Normerfüllung von 387 % (Oktober 1948). Rasche Ausbreitung der Aktivistenbewegung.

Auftreten von Henneckeaktivisten in allen Industriezweigen und volkseigenen Betrieben. Teilnahme ganzer Belegschaften am Wettbewerb. Einführung neuer fortschrittlicher Normen auf der Grundlage verbesserter Arbeitsmethoden und einer besseren Organisation der Produktion (Dezember 1948 ff.).

Förderung der Aktivistenbewegung durch Beschlüsse des FDGB (Bitterfelder Konferenz, November 1948) und der SED (1. Parteikonferenz, Januar 1949).

Erzielung hoher Ergebnisse in der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in den Zementwerken (Februar/März 1949).

Entwicklung zur Massenbewegung. Anstieg der innerbetrieblichen Wettbewerbe. Auslösung der Bewegung der Qualitätsbrigaden durch Luise Ermisch, Kleiderwerke Halle (1. Halbjahr 1949).

Volkskongreßbewegung

Kampf der demokratischen Kräfte Deutschlands unter Führung der SED für die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates (1946 bis 1949).

Vorlage eines Verfassungsentwurfs für eine deutsche demokratische Republik durch die SED (November 1946).

Verstärkte Anstrengungen der SED und der mit ihr verbündeten politischen Kräfte gegen die sich abzeichnenden Pläne der Westmächte zur Spaltung Deutschlands und zur Einbeziehung eines westdeutschen Staates in das imperialistische Bündnissystem (Ablehnung sowjetischer Vorschläge für die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsorgane, für die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen, für den Abschluß eines Friedensvertrages auf den Außenministerkonferenzen in Moskau und London, März/April bzw. November/Dezember 1947; Vorbereitung der Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan).

Unterstützung der antiimperialistischen Volksbewegung in den Westzonen durch das Auftreten führender Repräsentanten der SED auf Großveranstaltungen und Konferenzen in Westdeutschland. Bemühungen des FDGB um Herstellung einer Einheitsfront der Gewerkschaften in ganz Deutschland auf den Interzonenkonferenzen. Vorschläge der Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone zur Bildung zentraler deutscher Verwaltungen auf der Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in München (Juni 1947).

1. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden in Berlin. Forderung der aus allen Zonen und aus unterschiedlichen politischen und sozialen Gruppierungen stammenden Delegierten nach Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen deutschen demokratischen Staat (Dezember 1947).

Durchführung von Volkskongreßkonferenzen in Betrieben, Gemeinden, Kreisen und Ländern in der sowjetischen Besatzungszone, Wahl von Volksausschüssen (Dezember 1947 bis März 1948).

Erfolgreiche Durchführung eines Volksbegehrens für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands in ganz Deutschland (Mai/Juni 1948).

Ausweitung der Volkskongreßbewegung zu einer umfassenden antiimperialistischen nationalen Bewegung des deutschen Volkes gegen die fortschreitenden Vorbereitungen der westdeutschen Staatsbildung (Empfehlungen der Londoner Konferenz der Westmächte zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates, Februar bis Juni 1948; Enstehung wesentlicher Organe in Strukturformen für einen westdeutschen Staat; Durchführung einer separaten Währungsreform in den Westzonen und Westsektoren, Spaltung Berlins, Juni bis November 1948; Ausarbeitung eines Grundgesetzes, September 1948 bis Mai 1949; erfolglose Beratung der Außenminister der Siegermächte über die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag in Paris, Mai/Juni 1949). Aufnahme von Verbindungen zu westdeutschen Gemeinden und Organisationen, Organisierung einer breiten Diskussion über den vom Deutschen Volksrat im Oktober 1948 verabschiedeten Entwurf einer Verfassung, Organisierung freiwilliger Aufbaueinsätze für den Wiederaufbau zerstörter Betriebe (Mitte 1948 bis 1949).

3. Deutscher Volkskongreß mit Delegierten aller Besatzungszonen in Berlin. Annahme der vom Deutschen Volksrat im März beschlossenen Verfassung einer deutschen demokratischen Republik. Neuwahl des Deutschen Volksrates. Übernahme von Funktionen einer zentralen Volksvertretung (Mai 1949).

Beschluß des Deutschen Volksrates zur Weiterentwicklung der Volkskongreßbewegung in eine alle nationalgesinnten Deutschen zusammenschließende Nationale Front des demokratischen Deutschland (Juli 1949).

Forderung hunderttausender Werktätiger auf Massenversammlungen in der sowjetischen Besatzungszone nach Bildung einer wahrhaft demokratischen deutschen Regierung (Ende September/Anfang Oktober 1949).

1.1.3. Staatsorgane

Volksvertretungen

Bildung beratender Körperschaften aus Vertretern der Parteien und Massenorganisationen und mit weiteren Persönlichkeiten bei den Verwaltungen der Länder, Kreise, Städte und Gemeinden (Mitte 1946).

Erste demokratische Wahlen zu Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreis- und Landtagen (September/Oktober 1946).

Erfolglose Versuche reaktionärer Kreise in CDU und LDP bei Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Sprengung des Demokratischen Blocks. Sicherung des bestimmenden Einflusses der Vertreter der Arbeiterklasse in allen Länderparlamenten und der Mehrzahl der anderen Volksvertretungen (September/Oktober 1946).

Sprengung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Berlin durch imperialistische Besatzungsmächte, reaktionäre bürgerliche Politiker und rechte sozialdemokratische Führer. Erringung der Mehrheit durch SPD, CDU, LDP in der Berliner Stadtverordnetenversammlung (September 1946).

Übernahme des Gesetzgebungsrechts durch die Landtage (Ende 1946).

Annahme demokratischer Verfassungen durch die Länderparlamente. Ausarbeitung und Einführung demokratischer Kreis- und Gemeindeordnungen. Durchsetzung einer weitgehenden Einheitlichkeit von Gesetzgebung und Rechtsauffassung in den Ländern durch die SED in Auseinandersetzung mit reaktionären Kräften (Ende 1946/Anfang 1947).

Bildung von Volkskongreß und Volksrat, s. Massenbewegungen (1947 bis 1949).

Staatsapparat

Bildung antifaschistischer Aktionskomitees in einer Reihe von Orten unmittelbar vor der Befreiung unter führender Beteiligung von Kommunisten und Sozialdemokraten: Beendigung der Kampfhandlungen, Verhinderung der Zerstörung von Industrie- und Versorgungsanlagen, Beseitigung der faschistischen Verwaltung, Bildung neuer demokratischer Verwaltungen und Aktive (Frühjahr 1945).

Aufbau demokratischer Verwaltungsorgane durch die sowjetischen Orts- und Kreiskommandanturen. Übertragung der Verantwortung als Gemeindevorsteher, Bürgermeister, Landräte an deutsche Antifaschisten unter entscheidender Berücksichtigung von Mitgliedern der Arbeiterparteien (Mai 1945 ff.).

Schaffung antifaschistisch-demokratischer Staatsorgane auf allen Verwaltungsebenen; personaler Neuaufbau der öffentlichen Verwaltung, verbunden mit einer Säuberung von NSDAP-Mitgliedern.

Bildung von Landes- und Provinzialverwaltungen der Länder Sachsen, Mecklenburg, Thüringen und der Provinzen (ab 1947 Länder) Brandenburg und Sachsen-Anhalt aus Vertretern aller Parteien und parteilosen Antifaschisten (Juli 1945).

Bildung Deutscher Zentralverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone für Industrie, Brennstoffindustrie, Land- und Forstwirtschaft, Finanzen, Arbeit und Sozialfürsorge, Gesundheitswesen, Volksbildung, Justiz, Verkehrswesen, Nachrichtenwesen, Handel und Versorgung, in der Folgezeit für Inneres, für Umsiedlerfragen, für Interzonen- und Außenhandel. Zweigspezifische Leitungs- und Koordinierungsfunktionen unter Kontrolle und zur Beratung der SMAD (Juli 1945 ff.).

Festigung der neuen Staatsorgane im Prozeß der Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Maßnahmen (Bodenreform, Entmachtung des Monopolkapitals u. a.).

Wachsende Einbeziehung der Werktätigen, vor allem der Arbeiter, in die Arbeit der Verwaltung (z. B. Bodenreform-, Sequesterkommissionen, Kontrollausschüsse, Schöffen usw.) (Juli 1945).

Übertragungen des Rechts zum Erlaß von Gesetzen und Verordnungen mit Gesetzeskraft an die Landes- und Provinzialverwaltungen durch die SMAD (Oktober 1945).

Bildung von Regierungen der Länder und Provinzen auf Grund der Wahlen vom Oktober 1946. Übernahme der entscheidenden Machtpositionen durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Fortbestehender reaktionärer Einfluß durch einen Teil der bürgerlichen Politiker, vor allem auf den Gebieten von Finanzen, Handel, Justiz (Dezember 1946).

Gründung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die sowjetische Besatzungszone aus den Präsidenten der für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlichen Zentralverwaltungen und den Vorsitzenden des FDGB und der VdgB. Beratung der SMAD, Koordinierung der Arbeit der Zentralverwaltungen und der Länderregierungen. Vorbereitung einer einheitlichen Wirtschaftsplanung (Juni 1947).

Neukonstituierung der DWK. Erweiterung ihres Plenums im November, Ausbildung zu einem poli-

tisch-repräsentativen Organ der sowjetischen Besatzungszone durch ihre Zusammensetzung aus Mitgliedern der Länderparlamente, Vertretern der Parteien und Massenorganisationen und den Präsidenten der Zentralverwaltungen. Gewährleistung der einheitlichen Leitung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung durch die Wahrnehmung zentralstaatlicher gesetzgeberischer Befugnisse (März/November 1948).

Bildung eines neuen demokratischen Magistrats für den demokratischen Sektor von Berlin nach Zerstörung der einheitlichen Berliner Stadtverwaltung durch die reaktionäre bisherige Magistratsmehrheit (November 1948).

1.2. Schutz von Staat und Gesellschaft

1.2.1. Sicherheit

Entstehung einheitlich aufgebauter demokratischer Polizeiorgane bis zur Länder- und Provinzebene unter der Führung bewährter Antifaschisten. Kampf gegen typische Kriminalitätsformen der Nachkriegszeit (1945 ff.).

Bildung der Grenzpolizei zur Abwehr von Störaktionen aus den Westzonen bzw. Westsektoren Berlins (November 1946).

Bildung einer einheitlichen zentralen Polizeiverwaltung. Unterstellung der Volkspolizei unter die Deutsche Verwaltung des Inneren. Aufbau bewaffneter Bereitschaften der Volkspolizei (1948).

1.2.2. Kontrolle

Entstehung von Ausschüssen für Volkskontrolle in den Betrieben, Gemeinden, Städten und Kreisen unter Beteiligung der Parteien und Massenorganisationen zur Bekämpfung von Wirtschaftssabotage (1946/1947).

Ausbau des Systems der Volkskontrolle beim Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung: Bildung einer Zentralen Kontrollkommission bei der DWK, von Kontrollkommissionen der Länder und von Kontrollbeauftragten der Kreise. Eingliederung der Volkskontrollausschüsse und der Kontrolleinrichtungen in den Verwaltungen in das Kontrollsystem der staatlichen Kontrolle. Konzentrierung der Tätigkeit der Kontrollorgane auf die Sicherung der Erfüllung des Zweijahrplanes (1948 ff.).

1.2.3. Justiz

Beginn der Entnazifizierung des Justizwesens mit unterschiedlicher Intensität in Berlin und in den einzelnen Ländern und Provinzen (Mai 1945 ff.).

Einleitung einer grundlegenden Reform des Jutizwesens durch die Deutsche Zentralverwaltung für Justiz auf Anordnung der SMAD; Herstellung einer einheitlichen Gerichtsorganisation durch Wiederherstellung des Standes vor dem 1. Januar 1933 (Amts-, Land-, Oberlandesgerichte, Arbeitsgerichte). Entfernung aller Mitglieder der NSDAP, Besetzung der Schlüsselpositionen mit bewährten Antifaschisten (September 1945 bis 1946).

Einrichtung von Lehrgängen für die Ausbildung von Volksrichtern und Staatsanwälten (Richterschulen) (Ende 1945/Anfang 1946).

Beginn der Ahndung faschistischer Verbrechen durch deutsche Gerichte. Konsequente Verfolgung von Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit und von Kriegsverbrechen auf der Grundlage des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 (Dezember 1945) bzw. des SMAD-Befehls 201 (16. August 1947). Erweiterung der Zuständigkeit der Kleinen und Großen Strafkammern für Verfahren gegen Kriegs- und Naziverbrecher und Stärkung der Stellung der Untersuchungsorgane.

Sicherung der sich entwickelnden antifaschisttisch-demokratischen Ordnung, insbesondere des Volkseigentums und der Volkswirtschaft mit den Mitteln des Strafrechts. Bestrafung von Schiebern,

Spekulanten, Saboteuren auf der Grundlage von Gesetzen und Anordnungen der deutschen Organe bzw. von SMAD-Befehlen (1945 bis 1949).

Vertiefung der Demokratisierung der Justiz unter Führung der SED in ständiger Auseinandersetzung mit restaurativen Kräften im Justizwesen, in den Regierungen und Parlamenten; Kampf gegen zögerndes Vorgehen von Gerichten gegen Wirtschaftsverbrecher, gegen ungenügende Unterstützung der Maßnahmen zur Entmachtung des Großgrundbesitzes und Monopolkapitals.

Auseinandersetzung mit bürgerlichen Rechtstheorien in den Justizverwaltungen und Parlamenten einzelner Länder.

Ausarbeitung der Prinzipien und Festlegungen der Aufgaben für die Weiterführung des Demokratisierungsprozesses durch die 1. Juristenkonferenz der SED (März 1947), den Ausschuß für Rechtsfragen beim ZK der SED (Januar 1948), die Juristenkonferenzen der Zentralverwaltung für Justiz (Juni, November 1948), die Juristentage der Länder (1948), den Ausschuß des Deutschen Volksrates für Recht und Rechtspflege (September 1948).

1.3. Industrie und Bauwesen

Wiederaufnahme der Produktion und Umstellung auf die Friedenswirtschaft durch Aktivisten der ersten Stunde (Mai 1945 ff.).

Beschlagnahme des Eigentums des faschistischen Staates, der NSDAP, aktiver Nazis und Kriegsverbrecher (Befehle der SMAD Nr. 124, 126).

Bildung von Sequesterkommissionen auf zentraler, Landes- und örtlicher Ebene aus Vertretern der Verwaltungsorgane, der Parteien und Massenorganisationen.

Mobilisierung der Belegschaften und Organisierung der Arbeiterkontrolle durch Arbeiterparteien, Betriebsräte, Gewerkschaften gegen Versuche von Vertretern des Monopolkapitals in den Betrieben und Verwaltungen, diese Maßnahmen zu hintertreiben.

Herauslösung der Betriebe der sowjetischen Besatzungszone aus den Konzernen, Entfernung von Konzernvertretern aus leitenden Positionen, Ersetzung durch Treuhänder aus den Reihen der Arbeiter und durch andere fortschrittliche Werktätige (Oktober 1945 ff.).

Wirtschaftskonferenz der SED in Berlin. Beschluß der Richtlinien der Wirtschaftspolitik in der sowjetischen Besatzungszone. Forderung nach planmäßiger Nutzung des entstandenen Volkseigentums an Produktionsmitteln durch die Staatsorgane bei entscheidender Mitwirkung der Gewerkschaften (Dezember 1945/Januar 1946).

Übergabe konfizierten und sequestrierten Eigentums durch die SMAD in Besitz und Nutznießung der deutschen Verwaltung mit Ausnahme des ausländischen Vermögens und der zur Demontage vorgesehenen Betriebe (Mai 1946 ff.).

Forderung eines Volksentscheids über die entschädigungslose Enteignung der Betriebe der Nazis und Kriegsverbrecher durch den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien des Landes Sachsen und den FDGB bei der Landesverwaltung.

Bildung gemeinsamer Ausschüsse aus Vertretern der Blockparteien und der Belegschaften zur Entscheidung über die einzelnen Enteignungen. Vorbereitung des Volksentscheids durch Aufklärungsaktionen von SED, demokratischen Massenorganisationen, progressiven Teilen der bürgerlichen Parteien (Mai 1946).

Volksentscheid in Sachsen. Entscheidung der Mehrheit der Teilnehmenden für entschädigungslose Enteignung der Betriebe der aktiven Nazis und Kriegsverbrecher (Juni 1946).

Enteignung der Betriebe von aktiven Nazis und Kriegsverbrechern in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone. Entwicklung des Volkseigentums in der Industrie vor allem in Form landeseigener Betriebe (Juli/August 1946 ff.).

Demontage von bisherigen Rüstungsbetrieben, Gleisanlagen, sonstigen technischen und industriellen Ausrüstungen als Wiedergutmachungsleistung. Umstellung von ca. 200 ehemaligen, zur Demontage vorgesehenen Rüstungsbetrieben auf Friedensproduktion, Umwandlung in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG). Zusammenarbeit sowjetischer Spezialisten mit deutschen Arbeitern und Vertretern der Intelligenz (1946 ff.).

Beschleunigter Aufbau des Uranbergbaus (SAG Wismut) (1946 ff.).

Gefährdung des wirtschaftlichen Aufbaus durch extreme Witterungsverhältnisse: Einstellung der Produktion zahlreicher Betriebe wegen Kohle- und Rohstoffknappheit.

Entscheidende Hilfe der SU bei Überwindung der Schwierigkeiten: Lieferung von Rohstoffen, Einstellung der Demontagen, Herabsetzung der Reparationen aus der laufenden Produktion, Übergabe von 75 SAG-Betrieben in Volkseigentum (Winter 1946/1947).

Allmähliche Stabilisierung des volkseigenen Sektors der Wirtschaft. Anfänge einer zentralen Wirtschaftsplanung durch die DWK. Steigerung der Industrieproduktion gegenüber 1946 um 11 %. Erzielung entscheidender Fortschritte in der Braunkohlen- und Eisenerzförderung und der Energieproduktion (1947).

Weiterer Ausbau des volkseigenen Sektors: Überführung aller bergbaulichen Unternehmungen und Bodenschätze in das Eigentum der Länder (Mai/Juni 1947).

Ausarbeitung wirtschaftspolitischer Grundsätze und Ziele für den Neuaufbau aus eigener Kraft auf der Grundlage einer Übererfüllung der Pläne, Steigerung der Arbeitsproduktivität und einer weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen (II. Parteitag der SED, September 1947; Maßnahmeplan zur Steigerung der Arbeitproduktivität, Befehl Nr. 234, Oktober 1947).

Übergang zur zentralen Wirtschaftsplanung. Einführung eines Wirtschaftsplanes für das 2. Halbjahr 1948. Beschluß eines Zweijahrplanes für 1949/1950 (11. Tagung des ZK der SED, Juni 1948).

Konzentrierung des wirtschaftlichen Aufbaus auf den Maschinenbau, die Grundstoffindustrie, die Anlagen- und Hüttenindustrie, den Kraftwerksbau.

Beginn der Wiederherstellung bzw. des Ausbaus der Stahlwerke Hennigsdorf und Riesa, der Maxhütte Unterwellenborn, des Kupferwerkes Ilsenburg, des Stickstoffwerkes Piesteritz, der Kraftwerke Böhlen, Espenhain und Zschornewitz. Abschluß der Sequestrierungen. Auflösung der Sequesterkommissionen (März 1948). Erklärung des Volkseigentums als unantastbar (SMAD-Befehl Nr. 64); Schaffung von Schutzorganen (Ämter zum Schutz des Volkseigentums).

Zusammenfassung der wichtigsten VEB in zonale Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) mit Unterstellung unter die entsprechenden Hauptverwaltungen der DWK.

Bildung analoger VVB in den Ländern, Vereinigung der übrigen VEB in Kommunalwirtschaftsunternehmen (KWU) der Kreise, Städte und Gemeinden (1948).

Beschluß der Grundsätze einer neuen Wirtschaftspolitik für die Durchführung des Zweijahrplanes. Einleitung von Maßnahmen zur Sicherstellung der Überlegenheit des volkseigenen Sektors im ökonomischen Wettbewerb mit dem kapitalistischen Sektor durch die 1. Parteikonferenz der SED (Januar 1949). Erhöhung der Produktion und Arbeitsproduktivität im Hüttenwesen, im Bergbau, in der Energieerzeugung.

Einbeziehung des privaten Sektors in die Volkswirtschaft vor allem durch vertragliche Vereinbarungen zwischen volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Betrieben.

1.4. Handwerk und Dienstleistungen

Errichtung von Handwerkskammern zur Förderung der Produktion (Juni 1946).

Verstärkte Bildung von Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften des Handwerks (1948).

Einbeziehung privater Handwerksbetriebe in die staatliche Wirtschaftsplanung durch ein Vertragssystem mit dem volkseigenen Sektor der Wirtschaft (1949).

1.5. Land- und Forstwirtschaft

Forderung der KPD nach einer demokratischen Bodenreform und Aufhebung der faschistischen Zwangswirtschaft.

Einigung der Führungen von KPD und SPD auf die Grundsätze einer revolutionären Umgestaltung der Landwirtschaft.

Aufhebung der Totalablieferungspflicht, Einführung einer Teilablieferungspflicht zur Stimulierung der Produktionssteigerung.

Hilfe der städtischen Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, bei der verlustlosen Einbringung der Ernte. Beginn der Aufklärungsarbeit der Arbeiterparteien zur Überzeugung breiter Bevölkerungskreise von der Notwendigkeit einer neuen Landwirtschaftspolitik.

Aufnahme der Forderung „Junkerland in Bauernhand" durch eine wachsende Zahl werktätiger Bauern und Landarbeiter, Durchführung von Bauernkonferenzen (Sommer 1945).

Erlaß von Verordnungen zur Durchführung einer demokratischen Bodenreform in den Ländern und Provinzen und ihre Durchführung in einer breiten Massenaktion. Unterstützung der Landbevölkerung durch klassenbewußte Arbeiter und die neuen Staatsorgane, insbesondere die Deutsche Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft. Wahl von Bodenreformkommissionen aus Industrie- und Landarbeitern, Kleinbauern, Umsiedlern.

Differenzierte Einstellung der bürgerlichen Parteien zur Bodenreform, Überwindung des Widerstandes reaktionärer Politiker durch die fortschrittlichen Kräfte in CDU und LDP mit Hilfe der Arbeiterparteien. Brechung des Widerstandes von Großgrundbesitzern und ihres Anhangs mit Hilfe der Staatsorgane und der SMAD. Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes über 100 ha und des Grundbesitzes von Nazis und Kriegsverbrechern.

Entstehung von ca. 200 000 Neubauernstellen, Erweiterung der Wirtschaften von ca. 125 000 landarmen Bauern und Kleinpächtern. Schaffung eines gesellschaftlichen Eigentums an Grund und Boden durch Übergabe von ca. $^1/_3$ des Bodenfonds an staatliche und kommunale Organe oder Einrichtungen der gegenseitigen Bauernhilfe – materielle Basis später entstehender volkseigener Güter (VEG) und Maschinen-Ausleihstationen.

Maßgebliche Unterstützung der Bodenreform durch die SMAD: Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für eine Kredithilfe an Neubauern sowie die Bereitstellung von Baumaterial, Einleitung von Maßnahmen zur Bereitstellung von Vieh und Saatgut gemeinsam mit den demokratischen Parteien und Staatsorganen, Übergabe von Flugplätzen und Truppenübungsplätzen an den Bodenfonds (September 1945).

Erweiterung des Bodenfonds bzw. Erhöhung des Volkseigentums in Land- und Forstwirtschaft um weitere 525 000 bzw. 250 000 ha (1946 bis 1949).

Sicherung der durch extreme Kälte, Hochwasserschäden im Oder- und Elbegebiet sowie durch Dürre gefährdeten landwirtschaftlichen Produktion durch erhöhte Anstrengungen der werktätigen Bauern, durch Hilfe der Sowjetarmee und der Arbeiterklasse.

Übernahme der Patenschaft von volkseigenen Betrieben über einzelne Neubauernwirtschaften oder ganze Dörfer, Aufstellung von Reparatur- und Erntebrigaden.

Bekämpfung des durch die wirtschaftliche Notlage anwachsenden Spekulantentums durch Ernährungsausschüsse (1947).

Beginn des verstärkten Baus von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für Neubauern (Neubauernbauprogramm, SMAD-Befehl 209).

Ausbau der Maschinenausleihstationen. Verstärkte Ausstattung mit Traktoren und Landmaschinen, zum großen Teil aus Lieferungen der Sowjetunion. Umwandlungen der MAS in gemischt staatlich-genossenschaftliche Betriebe (März 1949).

Zusammenfassung der bisher der VdgB oder den ländlichen Genossenschaften unterstellten MAS, Maschinenhöfe und Reparaturwerkstätten in einer Zentralen Verwaltung der MAS. Bau erster Kulturhäuser bei den MAS.

Förderung des Aufbaus volkseigener Güter und ihrer Entwicklung zu Mustergütern. Bildung von Vereinigungen Volkseigener Güter (VVG) und der Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe (VVEAB). Einschränkung des kapitalistischen Landhandels durch die VEAB (1948/1949).

1.6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Wiederherstellung zerstörter Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung u. a. Fertigstellung des Baus der Talsperre Cranzahl.

Beginn eines planmäßigen Gewässerausbaus, insbesondere zum Schutz vor Hochwasserkatastrophen (1947 ff.).

1.7. Binnen- und Außenhandel

Beginn des Neuaufbaus der Konsumgenossenschaften (Dezember 1945).

Erste Leipziger Messe nach dem Kriege (Mai 1946).

Bekämpfung von Erscheinungsformen des „Schwarzen Marktes".

Entstehung eines volkseigenen Einzelhandels durch Gründung einer staatlichen Handelsorganisation (HO) (1948).

Beginn des Aufbaus eines staatlichen Großhandels. Schrittweise Beseitigung des Monopols des kapitalistischen Großhandels (1949).

Beginn der Herstellung neuer Außenhandelsbeziehungen: Erster Warenaustausch mit der UdSSR, Abschluß von Handelsabkommen mit Polen, Bulgarien, Holland, der Schweiz durch die SMAD für die sowjetische Besatzungszone (1947).

Abschluß von Handelsabkommen mit den meisten europäischen sozialistischen Ländern zur außenwirtschaftlichen Vorbereitung und Sicherung der zentralen Wirtschaftsplanung (2. Halbjahr 1948).

Übertragung der Vollmacht zum Abschluß selbständiger Import- und Exportverträge durch die SMAD an die deutschen Wirtschaftsorgane (August 1949).

Bildung spezieller deutscher Außenhandelsunternehmungen (Mitte 1949).

1.8. Verkehr, Post und Fernmeldewesen

Übernahme der Leitung des gesamten Verkehrswesens in den ersten Monaten nach Kriegsende durch die SMAD sowie eines Teiles der Transportfunktion bei lebenswichtigen Versorgungsgütern durch die Rote Armee (1945).

Beseitigung der Trümmer in den Verkehrseinrichtungen, schrittweise Instandsetzung der Fahrzeuge und der Verkehrswege und Häfen. Nutzung des privaten Fuhrparks für staatliche Vorhaben (Autotransportgemeinschaften).

Einbeziehung von Teilen der Verkehrseinrichtungen in die Reparationen (1945 ff.).

Einheitliche Betriebsführung der Eisenbahn durch Zusammenfassung der zweigspezifischen Ämter zu Einheitsämtern (1946).

Entstehung eines volkseigenen Sektors im öffentlichen Kraftverkehr und in der Binnenschiffahrt durch Übernahme enteigneter Betriebe und Reedereien in die Verwaltung der Länder (1946).

Beginn des Aufbaus des Verkehrsnetzes entsprechend den Anforderungen der geänderten Verkehrsströme, den Bedürfnissen der neuen Schwerpunkte des wirtschaftlichen Aufbaues, den politischen Erfordernissen (Umgestaltung des Verkehrsnetzes im Berliner Raum). Beginn des Wieder- und Neuaufbaus von Werftanlagen in den Küstenstädten (1947 bis 1949).

Beseitigung der Kriegsschäden an Post- und Fernmeldeeinrichtungen. Neuaufbau eines Netzes (1945 ff.).

1.9. Finanzen und Preise

Schließung der kapitalistischen Großbanken und Versicherungen. Bildung landeseigener und kommunaler Finanz- und Kreditinstitute sowie Versicherungsanstalten (Juli/August 1945).

Gründung von Emissions- und Girobanken in den Ländern (1947) und einer zentralen Deutschen Emissions- und Girobank (1948).

Weitere Stabilisierung der Wirtschaft durch die Währungsreform (Juni 1948) und eine Neuordnung des Bank- und Kreditwesens. Nationalisierung der 1945 geschlossenen Großbanken. Beginn des Aufbaus eines zentralisierten Banksystems und eines einheitlichen Kreditwesens: Umwandlung der Deutschen Emissions- und Girobank in die Deutsche Notenbank. Gründung der Deutschen Investitionsbank als zentrales Kreditinstitut (1948).

Durchführung einer grundlegenden Steuerreform gegen den Widerstand kapitalistischer Interessenvertretung in Länderregierungen und Verwaltungen. Einschränkung der Möglichkeiten zur Bereicherung für kapitalistische Unternehmer (1948/1949).

1.10. Bildung und Erziehung

Volksbildung

Schaffung der Voraussetzungen für die Wiederaufnahme des Unterrichts durch die neu gebildeten demokratischen Schulverwaltungen. Wiederherrichtung von Gebäuden und Unterrichtsräumen, Entfernung von NSDAP-Mitgliedern aus den Lehrkörpern (Sommer 1945).

Wiederaufnahme des Unterrichts an den meisten allgemeinbildenden Schulen der sowjetischen Besatzungszone (Oktober 1945).

Aufruf des ZK der KPD und des Zentralausschusses der SPD zur demokratischen Schulreform (Oktober 1945).

Gewinnung und Ausbildung von jungen Arbeitern, Bauern, Angestellten mit Hilfe der Parteien und Massenorganisationen für den Einsatz als Neulehrer, Entwicklung zu vollwertigen Pädagogen der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse (1945 ff.).

Wiedereröffnung der Volkshochschulen (1946).

Beratung der Richtlinien zur demokratischen Reform des gesamten Bildungswesen auf der 1. Zentralen Kulturtagung der KPD (Februar 1946).

Sicherung der demokratischen Schulreform durch die von den Präsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen beschlossenen Gesetze zur Demokratisierung der deutschen Schule. Brechung des Bildungsprivilegs der besitzenden Klassen. Entstehung der demokratischen staatlichen Einheitsschule als einzige Form der schulischen Bildung und Erziehung (Mai/Juni 1946).

Erarbeitung der Prinzipien und Ziele der demokratischen Schulreform auf den Pädagogischen Kongressen in Berlin (August 1946) und Leipzig (August 1948) bzw. durch den Parteivorstand der SED (Schulpolitische Richtlinien, August 1948).

Verringerung der Zahl der einklassigen Landschulen durch Errichtung von Zentralschulen (1946 bis1948).

Wiederaufnahme des Berufsschulunterrichts (1947).

Beginn der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen und der Aneignung der marxistischen Pädagogik (1948 ff.).

Hoch- und Fachschulwesen

Auflösung aller pseudowissenschaftlichen Einrichtungen des Naziregimes. Entlassung aktiver Nazis aus dem Hochschuldienst. Betrauung humanistischer Wissenschaftler mit dem Neuaufbau des Hochschulwesens (Mai 1945 ff.).

Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an Universitäten und Hochschulen (Herbst 1945/Frühjahr 1946).

Erste Einrichtung von Vorbereitungskursen und Vorstudienanstalten für befähigte Arbeiter- und Bauernkinder zur Heranbildung einer neuen Intelligenz (Anfang 1946).

Wiedereröffnung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, nachfolgend Wiederaufnahme der Tätigkeit der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig und der Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina) in Halle (August 1946).

Eröffnung der Deutschen Verwaltungsakademie in Forst Zinna zur Ausbildung von Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen für leitende Funktionen in Staat, Wirtschaft und Justiz (Oktober 1948).

Einführung des Marxismus-Leninismus als Lehrfach an allen Universitäten (Herbst 1948).

Ausbau der Vorstudienanstalten. Beginn ihrer Umwandlung in Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF) (1949).

Einleitung einer Reihe von Maßnahmen zur Entwicklung von Wissenschaft und Kultur und zur Verbesserung der Lage der Intelligenz durch die DWK: Wiederherstellungsarbeiten an Universitäten und Hochschulen, Reorganisation der Akademie der Wissenschaften, Bildung einer Akademie der Künste (März 1949 ff.).

1.11. Kultur

Maßgebende Hilfe der Roten Armee, insbesondere der Informationsabteilung der SMAD (Oberst Tulpanow) und der Kultur- und Bildungsoffiziere bei der geistig-kulturellen Erneuerung. Rettung von durch Kriegsfolgen gefährdeten Kunstschätzen, Maßnahmen zur Überwindung der faschistischen Ideologie und zur Neubelebung des Kulturlebens, Vermittlung der Erfahrungen des kulturellen Aufbaus in der UdSSR (Mai 1945 ff.).

Erste Instandsetzungsarbeiten und Wiedereröffnung der Theater, Museen, Bibliotheken und anderer Kulturstätten (Mai 1945 ff.).

Beginn der Tätigkeit der demokratischen Presse und des Rundfunks (Mai 1945 ff.).

Begründung des demokratischen Verlagswesen (KPD-Verlag „Neuer Weg", SPD-Verlag „Vorwärts", ab 1946 vereinigt zum Dietz-Verlag, Aufbauverlag, Zentraler Schulbuchverlag „Volk und Wissen", SMA-Verlag) (Juli 1945 ff.).

1. Zentrale Kulturtagung der KPD. Vorlage des Kulturprogramms der Partei (Februar 1946).

Gründung der Deutschen Film AG (DEFA). Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit, Gestaltung von Problemen der Arbeiterklasse in Filmen (Mai 1946 ff.).

Überführung der Lichtspieltheater in Volkseigentum (1947/1948).

Gründung der Schallplatten GmbH „Lied der Zeit" durch Ernst Busch (1946).

Rückkehr zahlreicher emigrierter deutscher antifaschistischer Künstler in die sowjetische Besatzungszone (1946 bis 1948).

1. Kunstausstellung: „Allgemeine deutsche Kunstausstellung" in Dresden (August bis Oktober 1946).

Erster gesamtdeutscher Schriftstellerkongreß in Berlin (Oktober 1947).

Weitere Entwicklung des kulturpolitischen Programms der SED. Beginn der Propagierung der Ideen des wissenschaftlichen Kommunismus unter Kulturschaffenden und Wissenschaftlern, verstärkte Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen der imperialistischen Kultur als Ergebnis der Kulturkonferenz und des 1. Kulturtages der SED (Januar 1947, Mai 1948).

Beginn der systematischen Aneignung des humanistischen Erbes der Weltkultur durch die Werktätigen. Würdigung des Werkes Goethes anläßlich seines 200. Geburtstages in Presse, Rundfunk, Theater und durch Buchveröffentlichungen unter breiter Teilnahme weiter Bevölkerungskreise. Werbende und vermittelnde Tätigkeit von Kulturobleuten und -kommissionen des FDGB, Bau der ersten Klubhäuser, Einrichtung von Betriebsbibliotheken.

Gründung des Bundes Deutscher Volksbühnen als neue Form der Verbindung von werktätigem Publikum und Theater (1947 ff.).

Erstmalige Verleihung des für hervorragende künstlerische und wissenschaftliche Leistungen gestifteten Nationalpreises (1949).

1.12. Sozialpolitik und Gesundheitswesen

Bekämpfung der unmittelbaren Kriegsfolgen im Gesundheitswesen unter Anleitung und Hilfe des Gesundheitsdienstes der Roten Armee: Schwerpunkt Seuchenschutz in den Großstädten (1945).

Formulierung der Grundsätze einer demokratischen Sozialpolitik auf dem 1. FDGB-Kongreß (Februar 1946) bzw. durch die Sozialpolitischen Richtlinien der SED (Dezember 1946): Recht auf Arbeit, Sicherung der Arbeitskraft, Einhaltung des Arbeitsschutzes, Sozialversicherung, Gesundheits-, Sozial-, Familien-, Wohnungs-, Umsiedler- und Heimkehrerfürsorge.

Schrittweise Verwirklichung der Richlinien, u. a. Aufbau eines einheitlichen Systems der Sozialversicherung, Wiederaufnahme der Rentenzahlungen, Bildung von Arbeitsämtern, Arbeitsschutzämtern, Arbeitschutz- und Sozialkommissionen, Wohnungsämtern, Wohnungsausschüssen.

Aufbau eines demokratischen Gesundheitswesens: Überführung der meisten Krankenhäuser, Heilstätten und Kuranstalten in Eigentum der Länder bzw. der Gemeinden. Entstehung eines Netzes von öffentlichen Polikliniken und Ambulatorien. Aus- und Neubau medizinischer Einrichtungen, insbesondere für die Bekämpfung von Volkskrankheiten.

Beginn des Aufbaus einer umfassenden prophylaktischen Betreuung, Impfaktionen, Errichtung von Fürsorgestellen für gefährdete Personenkreise.

Beginn des Aufbaus eines Betriebsgesundheitswesens, Entstehung von Sanitätsstellen und Polikliniken in den Betrieben sowie von allgemeinen Polikliniken und Ambulatorien (1946 ff.).

1.13. Außenpolitik und internationale Verbindungen

Vorbereitung einer neuen deutschen Außenpolitik durch die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen der SED und dem FDGB einerseits und den Parteien der Arbeiterklasse bzw. den Massenorganisationen der Werktätigen in den Volksdemokratien (1947 bis 1949).

Delegationen der SED in der UdSSR (Januar/Februar 1947, Mai/Dezember 1948). Meinungsaus-

tausch mit führenden Vertretern der KPdSU über Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus und des Kampfes gegen Restauration und Spaltungspolitik in den Westzonen (1947/1948).

Teilnahme einer Delegation der KPdSU und anderer marxistisch-leninistischer Parteien am II. Parteitag der SED. Abschluß von Vereinbarungen über die Erweiterung der gegenseitigen Beziehungen. Unterstützung durch die KPdSU bei der Aufnahme von Beziehungen zu den volksdemokratischen Ländern (September 1947).

Delegationen der SED in den VR Ungarn, Rumänien, Bulgarien, ČSSR (Juni) und Polen und in Österreich (Oktober). Vereinbarungen über die Herstellung fester Wirtschaftsbeziehungen (1948).

1. Delegation des FDGB beim Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften (November 1947).

Aufnahme der demokratischen Massenorganisationen FDJ, DFD, FDGB in die internationalen Organisationen WBDJ, IdFF, WGB (1948/1949).

2. Aufbau der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft 1949 bis 1961

Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung

Beginn der sozialistischen Umgestaltung unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Planmäßiger Aufbau der Grundlagen des Sozialismus (2. Parteikonferenz der SED, 1952). Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen entscheidenden Bereichen und Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR.

Staatsgründung im Ergebnis der Volkskongreßbewegung. Übergabe der staatlichen Souveränität von der UdSSR an die DDR. Ausbau der Arbeiter- und Bauernmacht als Form der Diktatur des Proletariats durch Schaffung neuer Machtorgane, Festigung des Demokratischen Blocks, Formierung der Nationalen Front und politisch-territoriale Neugliederung der DDR (Verwaltungsreform, 1952). Weiterentwicklung der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Demokratie auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus durch Stärkung der Rolle der Volksvertretungen im Territorium (Gesetz vom Januar 1957) und Umorganisierung des Staatsapparates (Gesetz vom Februar 1958).

Durchsetzung der Grundsätze sozialistischer Außenpolitik. Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. Festigung des Bündnisses und enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten (Warschauer Vertrag, RGW). Kampf um die Einheit Deutschlands, für einen gerechten Frieden und gegen die Remilitarisierung der BRD als Schwerpunkt in der internationalen Klassenauseinandersetzung. Abwehr imperialistischer Störversuche. Niederschlagung des konterrevolutionären Putschversuches im Juni 1953. Kampf gegen Abwerbung von Arbeitskräften und Republikflucht. Paßgesetz 1957 und Sicherung der Staatsgrenze im August 1961.

Beginn der sozialistischen Planwirtschaft und Übergang zu langfristiger Planung. Festigung der sozialistischen Produktionsverhälnisse durch Ausbau und Stärkung des volkseigenen Sektors. Politische und ökonomische Maßnahmen zur Stabilisierung der Volkswirtschaft sowie zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen (Neuer Kurs). Orientierung auf den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse durch Aufbau einer umfassenden sozialistischen ökonomischen Basis. Entwicklung neuer Formen zur Einbeziehung des privaten Bereichs von Wirtschaft und Handel (BSB, PGH).

Festigung des Bündnisses mit den werktätigen Bauern. Schaffung materieller Voraussetzungen als Grundlage für die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande. Zusammenschlüß der werktätigen Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Beginn der Formierung der Klasse der Genossenschaftsbauern aus Neu-, Alt- und Großbauern, Landhandwerkern, Arbeiter-Bauern, Fischer-Bauern und Land- und Industriearbeitern.

Fortschreiten des Differenzierungsprozesses in der Bougeoisie, Gewinnung progessiver Teile für den sozialistischen Aufbau.

Entwicklung des Massenwettbewerbs in allen Bereichen der Volkswirtschaft und der sozialistischen Brigadebewegung.

Schaffung der Voraussetzungen für die sozialistische Kulturrevolution durch Verbreitung des Marxismus-Leninismus, Hebung des Bildungs- und Kulturniveaus der Werktätigen und sozialistische Umgestaltung des Bildungswesens. Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Intelligenz. Breiter Aufschwung des künstlerischen Volksschaffens und Heranführung der Kunstschaffenden an die Zentren der materiellen Produktion (Bitterfelder Weg).

Gewährleistung freier Religionsausübung gemäß Verfassung der DDR von 1949. Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften untereinander.

III. Deutscher Kirchentag in beiden Teilen Berlins 1951: Erhaltung des Friedens und Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Kirchliche Unterstützung der Friedenspolitik der gesellschaftlichen

und staatlichen Institutionen („Ruf von Wittenberg", 1958). Stellungnahmen christlicher Kreise gegen die Wiederaufrüstung der BRD und gegen die von dort ausgehende Atomkriegsgefahr.

Differenzierung in der Haltung der Kirchenleitungen gegenüber dem sich entwickelnden Sozialismus unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse. Zunehmendes Verständnis der Religionsgemeinschaften für die Ziele und Aufgaben des Sozialismus und für die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten (Gemeinsame Erklärung vom 21. Juli 1958, Bekenntnis von 5779 christlichen Lehrern zur sozialistischen Schulpolitik, 1958).

2.1. Politische Organisationen der Gesellschaft

2.1.1. Parteien und Massenorganisationen

Festigung der Zusammenarbeit im Demokratischen Block. Auseinandersetzung mit den reaktionären Gegnern im Block (November 1949 bis Februar 1950).

Umwandlung der bürgerlichen Parteien in kleinbürgerlich-demokratische Parteien. Verstärkte Einbeziehung der Blockparteien in die Ausarbeitung der Gesellschaftsstrategie in bestimmten, sich ständig festigenden Formen (1958 ff.).

Eigenständiger, schöpferischer Beitrag der Blockparteien zur Errichtung des Sozialismus v. a. durch Entwicklung von Formen zur Einbeziehung der ländlichen und städtischen Mittelschichten. Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.

SED

Erhöhung der Kampfkraft und der führenden Rolle der Partei;
Annahme eines neuen Statuts;
Einführung des Parteilehrjahres (II. Parteitag der SED, Juli 1950);
Kontrolle der Parteiorganistionen über die Tätigkeit der Betriebsleitungen;
Erhöhung der Rolle der Produktionsberatungen;
Orientierung auf den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse (2. Parteikonferenz der SED, Juli 1952; 3. Parteikonferenz der SED, März 1956; V. Parteitag der SED, Juli 1958);
Beschluß über den ersten Fünfjahrplan 1951;
Konsequente Fortsetzung der Blockpolitik zur weiteren Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau.

Beschluß zur planmäßigen Schaffung der Grundlagen des Sozialismus in allen Bereichen der Gesellschaft durch Festigung der sozialistischen Staatsmacht, Organisation der Verteidigung der DDR gegen äußere Feinde, weitere Erfüllung des Fünfjahrplanes und Entwicklung der Planwirtschaft, sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und sozialistische Erziehung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen.

Einleitung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und zur Verbesserung der Tätigkeit der Staatsorgane auf allen Verwaltungsebenen (30. Tagung des ZK der SED, Januar/Februar 1957).

Orientierung auf Fragen der besonderen Verantwortung der DDR für die Sicherung des Friedens an der Westgrenze.

FDGB

Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, zur führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse und zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung; Förderung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung (3. FDGB-Kongreß, August/September 1950).

Bildung von Frauenausschüssen in Betrieben der Industrie und Landwirtschaft auf Vorschlag der SED (1952 ff.).

Ausbau der Rechte der Gewerkschaften bei der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter u. a.;
Rechenschaftslegung der Betriebsleiter in Produktionsberatungen;
Weiterbildung der Arbeiter (Verordnung vom 10. Dezember 1953).

Erweiterung der Rechte und Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben: Betriebskollektivverträge, Vertretung der Arbeiter in arbeitsrechtlichen Fragen, sozialistischer Wettbewerb und Programm zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Frauen und Mädchen (1956).

Größerer Einfluß der Gewerkschaften auf die Ausarbeitung des Planes, Verantwortung der Gewerkschaft für die verstärkte Teilnahme der Werktätigen an der staatlichen und wirtschaftlichen Leitung (35. Tagung des ZK der SED, Februar 1958).

Mitwirkung der Gewerkschaften bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft (Programm August 1958, Beschluß des Bundesvorstandes April 1960).

FDJ

Deutschlandtreffen Berlin (1950, 1954);
III. Weltfestspiele (1951);
Übernahme der Patenschaft über die Volkspolizei durch die FDJ (1952);
Erklärung der FDJ zu einer sozialistischen Jugendorganisation (16. Tagung des Zentralrates der FDJ, April 1957);
Programm der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus (VI. Parlament der FDJ, Mai 1959).

2.1.2. Massenbewegungen

Umwandlung der Volkskongreßbewegung in die Nationale Front und Neuorganisation der Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden als Ausschüsse der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands (1950).

Wahl des Nationalrates und Annahme des Programms der Nationalen Front: Schaffung von Voraussetzungen für eine demokratische Wiedervereinigung Deutschlands; Abschluß eines Friedensvertrages; Stärkung der DDR; Festigung der Freundschaft mit der SU und den anderen sozialistischen Staaten; Mitwirkung bei der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne (1950).

Weiterentwicklung der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands als Massenbewegung im Kampf für Einheit und gerechten Frieden, gegen atomare Aufrüstung und Remilitarisierung (Stockholmer Appell 1950, sowjetischer Friedensvertragsvorschlag 1952, Bildung des Ausschusses für Deutsche Einheit 1954, Volksbefragung gegen die EVG 1954, Wiener Appell 1955, Rapackiplan 1957, Deutschlandplan 1959 f, Deutscher Friedensplan 1961 und zur Entfaltung von Masseninitiativen zur politischen und ökonomischen Stärkung der DDR (Beginn des Nationalen Aufbauwerkes 1952, Entwicklung der sozialistischen Demokratie unter der Losung „Plane mit – arbeite mit – regiere mit!" ab 1958).

Durchführung von Volksaussprachen und Verpflichtungsbewegungen zu politischen Höhepunkten wie Parteitagen, Wahlen u. a.

2.1.3. Staatsorgane

Konstituierung des Volksrates zur Provisorischen Volkskammer der DDR, Bildung der Provisorischen Länderkammer; Inkraftsetzung der vom 3. Deutschen Volkskongreß bestätigten Verfassung; Übergabe der Verwaltungsfunktionen an die staatlichen Organe der DDR durch die SMAD; Bildung der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK); Wahl Wilhelm Piecks zum Präsidenten der DDR; Bildung der Provisorischen Regierung der DDR (Oktober 1949).
Verwirklichung wesentlicher Grundsätze der Verfassung durch die Gesetzgebung der

Volkskammer: Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft in der Landwirtschaft (7. Dezember 1949); Jugendförderungsgesetz (8. Februar 1950); Gesetz der Arbeit (19. April 1950); Gesetz für den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau (27. September 1950); Gesetz zum Schutze des Friedens (15. Dezember 1950).

Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen: Gemeinsames Wahlprogramm und gemeinsame Kandidatenliste der Nationalen Front durch den Demokratischen Block (30. März 1950); Bildung der Regierung der DDR (Oktober 1950).

Weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe:
Auflösung der 5 Länder und Bildung von 14 Bezirken;
Erhöhung der Zahl der Kreise von 132 auf 217;
Bildung ständiger Kommissionen bei den Bezirks- und Kreistagen unter Einbeziehung der Werktätigen (Gesetz vom 23. Juli 1952).

Auflösung der SKK und Schaffung des Amtes des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland (27. Juli 1953). Übertragung der vollen staatlichen Souveränität durch die UdSSR an die DDR (25. März 1954). Aufhebung der Befehle und Anordnungen der SMAD und der SKK in Deutschland (7. August 1954).

Weitere Festigung der sozialistischen Staatsmacht und Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie durch:
Erweiterung der Rechte und Pflichten der Volksvertretungen;
Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates durch Planung, Koordinierung und Durchführung staatlicher Aufgaben entsprechend dem Prinzip der doppelten Unterstellung;
Auflösung der Industrieministerien und Übertragung der Leitung der Industrie an die Staatliche Plankommission (SPK);
Bildung von VVB und der Wirtschaftsräte der Bezirke;
Einheit von zentraler staatlicher Planung und Leitung und bewußter Teilnahme der Werktätigen (V. Parteitag der SED, Juli 1958).

Bildung des Forschungsrates der DDR als Organ des Ministerrates zur Festlegung der Schwerpunkte der Forschung und Koordinierung der Forschungskapazitäten (August 1957).
Bildung des Staatsrates der DDR als kollektives Staatsoberhaupt nach dem Tod des Präsidenten Wilhelm Pieck (September 1960).

2.2. Schutz von Staat und Gesellschaft

2.2.1. Sicherheit und Verteidigung

Wahrnehmung der Souveränitätsrechte der DDR zum Aufbau ihrer Verteidigungskraft durch:
Schutz der Staatsgrenzen und des Staatsgebietes der DDR (1950 ff.);
Ergänzung des Artikels 5 der Verfassung (26. September 1955);
Übernahme der Kontrollfunktionen an den Grenzkontrollpunkten, Grenzordnung für die Grenze zur BRD;
Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (8. Februar 1950);
Umwandlung der Volkspolizeibereitschaften in die Kasernierte Volkspolizei (Juli 1952);
Übernahme der Sicherung der Grenzen der DDR durch die Grenzpolizei (Staatsvertrag zwischen DDR und UdSSR, 1. Dezember 1955);
Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA) und des Ministeriums für Nationale Verteidigung;
Einbeziehung der NVA in die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages (Januar 1956);
Regelung der Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der DDR (Abkommen zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR vom 12. März 1957);
Einführung des Luftschutzes in der DDR (Gesetz vom 11. Februar 1958);
Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR (10. Februar 1960)

Maßnahmen zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften gegen wachsende Angriffe des Imperialismus (1953 ff.):
Versuche von imperialistischen Geheimdiensten und Agentengruppen durch Sabotage, ideologische Diversion und Überfälle die Konsolidierung der DDR zu stören;
Bildung von Arbeiterwehren zum Schutz der Produktionsanlagen (Juni 1953); Zerschlagung des konterrevolutionären Putschversuches mit Hilfe der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte;
Bildung von Kampfgruppen als bewaffnete Organe der Arbeiterklasse zum Schutze des sozialistischen Staates und der volkseigenen Betriebe unter direkter Führung der SED (seit 1953);
Vereinbarung über eine gemeinsame Friedenspolitik und des gegenseitigen militärischen Beistandes (Warschauer Vertrag; Bildung des Politischen Beratenden Ausschusses und des Vereinten Kommandos der Streitkräfte), (14. Mai 1955).

Appelle der Kampfgruppen und Protestversammlungen der Werktätigen gegen den konterrevolutionären Putsch in der VR Ungarn und gegen die Provokationen reaktionärer Kräfte von Westberlin aus (Oktober 1956).

Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin am 13. August 1961 (Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses vom März 1961 und Maßnahmen zur Verhinderung einer Aggression und zur Sicherung des Friedens an der Grenze zu Westberlin; Beratung der Ersten Sekretäre der ZK der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Moskau, Anfang August 1961).

2.2.2. Kontrolle

Bildung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (1948).

Kontrollposten der FDJ in den volkseigenen Betrieben, MAS, VEG, staatlichen Verwaltungen (Oktober 1951 ff.).

Auflösung der Volkskontrollausschüsse und Übenahme dieser Funktionen durch die gewerkschaftliche Arbeiterkontrolle, Helfer der Volkspolizei u. a. (Juni 1953 ff.).

Kommissionen für Parteikontrolle (1958 ff.).

2.2.3. Justiz

Neuordnung der Justiz und Organisation der Rechtspflege (1949 ff.) durch:
Bildung des Obersten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft (Dezember 1949);
Eröffnung der zentralen Richterschule in Potsdam (1950/51);
Bildung des Staatlichen Vertragsgerichts (6. Dezember 1950);
weiteren Ausbau der Staatsanwaltschaften, u. a. durch Aufsicht über die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit (August 1951 bis Mai 1952);
Aufhebung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung von 1877; Angleichung des Gerichtsaufbaus an den Staatsaufbau; Abschaffung der Schwurgerichte; Festlegungen über Wahl der Schöffen;
Errichtung des Staatlichen Notariats und Übertragung aller Aufgaben der „freiwilligen Gerichtsbarkeit" an die örtlichen Staatsorgane, z. B. Register-, Grundbuchwesen, Vormundschaft, Adoption (Oktober 1952);
Bildung von Konfliktkommissionen, Einbeziehung der Werktätigen in die Arbeits- und Zivilrechtssprechung und Erweiterung ihrer Aufgaben und Rechte (April 1953 ff.);
Verbesserung der Tätigkeit der Rechtspflege- und Justizorgane (Zentrale Konferenz des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates, 10. Mai 1956) und Weiterentwicklung des Strafrechts (Strafrechtsergänzungsgesetz vom 11. Dezember 1957);
Rechenschaftslegung vor den örtlichen Organen und Wahl der Richter der Kreis- und Bezirksgerichte durch die örtlichen Volksvertretungen (Gesetz vom 1. Oktober 1959);

Verordnung über die Tätigkeit der Kreis- und Bezirksarbeitsgerichte (Arbeitsgerichtsordnung) (29. Juni 1961);
Beschluß des Staatsrates über die weitere Entwicklung der sozialistischen Rechtspflege u. a.: bedingte Verurteilung und öffentlicher Tadel (30. Juni 1961).

Entwicklung der sozialistischen Gesetzlichkeit (1949 ff.):
Schutz und Unantastbarkeit des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums (Gesetz vom 2. Oktober 1952, Urteil des Obersten Gerichts, April 1958);
Erarbeitung wichtiger Gesetzeswerke, z. B. Gesetz der Arbeit (19. April 1950);
Ausarbeitung, umfassende Diskussion und Beschlußfassung des Gesetzbuches der Arbeit (1960 ff.).

2.3. Industrie und Bauwesen

Industrie

Leitung, Planung und Organisation der Industrie:

Aufruf zur Verbesserung der Qualität der Produktion; Erhöhung der Arbeitsproduktivität; Senkung der Selbstkosten; strenge Betriebswirtschaftsplanung; Verbesserung der Ausbildung des Facharbeiternachwuchses (Wirtschaftspolitische Konferenz in Leipzig, November 1949);
Erreichung des Vorkriegsstandes der Industrieproduktion durch vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes (Aufruf der SED vom Januar 1950);
Einführung von Betriebsplänen in der volkseigenen Industrie (ab März 1950).

Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität: Anwendung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung; Einführung des allgemeinen Vertragssystems; Kontrolle der volkseigenen Wirtschaft durch die Mark; erhöhte Verantwortung der staatlichen Leiter sowie der Gewerkschaften (6. Tagung des ZK der SED vom Juni 1951); Abschluß von Betriebskollektivverträgen (BKV) in nahezu 5000 volkseigenen Betrieben (Frühjahr 1951).

1. Fünfjahrplan 1951 bis 1955 mit der Zielstellung: Beschleunigter Ausbau der metallurgischen Basis, Erweiterung des Schwermaschinenbaus, Schaffung einer Handelsflotte, Verdopplung der Industrieproduktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität, des Volksvermögens und Erreichung und Überschreitung des Vorkriegslebensstandards; Stärkung des sozialistischen Sektors und Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen.

Maßnahmen zur Politik des „Neuen Kurses" u. a.: Änderung des Planes der Entwicklung der Schwerindustrie zugunsten der Steigerung der Produktion von Nahrungs- und Genußmitteln; Bildung neuer Industrie- und Handelskammern der DDR (Juni bis August 1953).

Ausarbeitung der Prinzipien der ökonomischen Politik in der Übergangsperiode: Erhöhung der Wirksamkeit der Planung und Leitung der Volkswirtschaft durch Erweiterung der wirtschaftlich-operativen Selbständigkeit der Betriebe, konsequente Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, wirksamere Ausnutzung des Wertgesetzes (21. Tagung des ZK der SED, November 1954).

Systematische Förderung von Wissenschaft und Technik zur Erreichung der Weltspitze (24. Tagung des ZK der SED) und Ausarbeitung von Perspektivplänen für Forschung, Technik und Standardisierung (1955 ff.).

2. Fünfjahrplan 1956 bis 1960 mit der Aufgabenstellung: Erhöhung des Anteils der sozialistischen Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion von 85 % auf 90 %, Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch fortgeschrittene Technik und sozialistiche Ökonomik und Erreichung des wissenschaftlich-technischen Weltniveaus.

Ersetzung des zweiten Fünfjahrplanes durch den Siebenjahrplan 1959 bis 1965 mit dem Ziel der maximalen Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen

Höchststandes bei ständiger Senkung der Kosten; Ausarbeitung langfristiger Programme für die Elektroindustrie, den Werkzeugmaschinenbau und andere Industriezweige (1959); Abänderung des Siebenjahrplanes infolge des imperialistischen Wirtschaftskrieges mit dem Ziel der völligen Unabhängigkeit der Volkswirtschaft der DDR von der BRD (Störfreimachung); weiterer Abbau der volkswirtschaftlichen Disproportionen; Steigerung der Produktion und des Exportes hochwertiger Fertigerzeugnisse zur Abdeckung des wachsenden Bedarfs an Steinkohle, Roheisen und Rohstahl (5. Tagung des ZK der SED, Mai 1959); beschleunigte Entwicklung der führenden Wirtschaftszweige; umfassendere ökonomisch-technische Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern (11. Tagung des ZK der SED, Dezember 1960); Entwicklung der privaten Industrie durch Einbeziehung von Privatbetrieben (Industrie, Handel) in den sozialistischen Aufbau in Form der staatlichen Beteiligung (1955 ff.); Fortsetzung der Bildung von PGH.

Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, sozialistischen Rekonstruktion und Rationalisierung mit dem Ziel der Steigerung der Arbeitsproduktivität; Arbeit nach einem einheitlichen, auf die Schwerpunkte gerichteten „Plan Neue Technik" mit dem Ziel: Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Beschleunigung des Tempos und der Qualität der Standardisierung und Mechanisierung und Erhöhung des ökonomischen Nutzeffekts (9. Tagung des ZK der SED, Juli 1960).

Weitere Erhöhung des Anteils der sozialistischen Betriebe an der Industrieproduktion, Förderung der begonnenen Umwandlung von Privatbetrieben in Betriebe mit staatlicher Beteiligung.

Ausbau und Erweiterung der materiell-technischen Basis der sozialistischen Produktion:

Verstärkte Entwicklung bestimmter Industriezweige zur Überwindung der spaltungsbedingten Disproportionen und gemäß den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution (1950 ff.).

Maßnahmen gegen den Wirtschaftsboykott (Unterbindung der Stahllieferungen, Aufkündigung von Handelsabkommen) der Westmächte und der BRD (1950 ff.).

Erweiterung der metallurgischen und energetischen Basis durch Auf- und Ausbau neuer Werke: Eisenhüttenwerk West bei Calbe/S. (Niederschachtofenverfahren); Eisenhüttenkombinat Ost; Edelstahlwerk in Döhlen; Großkokerei Lauchhammer; Kraftwerk Trattendorf; Kombinat „Schwarze Pumpe" und sozialistische Wohnstadt Hoyerswerda (1950 bis 1955).

Aufruf der SED zur Überbietung der Planziele beim Neuaufbau des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, beim weiteren Ausbau der Maxhütte Unterwellenborn, der Stahlwerke Gröditz, Hennigsdorf und Riesa (Januar 1950).

Beschleunigte Rekonstruktion der Hüttenindustrie, des Schwermaschinenbaus, der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie und des Bergbaus auf der Grundlage der modernen Technik: Steigerung der Arbeitsproduktivität; Senkung der Selbstkosten, Qualitätsverbesserung; Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs (Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED zur Stärkung des sozialistischen Sektors, 1952 ff.).

Beschleunigter Ausbau des Braunkohlenbergbaus, der Energieerzeugung und einiger Zweige der chemischen Industrie, Modernisierung des allgemeinen Maschinenbaus; weitere Erhöhung der Rolle der Produktionsberatungen (IV. Parteitag der SED, 1954 ff.).

Orientierung auf „Modernisieren, Mechanisieren, Automatisieren!" und auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität (25. Tagung des ZK der SED, Oktober 1955).

Durchführung ökonomischer Konferenzen zur Mobilisierung der Werktätigen für die Modernisierung und Mechanisierung der Produktion; erste ökonomische Konferenz im VEB Modul Karl-Marx-Stadt als neue Form der Leitungstätigkeit (1955).

Ausarbeitung eines langfristigen Kohle- und Energieprogramms (Zentrale Beratung über die Entwicklung der Energiewirtschaft der DDR, 1957); Baubeginn des ersten Atomkraftwerkes bei Rheinsberg (Oktober 1957).

Weiterentwicklung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, insbesondere der chemischen Industrie, der Metallurgie und des Maschinenbaus (V. Parteitag der SED, 1958).

Zentrale Chemiekonferenz: Chemieprogramm der DDR bis zum Jahre 1965: Entwicklung der Petrolchemie; Aufbau des Erdölverarbeitungswerkes in Schwedt, der Leunawerke II und eines Chemiefaserwerkes in Guben (November 1958).

Zentrales Jugendobjekt Erdölleitung „Freundschaft", Teilabschnitt von der Oder bis Schwedt (Ende 1958).

Unterstützung der Volkswirtschaft der DDR durch die Sowjetunion und solidarische Hilfe der Sowjetunion bei der Überwindung ernster wirtschaftlicher Schwierigkeiten:

Senkung noch zu leistender Reparationen um 50 % und Übergabe von 23 SAG-Betrieben (Mai 1950);
Übergabe weiterer 66 SAG-Betriebe (April 1952);
Erlaß noch ausstehender Reparationen und Übergabe der letzten 33 SAG-Betriebe sowie Bildung einer sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft „SDAG Wismut" (1953);
Gewährung eines Kredites und Lieferung zusätzlicher Lebensmittel und Rohstoffe (August 1953);
Vereinbarung unmittelbarer Verbindungen zwischen Großbetrieben der DDR und der UdSSR durch Partei- und Regierungsdelegationen beider Länder (Juni 1955).

Wettbewerbs-, Aktivisten- und Neuererbewegung

Aufschwung der Aktivistenbewegung; Bildung von „Brigaden der ausgezeichneten Qualität";

Schnelldrehverfahren des Drehers Erich Wirth aus dem Sachsenwerk Radeberg nach dem Vorbild Pawel Bykows (Ende 1949/1950).

Abschluß des Wettbewerbs in der volkseigenen Industrie zu Ehren des III. Parteitages der SED mit der vorfristigen Erfüllung des Zweijahrplanes (20. Juli 1950).

Beginn des Massenwettbewerbs und Erarbeitung von Aktivistenplänen der Betriebe nach dem Vorbild der Hallischen Pumpenwerke zum Kampf gegen Produktionsverluste (Oktober 1950 ff.).

Studium und Übernahme sowjetischer Neuerermethoden unter der Losung „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen" (Januar 1951).

Sonderwettbewerbe der Stahl- und Walzwerker als Antwort auf das Ausbleiben vertraglich festgelegter Lieferungen aus der BRD (September 1951) und zu Ehren der 2. Parteikonferenz der SED (Juni 1952).

Franik-Bewegung: Festlegung der Planaufgaben für jede Brigade und jedes ihrer Mitglieder (Februar 1952).

1. Plan der Rationalisatoren und Erfinder im VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden (April 1952).

Aufruf zum „Wilhelm-Pieck-Aufgebot" der Jugend als Antwort auf den Beschluß der 2. Parteikonferenz (Juli/August 1952).

Aufruf der Weberin Frieda Hockauf zum Wettbewerb unter der Losung „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben" (September 1953).

Wettbewerbsbewegung zum IV. Parteitag unter der Losung „Mehr, besser, billiger" u. a. mit dem Ziel: Überwindung des Mißverhältnisses zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem

Wachstum der Durchschnittslöhne; Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen und Materialverbrauchsnormen (Frühjahr 1954 ff.).

Anwendung der Luise-Ermisch-Methode in der Textil- und Lederindustrie: Wettbewerb von Mann zu Mann und Bildung von „Brigaden der ausgezeichneten Qualität" (1955 ff.).

Wilhelm-Pieck-Aufgebot zu Ehren seines 80. Geburtstages – vorfristige Erfüllung des Planes 1955 (Brigade Wolter aus dem VEB Reifenwerk Berlin-Schmöckwitz, Juli 1955 ff.).

Wettbewerb der Bauarbeiter „Schwarze Pumpe" mit anderen Großbaustellen (Sommer 1957).

Sozialistischer Wettbewerb in Vorbereitung des V. Parteitages der SED; Auslastung des Maschinenparks und Entwicklung material- und zeitsparender Arbeitsmethoden; Aufschlüsselung der Pläne auf jeden Tag und jeden Arbeitsplatz nach dem sowjetischen Neuerer N. J. Mamai (Herbst 1957).

Wettbewerb zum 40. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

1. Messe der Meister von morgen in Leipzig (Oktober 1958).

Aufruf zur Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" (4. Tagung des ZK der SED).

1. „Brigade der sozialistischen Arbeit" Jugendkomplexbrigade „Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld (Januar 1959).

Beginn eines verstärkten Erfahrungsaustausches mit sowjetischen Neuerern (Mai 1959).

Bauwesen

Staatliche Bauprogramme und Nationales Aufbauwerk

Beginn der einheitlichen Leitung und Lenkung des Bauwesens durch das Ministerium für Aufbau (gegr. 1949); Entwicklung der Deutschen Bauakademie (eröffnet 8. Dezember 1951) zur zentralen Institution für die Forschung; Bildung von VVB anstelle der Hauptverwaltungen; volle Verantwortlichkeit der Bezirke für den Wohnungs- und Landwirtschaftsbau (1957 ff.).

1. Bauwirtschaftsplan 1950.

Aufbau der Städte in der DDR ab 1950, insbesondere von Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Chemnitz, Dessau, Rostock, Wismar und Nordhausen.

Auftakt für das Nationale Aufbauwerk mit Baubeginn des Hochhauses an der Weberwiese in Berlin (1. September 1951) und Beginn des Nationalen Aufbauwerkes in den Kreisen (ab 1953).

Durchführung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms in Berlin und in den Bezirken Halle, Frankfurt/Oder, Rostock und Karl-Marx-Stadt (1953 ff.).

Kritik an der unbefriedigenden Durchführung des landwirtschaftlichen Bauprogramms und des Wohnungsbaus; Konzentrierung der Kräfte auf die Industrialisierung des Bauens; zusätzlicher Bau von Wohnungen (28. Tagung des ZK der SED, Juli 1956).

Vorrangige Fertigstellung der Bauobjekte für die Kohleindustrie und Energiewirtschaft (1958 ff.).

Landwirtschaftsbaukonferenz in Berlin (16. März 1960).

Festlegung für den Wiederaufbau der zerstörten Zentren der Städte und den Bau von 772 000 Wohnungen auf der Grundlage des Gesetzes über den Siebenjahrplan und der „Grundsätze zur Planung und Durchführung des Aufbaus der Stadtzentren" (Berlin, Leipzig, Dresden, Rostock, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Frankfurt/Oder, Neubrandenburg, Gera und Dessau, Mai 1961).

Industrialisierung des Bauens und Durchsetzung der Einheit von Technik, Wissenschaft und Kunst.

1. Baukonferenz der DDR; II. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten.

Anwendung der Großblockbauweise beim Wohnungsbau in Dresden-Striesen und in Berlin Leopoldstraße.

Zentrale technische Konferenz der volkseigenen Bauindustrie in Leipzig (1. Mechanisierungskonferenz).

Einsatz von Typenbauelementen für Hochbauten, landwirtschaftliche Nutzbauten und Industriebauten (1955/1956).

Tagung „Industrieller Wohnungsbau" in Leipzig über Entwicklung im 3. Fünfjahrplan (Oktober 1958).

1. Taktstraße für den Bau mit Großblöcken in Dresden-Seevorstadt (Ende März 1950).

Zusammenarbeit zwischen der Akademie für Bauwesen und Architektur der UdSSR und der Deutschen Bauakademie zum Thema Großplattenbau (Oktober 1960 ff.).

Bauwirtschaft

Forderung nach Stärkung des sozialistischen Sektors der Bauwirtschaft, der Verbesserung der Investitions- und Bauvorbereitung und einer wesentlichen Steigerung der Baustoffproduktion.

Wettbewerbs-, Aktivisten- und Neuererbewegung.

Orientierung der Aktivistenkonferenzen der IG Bau auf Einführung neuer Arbeitsweisen und Methoden v. a. sowjetischer Neuerer, z. B. Duwanows (1950 ff.).

Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen in der Bau- und Baustoffindustrie (1950 ff.).

Engere Zusammenarbeit von Bauarbeitern und der technischen Intelligenz sowie höhere Produktionsleistungen im Ergebnis der Tausender Wettbewerbe beim Mauern (Mai 1957).

Einleitung einer breiten wissenschaftlichen Durchdringung der Produktion durch die sich herausbildende sozialistische Arbeitswissenschaft (Einführung der Kowaljow-Methode im Bauwesen, 1951/52).

Komplexwettbewerb auf den Baustellen Dresden-Klotzsche; Aufschlüsselung der Arbeiten auf alle Brigaden und abschnittsweise Abrechnung (April 1957 ff.).

2.4. Handwerk und Dienstleistungen

Einbeziehung des Handwerks in die Lösung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben (Gesetz zur Förderung des Handwerks, August 1950), (1950 ff.).

Errichtung von Bezirkshandwerkskammern (August 1953).

Beginn der Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH), (1955 ff.).

2.5. Land- und Forstwirtschaft

Gesetz zum Schutz der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten (Dezember 1949).

Bildung von Vereinigungen Volkseigener Güter in den Ländern und Auflösung der zentralen Verwaltung Volkseigener Güter und ihrer 16 Gebiets- und 3 Fachvereinigungen (Januar 1951).

Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (Januar 1951).

Verstärkte Unterstützung der werktätigen Bauern durch die Arbeiterklasse. Weitere Zurückdrängung des Einflusses der Großbauern (1952 bis 1960).

Zusammenschluß der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe und der bäuerlichen Handelsgenossenschaften zur VdgB (BHG) zur Stärkung der Klein- und Neubauernwirtschaften und zur Einschränkung des Einflusses der Großbauern (November 1950).

Bildung politischer Abteilungen bei den MAS; Entwicklung der MAS bzw. MTS zu Zentren der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes und Ausrüstung der MTS mit moderner Technik (Juli 1953 ff.).

Unmittelbare Hilfe der Arbeiterklasse bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes unter der Losung „ Industriearbeiter aufs Land".

Abschluß von Patenschaftsverträgen zwischen Industriebetrieben und LPG (1953/54). Aktion der FDJ: „ 6000 junge Industriearbeiter aufs Land" (Februar 1956).

Bildung der LPG bis zur Vollgenossenschaftlichkeit des Dorfes, Beschluß der 2. Parteikonferenz zur Unterstützung der werktätigen Bauern und Landarbeiter bei der Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften.

Bildung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) in Merxleben, Krs. Bad Langensalza (Juni 1952).

1. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG über Aufgaben und Perspektiven und die Musterstatuten der LPG (Dezember 1952).

Bildung örtlicher Landwirtschaftsbetriebe zur Bewirtschaftung devastierter Ländereien und spätere Eingliederung in LPG.

Bildung der Zentralen Hochschule für Vorsitzende und Aktivisten der LPG in Meißen (August 1953).

Weitere Forcierung der Bildung von Genossenschaften durch Schaffung von Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Einbeziehung von Mittel- und Großbauern (IV. Parteitag der SED, 33. ZK-Tagung, Oktober 1957) und Bildung eines LPG-Beirats beim Ministerrat der DDR zur Kontrolle entsprechender staatlicher Maßnahmen (Juni 1956).

Finanzielle Vergünstigungen zur vorrangigen Entwicklung der LPG (Februar 1957 ff.).

Orientierung des V. Parteitages der SED auf den Abschluß der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, auf bessere Versorgung der Werktätigen mit Nahrungsmitteln und der Industrie mit Rohstoffen aus eigener Produktion; Bildung von LPG in jedem Dorf, Schaffung sozialistischer Produktions- und Lebensformen auf dem Lande (Juli 1958).

Gesetz über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (3. Juni 1959).

Kreis Eilenburg – erster vollgenossenschaftlicher Kreis der DDR (12. Dezember 1959).

Aufruf des ZK der SED zur Unterstützung der Parteiorganisationen auf dem Lande bei der Gewinnung der Einzelbauern für die LPG (Anfang 1960).

Bezirk Rostock – erster vollgenossenschaftlicher Bezirk der DDR (4. März 1960).

Aufruf der FDJ: „Der Sozialismus siegt – 10000 unserer Besten gehen in das vollgenossenschaftliche Dorf" (April 1960).

Schaffung und Ausbau der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft.

Bildung von Vereinigungen volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen (VVMAS) in jedem Land (Dezember 1950); Umwandlung der MAS in Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), (Anfang 1953), (Traktoren 1950: ca. 11000; 1955: 31500).

Maßnahmen des Ministerrates zur Förderung des Landwirtschaftsbaues u. a. Rinderoffenställe (Januar 1956 ff.).

Übergabe der Technik der MTS an die LPG, Umwandlung der MTS in Reparatur-Technische Stationen (RTS), (April 1959).

Wettbewerb und Produktionssteigerung

Übergreifen der Hennecke-Bewegung auf die Landwirtschaft (Bruno Kießler), (Oktober 1949).

Wettbewerb zur Erreichung des Vorkriegsstandes in der Feldwirtschaft und zur Erweiterung der Viehbestände (Aufruf des Parteivorstandes der SED, Januar 1950).

Kampf um die Steigerung der Pflanzen- und Tierproduktion und die Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit (IV. Parteitag der SED, April 1954 ff.).

„Schönebecker Methode" zur Erzielung höherer Erträge (Aufruf der Jugendbrigade „Manfred v. Brauchitsch", Januar 1955).

Übernahme der Jugendobjekte Umgestaltung der Altmärkischen Wische im Bezirk Magdeburg, der Großen Friedländer Wiese u. a. durch die FDJ (1958 ff.).

Orientierung auf die beträchtliche Steigerung der Hektarerträge und der tierischen Produktion (7. Tagung des ZK der SED, Dezember 1959).

2.6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Beschleunigter Aufbau von Talsperren: Sosa als erstes zentrales Jugendobjekt (1949-1951), Rapp-Bode-Talsperre (1952-1959).

Neuorganisation der Wasserwirtschaft, Bildung des Amtes für Wasserwirtschaft als zentrales Organ beim Ministerrat, volkseigener Wasserwirtschaftsbetriebe für Großaufgaben der Wasserwirtschaft und volkseigener Wasserwirtschaftsbetriebe unter Leitung der örtlichen Räte zur Lösung der Aufgaben der Gemeinden (Juli/August 1952 ff.).

Baubeginn eines Speichersystems zur Kühlwasserversorgung für die Großkraftwerke Vetschau, Lübbenau und des Kombinates „Schwarze Pumpe" und zum Hochwasserschutz des Spreewaldes (August 1958 ff.).

2.7. Binnen- und Außenhandel

Ausbau des staatlichen Binnenhandelsnetzes. Schaffung eines staatlichen Großhandels und Beseitigung des Monopols des privaten Großhandels (1950).

Einbeziehung des privaten Einzelhandels durch Abschluß von Kommissionsverträgen mit dem staatlichen und genossenschaftlichen Handel (1956 ff.).

Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen DDR und BRD:
Frankfurter Abkommen (Oktober 1949), Zweites Berliner Abkommen (20. September 1951);
Schutz des innerdeutschen Handels (Gesetz vom 21. April 1950);
Verschärfte Embargopolitik durch reaktionäre Kräfte der BRD: Willkürliche Kündigung des Handelsabkommens mit der DDR vom 20. September 1951 und aller Zusatzvereinbarungen zum 31. Dezember 1960 durch die Regierung der BRD (September 1960).

Ausweitung der Handelsbeziehungen, Abschluß von Handels- und Warenabkommen:
Handelsabkommen zwischen der DDR und der UdSSR für 1950 (April 1950);
Abschluß eines Warenabkommens mit der UdSSR für die Jahre 1952-1955 (September 1951); Abschluß ähnlicher Verträge mit Albanien, der ČSSR, Polen, Rumänien und Ungarn;
Bildung der Kammer für Außenhandel und Errichtung von Handelsvertretungen (November 1955 Syrien, September 1957 Ägypten); Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der DDR und der Republik Syrien;
Ausweitung der Handelsbeziehungen DDR – UdSSR einschließlich Kreditgewährung u. a. zur Deckung des Bedarfs an Steinkohle, Erzen, Walzwerkerzeugnissen und Rohöl (1956-1957);
wirtschaftliche Unterstützung der DDR durch die UdSSR gegen Störmaßnahmen der BRD (Dezember 1960).

2.8. Verkehr, Post und Fernmeldewesen

Reorganisation im Verkehrswesen vorrangig durch Konzentration der Transportmittel und Ausweitung des Verkehrsnetzes durch:

Fertigstellung des südlichen und nördlichen Außenringes der Reichsbahn um Berlin (1951-1952); Abschluß der Automatisierung des öffentlichen Telegrafennetzes (März 1961).

Ausbau der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens:
Abkommen über juristische und ökonomische Fragen der Nachrichtenverkehrsbeziehungen mit der UdSSR (1966 erneuert) und bis 1959 mit den anderen sozialistischen Staaten (Juli 1950);
Abkommen über die Organisation für die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens (OSS), (Dezember 1957).

2.9. Finanzen und Preise

Aufbau eines einheitlichen Finanzsystems. Entwicklung und Durchsetzung sozialistischer Grundlagen der Leitung und Planung. Einführung und Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Wirtschaft. Sozialistische Umgestaltung und Weiterentwicklung des Revisions- und Kontrollwesens sowie des Versicherungswesens.

Grundsätze der Finanzpolitik

Stärkung des volkseigenen Sektors als wichtigster Einnahmequelle des Staatshaushaltes durch straffe Finanzplanung und -disziplin (Kontrolle durch die Mark), Senkung der Selbstkosten, Durchsetzung der Steuer-, Preis- u. a. Wirtschaftgesetze, Entwicklung der Banken zu Finanzkontrollorganen der volkseigenen Betriebe, Kampf gegen Finanzsabotage, Förderung von Neubauern, Genossenschaftsbauern, Privatunternehmen.

Einleitung eines Feldzuges für strenge Sparsamkeit (Beschluß des ZK der SED vom 3. Februar 1953) unter der Losung „Spare mit jeder Minute, jedem Gramm, jedem Pfennig!" (1953).

Schutz vor Spekulationen und Störungen der Volkswirtschaft durch Geldumtausch im Verhältnis 1:1 im Oktober 1957.

Erhöhung der Rolle des einheitlichen sozialistischen Finanzsystems durch Vervollkommnung der Perspektivplanung der örtlichen Haushalte und Verbesserung der Kontroll- und Analysetätigkeit der Finanzorgane (1958 ff.).

Staatshaushalt, Kredit und Steuern

Ausbau des Systems der Abgabenverwaltung (Abgabengesetz vom 9. Februar 1950) zur Sicherung der planmäßigen Einnahmen des Staatshaushaltes durch konsequente Anwendung der Steuergesetze.

Durchführung der Haushaltsreform (Gesetz vom Dezember 1950) nach Außerkraftsetzung der Reichshaushaltsordnung. Einführung eines einheitlichen, den veränderten politischen und ökonomischen Verhältnissen des Übergangs zur langfristigen Wirtschaftplanung entsprechenden Rechnungswesens, Durchsetzung neuer Formen der Organisation, Methodik und Technik bei der Planung und Durchführung des Staatshaushaltes auf der Grundlage der Prinzipien des demokratischen Zentralismus.

Preise

Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen durch planmäßige Senkung der durchschnittlichen Preise für Nahrungsmittel und Industriewaren (1951 ff.).

Durchsetzung der Grundsätze einheitlicher Preispolitik zur größeren ökonomischen Wirksamkeit des Preissystems (Februar 1953 ff.).

Versicherungen

Neuordnung des Versicherungswesens durch Vereinigung der Sozialversicherungsanstalten der Länder zu einer einheitlichen, zentralgeleiteten Sozialversicherung unter Leitung und Kontrolle des FDGB (26. April 1951) und durch Errichtung der Deutschen Versicherungsanstalt (November 1952).

2.10. Bildung und Erziehung

Sozialistische Umgestaltung des Schulwesens durch Erhöhung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die sozialistische Erziehung der Jugend (Beschlüsse der 3. Parteikonferenz und des V. Parteitages der SED), Einführung des bildungspolitischen Prinzips der Einheit von fachlicher und weltanschaulicher Bildung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, durch Einführung und Ausbau des polytechnischen Unterrichts, Aufbau der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Schüler zugunsten der Arbeiter- und Bauernkinder in den zwölfklassigen Oberschulen.

Volksbildung

Ausgestaltung der Schulorganisation durch Aufbau von Zehnklassenschulen (seit September 1951 in den Schwerpunkten der Industrie und Landwirtschaft). Liquidierung der Einklassenschulen. Auf- und Ausbau der Mittelschulen zur obligatorischen allgemeinbildenden Schule für alle Kinder (1956 bis 1965). Einführung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule und der erweiterten Oberschule ab 1960.

Verstärkung des Zusammenwirkens von Schule, Elternhaus, Pionierorganisation und Betrieb durch Tätigkeit der Elternbeiräte (seit 1951) und Entwicklung von Patenschaftsbeziehungen zwischen Betrieben und Schulen (seit 1954).

Veränderung der Bildungs- und Erziehungsinhalte durch Hebung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts, Verstärkung der patriotischen Erziehung, Einführung und Erweiterung der polytechnischen Bildung und Einführung der Jugendweihe als neue Form staatsbürgerlicher Erziehung (1954).

Hoch- und Fachschulwesen

Neu- und Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens:
Eröffnung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten an den Universitäten (Oktober 1949);
Beginn der Einführung des Hoch- und Fachschulstudiums (1950-1951);
Bildung neuer Hochschulen: Gründung der Hochschule für Planökonomie (1950), Hochschule für Verkehrswesen in Dresden (April 1952), Hochschulen für Bauwesen in Cottbus (September 1953) und in Leipzig (Februar 1954), Technische Hochschulen in Ilmenau (September 1953), in Karl-Marx-Stadt (Oktober 1953), in Magdeburg (Oktober 1953) und Merseburg (September 1954);
Weiterentwicklung des Hochschulwesens durch die 2. Hochschulreform mit dem Ziel der Ausbildung politisch und fachlich hochqualifizierter Kader, der Einführung des Zehnmonate-Studienjahres auf der Grundlage einheitlicher Lehrpläne, Einführung des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums (1951 ff.).

Veränderung der Bildungs- und Erziehungsinhalte
Förderung russischer Sprachkenntnisse, engere Verbindung von Ausbildung und Praxis durch Einführung der Berufspraktika (seit 1951).

Orientierung auf Entwicklung der Universitäten, Hoch- und Fachschulen zu sozialistischen Bildungsstätten, Erhöhung des Einflusses der Arbeiterklasse auf das Hochschulwesen; Ausbildung hochqualifizierter, der Arbeiter-und-Bauern-Macht ergebener Kader (3. Hochschulkonferenz der SED, März 1958); Forderung des V. Parteitages der SED (Juli 1958) nach Verbesserung der politisch-ideologischen Erziehung und fachlichen Ausbildung der Studenten und stärkere Ausrich-

tung der Lehr- und Forschungstätigkeit der Universitäten und Hochschulen auf die sozialistische Praxis.

Berufsbildung

Engere Verbindung der praktischen Berufsausbildung in der Produktion mit dem berufstheoretischen Unterricht. Beginn des systematischen Ausbaus der Erwachsenenqualifizierung;
Einführung der Berufsbildung mit Abitur (September 1959).

Anpassung der Berufsausbildung an das veränderte System des allgemeinbildenden Schulwesens (Grundsätze zur weiteren Entwicklung des Systems der Berufsbildung in der DDR vom 30. Juni 1960).

2.11. Kultur

Grundsätze sozialistischer Kulturpolitik

Überleitung der antifaschistisch-demokratischen in die sozialistische Kulturrevolution. Durchsetzung des marxistisch-leninistischen Kulturbegriffs. Verstärkte Fortsetzung der sozialistischen Kulturrevolution (Kulturkonferenz der SED, Oktober 1957; Bitterfelder Konferenz, April 1959). Überwindung sozialismusfremder und -feindlicher Erscheinungen in der DDR-Kunst mit dem Ziel, eine neue Qualität der künstlerischen Erfassung der sozialistischen Wirklichkeit zu erreichen.

Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des deutschen Volkes und weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz (2. Kulturverordnung, März 1950).

1. Deutscher Kulturkongreß in Leipzig (Mai 1951).

Fortsetzung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur durch Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im kulturellen und geistigen Leben. Formulierung der zehn Grundsätze der sozialistischen Moral und Ethik (V. Parteitag der SED, 1958 ff.).

Orientierung der Schriftsteller und Kulturschaffenden auf ein neues Verhältnis zum werktätigen Volk und eine volksverbundene Entfaltung des Volkskunstschaffens und der künstlerischen und kulturellen Betätigung der Werktätigen unter der Losung: „Greif zur Feder, Kumpel, die sozialistische Nationalkultur braucht dich!" (1. Bitterfelder Konferenz, April 1951).

Erbepflege

Pflege der Traditionen der proletarischen und der humanistischen Kultur:
Erhaltung und Pflege nationaler Kulturdenkmale vor allem Deutsche Staatsoper, Brandenburger Tor in Berlin, Zwinger und Hofkirche in Dresden (VO vom Juni 1952);
Ludwig-van-Beethoven-Festwoche (März 1952);
Schiller-Ehrung in Weimar (Mai 1955).

Übergabe von 750 Gemälden der Dresdener Galerie durch die Regierung der UdSSR (August 1955) sowie der Schätze des Grünen Gewölbes, des Kupferstichkabinetts, der Porzellansammlung Dresden und des Pergamonaltars Berlin (1958).

Bachjahr und 30. Deutsches Bach-Fest in Leipzig (Juli 1950);
Festwoche zur 400-Jahr-Feier der Dresdener Kunstsammlungen; Eröffnung der wiederhergestellten Gemäldegalerie (Oktober/November 1960).

Gegenwartskunst

Förderung der sozialistischen Kultur und Kunst entsprechend den Kriterien des sozialistischen Realismus.

Entwicklung einer volksverbundenen realistischen Literatur und Kunst (5. Tagung des ZK der SED); Vertiefung des Studiums der Kultur der Sowjetunion sowie der Pflege des klassischen kulturellen Erbes und der Volkskunst (März 1951 ff.).

Forderung des IV. Deutschen Schriftstellerkongresses in Berlin nach einer sozialistischen Nationalliteratur (Januar 1956).

Orientierung der Kulturkonferenz des ZK der SED (Oktober 1957): Anwendung des sozialistischen Realismus in Literatur und Kunst, Fragen des sozialistischen Bewußtseins, der Moral und Ethik, einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit, zum Staat und zur Gesellschaft; Auseinandersetzung mit Erscheinungen des Formalismus in Kunst und Literatur.

Forderung nach Überwindung der bürgerlichen Ideologie im Filmschaffen und Nutzung des Films zur sozialistischen Bewußtseinsbildung; Orientierung des historischen Films auf die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung (Filmkonferenz des Ministeriums für Kultur und der DEFA-Studios in Berlin, Juli 1958).

Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Theatern und den Autoren der DDR (1. Forum der sozialistischen Dramatik, Mai 1961).

Erstes offizielles Versuchsprogramm des Deutschen Fernsehens (Dezember 1952).

III. Deutsche Kunstausstellung in Dresden: erste Ansätze des sozialistischen Realismus in der bildenden Kunst (März 1953).

I. Berliner Festtage in der Deutschen Staatsoper (Oktober 1957).

Beginn der Zusammenarbeit zwischen Mosfilm und der DEFA mit dem Film „Fünf Tage und fünf Nächte" (1961).

Kulturelle Massenarbeit

Erhöhung des Kulturniveaus der Werktätigen. Neue Qualität der Beziehung der Werktätigen zur Kultur. Entstehung der Bewegung schreibender Arbeiter. Förderung der Volkskultur.

Weitere Entfaltung der kulturellen Massenarbeit und Koordinierung der Kulturarbeit durch Vereinbarungen des FDGB mit Massenorganisationen und Verbänden (1951 ff.).

Durchführung von Festspielen: Arbeiterfestspiele (1. im Bezirk Halle 13.-21. Juni 1959) und Rügenfestspiele (1. im Fischerdorf Ralswieck – Aufführung der dramatischen Ballade „Klaus Störtebecker" von Kuba 16. August bis 2. September 1959).

Beginn der Bewegung „Treffen junger Talente" (1959); 1. Konferenz der schreibenden Arbeiter und Bauern (Juni 1960); 1. Kongreß der sozialistischen Sängerbewegung in Leipzig (Dezember 1960); 1. Konferenz der Arbeiter- und Bauerntheater (Juni 1961).

Kulturelle Verbände, Organisationen und Institutionen

Auf- und Ausbau von Organisationsformen zur Leitung des kulturellen Lebens. Auseinandersetzung mit der zunehmend antihumanistischen Kultur in der BRD.

Programmerklärung zur Verteidigung der deutschen Kultur (März 1954).

Eröffnung der Deutschen Akademie für Künste (März 1950).

Bildung von Fachverbänden der Kulturschaffenden: Juni 1950 Verband Bildender Künstler; Juli 1950 Deutscher Schriftstellerverband; April 1951 Verband deutscher Komponisten und Musikwissenschaftler.

Einweihung des ersten Kulturpalastes für Bergarbeiter in Chemnitz-Siegmar (1951 entstehen 565 Kultur- und Klubhäuser, darunter 352 in Betrieben) (Januar 1951).

Bildung der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten (Juli 1951) und des Ministeriums für Kultur (Januar 1954).

Eröffnung des Institutes für Literatur in Leipzig (seit 1958 Institut für Literatur „Johannes R. Becher") (September 1955).

Profilierung der Tätigkeit und Aufgaben des Deutschen Kulturbundes (1958 ff.).

V. Deutscher Schriftstellerkongreß in Berlin. Aufgaben der Literatur im ideologischen Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung (25. bis 27. Mai 1961).

2.12. Jugendpolitik, Körperkultur und Sport

Jugendfragen

Allseitige Förderung der Jugend und ihre Teilnahme am Aufbau des Sozialismus.

Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der DDR und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung (Februar 1950).

Stärkere Einbeziehung der Jugend in das gesellschaftliche Leben durch Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre (17. Mai 1950).

1. Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin, Pfingsten 1950.

III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten und XI. Akademische Sommersportspiele in Berlin (Teilnahme von 2000 Studentensportlern aus 42 Ländern) (August 1951).

1. Kongreß der Arbeiterjugend Deutschlands in Erfurt (April 1958).

Körperkultur und Sport

Ausbau der Sportbewegung und Entwicklung einer sozialistischen Körperkultur:
Aufbau von Sportvereinigungen (SV) entsprechend der Organisationsstruktur der Gewerkschaften (Beschluß des Deutschen Sportausschusses, des FDGB und der FDJ, 1950 ff.);
Gründung der 1. Sportvereinigung: SV Motor (Juni 1950);
Gründung der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport in Leipzig (Oktober 1950);
Bildung des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport und sportlicher Leistungszentren (Juli 1952);
I. Deutsches Turn- und Sportfest in Leipzig (August 1954);
Gründung des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) (April 1957);
I. Landessportkonferenz des DTSB – Losung „Das ganze Dorf treibt Sport" (Juni 1959);
Neue Initiative im Volkssport: „Jeder Mann an jedem Ort – jede Woche einmal Sport" (Juni 1959).

Erarbeitung der Grundlinien für den sozialistischen Inhalt und die Vervollständigung des Systems von Körperkultur und Sport (Karl-Marx-Städter Sportkonferenz, November 1955).

Aufbau internationaler Sportbeziehungen; erstmalige Teilnahme von DDR-Radsportlern an der Friedensfahrt Warschau-Prag und Einbeziehung der DDR in die Streckenführung (1950 bis 1952); Gründung des NOK der DDR (22. April 1951); Anerkennung des NOK der DDR auf dem 50. Kongreß des IOC in Paris (23. Juni 1955).

2.13. Sozialpolitik und Gesundheitswesen

Entwicklung und Verwirklichung von Grundsätzen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen:
Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung in Verwirklichung der Politik des „Neuen Kurses";
Anwachsen des Realeinkommens durch Lohnerhöhungen; Preissenkungen und stufenweise Abschaffung der Rationierung;

Aufhebung der Rationierung aller Lebensmittel bis auf Fleisch, Fett, Zucker, Kartoffeln (Oktober 1951); Abschaffung der Lebensmittelkarten und vollständige Aufhebung der Rationierung (1958); Verkürzung der Arbeitszeit in der sozialistischen Industrie, im Verkehrs- und Nachrichtenwesen (1957);
verstärkter Ausbau des Ferien- und Erholungswesens;
erstmalige Sicherung von Urlaubsmöglichkeiten für Genossenschaftsbauern (1953 ff.). Urlauber- und Touristenaustausch mit sozialistischen Ländern;
Bildung von Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften (Dezember 1953 ff.).
Weiterentwicklung des Sozialwesens und Verbesserung der medizinischen Betreuung;
Schutz von Mutter und Kind und Gewährleistung der Rechte der Frau (Gesetz, September 1950); verstärkter Ausbau von Krippeneinrichtungen (1951 bis 1955).

Perspektiven der medizinischen Wissenschaft und des Gesundheitswesens im Siebenjahrplan (Konferenz, Februar 1960).

2.14. Außenpolitik und internationale Verbindungen

Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach Staatsgründung und Einbeziehung der DDR in den RGW als grundlegende Bedingung für die erfolgreiche ökonomische Entwicklung. Abschluß von Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Gleichberechtigte Teilnahme der DDR im Warschauer Vertragssystem.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR durch die UdSSR und die volksdemokratischen Staaten VR Bulgarien, Polen, ČSSR, Ungarn, Rumänien, China, Korea, Albanien (Oktober bis Dezember 1949), Mongolische VR (April 1950), Jugoslawien (Oktober 1957).

Deutsch-polnische Deklaration über die Markierung der Oder-Neiße-Grenze, Unterzeichnung des Abkommens in Zgorzelec (Juni/Juli 1950).

Abkommen über eine dauerhafte, friedliche, freundschaftliche Zusammenarbeit mit der ČSSR, den VR Ungarn, Bulgarien und Rumänien (Juni bis September 1950).

Aufnahme der DDR in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) (September 1950), erstmaliger Versuch einer mehrseitigen Abstimmung der Produktionsprogramme (1954).

Bildung ständiger Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; Koordinierung der Entwicklung der Eisen- und Buntmetallurgie, der Kohlen-, Erdöl- und Gasindustrie, des Maschinenbaus, der Leichtindustrie und des Außenhandels für 1955 bis 1960.

Konferenz der Mitgliedsländer des RGW: Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bessere Abstimmung der Fünfjahrpläne; Entwicklung der Arbeitsteilung und Kooperation in bestimmten Industriezweigen, besonders im Maschinenbau, Ausbau der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (Mai 1958).

X. Tagung des RGW: Bau der transkontinentalen Erdölleitung „Freundschaft", Schaffung des internationalen Energieverbundsystems „Frieden" (Dezember 1958).
Teilnahme der DDR als gleichberechtigter Partner an der Konferenz der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der ČSSR, Polens, Rumäniens, Ungarns und der DDR in Prag: Protest gegen die Beschlüsse der New Yorker Konferenz zur Remilitarisierung der BRD (Oktober 1950).
Herstellung der vollen Souveränität der DDR durch den Staatsvertrag zwischen DDR und UdSSR über die Regelung ihrer Beziehungen (September 1955).
Regierungsabkommen zwischen der DDR und der UdSSR über die weitere wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; Maßnahmen zur Auslastung der Produktionskapazitäten; Hilfe beim Aufbau des ersten Atomkraftwerkes der DDR; Gewährung eines Kredits an die DDR (Juli 1956).
Besuch der ersten sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in der DDR. Gemeinsame Erklärung über die Unantastbarkeit der DDR und den engeren Zusammenschluß der Staaten des Warschauer Vertrages (7. bis 14. August 1957).

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Volksrepublik Albanien, der VR Bulgarien, der ČSSR, der DDR, der VR Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der UdSSR und der Ungarischen Volksrepublik in Warschau (Warschauer Vertrag); Vereinbarung über eine gemeinsame und koordinierte Friedenspolitik und den gegenseitigen militärischen Beistand; Bildung des Politischen Beratenden Ausschusses und des Vereinten Kommandos der Streitkräfte (Mai 1955).
Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der VR China (Dezember 1955).
Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit und Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Mongolischen VR (August 1957).

Verstärkte Bemühungen der DDR um Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu nichtsozialistischen, vorwiegend afro-asiatischen Staaten in Abstimmung mit den sozialistischen Ländern.

Gründung der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (Juni 1952) (Nachfolger seit Dezember 1961: Liga für Völkerfreundschaft).

Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen Syrien und der DDR in Damaskus (Juni 1956).

Errichtung von Generalkonsulaten der DDR in Syrien, Indonesien und Burma (1956 bis 1960).

Gründung von Freundschaftsgesellschaften: Deutsch-Arabische Gesellschaft; Deutsch-Afrikanische Gesellschaft; Deutsch-Lateinamerikanische Gesellschaft; Deutsch-Nordische Gesellschaft (1958 bis 1961).

Vorschlag der DDR über den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen allen Anliegerstaaten der Ostsee (1. Ostseewoche im Bezirk Rostock, 5. bis 12. Juli 1958).

Veränderung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten; Kampf um Einheit Deutschlands und die Sicherung des Friedens.

Initiativen und Maßnahmen des Deutschen Volksrates und der Volkskongreßbewegung gegen die imperialistische Zerreißungspolitik Deutschlands und für einen gerechten Friedensvertrag für Deutschland (1949 ff.).

Fortgesetzte Bemühungen der SED zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und zur Schaffung eines vereinigten antiimperialistischen deutschen Friedensstaates (III. Parteitag der SED, 1950), „Deutsche an einen Tisch", „Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz".

Durchführung einer Volksbefragung in der DDR und trotz Verbot auch in der BRD über Pariser Verträge und Friedensvertrag und Entscheidung der Mehrheit der Bevölkerung für Friedensvertrag, gegen Pariser Verträge.

Scheitern des EVG-Projektes durch Friedensaktionen und Ablehnung der Ratifizierung durch Französische Nationalversammlung (August 1954), neue Chancen für Wiedervereinigung Deutschlands.

Aktionen gegen die Remilitarisierung der BRD und ihre Integration in die NATO.

Vorschlag der Außenminister der sozialistischen Länder Europas in Prag zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Brief des Ministerpräsidenten O. Grotewohl an Kanzler Adenauer zur Aufnahme zwischenstaatlicher Besprechungen.

Wachsender Volkswiderstand gegen die Remilitarisierung in der BRD und ihre Einbeziehung in die EVG.

Breite Entfaltung der Friedensbewegung:
Stockholmer Appell zur Ächtung der Atombombe (März 1950);
Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz des Friedens durch die Volkskammer der DDR;
„Friedenskarawane der Jugend" (Mai 1952 in Essen).

Ersuchen der DDR an UdSSR, Großbritannien und Frankreich um beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages (Februar 1952);
Friedensvertragsentwurf der UdSSR (10. März 1952).

Kampf gegen Pariser Verträge, Deutschlandvertrag und EVG:
Vorschlag der Volkskammerdelegation der DDR an Bundestag, gemeinsam für Friedenskonferenz unter Teilnahme beider deutscher Staaten einzutreten (September 1952);
wachsender Widerstand in der BRD, in Frankreich und anderen Ländern gegen EVG-Vertrag;
Berliner Außenministerkonferenz über Rüstungsbeschränkungen und deutschen Friedensvertrag (Januar bis Februar 1954).
„Eden-Plan" der Westmächte, Vorschlag der SU für gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit unter Beteiligung beider deutscher Staaten; für Abschluß eines Friedensvertrages innerhalb von 6 Monaten, Abzug der Besatzungstruppen und militärische Neutralität beider deutscher Staaten.
1. Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit (29. November bis 2. Dezember 1954 in Moskau) mit Vorschlag, die Pariser Verträge nicht zu ratifizieren, Einigung über gesamtdeutsche Wahlen im Jahre 1955 herbeizuführen und Vertrag über ein System kollektiver Sicherheit in Europa abzuschließen.
Vorschlag der DDR an BRD zur sofortigen Verhandlung über gesamtdeutsche Wahlen 1955 unter internationaler Beaufsichtigung; Paulskirchenbewegung.
Einleitung einer Zäsur in der nationalen Frage, im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten und in der Situation in Europa durch Ratifizierung der Pariser Verträge im Februar 1955 durch den Bundestag mit Eingliederung der BRD in die NATO.
Ergebnislose Behandlung der deutschen Frage auf Genfer Gipfelkonferenz (Juli 1955) und Konferenz der vier Außenminister (Oktober/November 1955).
Verstärkte Bemühungen der sozialistischen Staaten um Minderung der internationalen Spannungen und Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.
Aufruf des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten 1956 zur Ablösung der in Europa bestehenden Militärblöcke durch ein System der kollektiven Sicherheit und Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Vertragsstaaten 1956; einseitige Truppenreduzierung durch UdSSR; wiederholte Vorschläge der DDR an BRD zu Verhandlungen über Begrenzung der Streitkräfte, Nichteinführung der Wehrpflicht, Nichtstationierung von Atomwaffen und Unterbindung jeder Kriegshetze, zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, zur Bildung einer Konföderation beider Staaten (Juli 1957).

Friedensmanifest der Vertreter Kommunistischer und Arbeiterparteien (Moskau 1957).

Unterstützung des Vorschlages zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan, 1957) durch DDR und Volksbewegung in der BRD (Kampf dem Atomtod).

3. Umfassender Aufbau des Sozialismus 1961 – 1970

Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung

Stabilisierung der Grundlagen des Sozialismus. Endgültige und unwiderrufliche Lösung der Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Weitere Ausprägung der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Erarbeitung der Konzeption des umfassenden Aufbaus des Sozialismus; beginnende Errichtung des entwickelten Sozialismus. Weiterführung des Prozesses der Herausbildung der sozialistischen deutschen Nation.

Festigung und Ausgestaltung der sozialistischen Staatsmacht und der sozialistischen Rechtsordnung, u. a. durch die Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung. Steigerung der Verteidigungskraft der DDR. Umfassende Wahrnehmung der wirtschaftsorganisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktion der Diktatur des Proletariats. Weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie durch Stärkung der Rolle der Volksvertretungen und breitere Einbeziehung der Werktätigen in die Machtausübung.

Vertiefung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern. Politische, wirtschaftliche und militärische Stärkung der DDR im Rahmen der sozialistischen Staatengemeinschaft. Kampf um den Frieden für die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz gegenüber den kapitalistischen Staaten, für die uneingeschränkte Anerkennung der DDR und gegen die Alleinvertretungsanmaßung der BRD.

Überwindung der aus der Zeit der offenen Grenze zu Westberlin entstandenen Verluste und volkswirtschaftlichen Disproportionen. Gestaltung der Volkswirtschaft der DDR im Rahmen des RGW unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung. Grundlegende Verbesserung der Planungs- und Leitungstätigkeit entsprechend der Notwendigkeit des Übergangs zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion. Schrittweise Durchsetzung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft". Einführung eines einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik (1966 ff.). Komplexe sozialistische Rationalisierung. Entwicklung neuer Formen des sozialistischen Massenwettbewerbs um höhere Arbeitsproduktivität und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Veränderung der Klassenstruktur: Qualitative und quantitative Veränderung der Arbeiterklasse. Neue sozialistische Klasse der Genossenschaftsbauern. Weiterentwicklung der Intelligenz zur größten und am engsten mit der Arbeiterklasse verbundenen sozialen Schicht. Entwicklung sozialistischer Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten. Schaffung der Grundlagen für die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise.

Verstärkte ideologische Arbeit zur Überwindung der noch beträchtlichen Unterschiede in der Bewußtseinsentwicklung. Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als herrschende Ideologie in der DDR. Hebung des politisch-ideologischen, geistigen und kulturellen Niveaus. Weiterführung der sozialistischen Kulturrevolution.

Gewährleistung der Tätigkeit der Religionsgemeinschaften nach der sozialistischen Verfassung von 1968. Allmählich sich positiv wandelnde, aber nicht widerspruchsfreie Entwicklung in der Haltung der Kirchen zum sozialistischen Staat. Beginnende Trennung der Kirchen in beiden deutschen Staaten wegen der sich verstärkenden reaktionären Kirchenpolitik in der BRD. Gründung eines besonderen evangelischen Kirchenbundes („Bund evangelischer Kirchen – BEK") der acht Landeskirchen in der DDR 1969 und deren Abgrenzung gegen die immer mehr der imperialistischen Politik dienende EKD in der BRD.

Staatliche Förderung fortschrittlicher Geistlicher und christlicher Bürger. Bekenntnis immer größerer christlicher Kreise zum sozialistischen Staat und gegen die Atom- und Hochrüstung der NATO (Tagungen von Geistlichen 1965 in Weimar, 1966 in Erfurt und Magdeburg).

Beibehaltung der wichtigsten christlichen Feste als staatlich anerkannte Feiertage bei Durchsetzung der Fünf-Tage-Arbeitswoche. Klärung anstehender Probleme zwischen Staat und evangelischer Kirche. Zusammenkunft von W. Ulbricht mit dem thüringischen Landesbischof M. Mitzenheim auf der Wartburg am 16. August 1964: Betonung der gemeinsamen Verantwortung von Staat und Kirche für die Friedenssicherung.

3.1. Politische Organisation der Gesellschaft

3.1.1. Parteien und Massenorganisationen

Wesentlicher Beitrag der Blockparteien und Massenorganisationen zum umfassenden Aufbau des Sozialismus.

Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien zu Parteien mit sozialistischer Orientierung im Ergebnis der sozialen Veränderungen und politisch-ideologischer Klärungsprozesse.

SED

Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Orientierung der Partei vor allem auf:
den umfassenden Aufbau des Sozialismus als strategische Aufgabe (VI. Parteitag der SED, Januar 1963) und die Gestaltung des Sozialismus als entwickeltes gesellschaftliches System des Sozialismus (VII. Parteitag der SED, April 1967);
Durchsetzung des Marxismus-Leninismus als führende Ideologie, Kampf gegen revisionistische und sozialismusfremde Erscheinungen;
die Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW und des Warschauer Vertrages;
Fortsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, insbesondere in der nationalen Frage.

Ausarbeitung und Realisierung eines neuen Parteiprogramms.

Stärkere Konzentration auf die Bestimmung der Hauptrichtungen der gesellschaftlichen Prozesse und die Erhöhung der Eigenverantwortung der leitenden Parteiorgane auf den unteren Ebenen (13. Tagung des ZK, September 1966).

FDGB

Kampf um die Erhöhung von Produktion und Arbeitsproduktivität unter Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und Erhöhung des Kultur- und Bildungsniveaus der Werktätigen. Entwicklung eines reichhaltigen geistig-kulturellen Lebens in den Betrieben und Wohngebieten (6. FDGB-Kongreß, November 1963; 7. FDGB-Kongreß, Mai 1968).

FDJ

Aufgaben des Jugendverbandes beim umfassenden Aufbau des Sozialismus. Verstärkte Rolle des Marxismus-Leninismus bei der Erziehung der Jugend (VII. Parlament der FDJ, Mai 1963; Deutschlandtreffen der FDJ, 1964).

3.1.2. Massenbewegungen

Durchführung von Volksaussprachen zu politischen Höhepunkten und über Dokumente von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung: über das Verhältnis von Sozialismus, Imperialismus und nationaler Frage (1962), zum Familiengesetzbuch (1965) und zum Entwurf der neuen sozialistischen Verfassung; Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf (1968).

Herausbildung neuer Entwicklungsstufen des sozialistischen Wettbewerbs in der Industrie:
Produktionsaufgebot zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Warenproduktion bei

annähernd gleichem Lohnniveau unter der Losung „Gründlich denken, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten". Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen. Durchsetzung des Planes Neue Technik (1961 ff.). Kampf um das Gütezeichen „Q". Einführung der Mitrofanow-Methode (1962 ff.).

Entwicklung des überbetrieblichen Komplexwettbewerbes (1963 ff.).

Verbindung des Kampfes um höhere Arbeitsproduktivität mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (1965 ff.).

Wettbewerb zum Lenin-Jahr („Rationeller produzieren – für dich, für deinen Betrieb, für unseren sozialistischen Friedensstaat", 1970).

Lenin-Aufgebot der Jugend (1970).

Wettbewerb der landwirtschaftlichen Genossenschaften um die richtige Organisation der sozialistischen Großproduktion, die Einführung einer wissenschaftlich begründeten Fruchtfolge und die Erfüllung und Überbietung der Produktionspläne (1962 ff.).

Entfaltung der Bewegung „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!" durch die Nationale Front (Torgauer Initiative, 1967 ff.).

3.1.3. Staatsorgane

Weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie und des demokratischen Zentralismus: Stärkung der Rolle der örtlichen Volksvertretungen (1961, 1965).

Entwicklung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung": Gesetz über den Ministerrat; Wahlgesetz und Wahlordnung; Bildung der Landwirtschaftsräte; Neubestimmung der Aufgaben der Staatlichen Plankommission und des Volkswirtschaftsrates (1963).

Reorganisation zentraler Leitungs- und Planungsorgane entsprechend den Anforderungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus: Konzentration der Tätigkeit des Ministerrates auf die Hauptfragen und die Koordinierung der Tätigkeit der anderen staatlichen und Wirtschaftsorgane; engere Verbindung der zentralen Planung mit der eigenverantwortlichen Planungstätigkeit der VVB und VEB; Auflösung des Volkswirtschaftsrates und Errichtung von Industrieministerien (1966).

Schaffung und Ausbau von Forschungs- und Informationsorganen: Reorganisation des Forschungsrates der DDR; Schaffung des Zentralinstituts für Information und Dokumentation sowie einheitlicher Informationseinrichtungen in den Ministerien, VVB und VEB (1966).

Durchführung eines Volksentscheides über die neue sozialistische Verfassung der DDR (1968).

3.2. Schutz von Staat und Gesellschaft

3.2.1. Sicherheit und Verteidigung

FDJ-Aufgebot „Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!" (1961).

Vervollkommnung der sozialistischen Wehrgesetzgebung auf der Grundlage der neuen Anforderungen an die Landesverteidigung: Gesetz über die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik; Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht; Beschlüsse des Nationalen Verteidigungsrates über die Umrüstung der NVA (1962).

Bildung von Kommissionen für sozialistische Wehrerziehung (Beschluß des Politbüros des ZK der SED, Oktober 1962).

Stärkung der Verteidigungskraft durch gemeinsame Manöver der sozialistischen Verteidigungskoalition auf dem Gebiet der DDR: „Quartett" (1963), „Oktobersturm" (1965), „Waffenbrüderschaft" (1970).

Schaffung neuer Führungsorgane für den Schutz der sozialistischen Staatengemeinschaft: Komitee der Verteidigungsminister; Militärrat der Vereinten Streitkräfte; Technisches Komitee. Erweiterung der Aufgaben der bestehenden Führungsorgane: Vereintes Kommando; Stab der Vereinten Streitkräfte (1969).

Aufbau der Zivilverteidigung in der DDR (Zivilverteidigungsgesetz, September 1970).

3.2.2. Kontrolle

Weiterentwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Kontrolle entsprechend den Anforderungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus.

Schaffung der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI) als neues staatliches und gesellschaftliches Kontrollorgan (1963).

3.2.3. Justiz

Festigung der sozialistischen Rechtsordnung durch Einführung neuer grundlegender Rechtsnormen: Gerichtsverfassungsgesetz (1963); Erlaß des Staatsrates über die Stellung und die Aufgaben der Gerichte für Militärstrafsachen (1963); Strafgesetzbuch (1968); Strafprozeßordnung (1968).

Bildung von Schiedskommissionen als neue gesellschaftliche Organe der Rechtspflege (1965).

Wirken der Justizorgane gegen Anschläge des Klassenfeindes.

3.3. Industrie und Bauwesen

Durchsetzung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft": Konsequentere Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. Stärkere Verbindung von zentraler Leitung und Planung der Volkswirtschaft mit eigenverantwortlicher Tätigkeit, besonders der Industrie- und Baubetriebe. Verbesserung der Führungstätigkeit der zentralen wirtschaftsleitenden Organe. Erhöhung der Autorität des Planes bei Verbesserung des Inhalts und der Methodik der Planung. Konzentration der Kräfte auf die Hauptaufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts (Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR, Juni 1963).

Intensivierung und Angleichung der Leitung und Organisation der Volkswirtschaft, besonders der Industrie und des Bauwesens, entsprechend den Erfordernissen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus: Gründung des Volkswirtschaftsrates zur Ausarbeitung und Kontrolle der Jahresvolkswirtschaftspläne und zur Leitung der Volkswirtschaft (1961); Umbildung der VVB von administrativen zu ökonomischen Führungsorganen mit wirtschaftlicher Rechnungsführung (1964); Auflösung des Volkswirtschaftsrates, Stärkung der Stellung der Staatlichen Plankommission und Errichtung von Industrieministerien nach Industriezweigen (1966); Umbildung von VVB in leistungsstarke Kombinate der volkseigenen Industrie (1968).

Verstärkte Durchsetzung und Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Rahmen der Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" und Ausbau der statistischen Datenerfassung: Monatsmeldungen über den Produktionsprozeß; Einführung leistungsabhängiger Lohnformen und Schichtprämien; stärkere Beachtung von Preis, Kredit, Zins und Lohn als ökonomische Hebel.

Weiterentwicklung von Industrie und Bauwesen unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der Zusammenarbeit im RGW.

Erweiterung der wissenschaftlich-technischen und der ökonomischen Zusammenarbeit der DDR und der UdSSR: Bildung der paritätischen Regierungskommission DDR-UdSSR für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; Koordinierung der Fünfjahrpläne; Organisation der direkten Zusammenarbeit strukturbestimmender Wirtschaftszweige (1966 ff.); Vereinbarung neuer Formen der Zusammenarbeit (Mai 1968).

Beseitigung aufgetretener Disproportionen im Rahmen des fortschreitenden Aufbaus des Sozialismus. Schaffung der Voraussetzungen zur weiteren Stabilisierung der Volkswirtschaft durch Streichung zusätzlich aufgestellter, nicht realisierbarer Aufgaben und Übergang zur Wiederherstellung der planmäßigen proportionalen Entwicklung, Ausbau der wissenschaftlich begründeten Wirtschaftspolitik unter konsequenter Beachtung der ökonomischen Gesetze bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft (14. Tagung des ZK der SED, Dezember 1970).

Weitere Optimierung der gesamten Volkswirtschaft und zielgerichtete Förderung der für die Volkswirtschaft entscheidenden Industriezweige.

Ausbau der petrolchemischen Industrie: Inbetriebnahme der 2. Ausbaustufe des VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt und von VEB Leuna II (1966).

Arbeitsaufnahme des ersten Atomkraftwerkes der DDR bei Rheinsberg (1966).

Bau des VEB Kaltwalzwerk Eisenhüttenstadt.

Schaffung neuer profilbestimmender Wirtschaftszweige wie Schiffbau und Landmaschinenbau.

Wesentliche Erweiterung der Produktion von Halbleiterelementen, EDV-Anlagen, BMSR-Technik-Geräten und des Maschinenbaus.

Neuordnung des Bauwesens.

Bildung großer Bau- und Montagekombinate. Bildung von Wohnungs-, Tief- und Landbaukombinaten in den Bezirken.

Entwicklung einer stabilen Baumaterialindustrie. Neuordnung der Baumaterialienwirtschaft im Rahmen der Neugestaltung der Materialökonomie (Ministerratsbeschluß, Februar 1966).

Abschluß des Übergangs von der handwerklichen zur industriellen Produktion im Bauwesen durch die Montage vorgefertigter Bauelemente.

Ausarbeitung von Prinzipien der Planung und Gestaltung im Städtebau (13. Plenartagung der Bauakademie, Oktober 1964).

Herausbildung einer neuen sozialistischen Architektur.

Beseitigung von Monotonie und Schematismus sowie Aufforderung zu originellen und kühnen Lösungen im Städtebau und in der Architektur (1967 ff.).

Übergang zur Aufstellung von sozialistischen Generalbebauungsplänen für Städte (Staatsratsbeschluß, April 1970).

Weiterentwicklung des sozialistischen Rationalisatoren- und Neuererwesens und des sozialistischen Wettbewerbs.

Verstärkte Standardisierung, Spezialisierung und Konzentration der Produktion, Förderung vielfältiger Kooperationsbeziehungen sowie Technisierung, Mechanisierung und Automatisierung als Hauptwege zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der sozialistischen Industrie und im Bauwesen (1961 ff.).

Hinüberwachsen des Neuererstrebens einzelner Werktätiger in die produktivere Neuererbewegung ganzer Neuerer- und Arbeitskollektive. Breitere Anwendung sowjetischer Neuerererfahrungen (1961 ff.).

Einführung des Planes „Neue Technik" (1961) und „Wissenschaft und Technik" (1967) zur kontinuierlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Entfaltung der Rationalisatoren- und Neuererbewegung.

Produktionsaufgebot zur raschen Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Warenproduktion bei annähernd gleichem Lohnniveau (September 1961). Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen (1961 ff.). Kampf um das Gütezeichen „Q" für die Haupterzeugnisse der Industrie

(1962 ff.). Entwicklung des überbetrieblichen Komplexwettbewerbs zur Aktivierung aller an einem bestimmten Finalprodukt mitwirkenden Kräfte und Betriebe (1963 ff.). Verbindung des Kampfes um höhere Arbeitsproduktivität mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (1965 ff.).

Konzentration und Systematisierung der Materialökonomie als eines besonderen Wirtschafts- und Leistungszweiges (1966 ff.).

Durchsetzung von Erzeugnisgruppenarbeit als eine neue Methode der Einbeziehung von Privatbetrieben, Betrieben mit staatlicher Beteiligung und industriell arbeitenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks in die einheitliche strategische Zielstellung des Produktionsprozesses der einzelnen Wirtschaftszweige (1967 ff.).

Entwicklung sozialer Widersprüche zwischen den hochverdienenden, voll in die sozialistische Industrie einbezogenen Komplementären der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Privatunternehmern einerseits sowie deren tatsächlichen gesellschaftlichen Leistungen und der Entlohnung ihrer Arbeiter und Angestellten andererseits. Progressive Einwirkung der demokratischen Blockparteien CDU, LDPD und NDPD auf die privaten Unternehmer.

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in Industrie und Bauwesen, vor allem durch die Schaffung und den Ausbau entsprechender betrieblicher Einrichtungen (1961 ff.).

3.4. Handwerk und Dienstleisungen

Aufbau eines engmaschigen Netzes von Dienstleistungsbetrieben.

Weitere Maßnahmen zur Förderung des Handwerks und der Dienstleistungen.

Ökonomische Kräftigung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks als wesentliche Formen der Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe (PGH-Steuergesetz, November 1962).

Förderung der privaten Handwerksmeister als Zulieferer von Produktionsbetrieben und als Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe.

Einführung des einheitlichen Systems der Rechnungsführung und Statistik in den Produktionsgenossenschaften des Handwerks (Juni 1970).

Bessere Nutzung der vorhandenen Leistungs- und Effektivitätsreserven (Dezember 1970).

Verordnung über die Besteuerung des Handwerks und über die Kreditpolitik gegenüber dem Handwerk (Dezember 1970).

Ausbau von Produktionsgenossenschaften des Handwerks zu industriell-produzierenden Betrieben mit Exportverpflichtungen. Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Reparaturen durch den Übergang zahlreicher PGH und privater Handwerksbetriebe zu Leistungen für die Produktion, besonders im Bauhandwerk.

Entwicklung sozialer Widersprüche durch Disproportionen im privaten Handwerk zwischen den Einkommensverhältnissen der selbständigen Meister und ihren Beschäftigten. Progressive Einwirkung der demokratischen Blockparteien CDU, LDPD und NDPD auf die selbstänigen Handwerksmeister.

3.5. Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

Weiterentwicklung der sozialistischen Landwirtschaft, vorwiegend auf genossenschaftlicher Grundlage. Übergang zur sozialistischen Produktion in der Landwirtschaft.

Durchsetzung der Prinzipien der genossenschaftlichen Arbeit in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Festigung des Verantwortungsbewußtseins der Genossenschaftsbauern für ihre Genossenschaften. Politische und ökonomische Festigung der LPG, Abschluß der Konsolidierung in der genossenschaftlichen Landwirtschaft.

Gestaltung einer sozialistischen Betriebswirtschaft im Gesamtbereich der Landwirtschaft und Entfaltung der sozialistischen Demokratie in den Genossenschaften (VII. Bauernkongreß, März 1962). Übergang zur Brigadearbeit; Bildung von Spezialistengruppen; Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit, des genossenschaftlichen und zwischengenossenschaftlichen Wettbewerbs und der Neuererbewegung; Aufbau eines abgestimmten Weiterbildungssystems in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

Kontinuierliche politische und ökonomische Aufwärtsentwicklung in den meisten LPG bei Fortbestehen erheblicher Unterschiede im Leistungsniveau. Allmähliche Überwindung der vielfach ungerechtfertigten Unterschiede in der Arbeitsproduktivität einzelner Genossenschaften. Heranführung leistungsschwacher LPG an das Durchschnittsniveau.

Durchsetzung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft".

Aufbau eines neuen Systems der einheitlichen Leitung der sozialistischen Landwirtschaft: Landwirtschaftsrat beim Ministerrat der DDR mit Produktionsleitung; Bezirks- und Kreislandwirtschaftsräte mit Produktionsleitungen (1963). Unterstellung der Nahrungsgüterwirtschaft unter diese Räte; Entwicklung zu Räten für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft (1968).

Entwicklung zwischenbetrieblicher und innerbetrieblicher Vertragsbeziehungen (1965 ff.).

Einführung des einheitlichen Systems der Rechnungsführung und Statistik unter verstärkter Betonung der Kostenrechnung als Kontrollinstrument (1971).

Allmähliche Durchsetzung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel in den LPG und VEG und Anwendung der jährlich vom Ministerrat festgelegten ökonomischen Hebel.

Durchsetzung einer aktiven Kreditpolitik unter Leitung der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (1968 ff.).

Weiterentwicklung des Steuersystems für die Landwirtschaft. Stufenweise Einführung ökonomisch begründeter Abgaben der sozialistischen Landwirtschaft (1969 ff.).

Bildung zwischengenossenschaftlicher und zwischenbetrieblicher Kooperationen in Form der Zwischengenossenschaftlichen/Zwischenbetrieblichen Bauorganisationen (ZBO) und Meliorationsgenossenschaften (1963 ff.).

Bildung übergemeindlicher Abteilungen für Pflanzenproduktion aus den einzelnen LPG; Kooperative Abteilungen Pflanzenproduktion (KAP) (1964 ff.).

Weitere Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in sozialistischen Großbetrieben.

Erste Schritte zur agrar-industriellen Produktion: Kombinate Industrielle Mast (KIM) (1968 ff.).

Engerer Zusammenschluß zahlreicher landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Produktionsbetriebe mit verarbeitenden Industriebetrieben und Handelsbetrieben zu erzeugnisspezifischen Kooperationsverbänden für Fleisch, Milch, Getreide, Kartoffeln, Obst und Gemüse (1967 ff.).

Orientierung der Agrarwissenschaft auf die weitere Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion.

Übergang zu vertraglich geregelten sozialistischen Marktbeziehungen in der Landwirtschaft.

Abbau der durch Ablieferungspflicht bestimmten Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Überführung der VEAB in einen in Kombinaten organisierten sozialistischen Landwirtschaftshandel: Getreidekombinate, Fleischkombinate.

Weiterentwicklung des Systems der Agrarpreise: einheitliche Erzeugnispreise für pflanzliche und tierische Produkte (1963; 1968).

Übergang der Landtechnik von den Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) auf die LPG. Ausbau der Reparaturkapazität der Landtechnik durch die Kreisstellen für Landtechnik spätere Kreisbetriebe für Landtechnik (1963 ff.).

Orientierung des Landwirtschaftsbaus und des Landmaschinenbaus auf Großanlagen zur agrarindustriellen Produktion (1967 ff.).

Verstärkte Chemisierung der Landwirtschaft: chemische Düngemittel und Insektizide im Pflanzenbau; Wachstumspräparate in der Tierzucht. Aufbau der Agrochemischen Zentren (ACZ), (1967 ff.); Ausbau des Agrarflugs.

Ausbau des Meliorationswesens zu einem selbständigen leistungsfähigen Wirtschaftszweig innerhalb der Landwirtschaft. Durchführung großflächiger sozialistischer Meliorationsvorhaben. Einführung neuer Meliorationsverordnungen (1962, 1967); Überführung der Meliorationsgenossenschaften in die Zwischenbetrieblichen Einrichtungen (ZBE); Entstehung des VEB Meliorationsbau (1963); einheitliche Meliorationsplanung (1967 ff.); Bildung von Meliorationsverbänden (1967 ff.).

Hervorhebung der Bedeutung der Bodenkultur und ihres Schutzes für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion (Landeskulturgesetz, 1970).

Intensivierung der forstwirtschaftlichen Produktion: Bildung des Staatlichen Komitees für Forstwirtschaft (1965); Verstärkung des Einflusses der volkseigenen Forstwirtschaft auf den genossenschaftlichen und privaten Waldbestand (1966 ff.); Errichtung von Zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen der Waldwirtschaft (ZEW); weitere Mechanisierung der Holzerzeugung und Holzbereitstellung.

Durchsetzung einer planmäßigen Bewirtschaftung der Jagdgebiete.

3.6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Durchsetzung einer einheitlichen Wasserwirtschaftspolitik.

Schaffung eines speziellen Leitungssystems (Wassergesetz, April 1961).

Verstärkter Schutz und intensive Instandhaltung der Gewässer (Verordnungen: Juni 1961, April 1963, September 1967, Februar 1969).

Durchsetzung der einheitlichen Bewirtschaftung von größeren Flußgebieten.

Zusammenfassung wasserwirtschaftlicher Betriebe der Städte und Gemeinden zu größeren Betriebseinheiten auf Kreis- und überkreislicher Ebene (1962 ff.).

Schaffung der Voraussetzungen für großräumige Lösungen der Trink- und Brauchwasserversorgung und der Abwasserbehandlung, besonders in industriellen Ballungsgebieten (1963 ff.).

Planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur.

Festlegungen über die Naturschutzgebiete (1961 ff.).

Wiederurbarmachung bergbaulich genutzter Bodenflächen (1970 ff.).

Intensivierung und Hebung des Natur- und Landschaftsschutzes durch Neuregelung des Umweltschutzes (Landeskulturgesetz, 1970).

3.7. Binnen- und Außenhandel

Vertiefung und Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten. Kontinuierliche Lieferung sowjetischen Erdöls als Voraussetzung für den Aufbau einer modernen petrolchemischen Industrie in der DDR (Bau der Erdölleitung „Freundschaft").

Wesentliche Ausdehnung des Außenhandels der DDR mit nichtsozialistischen Ländern. Entwicklung des Handels zwischen der DDR und der BRD vom imperialistischen Wirtschaftskrieg zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Weiterer Ausbau des Binnenhandels zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Waren. Ausdehnung des Handelsnetzes.

Schaffung und Entwicklung des Exquisit-Einzelhandels für Industriewaren (1961 ff.); Modewaren (1962 ff.).

Entstehung und Festigung neuer Formen im Handel und Beherbergungswesen; Vereinigung Volkseigener Warenhäuser; Vereinigung Interhotel; Großhandelsbetriebe Textil- und Kurzwaren (1964 ff.).

Bildung zentralgeleiteter Handelssysteme im Großhandel mit Industriewaren (1968).

Tätigkeit privater Einzelhändler und Gastwirte als Kommissionshändler des sozialistischen Einzelhandels (1966 ff.).

Gestaltung von Vertragsbeziehungen zwischen den örtlichen Räten und den Betrieben zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen (1968 ff.).

3.8. Verkehr, Post und Fernmeldewesen

Verbesserung des Gütertransportes (Verordnung, August 1961). Aufbau des Großcontainertransports (1968 ff.).

Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr (Straßenverkehrsordnung und Straßenverkehrszulassungsordnung, Januar 1964).

Verbesserung der Binnenhafenverhältnisse (Anordnung, Juni 1964).

Neuregelung der Verhältnisse der Deutschen Post (Statut, Juli 1964); Einführung des Postleitzahlensystems (Beschluß, August 1964).

Beitritt zu internationalen Vereinbarungen über den Eisenbahn-, Personen- und Güterverkehr (1964), zum Weltpostverein und zu postalischen Vereinbarungen (1970).

3.9. Finanzen und Preise

Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus im Finanzwesen. Festigung des Monopols des sozialistischen Staates für das Währungs- und Finanzsystem und die Außenwirtschaft einschließlich Valutawirtschaft.

Durchsetzung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" in der Finanzwirtschaft.

Planung und Bilanzierung des Staatshaushaltes und Konzentration der Investfinanzierung auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte (1964 ff.).

Durchsetzung des einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik (1966 ff.).

Verstärkte Anwendung von Kredit und Zins als ökonomische Hebel und Herstellung direkter Kreditbeziehungen zwischen Bank und Betrieb.

Ausbau der Kontrollfunktionen der Banken bei der Planerfüllung (1964).

Einsatz der Finanzwirtschaft und -kontrolle zur Erzielung maximaler Senkung der Selbstkosten und Erhöhung der Rentabilität. Verstärkung der aktiven Einflußnahme der Finanz- und Finanzrevisionsorgane auf die Wirtschaftsführung der Betriebe an Stelle einer lediglich passiven Widerspiegelung der materiellen Prozesse (1967 ff.).

Reorganisation des Bank- und Versicherungswesens zur weiteren Vereinheitlichung und straffen Leitung der Finanzkontrolle entsprechend den Anforderungen des entwickelten Sozialismus, u. a. durch Bildung der Staatsbank der DDR (1967) und spätere Eingliederung der Industrie- und Handelsbank (1974).

Umbewertung der Grundmittel als Voraussetzung der Übereinstimmung der Beziehungen zwischen Grundmittelwert und Bruttopreis zur ökonomischen Wirksammachung des Gewinns:
Volkseigene und genossenschaftliche Wirtschaft (1964 ff.).

Haushaltsorganisationen (1964 ff.).

Straffung und Vereinfachung bestimmter Steuerzweige:
Einkommenssteuer, Grundsteuer, Grunderwerbssteuer (1970).

Neugestaltung und Durchsetzung der sozialistischen Preispolitik:
Industriepreisreform zur Schaffung eines sozialistischen Preistyps; gesellschaftlicher Arbeitsaufwand als Preisgrundlage; Kontrolle der materiellen Planerfüllung durch den Preis (1964 ff.).

Bildung des Amtes für Preise (1967).

3.10. Bildung und Erziehung

Schaffung der Bedingungen für die sozialistische Bildung und Erziehung als Grundrecht und Grundpflicht der Bürger und als Voraussetzung des Weges zur gebildeten Nation. Gewährleistung der allseitigen Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen.

Schaffung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems. Sicherung des einheitlichen Bildungs- und Erziehungsprozesses von den Vorschuleinrichtungen bis zur Berufs- und Hochschulausbildung (Grundsätze, April 1964; Beschluß des ZK der SED, Februar 1965; Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, Februar 1965).

Vorbereitung und Durchsetzung der polytechnischen Allgemeinbildung und Erziehung als Grundprinzip der sozialistischen Schule.

Verstärkte Übernahme der Erkenntnisse der Sowjetpädagogik (Wissenschaftliche Konferenz, 1962; VII. Pädagogischer Kongreß, 1970).

Vervollkommnung der Vorschulerziehung durch Aufnahme der meisten Kinder im Vorschulalter in staatliche Kindergärten. Verbesserung der Vorschulpädagogik (Bildungs- und Erziehungsplan für die Kindergärten; 1965, 1967).

Realisierung der Prinzipien der zehnklassigen polytechnischen Oberschulbildung für alle Schulpflichtigen.

Stärkere Einflußnahme der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei auf die Bildung und Erziehung in allgemeinbildenden Schulen. Entwicklung effektiver Patenschaftsbeziehungen zwischen Schulklassen und Arbeitskollektiven.

Stärkere Verbindung von Allgemeinbildung und Berufsbildung in den polytechnischen Oberschulen unter Wahrung des Primats der Allgemeinbildung.

Schrittweise Einführung von präzisierten Lehrplänen in den Unterrichtsfächern und Klassenstufen der allgemeinbildenden Schulen (1965 ff.).

Umfassende Verbesserung der Lehrerbildung und der Lehrerweiterbildung für die allgemein- und berufsbildenden Schulen.

Ausbau eines stabilen Systems der Berufsbildung.

Verbesserung der Leitung und Planung der Berufsbildung durch Anpassung der Ausbildungsberufe an die Erfordernisse des entwickelten Sozialismus und Orientierung auf Grundberufe. Verselbständigung der Berufsbildung als eines besonderen Leitungssystems.

Entwicklung der Berufslenkung und Berufsberatung unter Berücksichtigung der Berufswünsche der Schüler (1970 ff.).

Erziehung der Lehrlinge zu allseitig gebildeten, klassenbewußten und hochqualifizierten Facharbeitern als Nachwuchs für die Arbeiterklasse (Volkskammerbeschluß, Juni 1968).

Einführung der BMSR-Technik, der Datenverarbeitung und der Elektronik als Grundlagenfächer für die Berufsbildung (Anordnungen: Juli 1968, Mai 1969).

Stärkere Systematisierung und Wirksamkeit der Erwachsenenqualifizierung zur Wissensvermittlung an die unter kapitalistischen Verhältnissen herangewachsenen Altersgruppen der Bevölkerung besonders in Industrie und Landwirtschaft (Verordnung, September 1962; Volkskammerbeschluß, September 1970).

Weitere Entwicklung der Forschung und Lehre an den Hochschulen. Engeres Zusammenwirken von Natur- und Technikwissenschaften mit den Gesellschaftswissenschaften. Stärkere Praxisbezogenheit der Forschung und Lehre. Klassenmäßige Erziehung der Studenten. Schaffung einer modernen Hochschulstruktur. Veränderung des Leitungssystems (3. Hochschulreform, 1967).

Umwandlung der Akademie der Wissenschaften der DDR zum Zentrum der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung in der DDR (Akademiereform, 1969). Orientierung des wissenschaftlich-technischen Potentials auf zielgerichtete Großforschungsvorhaben für den weiteren Aufbau des Sozialismus.

3.11. Kultur

Herausbildung einer sozialistischen Nationalkultur in der DDR als Teil der sozialistischen Weltkultur. Weiterführung der sozialistischen Kulturrevolution.

Erhöhung des unmittelbaren Einflusses der Arbeiterklasse und ihrer Partei auf die kulturelle und ideologische Entwicklung. Auswertung der Erfahrungen der Sowjetunion auf dem Gebiet der Kultur und der Leitung der Kulturpolitik.

Weiterentwicklung des sozialistischen Realismus in der Kunst. Steigerung der künstlerischen und kulturellen Aktivitäten der Berufsverbände der Künstler und Schriftsteller (VI. Parteitag der SED, Januar 1963; 2. Bitterfelder Konferenz, April 1964).

Stärkere Verbindung des künstlerischen Schaffens mit der produktiven Arbeit der Werktätigen. Festigung des Bündnisses zwischen den Werktätigen und den Kulturschaffenden (2. Bitterfelder Konferenz, April 1964).

Auseinandersetzung mit sozialismusfremden und -feindlichen Erscheinungen im kulturellen und besonders im künstlerischen Bereich (11. Tagung des ZK der SED, Dezember 1965).

Allmähliche Überwindung der Niveauunterschiede zwischen Stadt und Land auf kulturellem Gebiet.

Niveauvolle Gestaltung nationaler und regionaler Kulturveranstaltungen: Arbeiterfestspiele, Künstler-Jubiläen, nationale Gedenktage.

Weiterentwicklung der kulturellen Massenarbeit.

Entfaltung einer sinnvollen Freizeitgestaltung und einer breiten künstlerischen und kulturellen Selbstbetätigung der Werktätigen.

Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten mit den Mitteln von Kunst und Kultur (13. Sitzung des Staatsrates, Oktober 1968).

Entfaltung der sozialistischen Volkskultur als einer breiten kulturellen Massenbewegung (VII. Parteitag der SED, April 1967; 10. Tagung des ZK der SED, April 1969).

Förderung der Musikkultur (1. Musikkongreß der DDR, September 1964). Entwicklung der sozialistischen Chorwesens und der Singebewegung der Jugend zu kulturpolitisch und kulturell bedeutsamen Erscheinungen (Jungendstudio DT 64).

Weiterer Aufschwung auf dem Gebiet der darstellenden Kunst. Intensiver Einsatz der Filmkunst (Kino- und Fernsehfilm) zur sozialistischen Bewußtseinsbildung. Produktion neuer Filme, besonders über die Entwicklung des sozialistischen Menschen und zu historischen Ereignissen; öffentliche Diskussion mehrteiliger Fernsehfilme wie „Gewissen in Aufruhr" (1961). Einführung des Farbfernsehens (1969). Bekämpfung subjektiver Verzerrungen der sozialistischen Wirklichkeit durch Film und Literatur.

Stärkung der Rolle des Buches bei der kulturellen Bildung und Unterhaltung.

Aktivierende Rolle der neuen realistischen Darstellung in den Werken der Schriftsteller der DDR. Neue Werke der Sowjetliteratur in deutscher Übersetzung.

Zunahme des Bücherlesens und des Bücherstudiums als feststehende Lebensgewohnheit.

Bereitstellung von unterhaltender, bildender und wissenschaftlicher Literatur zur Hebung des Bildungsstandes und zur kulturellen Erziehung der Werktätigen durch den Buchhandel und die Bibliotheken.

Steigende Anerkennung und gesellschaftliche Gestaltung der bildenden Kunst. Breite Auseinandersetzung der bildenden Kunst mit der sozialistischen Gegenwart, mit der Geschichte und dem Erbe in Kunst und Gesellschaft.

Herausbildung der Museen zu Stätten der ästhetischen Volkserziehung, der Förderung des Geschichtsbewußtseins, des National- und Heimatbewußtseins und der naturwissenschaftlichen Erkenntnis. Erhöhung des Einflusses der sozialistischen Ideologie auf die Darstellungsweise und die Aussagekraft der Museen.

3.12. Jugendpolitik, Körperkultur und Sport

Durchsetzung des sozialistischen Prinzips, der Jugend entsprechend ihrem gewachsenen Bewußtsein größeres Vertrauen entgegenzubringen und ihr höhere Verantwortung bei der Leitung, Planung und Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse, staatlicher Aufgaben und volkswirtschaftlicher Schwerpunkte zu übertragen.

Zunehmender Einfluß der Arbeiterklasse auf die klassenmäßige Erziehung der Jugend und Gewinnung aller Jugendlichen für den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Intensivere Aneignung der Lehren des Marxismus-Leninismus durch die Jugend.

Neufestlegung der Rechte und Pflichten der Jugend entsprechend den Anforderungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (Jugendgesetz, Mai 1964).

Beginn der FDJ-Studententage und FDJ-Studentenbrigaden (1966).

Forderung nach Erhöhung der Wirksamkeit des sozialistischen Jugenverbandes bei der Erziehung der Jugendlichen zu sozialistischen Persönlichkeiten (VII. Parlament der FDJ, 1967).

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Organen, der FDJ und dem FDGB bei der Förderung der Jugend.

Einbeziehung weiterer Altersgruppen der Jugend in die unmittelbare politische Machtausübung (Verfassung der DDR, 1968).

Bessere Befriedigung der Bedürfnisse junger Menschen nach inhaltsreicher und interessanter Freizeitgestaltung, u. a. Jugentouristik, Jugendklubs.

Intensivierung der Bewegung „Messe der Meister von morgen" (MMM).

Orientierung der Jugend auf vormilitärische und wehrsportliche Aufgaben (Signal DDR 20, 1969; 1. Wehrsportspartakiade in Schwerin, 1971).

Anfänge einer wissenschaftlichen sozialistischen Jugendforschung.

Verstärkte Entwicklung des Volkssportes, vor allem des Kinder- und Jugendsportes (Turn- und Sportfest der DDR; Kinder- und Jugendspartakiaden).

Förderung eines das Weltniveau maßgebend bestimmenden Leistungssports. Grundlegende Verbesserung der sportwissenschaftlichen Forschungstätigkeit und der Trainingsbedingungen. Hebung der wissenschaftlichen Ausbildung auf dem Gebiet von Körperkultur und Sport.

Stärkung des internationalen Ansehens des DDR-Sports als eine politische Aufgabe im Kampf um die weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Durchsetzung der Gleichberechtigung der DDR im Internationalen Olympischen Komitee und in den internationalen Sportorganisationen. Demonstration der sich ständig steigernden Leistungen des DDR-Sports in internationalen Vergleichskämpfen, besonders bei Olympiaden und in Europa- und Weltmeisterschaften.

3.13. Sozialpolitik und Gesundheitswesen

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Einführung des Gesetzbuches der Arbeit entsprechend den Anforderungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus (1961).

Neue gesetzliche Regelung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten (Dezember 1961).

Neuregelung des Kur- und Erholungswesens (Juni 1961; August 1967).

Verbesserung des Arbeitsschutzes (1962).

Förderung der Arbeitshygiene in den Betrieben unter den Bedingungen der sozialistischen Rationalisierung und der Chemisierung der Volkswirtschaft (1963).

Festigung und Förderung der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (1963).

Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Werktätigen auf Großbaustellen (September 1964).

Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche (1967).

Vergünstigungen an kinderreiche Familien (Dezember 1970).

Entwicklung langfristiger Programme zur planmäßigen Gestaltung gesunder und hygienischer Arbeits- und Lebensbedingungen und Entwicklung gesundheitsfördernder Verhaltensweisen der Bevölkerung (April 1970).

Ausweitung des Sozialwesens.

Rentenverordnung (1963); Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) (Erlaß des Staatsrates, 1968).

Verstärkung der Frauenförderung; Verbesserung der Schwangerenbetreuung; Ausbau der Ehe- und Sexualberatung (1963 ff.).

Schaffung neuer Krippenplätze. Verbesserung der Krippenerziehung nach der medizinal-hygienischen und pädagogischen Seite (Krippenerziehungsprogramm, 1966).

Ausbau der Rehabilitation und der Schwerbeschädigtenbetreuung: Bildung von Rehabilitationskommissionen in den Kreisen und Bezirken (1961); Ausbau der Rehabilitationszentren; verstärkte Förderung geistig schwerbehinderter Kinder (1968 ff.).

Kontinuierliche Erhöhung der Plätze in Alters- und Pflegeheimen. Profilierung und Spezialisierung der Heime für ältere Bürger: Feierabend-, Pflege- und Krankenheime.

Weiterer Ausbau des Gesundheitswesens und Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung.

Erprobung unterschiedlicher Leitungen des Gesundheitswesens: Gesundheitszentren; Vereinigte Gesundheitseinrichtungen im Kreis unter einem Ärztlichen Direktor (VI. Parteitag der SED, 1963).

Herausbildung und Entwicklung leistungsstarker Einrichtungen für die stationäre Gesundheitsbetreuung; verstärkter Ausbau von Spezialabteilungen in Bezirks- und Kreiskrankenhäusern.

Aufbau eines einheitlichen Blutspende- und Transfusionsdienstes (1962 ff.).

Aufbau eines Netzes virologisch-diagnostischer Einrichtungen (1966 ff.).

Herstellung und Einsatz verbesserter Impfstoffe gegen Infektionskrankheiten.

Verdichtung des Netzes der ambulanten medizinischen Betreuung in den Wohn- und Arbeitsstätten und allmähliche Beseitigung von Disproportionen in der ambulanten Versorgung. Verbesserung des Stadt-Land-Verhältnisses.

Aufbau eines Dispensärsystems in den Kreisen und Gemeinden besonders für Diabetes, Herz-Kreislauf-Krankheiten und Geschwulst- und Rheumaerkrankungen.

Aufbau eines leistungsstarken Systems der dringenden medizinischen Hilfe (1966 ff.).

Aufbau eines effektiven Kur- und Bäderwesens: Übernahme des Kur- und Bäderwesens durch das staatliche Gesundheitswesen (1962); Kurordnung (1967); Konzentration der Kapazitäten in leistungsfähigen Bädern (1970 ff.).

Verbesserung der inhaltlichen Leitung und Kontrolle der medizinischen Wissenschaft und Konzentration der medizinischen Forschung auf Krankheiten mit dem höchsten Anteil an Morbidität und Mortalität (VI. Parteitag der SED, 1963; VII. Parteitag der SED, 1967; Staatsratsbeschluß, April 1970).

Erhöhung der gesellschaftlichen Anerkennung des mittleren medizinischen Personals (Beschluß, Juli 1961).

Ausbau der Medizinalstatistik (1967 ff.).

3.14. Außenpolitik und internationale Verbindungen

Kampf um Frieden und internationale Sicherheit.

Konsequentes Eintreten für die Sicherung des Friedens, Entspannung, Beseitigung politischer Krisenherde und Völkerverständigung auf der Grundlage des Prinzips der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

Förderung der Abrüstung. Minderung der Atomkriegsgefahr. Unterstützung aller Vorschläge über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und die stufenweise Abrüstung bei den Atomwaffen.
Forderung nach vertraglichen Vereinbarungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung über Frieden, Zusammenarbeit und Grenzanerkennung in Europa (Bukarester Deklaration, 1966; Budapester Appell, 1969; Budapester Erklärung, Juni 1970).

Anerkennung der DDR als gleichberechtigter, souveräner Staat.

Bestrebungen der DDR für die Herstellung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten in der nationalen Frage (Nationales Dokument, 1962; Briefwechsel SED/SPD, 1966).

Weiterführung des Abgrenzungsprozesses der sozialistischen DDR gegenüber der imperialistischen BRD (1967 ff.); Bemühungen der DDR um die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten (Vertragsentwurf, 1967; Treffen zwischen Stoph und Brandt in Erfurt und Kassel, 1970).

Kampf um eine weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR: erster Aufnahmeantrag für die UNO (1966); Anerkennung durch 14 nichtsozialistische Staaten Afrikas, des Nahen Ostens und Asiens (1969-1970).

Mitarbeit der DDR als gleichberechtigtes Mitglied in der sozialistischen Staatengemeinschaft.

Verstärkte Eingliederung der DDR in das sozialistische Weltlager, vor allem auf politischem und militärischem Gebiet. Aufbau eines Systems zweiseitiger Freundschafts- und Beistandsverträge mit der UdSSR (1964) sowie mit der VR Polen, der ČSSR, der Ungarischen VR und VR Bulgarien (1967).

Verstärkung der wissenschaftlich-technischen und der ökonomischen Zusammenarbeit mit den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft bei fortschreitender Koordinierung der Aufgaben. Beratung der Grundprinzipien der Zusammenarbeit (Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Ministerpräsidenten der RGW-Länder, Juni 1962); Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen (18. Tagung des Exekutivkomitees des RGW, Juni 1965); Koordinierung der wissenschaftlich-technischen Forschung und Realisierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit (20. Tagung des Exekutivkomitees des RGW, Dezember 1965; XXI. Ratstagung des RGW, Dezember 1967); Koordinierung der Volkswirtschaftspläne 1966-1970 (22. Tagung des Exekutivkomitees des RGW, April 1966); Ausarbeitung des Kampfprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration ab 1969.

Ausbau der militärischen Führungsorgane der Warschauer Vertragsstaaten (1968).

Rettung und Sicherung des Sozialismus in der ČSSR durch die militärische Hilfe von Staaten des Warschauer Vertrages (August 1968).

Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin (1970).

Unterstützung des nationalen und sozialen Befreiungskampfes in den Entwicklungsländern.

Hilfe der DDR für afrikanische Staaten: FDJ-Einsätze (1964 ff.).

Staatsbesuch in Ägypten (1965).

Moralische und materielle Hilfe für das gegen die USA-Aggression kämpfende vietnamesische Volk (Erklärung der Volkskammer der DDR, September 1966; Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, Juni 1969).

4. Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft 1971 bis 1981

Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung

Ausarbeitung der Grundlagen der Konzeption des entwickelten Sozialismus unter Zugrundelegung der Erfahrungen der KPdSU und anderer Bruderparteien. Formulierung und Durchsetzung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Einbeziehung der DDR in die Lösung des Problems der europäischen Sicherheit und in die Durchsetzung der Entspannungspolitik (Vierseitiges Abkommen, Grundlagenverträge, Konferenz von Helsinki). Weltweite Anerkennung der DDR. Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten und Ausbau der ökonomischen Integration (Komplexprogramm). Verstärkung der internationalistischen Solidarität. Kampf um Fortführung der Entspannungspolitik gegen beginnende imperialistische Hochrüstung und einen neuen imperialistischen Wirtschaftskrieg (Handelsrestriktionen, Kreditboykott gegen die DDR).

Weitere Verstärkung des Friedenskampfes in den Kirchen der DDR besonders gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung und die Massenvernichtungsmittel. Fortdauer der Bemühungen der sozialistischen Staaten um die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften (Zusammenkunft E. Honeckers mit führenden Vertretern der Kirche, 6. März 1978).

Vervollkommnung der politischen Organisation der Gesellschaft durch Stärkung und Ausgestaltung der sozialistischen Staatsmacht und breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie. Weiterentwicklung der Planungs- und Leitungstätigkeit des sozialistischen Staates und stärkere Konzentration auf die qualitativen Wachstumsfaktoren. Ausbau des Systems der Landesverteidigung.

Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Vertiefung der Bündnispolitik mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, mit der sozialistischen Intelligenz und anderen werktätigen Schichten zur Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes. Umwandlung der Reste der privaten Unternehmer in Werktätige und sozialistische Leiter (1972). Beseitigung der Bourgeoisie als Klasse. Weitere Ausprägung der Merkmale der sozialistischen deutschen Nation.

Planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft auf der Grundlage realer Planung und auf dem Wege der Intensivierung der Produktion, der sozialistischen Rationalisierung und der erhöhten Praxiswirksamkeit der Wissenschaft zur langfristigen Lösung der Hauptaufgabe.

Beschleunigung der Intensivierung seit Mitte der 70er Jahre zur vollen Verwirklichung der Hauptaufgabe und des Kernstücks des sozialpolitischen Programms, des Wohnungsbaus, Orientierung auf schnelleres Wachstumstempo zur Sicherung des sozialpolitischen Programms bei ungünstigeren außenwirtschaftlichen Bedingungen.

Ausbau der Energiebasis durch verstärkte Nutzung der Brennstoffressourcen. Förderung von Handwerk und Gewerbe zur Verbesserung des Dienstleistungswesens. Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, industriell produzierenden PGH sowie privaten Industrie- und Baubetrieben in Volkseigentum. Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion durch systematische Herausbildung industriemäßiger Produktionsmethoden, Kooperation und Spezialisierung.

Aufschwung der Wettbewerbs-, Rationalisatoren- und Neuererbewegung zur Intensivierung der Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität. Wachsende Rolle und Verantwortung der Gewerkschaft bei der Organisierung und Führung des Wettbewerbs und bei der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Verstärkte materielle Stimulierung des Leistungsvermögens der Werktätigen.

Neue Etappe der sozialistischen Kulturrevolution, weitere Ausprägung der sozialistischen Nationalkultur. Aufschwung des geistig-kulturellen Lebens in Wechselwirkung mit der ökonomischen Entwicklung und dem Fortschritt in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Herausbildung vielfältiger und differenzierter kultureller Bedürfnisse der Werktätigen, sozialistischer Denk- und Verhaltens-

weisen in Wechselwirkung mit der Entwicklung der Sozialstruktur und der weiteren Annäherung der Klassen und Schichten.

Aufschwung der Gesellschafts- und Naturwissenschaften, Vertiefung des Prozesses der Integration und Differenzierung der Wissenschaften unter Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit. Konsequentere Durchsetzung der Forschungsplanung auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften (1972 ff.). Weitere Ausgestaltung und Festigung der allgemeinbildenden zehnklassigen polytechnischen Oberschule auf der Basis des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems.

4.1. Politische Organisation der Gesellschaft

4.1.1. Parteien und Massenorganisationen

SED und demokratische Parteien

Ausbau der Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der SED, weitere Ausarbeitung und Konkretisierung der Strategie und Taktik zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des Übergangs zum Kommunismus. Vertiefung der Bündnispolitik zur Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes.

Beschluß über die Strategie und Taktik zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR; Formulierung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik; Kurs auf Intensivierung der Produktion (VIII. Parteitag der SED, Juni 1971).

Beschluß von Maßnahmen zur Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, privaten Industrie- und Baubetrieben in Volkseigentum in enger Zusammenarbeit von SED, LDPD, CDU, NDPD und DBD (1972).

Verstärkung der Parteikontrolle durch die Grundorganisationen in den Staatsorganen, Betrieben und Einrichtungen, u. a. über die Pläne Wissenschaft und Technik (1971 ff.). Vertiefung der politischen Massenarbeit der Partei in den Arbeitskollektiven und in den Wohngebieten (1971 ff.).

Bildung der Räte der Parteisekretäre in Kombinaten der Industrie und des Bauwesens gemäß Beschluß des Sekretariats des ZK der SED (Juni 1975). Weitere Erhöhung der politischen Massenarbeit in den Wohngebieten (Beschluß des Sekretariats des ZK der SED, Oktober 1979).

Programm der SED zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und zur Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus. Beschluß über die Fortführung der Hauptaufgabe und den komplexen Ausbau der materiell-technischen Basis. Annahme eines neuen Parteistatuts (IX. Parteitag der SED, März 1976). Fortsetzung des Kurses der Hauptaufgabe und die ökonomische Strategie der 80er Jahre (X. Parteitag der SED, April 1981).

Beschluß über die Stärkung der materiell-technischen Basis, vor allem durch produktive Akkumulationen und konzentrierten Einsatz der Investitionen (10. Tagung des ZK, April 1979). Herausarbeitung der ökonomischen Erfordernisse zur Fortführung der Hauptaufgabe (11. Tagung des ZK, Dezember 1979).

Beschluß über die weitere Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik (13. Tagung des ZK, Dezember 1980).

Vertiefung der multi- und bilateralen Beziehungen zwischen SED und den kommunistischen Parteien der sozialistischen Staatengemeinschaft. Herausbildung eines umfassenden Systems der Zusammenarbeit, des Erfahrungsaustausches sowie der Abstimmung der strategischen und politischen Grundfragen (1973 ff.). Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Parteiorganisationen der KPdSU und der SED auf gemeinsamen Großbaustellen (1975 ff.).

FDGB

Erhöhung der Verantwortung der Rolle der Gewerkschaften als Träger der Wettbewerbsbewegung und der „Schulen der sozialistischen Arbeit".
Förderung des Kampfes der Kollektive um den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" durch die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen und Entwicklung der Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" (8. Kongreß des FDGB, Juni 1972).

Organisierung von Masseninitiativen, vor allem in der Zulieferindustrie, der Energiewirtschaft, den Exportbetrieben und in der Konsumgüterindustrie (1971 ff.) sowie zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und -effektivität.

Förderung der Rationalisatoren- und Neuererbewegung sowie der antiimperialistischen Solidarität (9. Kongreß des FDGB 1977).

Entstehung der „Schulen der sozialistischen Arbeit" in den Betrieben (April 1972).

Abschluß neuer Vereinbarungen über die Zusammenarbeit des FDGB mit den sowjetischen Gewerkschaften (1973).

FDJ

Festlegung der Aufgaben der jungen Generation bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Sozialistische Klassenerziehung der Jugend als Grundaufgabe der FDJ (IX. Parlament, Mai 1971, X. Parlament, Juni 1976, XI. Parlament, Juni 1981).

Konkretisierung der Aufgaben der Jugend bei der Intensivierung, der Rationalisatoren- und Neuererbewegung und der Aktion „Materialökonomie 1971"; Übernahme wichtiger Wohnungsbauvorhaben als Jugendobjekte (1972). Fortführung zentraler Jugendobjekte wie „KKW Nord" und „Zentrale Erntetechnik" (1972 ff.).

FDJ-Initiative „DDR 25" (1974), „FDJ-Freundschaftsstafette" und Pionierauftrag „Folgt dem Weg des roten Sterns" in Vorbereitung des 30. Jahrestages der Befreiung (1974 ff.).

Aufnahme von über 100000 FDJ-Mitgliedern anläßlich des IX. Parteitages als Kandidaten der SED („Parteitagsinitiative der FDJ", 1975 bis 1976).

Zentrales Jugendobjekt „FDJ-Initiative Berlin" (1976 ff.).

„Parteitagsinitiative der FDJ" und Aktion „Pioniersignal X. Parteitag". Kampf der Grundorganisationen der FDJ um die Ehrenbanner der SED (1980). Übernahme neuer Verpflichtungen (1981 ff.).

Durchführung nationaler und internationaler Festivals, u.a. X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin (Juli/August 1973) sowie von Festivals der Freundschaft (Mai 1975, Mai 1980).

Abschluß neuer Vereinbarungen über die Zusammenarbeit der FDJ mit dem Komsomol (1973).

DSF

Vertiefung der deutsch-sowjetischen Freundschaft durch:
Entwicklung von Massenbewegungen zur Erringung des Ehrentitels „Kollektiv der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" (1971 ff.).

Bildung von Zirkeln zur Auswertung sowjetischer Neuererfahrungen (1971 ff.).

Propagierung der sowjetischen Kultur in der DDR in Vorbereitung des 50. Jahrestages der UdSSR (1971 ff.).

Durchführung des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (1977).

Weiterentwicklung der kulturellen Massenarbeit der DSF (Beschluß des ZV der DSF, April 1980).

Organisierung der sozialistischen Nachbarschaftshilfe im Wohngebiet, der Mitwirkung zur Verschönerung der Wohngegend, zur Sicherung von Ordnung und Sauberkeit in Stadt und Land durch den DFD (1975 ff.).

4.1.2. Massenbewegungen

Erhöhung der politischen Massenarbeit; Durchführung von Volksaussprachen und Verpflichtungsbewegungen zu politischen Höhepunkten wie Parteitagen, Wahlen u. a.; Förderung und Erweiterung des Inhalts und des Umfangs der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung.

Breite Entwicklung der antiimperialistischen Solidarität und aktive Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen, für Vietnam, Chile, Nikaragua, Kampuchea u. a. (1971 ff.).

Wettbewerbe zur Intensivierung der Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität, u. a. Arbeit nach persönlich-schöpferischen Plänen, Intensivierungskonzeptionen, Gegenplanbewegung, Initiativschichten, „Notizen zum Plan".

Wettbewerbsbewegungen der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter in den LPG und VEG (1971 ff.).

Betriebskonferenzen zum Wettbewerbsprogramm „Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt" (1973 ff.). Verpflichtungsbewegung zur Erfüllung der Exportaufgaben (1976 ff.).

Erarbeitung einer zusätzlichen Tagesproduktion mit eingespartem Material zu Ehren des X. Parteitages auf Beschluß der Vertrauensleute-Vollversammlungen (1980 ff.).
Stärkere Orientierung des sozialistischen Wettbewerbs auf die qualitativen Wachstumsfaktoren (1980 ff.).

Wettbewerb der Nationalen Front „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit!" (1972 ff.).

4.1.3. Staatsorgane

Vervollkommnung des politischen Systems durch Festlegung der uneingeschränkten und umfassenden Wirksamkeit des Ministerrates als oberstes Exekutivorgan der Volkskammer (Gesetz über den Ministerrat vom 16. Oktober 1972) und Erhöhung der Verantwortung der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte (Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe vom 12. Juli 1973).

Vervollkommnung der sozialistischen Gesetzlichkeit:
Inkrafttreten des Gesetzes über die Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR (Oktober 1974).

Verbesserung der Arbeit mit den Eingaben der Bürger (Eingabengesetz vom 19. Juni 1975).

Stärkung der sozialistischen Staatsmacht und weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie durch Neukonzipierung der Wahlgrundsätze (Wahlgesetz vom 24. Juni 1976).

Durchsetzung des Territorialprinzips bei der Durchführung der staatlichen Pläne:
Programme und Maßnahmen der örtlichen Räte zur rationellen Nutzung der materiellen und finanziellen Ressourcen des Territoriums sowie zur Modernisierung und Erweiterung der Produktion und der Schaffung vorteilhafter Kooperationsbeziehungen (1972 ff.).

Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Kombinaten, Betrieben, Genossenschaften und wissenschaftlich-technischen Einrichtungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebens-

bedingungen. Gewährleistung des rationellen Einsatzes des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, Entwicklung der Gemeinschaftsarbeit bei Rationalisierungs- und Investitionsvorhaben sowie auf dem Gebiet des Umweltschutzes (1973 ff.).

Weiterentwicklung der Gemeindeverbände (1973 ff.).

Organisierung von Materialbörsen, Werkfahrgemeinschaften, Be- und Entladegemeinschaften zwischen Betrieben und Einrichtungen durch die örtlichen Räte (1976 ff.).

Ausbau der territorialen Rationalisierung, u.a. durch die „Banken für Reserven produktiver Fonds" zur überbetrieblichen Nutzung freier Produktionsfonds und besseren Auslastung der Grundfonds sowie bei der Erfassung von Sekundärrohstoffen (1980 ff.).

Vertiefung des Zusammenwirkens zentraler und örtlicher Staats- und Wirtschaftorgane bei der Standortverteilung der Produktivkräfte. Allseitige Unterstützung bei Schwerpunktaufgaben von Wissenschaft und Technik und der sozialistischen Rationalisierung, vor allem der Mikroelektronik, der Robotertechnik und des Werkzeugmaschinenbaus sowie der Vorhaben der Rohstoffproduktion, der Materialökonomie und der Produktion von absetzbaren Exporterzeugnissen und hochwertigen Konsumgütern durch rationelle Nutzung der territorialen Reproduktionsbedingungen als grundlegende Aufgabe der örtlichen Räte (1976 ff.).

4.2. Schutz von Staat und Gesellschaft

4.2.1. Sicherheit und Verteidigung

Vervollkommnung der Landesverteidigung in Verbindung mit der Stärkung des Warschauer Vertrages. Ausbau des Systems der Zivilverteidigung. Erhöhung und Förderung der Verteidigungsbereitschaft der Jugend.

Festigung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse, Verbesserung der Ausrüstung und Bewaffnung, Einführung eines neuen Ausbildungsprogramms (1971 ff.).

Verbesserung der Nachwuchsgewinnung für militärische Berufe, Bildung und Förderung von Bewerberkollektiven der FDJ für militärische Berufe (1973 ff.).

Verstärkung der sozialistischen Wehrerziehung durch FDJ, GST, DTSB, Kommissionen und Arbeitsgruppen für sozialistische Wehrerziehung in den Großbetrieben und in den Schulen; wehrpolitische und wehrsportliche Massenaktionen (Wehrspartakiaden). Einführung des Faches „Wehrunterricht" und des Lehrgangs Zivilverteidigung, der Lagererziehung der Jungen; Tage der Wehrbereitschaft an den polytechnischen Oberschulen (1978 ff.).

Entwicklung und Organisation der Zivilverteidigung zum wirksamen Schutz der Bevölkerung und wichtiger Objekte in Betrieben und Einrichtungen (1976 ff.).

Gesetz über die Landesverteidigung der DDR (13. Oktober 1978).

Bildung von Beiräten für Militärpolitik bei sozialistischen Presseorganen (1980 ff.).

4.2.2. Kontrolle

Aktivierung der Bezirksorgane für Volkskontrolle des FDGB (1971).

Weiterer Ausbau der Volkskontrolle als eine der grundlegenden Formen der demokratischen Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Gesellschaft (1974 ff.).
1974: 190000 ehrenamtliche Mitarbeiter der ABI, 90000 Arbeiterkontrolleure der Gewerkschaft.

4.2.3. Justiz

Stärkung der sozialistischen Gesetzlichkeit und Rechtsordnung durch Änderung bzw. Vervollkommnung vor allem des Straf-, Zivil- und Arbeitsrechts und weitere Demokratisierung des

Rechtsprechungssystems:
Neufassung des Strafgesetzbuches der DDR von 1968 (1974, Änderung 1977, 1979).
Regelung des sozialistischen Zivilrechts in der DDR (1975 ff.). Inkrafttreten des Arbeitsgesetzbuches der DDR von 1977 (1978). Vervollkommnung der inneren Rechtsordnung zu Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten (1979).

Erhöhung der Wirksamkeit der Staatlichen Notariate bei der Durchsetzung der Rechte und Interessen der Bürger und Betriebe sowie bei der Entwicklung des sozialistischen Rechtsbewußtseins (Notariatsgesetz vom 5. Februar 1976). Erhöhung der Wirksamkeit der Staatsanwaltschaften bei der Sicherung der sozialistischen Gesetzlichkeit (Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR vom 7. April 1977).

Verstärkte Maßnahmen zur Wiedereingliederung straffällig gewordener und kriminell gefährdeter Bürger (1974 ff.). Amnestie aus Anlaß des 30. Jahrestages der DDR (1979).

Bildung von Kreisgerichten für mehrere Kreise (1979 ff.).

4.3. Industrie und Bauwesen

Industrie

Verbesserung der Leitung, Planung und Organisation der Volkswirtschaft zur Verwirklichung des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft (14. Tagung des ZK der SED, 1970; 1971 ff.).

Langfristige Lösung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975 gemäß den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED (1971 ff.).

Intensivierung der betrieblichen Planung und Leitung (Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen 1975).
Maßnahmen zur vollen Ausnutzung der Arbeitszeit und zur Senkung der Ausfallzeiten in den Betrieben und Kombinaten. Erhöhung der Schichtauslastung hochproduktiver Anlagen (1976 ff.).
Verbesserung der Erzeugnisgruppenarbeit durch Kooperation zwischen Betrieben und Kombinaten der zentral- und bezirksgeleiteten Industrie (1976 ff.).
Regelung der Standortverteilung von Investitionen (1979 ff.).

Umgestaltung und Rationalisierung in den neugebildeten VVB. Umwandlung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, privater Bau- und Industriebetriebe und industriell produzierender PGH in volkseigene Betriebe (1972). Bildung neuer Organisationsformen in der Volkswirtschaft, vor allem von Kombianten und Erhöhung ihrer Verantwortung entsprechend den gewachsenen Anforderungen (1973 ff.). Weitere Profilierung der Kombinate als die bestimmenden wirtschaftsleitenden Organe (1979 ff.).

Verstärkung der Wettbewerbsinitiativen und des Erfahrungsaustausches durch:
die Verpflichtungsbewegung „Planmäßig produzieren – klug rationalisieren – uns allen zum Nutzen!" (1971 ff.). Betriebskonferenzen zum Wettbewerbsprogramm „Aus jeder Mark, aus jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Gramm Material einen größeren Nutzeffekt!" (1973 ff.). Bewegung in der volkseigenen Industrie, einen Tag im Monat oder im Quartal mit eingespartem Material zu arbeiten (1975 ff.).

Einführung von Initiativschichten durch Arbeiter und Angehörige der technischen Intelligenz zur Intensivierung der Arbeitsvorbereitung und -organisation (1974). Einführung einer wissenschaftlichen Arbeitsorganisation und Veränderung der Arbeitsnormen (1974).

Durchführen von „Schmelzen der Freundschaft" in den Stahl- und Walzwerken Brandenburg, Hennigsdorf, Riesa sowie in den Eisenhüttenwerken Thale.
Anwendung sowjetischer Arbeitserfahrungen. Austausch von Brigaden, Forschungs- und Entwicklungskollektiven einschließlich des direkten Austausches von Arbeitern auf befristete Zeit (1971 ff.).

Erhöhung der Rolle von Wissenschaft und Technik in der Produktion.

Förderung der Tätigkeit der Neuerer und Rationalisatoren in der Neuererbewegung (1971 ff.).

Realisierung der naturwisschenschaftlich-mathematischen Grundlagenforschung ausgewählter technischer Richtungen in der Volkswirtschaft (1973 ff.).

Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Effektivität, der Qualität der Erzeugnisse und Materialeinsparung durch Verwirklichung der Pläne Wissenschaft und Technik. Entwicklung neuer Verfahren und Technologien der Plastchemie, der Chemiefaserherstellung, der Erdölverarbeitung, der Fotochemie, der Mikrobiologie, der Elektrotechnik/Elektronik, Nachrichtentechnik, der optisch-mechanischen Ausrüstungen, der Bauelementeindustrie, der elektronischen Rechentechnik (1975 ff.).

Erarbeitung neuer Rationalisierungsmittel (1976 ff.).

Auswirkung der Verhältnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt und der imperialistischen Boykottpolitik auf die Produktion der Kombinate und Betriebe:
Entwicklung neuer Maßstäbe für die Exportproduktion in das NSW-Gebiet (1980 ff.). Erhöhung der Produktion von Erzeugnissen mit dem höchsten Gütezeichen und Überbietung des Volumens von Neu- und Weiterentwicklungen (1980 ff.).

Verstärkter Einsatz der Mikroelektronik und der Robotertechnik in bereits vorhandenen Produktionsanlagen. Entwicklung der Braunkohlechemie, vor allem der Kohleverflüssigung, Synthesegaserzeugung und der Kohleentgasung (1980 ff.).

Bauwesen

Erhöhung des Tempos des Wohnungsbaus (VIII. Parteitag, 1971 ff.) und Beschluß des Wohnungsbauprogramms bis 1990 (1973 ff.).

Verbesserung der Qualität im Wohnungsbau.
Förderung des Baus von Eigenheimen zur Verbesserung der Wohnbedingungen insbesondere der Arbeiterklasse und kinderreichen Familien (1971 ff.).

Unterstützung der örtlichen Initiativen zur Verbesserung der Wohnbedingungen sowie des genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbaus.
Neubau und Modernisierung von Wohnungen und den dazugehörigen Kindereinrichtungen, Schulen, Turnhallen, Polikliniken, Ambulatorien, Apotheken und anderen Versorgungseinrichtungen, Feierabendheimen und Kulturräumen (1976 ff.).

Entwicklung und Überleitung des neuen Erzeugnisses der Wohnbauserie 70, des Typs IW 83, in die Produktion (1980 ff.).

Städtebau

Bildung des Forschungsverbandes Städtebau zur Durchführung des Großforschungsvorhabens „Sozialistische Umgestaltung der Städte und Siedlungszentren".
Maßnahmen zur künstlerischen Ausgestaltung von Bauwerken und Ensembles (1971 ff.).

Planmäßige und langfristige Restaurierung und Rekonstruktion von Altbaugebieten (1972 ff.).

Ausgestaltung der Bezirksstädte als politische, ökonomische und kulturelle Zentren (1980 ff.).

Standortplanung und Verbesserung der städtebaulich-architektonischen und funktionellen Gestaltung der territorialen Bauplanung (1980 ff.).

Konzentration der territorialen Bauprogramme auf leistungsfähige Industriebauten (1976 ff.).

Bauwirtschaft

Bildung neuer volkseigener Baubetriebe durch Vergesellschaftung der Privatbetriebe, BSB und PGH (1972).

Verstärkung der Produktion von Rationalisierungsmitteln (1976 ff.).

Wissenschaftlich-technische Forschungen im Bauwesen und in der Industrie zur höheren Veredelung einheimischer Roh- und Werkstoffe (1979 ff.).

Sicherung der Kontinuität des Bauprozesses auf allen Baustellen sowie in den Objekttaktstraßen des Wohnungsbaus; weitere Stabilisierung der Takt- und Fließfertigung im Neubau, der Modernisierung und Instandsetzung als wesentliche Faktoren der Ökonomie des Bauens (1980 ff.).

Tagungen der Ständigen Kommissionen des RGW, u. a. über einheitliche Typen der bautechnischen Projektierung (1971 ff.).

Anwendung sowjetischer Arbeitserfahrungen, z. B. die Schtschokino- und Slobin-Methode (1973 ff.).

4.4. Handwerk und Dienstleistungen

Aktivierung der Handwerks- und Dienstleistungseinrichtungen zur besseren Versorgung der Bevölkerung. Förderung des Handwerks, vor allem der Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe, PGH und Einzelhandwerker, Geschäftsinhaber, Gastwirte und Kleingewerbebetreibenden (1971 ff.).

Aktivierung der Gewerbepolitik der staatlichen Organe in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Kräften, u.a. bei der Erteilung von Gewerbegenehmigungen, Ausbildung von Lehrlingen und Meistern des Handwerks (1977 ff.).

Qualifizierung der Dienstleistungen; Kooperation der VEB mit den PGH und mit dem Handwerk (1980 ff.).

4.5. Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft

Leitungs- und Organisationsformen der Landwirtschaft

Bildung kooperativer Einrichtungen der LPG, VEG und GPG sowie sozialistischer Betriebe der Nahrungsgüterwirtschaft und des Handels (XI. Bauernkongreß); Musterstatuten (1972). Verstärkung der Zusammenarbeit der Betriebe und Einrichtungen der Landwirtschaft durch Bildung der Kooperationsräte der KAP für die Leitung der Zusammenarbeit mit den Kreisbetrieben für Landtechnik, den Agrochemischen Zentren und anderen Landwirtschaftsbetrieben sowie mit der volkseigenen Nahrungsgüterwirtschft (1974 ff.). Verstärkung des Einflusses der Partei der Arbeiterklasse der Landwirtschaft durch Bildung von Grundorganisationen in den KAP und anderen Produktionsbetrieben (1974 ff.).

Weiterentwicklung der Kooperationsräte als gewählte ehrenamtliche Organe (1980 ff.).

Ausbau der Zusammenarbeit der LPG und VEG Pflanzenproduktion mit den ACZ, Trockenwerken und Meliorationsgenossenschaften als kooperative Einrichtungen der LPG. Bildung je einer Agrarindustriellen Vereinigung (AIV) als komplexen Großbetrieb in jedem Bezirk (1976 ff.). Fortsetzung der Arbeitsteilung und Spezialisierung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bildung der LPG Tierproduktion und LPG Pflanzenproduktion (1976 ff.).

Stärkere betriebswirtschaftliche Durchdringung des Produktions- und Reproduktionsprozesses unter Sicherung des vorwiegend genossenschaftlichen Charakters der Produktion (1976 ff.).

Verbesserung der Leitungstätigkeit der örtlichen Staatsorgane durch Integration der RLN gemäß dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe (1974 ff.). Erhöhte Verant-

wortung der Räte der Bezirke für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Dörfer (1980 ff.).

Produktionssteigerung der Landwirtschaft

Wettbewerbsbewegung der Genossenschaftsbauern und Landarbeiter in den LPG und VEG zur Intensivierung der Produktion (1971 ff.). Wettbewerb der Pflanzenbaubetriebe um den Titel „Betrieb mit hoher Ackerkultur" und um die Verleihung des „Grünen Q" (1980 ff.).

Erhöhung der Akkumulation und Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden (1972).
Verstärkung der Investitionen für die Entwicklung industriemäßiger Anlagen für die Tierproduktion, hochproduktiver Maschinensysteme für die Feldwirtschaft, den Meliorationsbau und das landwirtschaftliche Bauwesen (1972 ff.).
Rationalisierung und Rekonstruktion in der Landwirtschaft durch zwischenbetriebliche Bauorganisationen (ZBO) (1980 ff.).

Vertiefung der Kooperation zwischen UdSSR und DDR auf dem Gebiet der Agrarforschung (1974 ff.).

Verbesserung der Futterwirtschaft (Weideordnungen) (1976 ff.). Verstärkung der Zusammenarbeit der spezialisierten LPG (T) und (P), vor allem zur Verbesserung der Futterökonomie. Verbesserung der Aufzuchtergebnisse in der Tierproduktion (1980 ff.).

Erarbeitung langfristiger Programme zur planmäßigen Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, wissenschaftlich begründeten Fruchtfolgen, schlagbezogenen Humusbilanzen und von Meliorationsmaßnahmen in den LPG (11. Tagung der ZK der SED, 1980).
Realisierung der Rayonierungsprogramme der Bezirke für den Anbau neuer leistungsstarker Getreidesorten. Erhöhung der Zuckerrübenproduktion (1980 ff.).

Forstwirtschaft

Organisation der Forstwirtschaft: Auflösung der VVB Forstwirtschaft und der VVB Binnenfischerei und Übernahme der Leitungsaufgaben durch die örtlichen Räte (1975 ff.).

Intensivierung der Forstwirtschaft durch Steigerung der Rohholzerzeugung und Verbesserung der Waldpflege (1976 ff.).
Maßnahmen zur Aufbereitung des Schneebruchs (1980 ff.).
Intensivierung und Rationalisierung in der Forstwirtschaft durch Ganzbaumverwertung. Mechanisierung der wichtigsten forstlichen Arbeiten und Anreicherung der lebenden Holzvorräte.

Erzeugung von Holzwerkstoffen für die Möbelindustrie durch die holzverarbeitenden Betriebe (1981 ff.).

Nahrungsgüterwirtschaft

Sicherung der wachsenden Versorgungsaufgaben durch die staatlichen Leitungen, u.a. des Delikatprogramms. Steigerung der Fischproduktion bei Süßwasserfischen durch Neuanlage von Karpfenteichen und Rinnanlagen für die Forellenzucht. Nutzung von Talsperren und Parkteichen; Werterhaltung vorhandener Gewässer (1980 ff.).

Ausbau der mikrobiologischen Industrie mit den Haupterzeugnissen Futtereiweiß, Antibiotika und Enzymen (1981 ff.).

Intensivere Nutzung der Rest-, Splitter- und Kleinflächen durch Förderung der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (1976 ff.)

4.6. Umweltschutz und Wasserwirtschaft

Zunehmende Anerkennung und gesellschaftliche Würdigung der Rolle des Umweltschutzes durch entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit, die Einführung neuer

Rechtsvorschriften in den materiellen und nichtmateriellen Bereichen und Einbeziehung breiter gesellschaftlicher Kräfte in deren Durchsetzung.

Bildung des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft als Organ des Ministerrates anstelle des Amtes für Wasserwirtschaft (1972; Statut von 1975). Erweiterung der kontrollierenden und koordinierenden Aufgaben der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Organe auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft (1972 ff.).

Neuorganisierung des staatlichen Leitungssystems in der Wasserwirtschaft bei den nachgeordneten Organen und Einrichtungen des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft und den örtlichen Staatsorganen und Regelung ihres sachlichen und territorialen Verantwortungsbereichs (1975).

Erweiterung der rechtlichen Grundlagen zur Durchsetzung eines kontinuierlichen Umweltschutzes und zur Sicherung des Wasserbedarfs, vor allem durch das Landeskulturgesetz (1972 ff.).
Festlegung von Schutzgebieten für die Wasserentnahme aus dem Grund- und Oberflächenwasser zur Trinkwasserversorgung (1974).

Forschungskooperation auf dem Gebiet der hydrologischen Forschung und Erkundung, Stärkung der materiell-technischen Basis zur Verbesserung von Umweltschutz und Wasserwirtschaft (1973 ff.).

Bilanzierung und Realisierung der Aufgaben des Umweltschutzes, vor allem der Reinhaltung der Luft, der Gewässer und des Bodens (1976 ff.).

Maßnahmen der örtlichen Organe, Kombinate und Betriebe zur Reinhaltung der Luft und Gewässer, zum Schutz des Bodens, zur Lärmminderung, Beseitigung und Nutzung von Siedlungsmüll und industriellen Abprodukten.
Sicherung der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung in Rahmen des komplexen Wohnungsbauprogramms (1978 ff.).

Erhöhung der Leistungen der Forstwirtschaft für die Landeskultur (1981 ff.).

Landschaftspflege und Landschaftsschutz

Realisierung der Landschaftspflegepläne der Bezirke und Kreise, vor allem Erhaltung von Natur- und Naherholungsgebieten (1971 ff.).

Durchführung der Woche der sozialistischen Landeskultur in Zusammenarbeit der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen (1972):
Durchführung von Landschaftstagen zum Schutz der Landschaft bzw. besonderer Gebiete durch die örtlichen Organe, den Kulturbund, die Nationale Front und den FDGB. Durchführung von Kulturtagen zum Schutz von Natur und Umwelt (1976 ff.).

4.7. Binnen- und Außenhandel

Weitere Verbesserung des Binnenhandels zur Verwirklichung der Hauptaufgabe und unter veränderten Außenwirtschaftsbeziehungen.

Modernisierung des Handelsnetzes unter Einbeziehung der Neubaugebiete; verstärkte Einführung der Selbstbedienung (1971 ff.).

Ausbau des Kommissionshandels zur besseren Versorgung der Bevölkerung (1976 ff.).

Schaffung von Bedarfskomplexen im volkseigenen Einzelhandel, vor allem von Einkaufsstraßen und Einkaufszentren (1977 ff.).

Durchsetzung der politischen Verantwortung für die Versorgung bei allen Leitern von Industriebetrieben, Genossenschaften, des Großhandels und der Verkaufsstellen (1980 ff.).

Ausbau der Leistungsfähigkeit der bestehenden materiell-technischen Basis des Handels durch Rationalisierung und Rekonstruktion, mehrschichtige Auslastung vor allem im Handelstransport (1981 ff.).

Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen bei gleichzeitig verschärften Bedingungen auf dem Weltmarkt durch Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit und der Marktforschung.

Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen der DDR, UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten auf Grund abgestimmter Export- und Importprogramme (1971 ff.).

Ausweitung der ökonomischen Beziehungen der DDR zur BRD (Swingregelung 1974, Vereinbarung über den Autobahnbau Wittstock/Zarrenthin). Beginn der Drittlandkooperation mit der BRD (Krupp 1975).

Erweiterung der ökonomischen Beziehungen zwischen DDR und den nichtsozialistischen Staaten durch Außenhandelsverbindungen (1975 ff.). Komplizierung der außenwirtschaftlichen Bedingungen im Bereich der Energie- und Rohstoffversorgung (Preisexplosion).

Steigerung der Effektivität der volkswirtschaftlichen Ergebnisse im Außenhandel, vor allem durch Konkurrenzfähigkeit der Exportbetriebe und -produktion (1976 ff.).

Zusammenarbeit der Räte der Bezirke und der Außenhandelsbetriebe bei der Realisierung des Exportprogramms der bezirksgeleiteten Industrie (1980 ff.)

4.8. Verkehr, Post und Fernmeldewesen

Technisierung und Rationalisierung des Verkehrswesens zur Bewältigung der steigenden Anforderungen des Personen- und Gütertransports, vor allem auf dem Landwege (1976 ff.).

Schaffung neuer Formen der Transportkoordinierung und branchenorientierter Werkfahrgemeinschaften. Verlagerung von Massentransporten auf weite Entfernungen von der Straße auf den Schienenweg (1980 ff.).

Leistungssteigerung im Berufs- und Nahverkehr, vorrangige Entwicklung schienengebundener Verkehrsmittel zur Erschließung neuer Wohngebiete (1981 ff.).

Verbesserung der Infrastruktur durch Einsatz moderner Bautechnologien, u.a. durch Anwendung bitumeneinsparender Bauweisen bei Bauinvestitionen zur Verbesserung des Straßennetzes (1980 ff.).

Zunehmende Automatisierung und Rationalisierung des Post- und Fernmeldewesens. Schaffung eines dichteren Netzes von Telefon- und Telegrammverbindungen in der DDR und mit dem Ausland (1971 ff.). Einführung des Selbstwählfernverkehrs (1976 ff.).
Ausbau und Erweiterung der Anschlußkapazitäten, vor allem in Neubaugebieten (1981 ff.).

Einsatz der Mikroelektronik und Übergang zur Produktion digitaler nachrichtentechnischer Geräte und Systeme. Rationalisierung der Brief- und Kleingutbearbeitung, des Zahlungs- und Sparverkehrs im Post- und Zeitungsvertriebswesen.

Entwicklung des Farbfernsehens.
Mitarbeit der Deutschen Post in internationalen Arbeitsgremien, u.a. im Bereich des internationalen Fernsehaustausches, des Funk- und Fernmeldewesens (1971 ff.).

4.9. Finanzen und Preise

Gezielte Investitionspolitik zur Beseitigung der Disproportionen im Produktionswachstum der Industrie (1971 ff.).

Neue Qualität des Kreditwesens zur Förderung und Kontrolle der materiellen Produktion und zur Verwirklichung des Komplexprogramms im Rahmen der sozialistischen ökonomischen Integration (1971 ff.).

Entwicklung eines Systems von Maßnahmen zur Bewältigung der sich aus der Preisexplosion auf dem Weltmarkt ergebenden Probleme, u. a. durch wesentliche Steigerung der staatlichen Subventionen (1973 ff.). Erhöhung der gesellschaftlichen Fonds zur Stützung der Grundnahrungsmittelpreise, der Mieten und der Dienstleistungen zur Wahrung der Preisstabilität als Prinzip der sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik (1973 ff.).

4.10. Bildung und Erziehung

Allgemeinbildende poytechnische Oberschule

Weitere Ausgestaltung und Festigung der POS; inhaltliche Präzisierung der Unterrichtsmethoden und Lehrinhalte auf der Grundlage des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem und nachfolgender Maßnahmepläne; sozialistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen.

Aufgaben des Jugendverbandes und seiner Pionierorganisation, u. a. in der Schulbildung (5. Tagung des Zentralrates der FDJ, 1971).

Erarbeitung neuer Lehrpläne für die Ausbildung der Lehrer in den unteren Klassen zwecks Anhebung des Unterrichtsniveaus (1972).

Verstärkung des polytechnischen Charakters der allgemeinbildenden Schule und Erziehung zur sozialistischen Arbeitsmoral (1976 ff.).

Zusammenarbeit der Volksbildungsminister der sozialistischen Staaten (Konferenzen). Entwicklung der gemeinsamen Arbeit beim Aufbau des sozialistischen Bildungswesens und zur weiteren Verbesserung der allgemeinen Schulbildung (1975 ff.).

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lehrer im Rahmen des sozialistischen Programms (1976 ff.).

Vervollkommnung des Netzes der Volksbildungseinrichtungen entsprechend den territorialen und bildungspolitischen Erfordernissen.
Ausbau der Sonderschuleinrichtungen für Kinder mit physischen und psychischen Schäden (1976 ff.).

Berufsbildung/Erwachsenenqualifizierung

Kooperation der Betriebe und Einrichtungen der Berufsbildung zur effektiven Ausnutzung der Kapazitäten (1976 ff.).

Hochschulen und Universitäten

Vertiefung der Kooperation zwischen Lehre, Forschung und Produktion. Verstärkter Beitrag der Hochschulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung zur Lösung der Hauptaufgabe (1972 ff.).

Inkraftsetzung neuer Studienprogramme mit höheren Bildungszielen an den Hochschulen und Universitäten (1975).

Erhöhung des theoretischen Niveaus der Lehre und ihrer Verbindung mit der Praxis; Sicherung der Einheit von Wissenschaft und sozialistischer Ideologie (IX. Parteitag 1976 und ff.).

4.11. Kultur

Neue Etappe der sozialistischen Kulturrevolution zur Herausbildung allseitig entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten. Weitere Ausprägung der sozialistischen Nationalkultur der DDR. Ausein-

andersetzung mit sozialismusfremden Kulturauffassungen. Langfristige Konzeption für die Entwicklung der Kultur aller Lebensbereiche. Aufschwung der Künste unter großer Resonanz in der Öffentlichkeit.

Aufbau und Ausbau neuer Kulturstätten und Freizeitzentren (1971 ff.). Erhöhung der massenpolitischen Wirksamkeit des Lichtspielwesens durch vielfältiges Filmangebot und Modernisierung der Filmtheatertechnik.
Erhöhung der Rolle der Massenmedien Rundfunk und Fernsehen. Verbesserung der Programmgestaltung des Fernsehens der DDR. Verstärkung des Programmaustausches mit den sozialistischen Ländern.

Organisierung zentraler und Bezirkskunstausstellungen durch die Künstlerverbände.
Erhöhung der Massenwirksamkeit der bildenden Künste durch Gründung und Förderung der Kleinen Galerien des Kulturbundes und anderer Organisationen in den Städten und Gemeinden (1971 ff.).
Förderung der jungen Künstler der DDR durch zweijährige zentrale Kunstausstellungen in Frankfurt (Oder) (1974 ff.).

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der künstlerischen Intelligenz (1975 ff.).

Maßnahmen zur Beseitigung des kulturellen Niveauunterschieds zwischen Stadt und Land (1976 ff.). Beitrag profilbestimmender Theater und Ensembles zur Hebung der sozialistischen Volkskultur (Volkstheatertage und -wochen) (1976 ff.).

Kulturaustausch zwischen den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft auf regionaler Basis (1975 ff.). Austausch von Kulturensembles und Solisten im internationalen Maßstab.
Begründung und Förderung jährlicher Festspiele mit eigenem Profil in den Bezirksstädten (1976 ff.).

Stärkung der Rolle des Kulturbundes als gesellschaftliche Organisation der kulturell Schaffenden und Interessierten auf der Basis der neuen Grundaufgaben (Bundeskongreß 1977).
Treffen Erich Honeckers mit den Präsidenten des Kulturbundes, der Akademie der Künste und der Künstlerverbände zur Erhöhung ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit und Sicherung der dazu notwendigen Voraussetzungen (1979).

Kulturgutschutzgesetz (1980).

Vielfältige Pflege des kulturellen Erbes:
Entwicklung der städtebaulichen und sonstigen Denkmalpflege unter Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte (1971 ff.).

Ausbau und Gestaltung des Museumswesens als Stätten der Volksbildung und der Pflege des Kulturerbes. Stärkung der Rolle der Heimatmuseen (1971 ff.).

Verstärkte Besinnung auf bedeutende Kulturleistungen anläßlich von Jubiläen (Cranach 1972, Dürer 1976 u. a.). Konstituierung des Martin-Luther-Komitees der DDR (1980).

Verstärkung der kulturellen Massenarbeit, vor allem der kulturellen Selbstbetätigung der Werktätigen.

Leitung und Förderung der kulturellen Massenarbeit in den Gemeinden, Wohngebieten, Betrieben und Einrichtungen durch die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen (1971 ff.).

Organisierung von Festen des Künstlerischen Volksschaffens, u. a. der Arbeiterfestspiele.
Vergabe gesellschaftlicher Aufträge an das bildnerische Volkskunstschaffen (1971 ff.).
Durchführung ökonomisch-kultureller Leistungsvergleiche, Betriebs-, Dorf- und Kooperationsfestspiele (1975 ff.).

Förderung der vielseitigen Wirksamkeit der Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken; regelmäßige Durchführung der Woche des Buches und von Literaturkonferenzen zur Gewinnung neuer Leser und Verbesserung der Literaturpropaganda (1972 ff.).

Verbesserung der Literaturpropaganda der Gewerkschaften und Erhöhung der Wirksamkeit der Gewerkschaftsbibliotheken (1973 ff.).

Entwicklung der Ortschronistenbewegung und Betriebsgeschichtsschreibung, der Interessengemeinschaften an Heimatkunde und Heimatgeschichte (1975 ff.).

Förderung der Jugendmusik, der Discotheken, Tanzmusik und Singebewegung (1976 ff.).

4.12. Jugendpolitik, Körperkultur und Sport

Erhöhung der Anteile der Jugend an der Gestaltung der entwickIten sozialistischen Gesellschaft:

Ausbau der rechtlichen Grundlagen (Jugendgesetz 1974).

Übertragung volkswirtschaftlicher Aufgaben als Jugendobjekte, z. B. Meliorationen; verstärkte Bildung von Jugendbrigaden Technik und in der Tierproduktion (1974 ff.).

Schaffung der Voraussetzungen für eine niveauvolle Freizeitgestaltung der Jugend:
Förderung von Jugendveranstaltungen, Bildung von Jugendklubs an kulturellen Einrichtungen (1974 ff.).

Einrichtung des Jugendreisebüros der DDR „Jugendtourist" (1975).

Literaturwettbewerb der Jugend zum Thema „Seid Euch bewußt der Macht", Durchführung von Jugendwerkstattwochen (1979 ff.).

Ausbau der internationalen Sportbeziehungen:

Erstmalige erfolgreiche Teilnahme einer DDR-Mannschaft an den Olympischen Spielen (1972 ff.).

Austausch von Sportfunktionären auf internationaler Ebene (1973 ff.).

Kampf gegen den Olympiaboykott von NATO-Ländern (1980).

Weiterentwicklung des Massensports; Förderung der Spartakiadebewegung (1972 ff.). Förderung des Sports der Landjugend (1973 ff.).

4.13. Sozialpolitik und Gesundheitswesen

Durchgreifende Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen als Teil der Hauptaufgabe:

Ausbau von Ferienheimen und Nutzung der Kapazität von Interhotels und anderen Einrichtungen für Erholungszwecke (1971 ff.).

Inkrafttreten des Arbeitsgesetzbuches der DDR. Fixierung der gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten bei der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen (1977 ff.).

Verbesserung der Aktivitäten der Einrichtungen der Arbeitshygiene und der hygienischen Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen (1981 ff.).

Umfassende sozialpolitische Maßnahmen:

Beginn der Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem (Wohnungsbauprogramm, 1973 ff.).

Erhöhung der Renten und anderer Sozialleistungen; 40-Stunden-Woche für werktätige Mütter mit 3 und mehr Kindern; Erhöhung des Schwangerschaftsurlaubs und der Geburtenbeihilfe; Erhöhung des Mindesturlaubs; Ehekredite; Mietpreissenkungen (Gemeinsamer Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates 1972).

Einführung der Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (1972).

Erhöhung der Mindestlöhne, unteren Einkommen und der Löhne für Werktätige mit schweren Arbeitsbedingungen. Einführung neuer Grundlöhne für Produktionsarbeiter (1976).

Erhöhung der Alters- und Invalidenrenten (1976), der Mindestbeträge bei Alters- und Invalidenrenten (1979).

Erhöhung des Jahresurlaubs für alle Werktätigen (1979).

Ausbau des Gesundheitswesens:

Erhöhung des Anteils der Arbeiter an Heil- und prophylaktischen Kuren (1972 ff.).

Neubau von Krankenhäusern, Bettenhäusern und Werterhaltung bestehender medizinischer Einrichtungen (1975 ff.). Erweiterung der ambulant-medizinischen und zahnärztlichen Arbeitsplätze in Neubaugebieten (1980 ff.). Ausdehnung der Schnellen Medizinischen Hilfe. Verbesserung der ambulant-medizinischen Betreuung, vor allem in den Fachgebieten Allgemeinmedizin, Zahnheilkunde, Neurologie/Psychiatrie.

Realisierung komplexer langfristiger Programme zur Bekämpfung der häufigsten Krankheiten (Herz, Krebs, Stoffwechsel, Atemwege, Rheuma, Infektionen) (1981 ff.).

Herstellung neuer wirksamer Arzneimittel, vor allem zur Behandlung von Herz-, Kreislauf-, Zucker- und rheumatischen Erkrankungen (1981 ff.).

4.14. Außenpolitik und internationale Verbindungen

Kampf um die Sicherung des Friedens. Aktive Beteiligung der Vertreter der DDR auf der KSZE in Helsinki und den Nachfolgekonferenzen. Wirksamkeit der DDR in der UNO (1973 ff.).

Ausbau der diplomatischen Verbindungen und Vertretungen in den kapitalistischen Ländern und in den nichtpaktgebundenen sowie den jungen Nationalstaaten. Weltweite Anerkennung der DDR nach Abschluß des Vierseitigen Abkommens und des Grundlagenvertrages (1971 ff.). UNESCO-Mitgliedschaft der DDR (1972). Aufnahme der DDR in die UNO, die WHO und andere Spezialorganisationen der UNO (1973 ff.). Vertiefung der Partnerschaftsbeziehungen zwischen Bezirken und Städten der DDR und anderer sozialistischer Staaten sowie mit nichtsozialistischen Partnerstädten (1976 ff.).

Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten und Ausbau der ökonomischen Integration:
Realisierung des Komplexprogramms zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration, vor allem hinsichtlich der Prognosen für die wichtigsten Bereiche der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie der Plankoordinierung (Fünfjahrplan 1971 ff.).

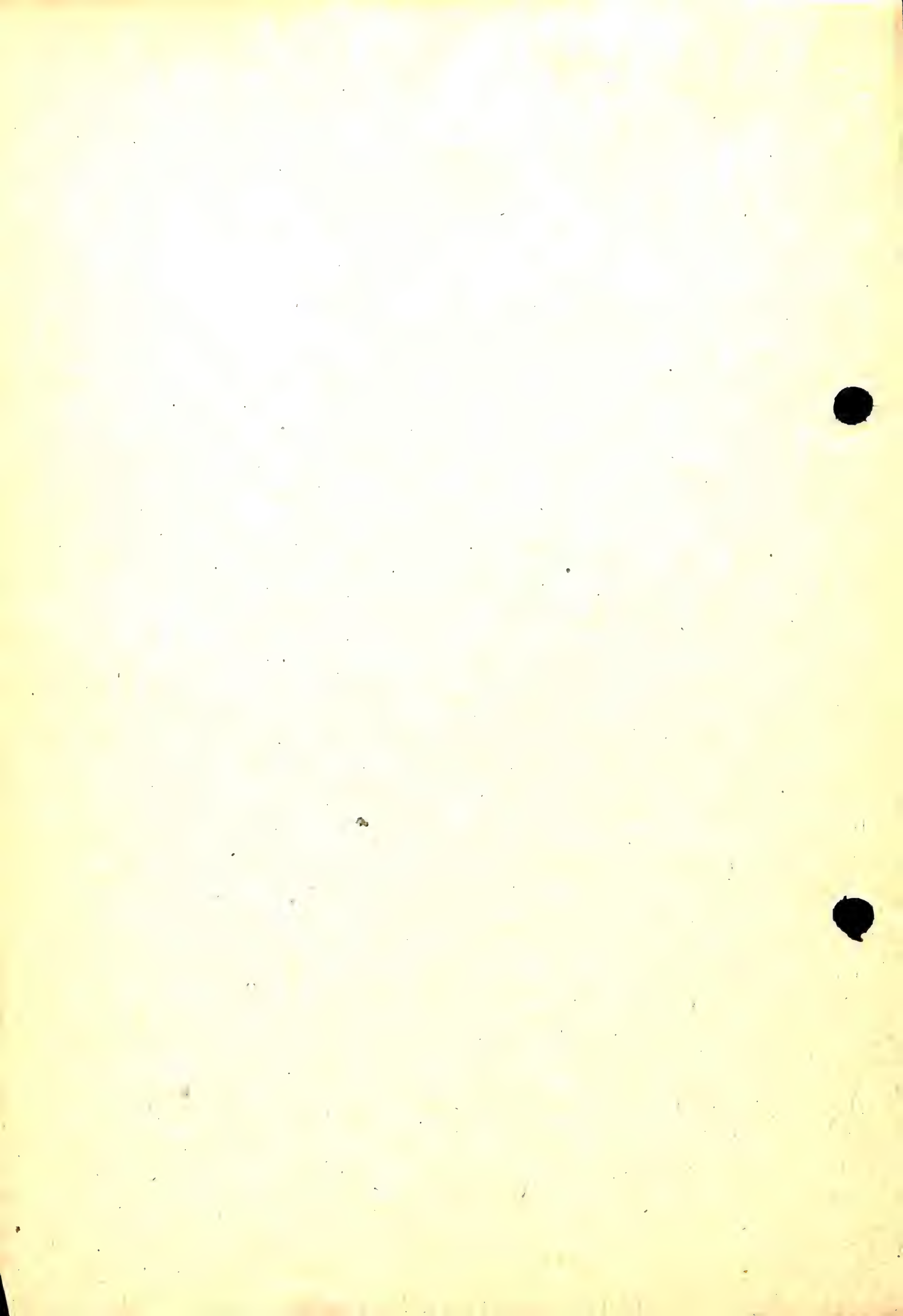
Langfristige Planabstimmung und Errichtung gemeinsamer Anlagen in der Rohstoff- und Brennstoffversorgung, Maschinenbau, Landwirtschaft, Konsumgüterproduktion (1976 ff.).
Realisierung des Programms der Spezialisierung und Kooperation der Produktion der DDR und der UdSSR sowie der langfristigen Zielprogramme der RGW-Länder (1981 ff.).

Einführung des Paß- und Visafreien Reiseverkehrs zwischen der DDR, der VR Polen und der ČSSR (1972).

Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR (1975).

Verstärkung der internationalistischen Solidarität, vor allem gegenüber Chile, Vietnam und den jungen Nationalstaaten:
Verstärkung der antiimperialistischen Solidarität und aktive Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen (1971 ff.).

Rahmenarchivgutverzeichnis
für den Bereich Industrie
1949 bis 1975
(RAGVI)



Anwendungshinweise

Das Rahmenarchivgutverzeichnis für den Bereich Industrie (im folgenden Rahmenarchivgutverzeichnis) wird auf der Grundlage der Verordnung vom 11. März 1976 über das staatliche Archivwesen, § 8, 2 herausgegeben. Es dient der Ermittlung von Archivgut als demjenigen Teil des dienstlichen Schriftgutes, der im gesamtgesellschaftlichen Interesse zur systematischen Ergänzung der Bestände des Staatlichen Archivfonds der DDR herangezogen wird, um die notwendige Quellenbasis für die Erforschung der Geschichte der sozialistischen Revolution zu sichern.

Es besteht aus folgenden Teilen:
- Anwendungshinweise;
- Dokumentationsschwerpunkte;
- Liste der Archivgutpositionen.

Das Rahmenarchivgutverzeichnis findet Anwendung auf das Schriftgut der
- Industrieministerien;
- Vereinigungen Volkseigener Betriebe (Zeitraum ihres Bestehens);
- zentralgeleiteten Kombinate einschließlich ihrer Kombinatsbetriebe, Betriebe und Einrichtungen;
- Wirtschaftsräte der Bezirke und der diesen bzw. den Fachorganen der örtlichen Räte nachgeordneten Kombinate, Betriebe und Einrichtungen;

soweit diese gemäß § 13 der Verordnung über das staatliche Archivwesen zur Übergabe von Archivgut an das zuständige Endarchiv verpflichtet sind (Registraturbildner der Wertkategorie I).

Das Rahmenarchivgutverzeichnis Industrie kann auch sinngemäß angewendet werden bei der Bewertung von dienstlichem Schriftgut anderer Registraturbildner der Volkswirtschaft, soweit diese der Verordnung vom 8. November 1979 über die volkseigenen Kombinate, Kombinatsbetriebe und volkseigenen Betriebe (GBl. I Nr. 38 S. 355) unterliegen und für diese keine speziellen Archivgutverzeichnisse vorhanden sind.

Das Rahmenarchivgutverzeichnis ist verbindliche Grundlage zur Bewertung des dienstlichen Schriftgutes der Registraturbildner der Wertkategorie I, d.h. für die Organe, Betriebe und Einrichtungen, die in den Nomenklaturen der zuständigen Endarchive als Bestandsbildner für den Staatlichen Archivfonds geführt werden. Bei diesen Registraturbildnern, die nach ihrer
- gesamtgesellschaftlichen Bedeutung;
- Bedeutung und Stellung im jeweiligen Industriebereich und
- Bedeutung im Territorium

ausgewählt worden sind, entsteht Archivgut, das im vorliegenden Rahmenarchivgutverzeichnis nachgewiesen ist. **Die dort genannten Dokumente sind vom zuständigen Endarchiv** (vgl. §§ 1 bis 5 der Ersten Durchführungsbestimmung vom 19. März 1976 zur Verordnung über das staatliche Archivwesen) **zum Zweck der ständigen Aufbewahrung und Auswertung als historische Quelle zu sichern.**

Das Rahmenarchivgutverzeichnis dient auch der Bewertung des dienstlichen Schriftgutes der Registraturbildner der Wertkategorie III, die das bei ihnen entstehende Archivgut in eigener Verantwortung ermitteln und für die Belange ihrer Betriebsgeschichte aufbewahren.

Das Rahmenarchivgutverzeichnis ist an erster Stelle Arbeitsmittel sowohl des Endarchivs als auch des Verwaltungsarchivs zur Ermittlung und Auswahl von Archivgut aus der Gesamtheit des entstandenen dienstlichen Schriftgutes eines Registraturbildners.

Es ermöglicht darüber hinaus die frühzeitige Orientierung der Strukturteile und aktenführenden Stellen über den historischen Wert des bei ihnen entstehenden dienstlichen Schriftgutes. Damit wird das Prinzip der positiven Wertauslese bis zu der Stelle, an der das spätere Archivgut entsteht, durchgesetzt. **Die aktenführenden Stellen sind gehalten, zur Sicherung der Quellen zur Geschichte der sozialistischen Revolution beizutragen, indem sie dienstliches Schriftgut, das**

entsprechend dem Rahmenarchivgutverzeichnis potentielles Archivgut ist
- **nach Möglichkeit auf holzfreiem Papier anfertigen;**
- **sicher aufbewahren;**
- entsprechend den Anforderungen der Richtlinie für die Erfassung und Übernahme von dienstlichem Schriftgut aus den aktenführenden Stellen durch die Verwaltungsarchive **zur Übergabe an das Verwaltungsarchiv vorbereiten und planmäßig übergeben.**

Das Rahmenarchivgutverzeichnis ist weiterhin Grundlage und verbindliche Vorgabe für die Festlegung der archivwürdigen Positionen in den von den Registraturbildern zu führenden Schriftgutbewertungsverzeichnissen.*

Das Rahmenarchivgutverzeichnis ist gleichzeitig Kontrollmittel und Arbeitsgrundlage für die zielgerichtete Bestandsergänzung bei der Bearbeitung der Ablieferungsverzeichnisse bzw. Kassationsanträge der Registraturbildner durch die zuständigen Endarchive einschließlich der Ermittlung und Schließung von Überlieferungslücken entsprechend ihrem Dokumentationsprofil.

Darüber hinaus ist das Rahmenarchivgutverzeichnis auch als Hilfsmittel bei der Bewertung der bereits im Endarchiv verwahrten Bestände nutzbar.

Das Rahmenarchivgutverzeichnis besteht aus zwei Teilen:
Teil 1 weist die als Dokumentationsschwerpunkte formulierten wesentlichen Strukturzusammenhänge, gesellschaftlichen Prozesse, historischen Tatsachen und Ereignisse, die dokumentationswürdig sind, in chronologischer Abfolge aus.

Sie sind gegliedert nach zwei Hauptentwicklungsperioden der sozialistischen Wirtschaft,
- der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus 1949-1961 und
- der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus 1961-1975.

Jeder Periode sind die Hauptprozesse und Strukturelemente der Entwicklung der sozialistischen Industrie vorangestellt. Dem folgen, gegliedert nach den einzelnen Entwicklungsetappen, chronologisch geordnet die die Entwicklung bestimmenden und mit Dokumenten zu belegenden Ereignisse.

Teil 2 enthält als Verzeichnis der Archivgutpositionen die zu sichernden Dokumentenkomplexe bzw. Sachbetreffe und Schriftgutarten (Spalte 2), mit denen die in Teil I genannten Sachverhalte belegt werden können.

Die Archivgutpositionsliste ist strukturunabhängig nach Aufgabenbereichen gegliedert:
0. Leitung und Organisation
1. Recht
2. Arbeit
3. Kader, Bildung
4. Planung und Bilanzierung
5. Rechnungsführung, Statistik, Finanzen
6. Internationale Zusammenarbeit
7. Forschung und Entwicklung, Wissenschaft und Technik
8. Produktion
9. Absatz.

Dabei stellt die gewählte Abfolge keine Wertung dar. Es wurde angestrebt in den Querschnittsgruppen – vor allem bei Leitung und Planung – jeweils alle Archivgutpositionen zusammenzufassen, die der Erfüllung dieser Aufgabe dienen, ohne Berücksichtigung des Strukturteils, bei dem sie entstanden sind.

---

* Vgl. 1. DB vom 19.3.1976 zur Verordnung über das staatliche Archivwesen, § 11 – für die Ausarbeitung und Laufendhaltung von Schriftgutbewertungsverzeichnissen, die für alle entstehenden Schriftgutarten bzw. Sachbetreffe die erforderlichen Bewertungsangaben ausweisen, sind die Registraturbildner bzw. deren übergeordnete Organe verantwortlich. Die Schriftgutbewertungsverzeichnisse sind sowohl Bewertungshilfsmittel als auch unverzichtbare Arbeits- und Organisationsmittel für eine rationelle und ordnungsgemäße Schriftgutverwaltung. Sie unterliegen der Bestätigungspflicht durch die Staatliche Archivverwaltung.

Im Verzeichnis der Archivgutpositionen wird weiterhin festgelegt – durch Kreuze in der entsprechenden Spalte gekennzeichnet –, auf welcher Leitungsebene diese archivwürdigen Dokumente zu sichern sind:

Spalte 3 Ministerien

Spalte 4 Wirtschaftsleitende Organe
- Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) in der Zeit ihres Bestehens;
- Kombinate (zentral geleitet);
- Wirtschaftsräte der Bezirke

Spalte 5 Betriebe und Einrichtungen
- Kombinate (ohne wirtschaftsleitende Funktion, v. a. vor 1979) und örtlich geleitete;
- Kombinatsbetriebe u. a. volkseigene Betriebe sowie Einrichtungen der Kombinate;
- Betriebe mit staatlicher Beteiligung (BSB) und ehem. Privatbetriebe (bis 1972).

Für die Ermittlung und Sicherung des Archivgutes bei den Registraturbildnern sind die Verwaltungsarchive auf der Grundlage der geltenden Bewertungshilfsmittel (Archivgutverzeichnis, Schriftgutbewertungsverzeichnis, Anforderungen des zuständigen Endarchivs) **verantwortlich.** Sie arbeiten dabei eng mit den aktenführenden Stellen zusammen und leiten diese an. Sie erhalten fachliche Anleitung durch das zuständige Endarchiv.

Bei der Auswahl des Archivgutes ist davon auszugehen, daß beim
- Ministerium die dort entstandene sowie die von den nachgeordneten wirtschaftsleitenden Organen eingegangene Dokumentation, weiterhin entsprechende bereichsspezifische Dokumente des Ministerrats und seiner Organe und der zuständigen Fachbereiche des ZK der SED;
- wirtschaftsleitenden Organ (WLO) die dort entstandene und die von den nachgeordneten Betrieben und Einrichtungen eingegangene Dokumentation sowie die die Tätigkeit des WLO anleitenden Dokumente zentraler Organe;
- Betrieb bzw. einer Einrichtung die dort entstandene Dokumentation sowie die von den anderen zugehörigen oder unterstellten Produktionseinheiten eingegangenen Dokumente

gesichert werden.

Die Sicherung von Dokumenten aus dem nachgeordneten Bereich erfolgt unter Beachtung der Bewertungskriterien sowie unter dem Gesichtspunkt der Dokumentierung der Tätigkeit von Registraturbildnern, die in die Wertkategorie III eingestuft sind, von denen also kein Archivgut in die Endarchive übernommen wird.

Unter dem Gesichtspunkt, daß auf Grund der territorialen Zuständigkeit der Endarchive das Archivgut der Registraturbildner eines Industriezweiges in verschiedenen Archiven zur Aufbewahrung gelangt, ist die Sicherung von Archivgut mit Informationswiederholung in dem den Anforderungen des Dokumentationsprofils entsprechenden Umfang sinnvoll und notwendig.

Die Erfassung der Archivgutpositionen erfolgt in der Regel bei dem Strukturteil, der funktional und federführend für die Erfüllung der dokumentierungswürdigen Aufgabe zuständig war. Sofern bei diesem Strukturteil die erforderliche Dokumentation nicht ausreichend überliefert ist, sind entsprechende Dokumente aus anderen Strukturteilen zu sichern.

Im Rahmenarchivgutverzeichnis ist angestrebt worden, die einzelnen Archivgutpositionen so konkret wie möglich zu fassen. Der gewählte Abstraktionsgrad ergab sich aus der Feststellung von vielfältigen, mehr oder weniger stark differierenden, zeitlich wechselnden Bezeichnungen für einzelne Schriftgutarten. Er erwies sich als notwendig, um die breite Anwendung des Rahmenarchivgutverzeichnisses auf alle Registraturbildnertypen und Industriezweige zu gewährleisten.

Die Bewertung bzw. die Ermittlung des Archivgutes erstreckt sich auf das gesamte dienstliche Schriftgut unabhängig, ob es sich um sogenanntes offenes Schriftgut oder solches mit dem Charakter von Dienst- und Staatsgeheimnissen handelt. Das Verfahren der Archivierung von Dienst- und Staatsgeheimnissen erfolgt auf der Grundlage der dazu erlassenen Rechtsvorschriften und speziellen Arbeitshinweise.

Bereichsspezifische Dokumente grundsätzlichen Charakters, die nicht im Rahmenarchivgutverzeichnis ausgewiesen sind, sind zusätzlich zu sichern. Abgeleitet von den allgemeinen und speziellen Dokumentationsschwerpunkten sind entsprechend der Bedeutung der dokumentierungswürdigen Tatsache auch aussagekräftige Dokumente mit Detailinformationen dazu zu archivieren. Die Sicherung von Detailinformationen ist auch in den Fällen notwendig, wo durch nicht vertretbare Kassationen in der Vergangenheit und sonstige Aktenverluste Überlieferungslücken entstanden sind.

Unabhängig von der inhaltlichen Vorgabe der Dokumentationsschwerpunkte sind bestimmte Dokumentenreihen – in der Regel durch die dafür funktional zuständigen Struktureinheiten – **zu archivieren.** Dazu gehören **z.B. Dokumente der Kollegiumssitzungen** und analogen **Dienstberatungen** (Protokolle und Niederschriften, Vorlagen, Stellungnahmen, Tagesordnung). **Die Betriebschroniken sind** unabhängig von der Einstufung in eine Wertkategorie **bei allen Registraturbildnern zu sichern.**

Weiterhin können zusätzliche die Spezifik des Registraturbildners bzw. des Industriezweiges oder des Territoriums belegende Schriftgutarten für die dauernde Aufbewahrung ausgewählt werden, wenn sie den Anforderungen des Dokumentationsprofils des Endarchivs entsprechen.

Schwierigkeiten, die sich bei der Ermittlung von Archivgutpositionen auf Grund mangelhafter Aktenbildung und Betreffsformulierungen ergeben, müssen mit Hilfe der Schriftgutbewertungsverzeichnisse ausgeglichen werden.

Die Verwaltungsarchivare der Registraturbildner der Wertkategorie I gewährleisten, daß die aktenführenden Stellen das in den Bewertungsmitteln ausgewiesene Archivgut sowie das nicht zur vereinfachten Kassation freigegebene dienstliche Schriftgut in gesonderten Ablieferungsverzeichnissen erfassen und dem Verwaltungsarchiv übergeben. Diese Ablieferungsverzeichnisse sind dem zuständigen Endarchiv zur Prüfung und Entscheidung über die Archivwürdigkeit vorzulegen.

Die darin als Archivgut gekennzeichneten und bestätigten Positionen gelten als für das Endarchiv erfaßt und sind im Verwaltungsarchiv bis zur Übergabe zu sichern und entsprechend den Hinweisen des Endarchivs zu behandeln.

Bei etwa auftretenden Zweifelsfällen ist das zuständige Endarchiv zu konsultieren.

Das Rahmenarchivgutverzeichnis wird periodisch fortgeschrieben. Die Bestellung des Rahmenarchivgutverzeichnisses beim Staatsverlag beinhaltet auch den Bezug der Ergänzungen.

Vorschläge zur Neuaufnahme von Archivgutpositionen oder zur Ergänzung der Dokumentationsschwerpunkte sind dem Herausgeber zuzuleiten.

Auf Einlegeblättern können entweder als Anhang oder nach den entsprechenden Abschnitten Dokumentationsschwerpunkte bzw. Archivgutpositionen des jeweiligen Registraturbildners ergänzt werden.

Das „Rahmenarchivgutverzeichnis für den Bereich Industrie" tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Postdam, 1. September 1986

Leipold
Leiter
der Staatlichen Archivverwaltung

Literatur:
M. Schlombs, Das Rahmenarchivgutverzeichnis Industrie als komplexes Bewertungsinstrument, Erfahrungs- und Problembericht. Archivmitteilungen 30 (1980) 4, S. 134

1. Strukturelemente und Hauptprozesse zur Entwicklung der sozialistischen Industrie 1949 bis 1975 (Dokumentationsschwerpunkte)

1.1. Strukturelemente und Hauptprozesse in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus 1949 bis 1961

Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistichen Partei beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft

- Durchsetzung der Beschlüsse und Richtlinien der Partei der Arbeiterklasse zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus
- Entwicklung und Festigung der sozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse
- Ausbau, Erweiterung und Stärkung des volkseigenen Sektors der Volkswirtschaft, schrittweise Überwindung der objektiven Widersprüche zwischen den drei Sektoren der Volkswirtschaft
- Herausbildung und Entwicklung der neuen Wirtschaftsstruktur und Überwindung der durch die imperialistische Spaltungspolitik verursachten wirtschaftlichen Disproportionen
- Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus auf ökonomischem Gebiet
- schöpferische Anwendung der leninschen Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung und der ökonomischen Gesetze des Sozialismus
- Herausbildung und Entwicklung der internationalen Kooperation und internationalen sozialistischen Arbeitsteilung sowie der Außenwirtschaftsbeziehungen
- Bündnispolitik mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten

Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsmittel

- Wandlungen in der sozialen Struktur der Arbeiterklasse und in anderen Schichten in der materiellen Produktion
- politische und berufliche Entwicklung der Angehörigen der Arbeiterklasse und der anderen Schichten der Werktätigen
- Herausbildung und Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins und sozialistischer Persönlichkeiten
- Aufschwung der Masseninitiativen der Werktätigen und die Entwicklung vielfältiger Formen des sozialistischen Wettbewerbs
- Anwendung sowjetischer Arbeits- und Neuerermethoden
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben durch sozialpolitische Maßnahmen
- Ausbau des Betriebsgesundheitswesens und des Arbeitsschutzes
- Stand und Entwicklung der Produktionsmittel einschließlich Boden, Gewässer, Bodenschätze u. a. Naturreichtümer

Entwicklung von Wissenschaft und Technik

- Rolle und Bedeutung von Wissenschaft und Technik und ihr wachsender Anteil an der Entwicklung der Produktivkräfte und der Volkswirtschaft
- Hauptrichtungen der Grundlagenforschung, ihre Ergebnisse und deren Nutzung
- wachsende Bedeutung der Technologie im Produktionsprozeß
- Einführung neuer Produktionsverfahren

- steigender Umfang der Mechanisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen
- Methoden und Formen der sozialistischen Intensivierung und Rationalisierung von Arbeitsprozessen

Leitungsprinzipien und Organisationsstuktur der Volkswirtschaft

- Anwendung und Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und deren weitere Aufdeckung durch die ökonomischen Wissenschaften
- Gewährleistung der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft
- Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus und die breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
- Herausbildung und Festigung des sozialistischen Wirtschaftsrechtes und sozialistischen Arbeitsrechtes
- Konzipierung und Realisierung langfristiger Wirtschaftsprogramme
- Einführung der Methode der wirtschaftlichen Rechnungsführung
- Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit.

1.2. Chronik 1949 bis 1961

Das Ringen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung der SED um die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus, die allseitige Stärkung der DDR als fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems und der Kampf um den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse

Gründung der DDR und ihre Ausgestaltung als Arbeiter- und Bauernstaat 1949 bis 1950

- Übergang zur sozialistischen Revolution
- Festigung und Ausbau des volkseigenen Sektors
- schrittweise Überwindung der vom Kapitalismus hinterlassenen Disproportionen
- Hebung des Lebensstandards der Werktätigen

1949 Oktober
Gründung der DDR (7. Oktober)
- Bildung der Provisorischen Regierung der DDR und Übernahme der Verwaltungsaufgaben der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK)

1949 November
Vorschläge der Wirtschaftspolitischen Konferenz (26. bis 28. November) mit 8000 Delegierten aus volkseigenen Betrieben in Leipzig zur
- Verbesserung der Qualität der Produktion
- Erhöhung der Arbeitsproduktivität
- Senkung der Selbstkosten
- Verbesserung der Ausbildung des Facharbeiternachwuchses

1949 Ende/1950 Anfang
Aufschwung der Aktivistenbewegung – Bildung von „Brigaden der ausgezeichneten Qualität" (Januar 1950 – 1000 Brigaden, August 1950 – 30000 Brigaden)

1950 Januar
Aufruf des Parteivorstandes der SED, den Zweijahrplan (1949 bis 1950) bis zum III. Parteitag der SED (Juli 1950) zu erfüllen und damit den Vorkriegsstand der Industrieproduktion zu erreichen.

1950 Januar
Überbietung der Planziele beim Neuaufbau der Stahlwerke Gröditz, Hennigsdorf, des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg und der Maxhütte Unterwellenborn

1950 Januar/Februar
Unterbindung der Stahllieferungen aus der BRD durch die imperialistischen Besatzungsmächte

1950 Februar
Jugendförderungsgesetz verabschiedet (8. Februar)

1950 Mai
Gesetz der Arbeit tritt in Kraft, sichert das Recht auf Arbeit für jeden Werktätigen und erweitert die Rechte der Gewerkschaften

1950 Mai
Unterstützung der Volkswirtschaft der DDR durch die UdSSR – Ermäßigung der Reparationsleistungen um 50 % und Übergabe weiterer 23 SAG-Betriebe in Volkseigentum

1950 Juli
III. Parteitag der SED (20. bis 24. Juli) – beschließt die Generallinie für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus

– Beschluß über den Ersten Fünfjahrplan 1951 bis 1955 markiert den Übergang zur langfristigen sozialistischen Wirtschaftsplanung – Aufgaben:
  - Ausbau und Festigung des volkseigenen Sektors und Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse
  - Verminderung der durch die Spaltung Deutschlands entstandenen Disproportionen in der Volkswirtschaft
  - Schaffung einer metallurgischen Basis, Erweiterung des Schwermaschinenbaus, Entwicklung der Rohstoffbasis, Schaffung einer Handelsflotte
  - Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der volkseigenen Industrie
  - Einbeziehung des kapitalistischen Sektors in die Planwirtschaft und seine Nutzung für die Stärkung der DDR

1950 August
Gesetz zur Förderung des Handwerks (9. August)

1950 September
3. Kongreß des FDGB (30. August bis 3. September)
- Absage und Überwindung opportunistischer Auffassungen („parteipolitische Neutralität" „Nur-Gewerkschaftertum")
- Gewerkschaften als Organisatoren des Wettbewerbs und Schulen der Wirtschaftsführung

1950 September
Aufnahme der DDR in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

1950 September
Gesetz über den Mütter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau (27. September)

1950 Herbst
Beginn der Durchsetzung von Formen der sozialistischen Arbeitsorganisation (Brigaden)

1950 Oktober
Beginn des Massenwettbewerbs zur Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1950 – Die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung erreicht eine neue Stufe, wird zur fortwährenden Massenbewegung

1950 November/Dezember
Reorganisierung der Leitung der volkseigenen Industrie zur strafferen Leitung der Volkswirtschaft bei wachsender Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Wirtschaft, besonders der Betriebe bei der Lösung der Aufgaben des Fünfjahrplans (Gesetz vom 8. November 1950 über die Regierung der DDR)

- Bildung der Staatlichen Plankommission
- Bildung von Industrieministerien
- Anleitung der örtlichen Industrie und Dienstleistungsbetriebe durch die örtlichen Organe

1950 Ende
Vergesellschafteter Sektor erreicht knapp 60 % Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt

Beginn der sozialistischen Industrialisierung und Durchsetzung sozialistischer Prinzipien der Wirtschaftsleitung und -planung – Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft mit dem Ersten Fünfjahrplan 1951 bis 1952

1951 Januar
Sonderwettbewerb „Auftakt zum Fünfjahrplan"; Aktivistenpläne als neue Form des Wettbewerbs; Studium und Anwendung sowjetischer Neuerermethoden unter der Losung „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen"

1951 Frühjahr
Erstmaliger Abschluß von Betriebskollektivverträgen (BKV) in nahezu 5000 VEB
- Ausdruck der Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der Betriebe als neue Form der sozialistischen Demokratie

1951 Juni
6. Tagung des ZK der SED (13. bis 15. Juni) Beschlüsse zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Durchsetzung sozialistischer Leitungsprinzipien in der Wirtschaft durch
- Einführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Kontrolle durch die Mark und des allgemeinen Vertragssystems
- erhöhte Verantwortung der staatlichen Leiter und der Gewerkschaften
- juristische Selbständigkeit der VEB
- strengste Sparsamkeit

1951 September
Sonderwettbewerb der Stahl- und Walzwerker als Antwort auf das Ausbleiben vertraglich gebundener Lieferungen aus der BRD

1951 Oktober
Aufhebung der Rationierung der Lebensmittel bis auf Fleisch, Fett, Zucker und Kartoffeln (8. Oktober)

1952 Januar
Bildung von Frauenausschüssen in Betrieben auf Vorschlag der SED (8. Januar)

1952 Februar
Auslösung der Franik-Bewegung als Ausdruck der gegenseitigen Hilfe und kameradschaftlichen Zusammenarbeit, die vorrangig im Steinkohlenbergbau bis zum Sommer 1952 an Breite gewinnt

1952 April
Übergabe von weiteren 66 SAG Betrieben zur Stärkung des volkseigenen Sektors durch die UdSSR

1952 April
Erster Plan der Rationalisatoren und Erfinder im VEB Transformatoren- und Röntgenwerk Dresden – Beginn planmäßiger Neuerer- und Rationalisatorenarbeit, die in den folgenden Jahren Massencharakter annimmt

Die planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in allen Bereichen der Gesellschaft und der erfolgreiche Abschluß des Ersten Fünfjahrplans 1952 bis 1955

1952 Juli
2. Parteikonferenz (9. bis 12. Juli) – Beschluß über den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in allen gesellschaftlichen Bereichen – leitet eine neue Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution ein und orientiert auf wirtschaftlichem Gebiet auf

- die weitere Stärkung des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft
- eine beschleunigte Rekonstruktion der Hüttenindustrie, des Bergbaus, des Schwermaschinenbaus, der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie auf der Grundlage der modernen Technik

1952 IV. Quartal

Aufschwung der Wettbewerbsbewegung – Erster Massenwettbewerb eines Industriezweiges (Metallurgie) – Übergreifen der Franikbewegung auf weitere Industriezweige – Verpflichtungsbewegung im Maschinenbau zur Aufholung von Verlusten

1952 Oktober

Bildung der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) (26. Oktober)

1952 seit Herbst

Kampf von Partei und Staat gegen verstärkte konterrevolutionäre Aktionen durch Beschleunigung des Entwicklungstempos der Schwerindustrie und Einschränkung der vom kapitalistischen Sektor ausgehenden Störungen

1953 April

Unterstützung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft durch die Aktion „Industriearbeiter aufs Land" (Beschluß des Sekretariats des ZK der SED)

1953 April

Bildung von Kommissionen zur Beilegung von Arbeitsstreitfällen
– Konfliktkommissionen –

1953 Juni

Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED (9. bis 11. Juni) und des Ministerrats zur Politik des „Neuen Kurses" mit dem Ziel, die Arbeiter-und-Bauern-Macht sowie die Volkswirtschaft zu stabilisieren und die Lebenslage der Werktätigen zu verbessern durch
- rasche Steigerung der Konsumgüterproduktion durch Plankorrekturen auf Kosten der Schwerindustrie
- Rückgängigmachung von Normerhöhungen und Maßnahmen, die die Mittelschichten belastet hatten
- Bildung neuer Industrie- und Handelskammern in den Bezirken

1953 Juni

Niederschlagung des konterrevolutionären Putschversuches (17. Juni) mit Hilfe der in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte sowie der Angehörigen der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit. Entstehung von Arbeiterwehren zum Schutz von Betrieben vor Provokateuren

1953 Juli

Bildung von Kampfgruppen der Arbeiterklasse zum Schutz des sozialistischen Staates und der volkseigenen Betriebe unter Führung der SED

1953 August

Solidarische Hilfe der UdSSR durch Erlaß von 2,5 Mrd. Reparationen, Übergabe der letzten 33 SAG-Betriebe in die Hände des Volkes sowie Lieferung zusätzlicher Rohstoffe und Lebensmittel

1953 September

Weiterer Aufschwung der Wettbewerbsbewegung nach dem Aufruf der Weberin Frida Hockauf unter der Losung „So wie wir heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein"

1953/1954

Abschluß von Freundschaftsverträgen zwischen Industriebetrieben und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften

1953 Dezember
Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und die Rechte der Gewerkschaften (10. Dezember)
- Rechenschaftslegung der Betriebsleiter in Produktionsberatungen
- Verbesserung der medizinischen Betreuung und der Erholung

1954 Frühjahr
Breite Wettbewerbsbewegung im „Jahr der großen Initiative" sowie zum IV. Parteitag der SED unter der Losung „Mehr, besser, billiger" mit dem Ziel: Überwindung des Mißverhältnisses zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Wachstum der Durchschnittslöhne sowie der Einführung technisch-begründeter Arbeits- und Materialverbrauchsnormen

1954 April
IV. Parteitag der SED (30. März bis 6. April) beschließt die Generallinie der Partei für den erfolgreichen Abschluß des Ersten Fünfjahrplanes; u. a. die forcierte Entwicklung des Braunkohlenbergbaus, der Energieerzeugung sowie einiger Zweige der chemischen Industrie und die Modernisierung des allgemeinen Maschinenbaus; Weiterentwicklung der Produktionsberatungen als Form der sozialistischen Demokratie in der materiellen Produktion

1954 November
21. Tagung des ZK der SED (12. bis 14. November)
Ausarbeitung der Prinzipien der ökonomischen Politik des Sozialismus in der Übergangsperiode, insbesondere
- Erhöhung der Wirksamkeit der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
- Erweiterung der wirtschaftlich-operativen Selbständigkeit der Betriebe
- konsequente Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und wirksame Ausnutzung des Wertgesetzes
- Senkung der Selbstkosten, Verbesserung der Rentabilität

1955 Februar
Erste ökonomische Konferenzen als neue Form der sozialistischen Demokratie (erste Konferenz im VEB Modul Karl-Marx-Stadt am 27. Februar 1955)

1955 März/Juli
Weiterführung der Wettbewerbsbewegung
- Wettbewerb von Mann zu Mann (Luise-Ermisch-Methode)
- Bildung von „Brigaden der ausgezeichneten Qualität"
- „Wilhelm-Pieck-Aufgebot" zur vorfristigen Erfüllung des Planes 1955 als die bis dahin umfassendste Wettbewerbsaktion

1955 Mai
Abschluß des Warschauer Vertrages zur Erhaltung des Friedens (14. Mai). Der Vertrag leitet neuen Abschnitt der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf allen Gebieten ein

1955 Juni
24. Tagung des ZK der SED (1./2. Juni) orientiert auf
- systematische Förderung von Wissenschaft und Technik und die Überführung der neuesten Erkenntnisse in die Produktion
- Einführung der Typisierung, Mechanisierung und Automatisierung
- Verbesserung der Leitung der Industrie

1955 August
Aufbau des Kombinats „Schwarze Pumpe" und der sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda

1955 August
Verordnung über Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) (18. August)

1955 Ende

Volkseigener Sektor der Industrie erreicht 85 % am volkswirtschaftlichen Aufkommen, Industrieproduktion stieg seit 1950 auf 190 %, im sozialistischen Sektor auf 210 %; aber 25 % der Werktätigen sind noch in der kapitalistischen und kleineren Warenproduktion beschäftigt; wichtige Industriezweige (Kohle, Energie, Metallurgie) können den volkswirtschaftlichen Erfordernissen noch nicht genügend gerecht werden.

Die allseitige Stärkung der DDR als fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems und der Aufschwung des sozialistischen Aufbaus 1955 bis 1958

1955 Oktober

25. Tagung des ZK der SED (24. bis 27. Oktober) beschließt Maßnahmen zur Stärkung der sozialistischen Staatsmacht und ihrer ökonomischen Basis

- Weiterentwicklung sozialistischer Leitungsgrundsätze in der Wirtschaft und Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates zur Erfüllung der Wirtschafts- und Verwaltungsaufgaben
- Verwirklichung der Losung: „Modernisierung – Mechanisierung – Automatisierung"

1955 November

Aufgliederung des bisherigen Ministeriums für Schwermaschinenbau in die Ministerien für Berg- und Hüttenwesen, Kohle und Energie und Chemische Industrie (24. November)

1956 März

3. Parteikonferenz der SED (24. bis 30. März) beschließt

- Herausarbeitung der Grundzüge der strategischen Konzeption für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse
- Direktive für den 2. Fünfjahrplan 1956 bis 1960 mit Schwerpunkten des Aufbaus der Grundstoffindustrie, der Metallurgie, der Energieerzeugung, der Brennstoff- und der Bauindustrie sowie wichtiger Zweige der chemischen Industrie
- verstärkte Einbeziehung von Handwerkern, Einzelhändlern, Privatunternehmern in den sozialistischen Aufbau als Ausdruck der Bündnispolitik der Arbeiterklasse (Bildung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks, Abschluß von Kommissionsverträgen, staatliche Beteiligung an Privatbetrieben)

1957 Januar

Schrittweise Einführung der 45-Stundenwoche für 2,6 Mio Werktätige

1957 Januar

30. Tagung des ZK der SED (30. Januar bis 1. Februar)

- Auseinandersetzung und Überwindung revisionistischer Tendenzen und Bekräftigung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und der unlösbaren Zugehörigkeit der DDR zur sozialistischen Staatengemeinschaft
- Stärkung der Staatsmacht (Gesetz über die örtlichen Staatsorgane, Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates, Vertragsgesetz u. a.)
- vorrangige Entwicklung des Braunkohlenbergbaus, der Energieerzeugung, der chemischen, Baustoff-, elektrotechnischen und optischen Industrie

1957 März

Kohle- und Energieprogramm zur langfristigen Sicherung des Energiebedarfs – erstes komplexes Industriezweigprogramm. (Baubeginn des 1. Atomkraftwerkes bei Rheinsberg) (Oktober)

1957 August

Bildung des Forschungsrates (24. August) – markiert eine neue Etappe der systematischen Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

1958 Februar

Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates (11. Februar)

- Auflösung der Industrieministerien und Übertragung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft an die Staatliche Plankommission
- Bildung von Vereinigungen Volkseigener Betriebe und der Wirtschaftsräte der Bezirke

1958 Februar
Aufruf des FDGB zu einem neuen Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitages der SED – wird zu der bis dahin breitesten Wettbewerbsbewegung. Im FDJ-„Aufgebot junger Sozialisten" leistet die Jugend ihren entsprechenden Beitrag

1958 1. Halbjahr
Aufschwung bei der Bildung von PGH (bis Mitte 1958 1 304 PGH), Betrieben mit staatlicher Beteiligung und des Abschlusses von Kommissionsverträgen

Der Abschluß der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und Beginn der sozialistischen Rekonstruktion 1958 bis 1961

1958 Juli
V. Parteitag der SED (10. bis 16. Juli) stellt die Aufgabe
- die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR zum Siege zu führen und die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus im wesentlichen abzuschließen
- die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen umfassend bewiesen wird (ökonomische Hauptaufgabe)
- Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW
- verstärkte sozialistische Rekonstruktion, Konzentration, Spezialisierung und Standardisierung der Produktion
- Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung, darunter Aufhebung der Lebensmittelrationalisierung am 1. Juni 1958

1958 2. Halbjahr
Aufschwung der Masseninitiativen zur Erfüllung der Aufgaben des V. Parteitages der SED u. a.:
- Entwicklung der Bewegung „Messe der Meister von morgen" (MMM) – Erste Messe Oktober 1958
- Einführung von „Konten junger Sozialisten" (Beginnend 1957)
- Durchsetzung der „Seifert-" und „Christoph-Wehner-Methode"

1958 Juli
Weiterentwicklung der bisherigen „Produktionsberatungen" zu „ständigen Produktionsberatungen", in die die gesamte Belegschaft einbezogen wird.

1958 September
Aufruf des III. Kongresses der Nationalen Front an alle Bürger unter der Losung „Plane mit – arbeite mit – regiere mit!"

1958 September
Einführung des Unterrichtstages in der Produktion ermöglicht direkte Einflußnahme der Arbeiterklasse auf die klassenmäßige Erziehung der Schuljugend

1958 November
Zentrale Chemiekonferenz (3./4. November) beschließt das Chemieprogramm bis 1965 mit Schwerpunkten
- Entwicklung der Petrolchemie
- Aufbau des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt, von Leuna II und des Chemiefaserwerkes in Guben

1958 Dezember
X. RGW-Tagung beschließt Bau der transkontinentalen Erdölleitung „Freundschaft" und Schaffung des internationalen Energieverbundsystems „Frieden"

1959 Januar

Weiterentwicklung der Franik-Bewegung zur Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen, leben" als Kollektive der sozialistischen Arbeit – markiert eine neue Qualität im sozialistischen Wettbewerb, charakterisiert durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit

1959 April

1. Bitterfelder Konferenz (24. August) – Autorenkonferenz unter Teilnahme von Brigaden der sozialistischen Arbeit – unter der Losung „Greif zur Feder, Kumpel, die sozialistische Nationalkultur braucht Dich!"

1959 Juni

1. Arbeiterfestspiele in Halle (13. bis 21. Juni) – entwickeln sich mit den Dorffestspielen (ab 1960) zu Höhepunkten im kulturellen Leben der DDR

1959 September

6. Tagung des ZK der SED – Beschlüsse über
- Entwurf des Siebenjahrplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft
- Plan der sozialistischen Rekonstruktion der Industrie unter den Aspekten der Typisierung und Standardisierung als Voraussetzungen für die Konzentration und Spezialisierung der Produktion

1959 Oktober

Der Siebenjahrplan 1959 bis 1965 tritt an die Stelle des zweiten Fünfjahrplans
- maximale Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes bei ständiger Senkung der Kosten

1960 Mai

Ausarbeitung langfristiger Programme für die Elektroindustrie, den Werkzeugmaschinenbau und andere die Entwicklung bestimmende Industriezweige

1960 Juli

9. Tagung des ZK der SED orientiert auf
- Entwicklung der Zweige des Maschinenbaus und auf Mechanisierung und Automatisierung als Schwerpunkte
- Einführung des Planes „Neue Technik" zur Forcierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

1960 2. Halbjahr

Verschärfung des Wirtschaftskrieges gegen die DDR
- Kündigung des Handelsabkommens zwischen der DDR und der BRD und Zurückhaltung von Warenlieferungen durch die BRD
- verstärkte Abwerbung von Wissenschaftlern und Spezialisten

1960 Dezember

11. Tagung des ZK der SED (15. bis 17. Dezember) beschließt Maßnahmen gegen die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges
- Vertiefung und Festigung der brüderlichen Beziehungen zu den anderen sozialistischen Staaten-umfassendere technisch-ökonomische Zusammenarbeit
- Korrekturen von Aufgaben des Siebenjahrplanes
- Störfreimachung in der chemischen Industrie, der Metallurgie, Elektroindustrie und im Maschinenbau

1960 November

Diskussion des Entwurfes des Gesetzbuches der Arbeit (in Kraft gesetzt 12. April 1961)

1960/1961

Erweiterung der Aufgaben und Rechte der Konfliktkommissionen

1961 Juli
Umbildung der Staatlichen Plankommission zu einem Organ für die Perspektiv- und Jahresplanung und Konstituierung des Volkswirtschaftsrates als Organ des Ministerrates

1961 August
Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD und Westberlin (13. August)
Eingliederung von 100 000 ehemaligen Grenzgängern in den Produktionsprozeß

1958 bis 1961
Abschluß der Übergangsperiode und Sieg sozialistischer Produktionsverhältnisse; 85,5 % des gesamtgesellschaftlichen Gesamtproduktes werden in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben, weitere 6,6 % in Betrieben mit staatlicher Beteiligung erzeugt.
Neue Industriezweige (Schiffsbau, Landmaschinenbau, Elektronik, Petrolchemie) wurden geschaffen, Maschinenbau, Chemie- und Elektroindustrie ausgebaut, die Konsumgüterversorgung der Bevölkerung nachhaltig verbessert (1958 bis 1961 Steigerung um über 30 %)

1.3. Strukturelemente und Hauptprozesse in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus 1961 bis 1975

Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei beim Ausbau und der weiteren Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft

- Durchsetzung der Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse über den umfassenden Aufbau des Sozialismus und die weitere Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft
- Festigung und Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse
- Herausbildung einer den Erfordernissen der weiteren Errichtung des Sozialismus entsprechenden Struktur der Industrie
- wachsende Arbeitsteilung und Verflechtung der volkswirtschaftlichen Prozesse
- Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Übergang zur sozialistischen ökonomischen Kooperation und Integration
- Entfaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen
- Anwendung der Erfahrungen der UdSSR und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft bei der Lenkung und Leitung der sozialistischen Wirtschaft
- Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus auf ökonomischen Gebiet

Entwicklung der sozialistischen Produktivkräfte und Produktionsmittel

- Wandlungen in der sozialen Struktur der Arbeiterklasse
- politische und berufliche Entwicklung der Angehörigen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen
- Herausbildung und Vertiefung des sozialistischen Bewußtseins und Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten
- Bündnispolitik der Arbeiterklasse zur Einbeziehung der anderen Schichten der Werktätigen in den sozialistischen Aufbau
- Masseninitiativen der Werktätigen und Entwicklung neuer Formen des sozialistischen Wettbewerbs
- Anwendung sowjetischer Arbeits- und Neuerermethoden
- Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einschließlich sozialpolitischer Maßnahmen
- Stand und Entwicklung der Produktionsmittel einschließlich Boden, Gewässer, Bodenschätze u. a. Naturreichtümer
- wachsender Einfluß von Wissenschaft und Technik auf die Entwicklung sozialistischer Produktivkräfte und der Volkswirtschaft und Nutzung der Wissenschaft als Produktivkraft
- Hauptrichtungen und Ergebnisse der Grundlagenforschung
- Bedeutung von Technologie und wissenschaftlicher Arbeitsorganisation im Produktionsprozeß
- Einführung neuer Produktionsverfahren, Verfahren der Mechanisierung und Automatisierung, der Anwendung der EDV und Entwicklung der BMSR-Technik

- volle Nutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus
- planmäßig-proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft
- Durchsetzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus und breitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie bei der Leitung und Planung der Volkswirtschaft
- Vervollkommnung des sozialistischen Wirtschaftsrechts und Arbeitsrechts
- Konzipierung und Durchführung langfristiger Wirtschaftsprogramme
- Wirtschaftliche Rechnungsführung und Statistik

1.4. Chronik 1961 bis 1975

Das Ringen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten unter Führung der SED um die Errichtung des entwickelten Sozialismus, die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die Ausprägung der sozialistischen deutschen Nation

Die Stabilisierung der Grundlagen des Sozialismus 1961 bis 1962

1961 September
Entfaltung des Produktionsaufgebots unter der Losung „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren" zur Überwindung der durch den Wirtschaftskrieg der Westmächte entstandenen Schwierigkeiten; wird bis zum Spätsommer 1962 zu einer sozialistischen Massenbewegung

1961 Oktober
Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrates über die Verbesserung der Leitung und Planung der VEB und VVB

1961 November
14. Tagung des ZK der SED; wichtigste Aufgaben:
- Gewährleistung einer raschen Entwicklung der Produktivkräfte
- Erreichung des wissenschaftlich-technischen Weltniveaus
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten

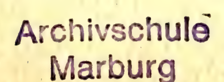
Kommuniquè des Politbüros des ZK der SED „Die Frauen, der Frieden und der Sozialismus"

1962 Juni
Beratung der Ersten Seketäre der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Regierungschefs der RGW-Länder verabschiedet „Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung" – Orientierung besonders auf die Koordinierung der langfristigen Pläne und der Jahrespläne sowie auf die weitere Spezialisierung und Kooperation der Produktion

1962
Entwicklung des Energieverbundsystems DDR-ČSSR-VR Polen-UVR

1962
Bewältigung der wesentlichen Aufgaben der Übergangsperiode, aber noch Existenz von Resten des Kapitalismus, Disproportionen und Widersprüche:
- relativ hoher Anteil von Kleinbetrieben in Industrie und Landwirtschaft,
- geringere Arbeitsproduktivität im Vergleich zur BRD durch Anteil manuell tätiger Produktionsarbeiter von 54,6 %, Überalterung der Maschinen und Anlagen, geringer Anteil von Rationalisierungsinvestitionen
- Unterschied im Niveau der Facharbeiterqualifikation zwischen dem relativ hohen Stand bei Männern (44 %) und Frauen (18 %) im Jahre 1962

Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen bei Existenz wesentlicher Unterschiede bei den einzelnen Klassen und Schichten. Nachwirkungen des Kapita-



lismus, seine Einwirkung von außen und Widersprüche der Entwicklungsphase des Sozialismus begünstigen kleinbürgerliche Denk- und Verhaltensweisen

Kurs auf den umfassenden Aufbau des Sozialismus – Ausbau der sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung 1963 bis 1965

1963 Januar
VI. Parteitag der SED (15. bis 21. Januar)
- strategische Aufgabenstellung: umfassender Aufbau des Sozialismus
- Programm der SED
- Ausarbeitung und schrittweise Anwendung der Grundsätze des „Neuen Ökonomischen Systems"
- Gestaltung der nationalen Wirtschaft der DDR im Rahmen des RGW
- schrittweiser Übergang von der vorwiegend extensiven zur intensiv erweiterten Reproduktion
- qualitative Verbesserung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft entsprechend den herangereiften Bedingungen

1963 Februar ff.
Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft eingeleitet
- Plankommission auf Perspektivplanung und internationale Plankoordinierung orientiert
- Volkswirtschaftsrat setzt ökonomische Politik in VVB durch
- VVB werden ökonomische Führungsorgane für ihre Zweige
- Prinzipien der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der materiellen Interessiertheit stärker zur Geltung gebracht

1963 Mai
Bildung der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI)

1963 Juni
Wirtschaftskonferenz des ZK der SED (24./25. Juni) und des Ministerrates zur Durchführung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft"

1963 September
Kommuniqué des ZK der SED „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung" (21. September)

1963 November
4. Tagung des ZK der SED orientiert u. a. auf:
- Überwindung des Zurückbleibens der wissenschaftlich-technischen Qualität der Erzeugnisse
- allseitige Erfüllung der Pläne „Neue Technik"
- Durchführung der Industriepreisreform

1963/1964
Weitere Entwicklung des Neuererwesens zum planmäßigen Neuererschaffen von Kollektiven als Form sozialistischer Gemeinschaftsarbeit

1963/1964
Weiterentwicklung des Wettbewerbs zu Formen des überbetrieblichen Komplexwettbewerbs, der 1964 auf ganze Erzeugnisgruppen ausgedehnt wird

1964 April
2. Bitterfelder Konferenz (24./25. April)

1964 Mai
„Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Kampf für den umfassenden Aufbau des Sozialismus und die allseitige Förderung ihrer Initiative bei der Leitung der Volkswirtschaft und des Staates, in Beruf und Schule sowie bei Körperkultur und Sport"

1963/1964
Bildung von Produktionskomitees in Großbetrieben zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Kosten

1964 Juni
Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand mit der UdSSR (12. Juni)

1964 Dezember
7. Tagung des ZK der SED orientiert auf:
- Anwendung des Territorial-Produktionsprinzips in der Leitung der Volkswirtschaft
- Vervollkommnung des Systems ökonomischer Hebel
- verstärkte Anwendung der Wissenschaft in der Produktion

1965 Anfang
Übergang zur 2. Etappe der Industriepreisreform

1965 April
9. Tagung des ZK der SED orientert auf:
- Umstellung der Produktion auf konkurrenzfähige Spitzenerzeugnisse bei Senkung der Selbstkosten
- Erweiterung der Standardisierung
- Steigerung der Arbeitsproduktivität durch sozialistische Rationalisierung

1965 September
2. Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der UdSSR (24. September) – Entwicklung der direkten Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen beider Länder

1965 Dezember
Handelsabkommen mit der UdSSR (3. Dezember) für den Zeitraum 1966 bis 1970

1965
Höheres Niveau des sozialistischen Wettbewerbs und der Neuererbewegung unter Einfluß des FDGB, Wachsen der Arbeitsproduktivität auf 106 %, des Nationaleinkommens auf 105 % (1964: 100 %)

Auf dem Wege zum entwickelten Sozialismus – Kurs auf die komplexe sozialistische Rationalisierung 1966 bis 1970

1965 Dezember
11. Tagung des ZK der SED orientiert auf:
- umfassendere Einbeziehung der Werktätigen in die vom VI. Parteitag beschlossene Wirtschaftspolitik
- komplexe sozialistische Rationalisierung
- Übergang zur 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems
- Auflösung des Volkswirtschaftsrates und die Bildung von Industrieministerien
- Eigenerwirtschaftung der Investitionen durch die VVB und VEB
- sozialpolitische Maßnahmen: Übergang zur 45 Stundenwoche und 5 Tage-Arbeitswoche in zweiwöchigem Rhythmus (April 1966 eingeführt) sowie Entwicklung der Jahresendprämie zur Hauptform der Prämierung

1966 Anfang
Reorganisation des Forschungsrates

1966 März
Abkommen über die Bildung der Paritätischen Regierungskommission DDR-UdSSR (16. März)

1966
Dritte Etappe der Industriepreisreform
Einführung der Produktionsfondsabgabe
Bildung gesellschaftlicher Räte bei den VVB und ökonomischer Aktivs in den Großbetrieben

1966 Mai
Einführung des einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik in der volkseigenen Wirtschaft

1966 Juni
Konferenz des ZK der SED und des Ministerrates über die sozialistische Rationalisierung – stellt die intensiv erweiterte Reproduktion in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik, kennzeichnet die Standardisierung, Spezialisierung und Konzentration der Produktion sowie die Mechanisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen als Hauptweg zur Steigerung der Effektivität der Arbeit

1966 September
13. Tagung des ZK der SED orientiert auf:
- Erwirtschaftung des Zuwachses in Produktion und Nationaleinkommen durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und richtigen Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens
- komplexe sozialistische Rationalisierung
- Umbewertung der Grundmittel und eine volkswirtschaftlich wirksame Kostensenkung
- Schaffung eines straffen Systems der staatlichen Preiskontrolle
- Weiterentwicklung des Systems der Organisation, Planung und Leitung der Kooperationsbeziehungen in der sozialistischen Wirtschaft

1966 Herbst
Beschluß des Politbüros über die schrittweise Bildung von Kombinaten als leistungsfähigen Wirtschaftseinheiten, die alle Phasen des Reproduktionsprozesses eigenverantwortlich leiten (bis 1970 37 zentral unterstellte Kombinate)

1967 April
VII. Parteitag der SED (17. bis 22. April) formuliert die Aufgabe, den Sozialsmus als „entwickeltes gesellschaftliches System" zu gestalten. Beschlüsse:
- Direktive über den Fünfjahrplan 1966 – 1970, Ausarbeitung von Perspektivplänen zur Entwicklung der Bezirke
- Anwendung der Prognostik als neues Element der Führungstätigkeit und Ausarbeitung der Hauptzüge der künftigen Struktur der nationalen Wirtschaft bis 1975/80
- Durchsetzung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel
- schnellere Überführung der Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik in die Produktion
- weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern

1967
Ausarbeitung und Beschlußfassung des Fünfjahrplanes 1966 bis 1970, orientiert auf
- beschleunigte Entwicklung der Petrolchemie, der Elektronik, des wissenschaftlichen Gerätebaus, Herstellung von Datenverarbeitungsanlagen und modernen Werkzeugmaschinen
- weiterer Aufbau der Stadtzentren in Berlin, Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt sowie neuer Wohnstädte in Halle-Neustadt und Rostock-Lütten-Klein
- Ausarbeitung von Generalbebauungs- und Generalverkehrsplänen der Bezirke bis 1970

1967 August
Einführung der durchgängigen 5-Tage-Arbeitswoche, Erhöhung des Mindesturlaubs auf 15 Tage, differenzierte Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen auf der Grundlage der 1964 ff. erreichten Zuwachsraten in der Arbeitsproduktivität und im Nationaleinkommen. Bildung erster Kooperationsverbände in der Industrie („Wolpryla", „Atlantik")

Weiterentwicklung der Erzeugnisgruppenarbeit als Methode, die sozialistische Kooperation auch auf Handwerksbetriebe, Komplementäre sowie private Unternehmer und deren Betriebe auszudehnen und in den Industriezweigen eine einheitliche ökonomische Politik durchzusetzen

1967

Kampf um den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" zu einer Massenbewegung geworden

1968 Februar

Volksaussprache über den Verfassungsentwurf

1969 Oktober

Erstmalige Verleihung des Titels „Betrieb der sozialistischen Arbeit" an 15 Betriebe und Kombinate

1969 Oktober

20. Jahrestag der DDR: Seit 1949 Vervierfachung des Nationaleinkommens mit über 100 Mrd. Mark erreicht; Wettbewerbsbewegung umfaßt 2,2 Mio Werktätige in 125 000 sozialistischen Kollektiven. In der Neuererbewegung haben 600 000 Werktätige einen Nutzen von 2 Mrd. Mark erwirtschaftet

1969/1970

Jugendaufgebot zum Leninjahr (100. Geburtstag W. I. Lenins), Wettbewerb. „Rationeller produzieren – für dich, für deinen Betrieb, für unseren sozialistischen Friedensstaat". Organisierung internationaler Subbotniks zur Erfüllung der Exportverpflichtungen für die UdSSR

1969

Durchführung der Hochschul- und Akademiereform richtet das Hochschulwesen in Struktur und Wirkungsweise auf die Belange der Volkswirtschaft und die Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts aus. Konzentration des wissenschaftlich-technischen Potentials auf 12 Großforschungsvorhaben mit 4,9 Mrd. Mark

1969

Beschleunigte Weiterführung der Bildung von zentralgeleiteten Kombinaten als große Wirtschaftseinheiten, in denen die Automatisierung ganzer Produktionsprozesse in Angriff genommen werden kann

1970

Ungleichmäßige Entwicklung in den Zweigen der Produktion bewirkt Störungen im Reproduktionsprozeß

- Disproportionen zwischen Zulieferung und Endfertigung
- Diskrepanzen zwischen Bedarf und Aufkommen an Elektroenergie
- Produktionsausfälle und Schäden durch Wintereinwirkungen
- Überschätzung der Vorteile der Substitution von Kohle durch Erdöl, von Glas und Metallen durch Plaste

1970 Dezember

14. Tagung des ZK der SED orientiert auf

- Ausarbeitung einer Wirtschaftspolitik, die auf der konsequenten und vollständigen Beachtung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft aufbaut und die zu einem neuen volkswirtschaftlichen Aufschwung führt und die eingetretenen akuten Schwierigkeiten überwindet

1971 Januar

Internationale Investitionsbank der RGW-Staaten nimmt ihre Tätigkeit auf

Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und die Ausprägung der sozialistischen deutschen Nation. – Die Verwirklichung der Hauptaufgabe und die beginnende sozialistische ökonomische Integration 1971 bis 1973

1971 Mai

16. Tagung des ZK der SED orientiert auf
- Überwindung einseitiger, subjektivistischer Auffassungen und Entscheidungen, die sich auf wirtschaftspolitischem Gebiet nachteilig ausgewirkt haben
- Vorbereitungen des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975.

Wahl Erich Honeckers zum Ersten Sekretär des ZK der SED und Walter Ulbrichts ehrenhalber zum Vorsitzenden der SED

1971 Juni

VIII. Parteitag der SED (15. bis 19. Juni) – markiert Beginn eines neuen Entwicklungsabschnittes der Geschichte der DDR:
beschließt Strategie und Taktik zur weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR; formuliert die Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als prinzipielle langfristige Orientierung
- Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975: „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität"
- Intensivierung der Produktion als Hauptweg zur Steigerung der Arbeitsproduktivität
- organische Verbindung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen der sozialistischen Wirtschaft
- ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen (sozialpolitisches Programm)
- grundlegende Veränderungen der Struktur der Volkswirtschaft

1971 Juli

XXV. Tagung des RGW – Beschluß:
„Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW" – neue Stufe des Prozesses der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, der Annäherung der nationalen Wirtschaften, der Herausbildung einer modernen hocheffektiven Struktur der nationalen Wirtschaften –

1971 Dezember

Neuer Aufschwung der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung (von 1971 bis 1973 steigt die Zahl der Neuerer von 661 000 auf 1,2 Mio; der volkswirtschaftliche Nutzen von 2,5 auf 3,5 Mrd. Mark)

1972 Februar

Abschluß der sozialistischen Nationalisierung durch Umwandlung von 11 000 privaten Betrieben und Betrieben mit staatlicher Beteiligung (BSB) sowie industriell produzierender PGH in Volkseigentum

1971/1972

Im Ergebnis erhöhter wirtschaftlicher Leistung Durchführung umfangreicher sozialpolitischer Maßnahmen – Erhöhung der Mindestlöhne, Rentenerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit für werktätige Mütter, Mietpreissenkungen, verlängerter Wochenurlaub

1972 Mai

Arbeit mit persönlich-schöpferischen Plänen sowie Aufstellung von Gegenplänen als neue Form des sozialistischen Wettbewerbs

1973 März
Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der volkseigenen Betriebe, Kombinate und VVB
– Rechte und Pflichten der wirtschaftsleitenden Organe und Betriebe für den gesamten Produktionsprozeß
– Pflicht der Leiter zur Rechenschaftslegung und zur Einbeziehung der Werktätigen in die Vorbereitung wichtiger Entscheidungen

1973 April
Inbetriebnahme der Erdgasleitung UdSSR-ČSSR-DDR „Nordlicht"

1971 bis Mitte 1973
Ergebnisse: beachtliche Fortschritte in allen gesellschaftlichen Bereichen auf der Grundlage guter Ergebnisse in der Volkswirtschaft bei Reduzierung der in einigen Zweigen aufgetretenen Disproportionen ermöglichen wichtige sozialpolitische Maßnahmen und führen zur Verbesserung der Lage der Werktätigen. Durch erfolgreiche Wahrnehmung der gewachsenen Verantwortung für die Leitung der gesamtgesellschaftlichen Prozesse wird das Vertrauensverhältnis zwischen Partei, Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten enger und fester

Die Verwirklichung des Fünfjahrplanes unter veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen 1973 bis 1975

1973 Mai
9.Tagung des ZK der SED orientiert auf
– Erreichung des im Fünfjahrplan vorgesehenen höheren Wachstumstempos
– Festigung von Kontinuität und Stabilität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses
– Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts als wichtiger Faktor zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Eckpfeiler der intensiv erweiterten Reproduktion
– stärkere Einbeziehung des Staatsplanes Wissenschaft und Technik in die Leitungstätigkeit

1973
Qualitative Weiterentwicklung der Wettbewerbs- und Initiativbewegung unter der Losung „Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Gramm Material einen höheren Nutzeffekt"
– Arbeit nach persönlich-schöpferischen und kollektiv-schöpferischen Plänen wird zur Massenbewegung
– Arbeit der Neuerer orientiert sich in steigendem Maße auf die Erfüllung der Pläne Wissenschaft und Technik
– Aufschwung des Kampfes um den Ehrentitel „Kollektiv der deutsch-sowjetischen Freundschaft"
– zunehmende Bildung von Zirkeln zur Auswertung sowjetischer Neuererfahrungen

1973 Juni
XXVII. Tagung des RGW beschließt Maßnahmen zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration
– langfristige Sicherung des Bedarfs der sozialistischen Länder an Roh- und Brennstoffen – Vorbereitung langfristiger Zielprogramme
– Koordinierung der Fünfjahrpläne der Mitgliedsländer für 1976 bis 1980
Beschlüsse der Paritätischen Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR zur Bildung gemeinsamer Wirtschaftsorganisationen (Assofoto, Domochim)
Einführung des besonderen Planteils „Sozialistische ökonomische Integration" in die Volkswirtschaftsplanung

1973 Oktober
10. Tagung des ZK der SED
Beschlußfassung über das Wohnungsbauprogramm als Kernstück des sozialpolitischen Pro-

gramms mit der Zielsetzung, die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 zu lösen (Umfang: 2,8 bis 3 Mio WE)

1974 Januar
Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung – bewirkt u. a. neue Initiativen der Jugend in der Produktion und in der Bewegung der „Messe der Meister von morgen"

1974 April
Weitere sozialpolitische Maßnahmen verbessern die Arbeits- und Lebensbedingungen – Verlängerung des Mindesturlaubs auf 18 Tage, Errichtung weiterer moderner Ferienheime der Gewerkschaften

1974 August
Weiterer Ausbau der Volkskontrolle als eine der grundlegenden Formen der ehrenamtlichen Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Gesellschaft

1974 Dezember
13. Tagung des ZK der SED – Aufgaben
- Fortsetzung des Kurses der Hauptaufgabe trotz erschwerter außenwirtschaftlicher Bedingungen
- Vertiefung der sozialistischen Intensivierung
- Materialökonomie als fester Bestandteil des Planes
- Erhöhung der Qualität und Exportfähigkeit der Erzeugnisse
- erforderlicher Leistungszuwachs resultierend zu 80 % aus der Erfüllung der Pläne Wissenschaft und Technik

Neue Wettbewerbsinitiativen zur Aufdeckung von Reserven im täglichen Arbeitsprozeß – „Notizen zum Plan"

1975 Mai
Kohle- und Energiekonferenz mit dem Ziel der Vertiefung der sozialistischen Intensivierung in diesem volkswirtschaftlichen Bereich

1975 Oktober
Abschluß eines neuen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR (7. Oktober)

1971 bis 1975
Ergebnisse:
- bisher stärkster Anstieg des Nationaleinkommens (nahezu ein Drittel) und der industriellen Warenproduktion (auf 137 %) in einem Fünfjahrplanzeitraum; Produktionszuwachs fast ausschließlich durch Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht.
- Außenhandelsumsatz um75 % gesteigert
- Wohnungsbauprogramm als Kernstück des sozialpolitischen Programms überbietet mit 609 000 WE das Planziel von 500 000 WE
- Sozialistische Produktionsverhältnisse weiter ausgebaut und gefestigt (11 000 BSB und Privatbetriebe in Volkseigentum überführt)

2. Liste der Archivgutpositionen

Pos. Nr.	Inhalt des Archivgutes (Sachbetreff-Schriftgutart)	Registraturbildner der Erfassung Ministerium	WLO	Betrieb/ Einrichtung
1	2	3	4	5
	0. Leitung und Organisation			
1	Bereichs- bzw. zweigspezifische Sammlungen von Beschlüssen der Parteitage und der ZK-Tagungen, von Gesetzen und Beschlüssen der Volkskammer, von Erlassen und Beschlüssen des Staatsrates und von Auflagen, Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission und des Volkswirtschaftsrates (auf örtlicher Ebene auch Beschlüsse der örtlichen Partei- und Staatsorgane)	×	×	×
2	Grundsatzdokumente, Analysen und zusammenfassende Berichte zur Auswertung und Realisierung der Beschlüsse der Parteitage und der Tagungen des ZK der SED	×	×	×
3	Grundsatzdokumente, Analysen und zusammenfassende Berichte zur Auswertung und Realisierung der Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED	×	×	×
4	Beschluß- und Berichtsvorlagen für übergeordnete Partei- und Staatsorgane	×	×	×
5	Dokumente der Zusammenarbeit mit den zuständigen Sektoren im ZK der SED in grundsätzlichen Fragen – Schriftwechsel – Gutachten – Stellungnahmen	×	×	
6	Dokumente der Zusammenarbeit mit den örtlichen Parteiorganen in grundsätzlichen Fragen – Beratungsprotokolle – Vorlagen – Stellungnahmen – Schriftwechsel	×	×	×
7	Dokumente der Zusammenarbeit mit zentralen Staatsorganen in grundsätzlichen Fragen – Beratungsprotokolle – Koordinierungsvereinbarungen – Kooperationsverträge – Gutachten, Stellungnahmen – Schriftwechsel	×	×	×
8	Dokumente der Zusammenarbeit mit örtlichen Staats- und wirtschaftsleitenden Organen in grundsätzlichen Fragen – Beratungsprotokolle – Koordinierungsvereinbarungen – Schriftwechsel	×	×	×
9	Dokumente der Zusammenarbeit mit zentralen Vorständen bzw. Leitungen der befreundeten Parteien und Massenorganisationen in grundsätzlichen Fragen (vor allem Zusammenarbeit mit den Industriegewerkschaften und der Kammer der Technik)	×	×	

1	2	3	4	5
	– Stellungnahmen – Vereinbarungen – Schriftwechsel			
10	Dokumente der Zusammenarbeit mit den wirtschaftsleitenden Organen, Kombinaten und Betrieben im Industriezweig in grundsätzlichen Fragen	×	×	×
11	Dokumente der Mit- und Zusammenarbeit in und mit sonstigen Gremien (Verbände, Kommissionen, Räte, Beiräte) außerhalb des Bereiches in grundsätzlichen Fragen	×	×	×
12	Grundsatzdokumente über die Entwicklung von Verflechtungsbeziehungen zwischen den Industriezweigen – Konzeptionen – Beratungsprotokolle – Vereinbarungen, Verträge – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	
13	Führungskonzeptionen	×	×	×
14	Dokumente der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Bereichs- bzw. Industriezweigkonferenzen sowie von Tagungen der Fachbereiche bzw. territorialer Wirtschaftskonferenzen – Tagesordnungen – Referate – Protokolle – Diskussionsbeiträge	×	×	×
15	Referate der Minister, der Generaldirektoren der VVB und Kombinate und sonstiger Führungskader (in Auswahl) auf Konferenzen, Tagungen, zweigspezifischen Beratungen und Weiterbildungsveranstaltungen	×	×	×
16	Dokumente von Arbeitsberatungen der Leiter (auch mit nachgeordneten Einrichtungen) – Tagesordnungen – Vorlagen – Protokolle – Beschlüsse	×	×	×
17	Grundsatzdokumente zur Prognosetätigkeit im Industriezweig (vgl. auch 4. Planung) – Methodiken – Konzeptionen	×	×	
18	Prognosen und langfristige Konzeptionen zur Entwicklung des Bereiches bzw. Industriezweiges sowie der Erzeugnisgruppen	×	×	
19	Prognosen und langfristige Konzeptionen zur Entwicklung der Kombinate und Betriebe	×	×	×
20	Bereichs- bzw. zweigspezifische Dokumente zur Analysentätigkeit	×	×	×
21	Vergleichende Analysen zur Entwicklung des Bereiches bzw.	×	×	

1	2	3	4	5
	Industriezweiges im internationalen Maßstab (vgl. 6. Internationale Zusammenarbeit)			
22	Analysen und zusammenfassende Berichte zur volkswirtschaftlichen Stellung und Gesamtentwicklung des Bereiches bzw. Industriezweiges	×	×	
23	Grundsatzdokumente über die Entwicklung und Tätigkeit des Registraturbildners und der nachgeordneten wirtschaftsleitenden Organe bzw. Betriebe und Einrichtungen – Entwicklungskonzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
24	Analysen zu Entwicklungsproblemen des Bereiches bzw. des Industriezweiges, einzelner Kombinate und VEB	×	×	×
25	Dokumente zu Schwerpunktproblemen der Leitungstätigkeit – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
26	Dokumente der Rechenschaftslegungen (auch vor der Parteileitung und Vertrauensleutevollversammlung; Ministerratsrapporte vgl. auch 5. Rechnungsführung und Statistik) – Rechenschaftsberichte – Protokolle – Stellungnahmen	×	×	×
27	Dokumente der Zusammenarbeit mit der Partei- und Gewerkschaftsleitung (u. a. Analysen und Informationen über die politisch-ideologische Situation)	×	×	×
28	Dokumente der Vorbereitung und Durchführung von Ehrentagen der Werktätigen	×	×	×
29	Dokumente über Grundsatzregelungen zur Lenkung der Privatbetriebe und der Betriebe mit staatlicher Beteiligung – insbesondere zur Erhöhung des Leistungsvermögens des Handwerks – und Analysen über deren Entwicklung	×	×	×
30	Dokumente über Grundsatzregelungen zur Erhöhung der Effektivität der Betriebe mit staatlicher Beteiligung bzw. der Handwerksbetriebe einschließlich PGH – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
31	Dokumente zur Bildung der Staatsreserve – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×

1	2	3	4	5
32	Dokumente über die Einführung und Durchsetzung von neuen wirtschaftspolitischen Konzeptionen (z. B. Neuer Kurs, Strukturpolitik, Hauptaufgabe) bzw. von Systemen der Leitung und Planung (Neues ökonomisches System der Planung und Leitung) im Bereich bzw. Industriezweig – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
33	Dokumente über Entwicklung, Erprobung und Einführung rationeller Leitungsmethoden – Direktiven – Konzeptionen – Leitungsmodelle – Stellungnahmen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
34	Grundsatzdokumente über die Organisationsstruktur des Bereiches bzw. des Industriezweiges und des Registraturbildners (auch Dokumente über Bildung bzw. Auflösung, über Zusammenlegung bzw. Reorganisation und Standortverteilung sowie der Entwicklung von Grundmodellen der Organisationsstruktur) – Übersichten über die Organisationsstruktur – Strukturpläne und -konzeptionen – Schemata – Weisungen zu Strukturveränderungen und deren Begründung – Analysen zu Strukturveränderungen	×	×	×
35	Betriebssystematiken und Verzeichnisse der Zuordnung der Betriebe zu Wirtschaftszweigen, Leitbereichen, Erzeugnisgruppen, Eigentumsformen und der territorialen Zuordnung (auch Dokumente über den Wechsel der Zuordnung der Betriebe)	×	×	×
36	Dokumente zur Industriezweig- und Betriebsgeschichte (insbesondere auch Betriebscharakteristiken und Beschreibungen von Experimental- und Schrittmacherbetrieben) – Festschriften – zusammenfassende Berichte – Dokumentensammlungen – Chroniken und sonstige Ausarbeitungen – Betriebszeitungen	×	×	×
37	Dokumente über Organisierung der Erzeugnisgruppenarbeit (auch Übersichten über Erzeugnisgruppenbetriebe)	×	×	
38	Statuten (einschließlich der Dokumente über Erarbeitung, Bestätigung und Änderungen)	×	×	×
39	Geschäftsverteilungs- und Funktionspläne	×	×	×
40	Arbeits- und Geschäftsordnungen sowie Weisungen zur Regelung des Geschäftsbetriebes	×	×	×

1	2	3	4	5
41	Jahres- bzw. Halbjahresarbeitspläne des Registraturbildners (z. T. enthalten in Vorlagen zu Dienstbesprechungen)	×	×	×
42	Anordnungen, Verfügungen und Mitteilungen, Weisungen und Richtlinien des übergeordneten Registraturbildners bzw. des Registraturbildners und Dokumente über ihre Erarbeitung und Herausgabe	×	×	×
43	Ordnungen für die Verwaltung des Schriftgutes – Geheimhaltungsnomenklatur – Aktenpläne und Aktenverzeichnisse – bereichs- bzw. zweigspezifische Schriftgutbewertungsverzeichnisse – Richtlinien zur Vernichtung des Schriftgutes	×	×	×
44	Dokumente der Anleitung und Kontrolle der Schriftgutverwaltung und Archivarbeit – Konzeptionen – Maßnahmepläne – methodische Richtlinien – Analysen und zusammenfassende Berichte aus Kontrolleinsätzen – Archivordnungen	×	×	×
45	Grundsatzdokumente zur Gestaltung des Informationssystems	×	×	×
46	Grundsatzdokumente zur Öffentlichkeitsarbeit (auch Ausarbeitungen für Presseinformationen mit grundlegenden Informationen über den Bereich bzw. Industriezweig)	×	×	×
47	Grundsätzliche Dokumente über Aufbau und Entwicklung der Datenverarbeitung – Methodiken – Programme – ausgewählte Projekte – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	
48	Dokumente zu Fragen von Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz (auch über gravierende Verstöße gegen die Bestimmungen) – Direktiven – generelle Anweisungen – Konzeptionen – Führungsdokumente – Protokolle von Sicherheitskonferenzen – Übersichtspläne, Karten usw. – zusammenfassende Berichte	×	×	×
49	Dokumente zu Fragen der Landes- und Zivilverteidigung – Direktiven – generelle Anweisungen – staatliche Vorgaben für strategische Produkte – Ordnungen – Führungsdokumente – Maßnahmepläne	×	×	×

1	2	3	4	5
	– Analysen – zusammenfassende Berichte – Sitzungsprotokolle von Kommissionen			
50	Dokumente zum Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutz sowie zur technischen Sicherheit – Direktiven – Ordnungen – generelle Anordnungen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Sitzungsprotokolle der Kommissionen	×	×	×
51	Dokumente zur Sicherung von Betrieben und Einrichtungen durch Betriebsschutzkommandos und Betriebswehr – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte			×
52	Dokumente über die Zusammenarbeit mit Sicherheits- und Rechtspflegeorganen in grundsätzlichen Fragen – Beratungsprotokolle – Vereinbarungen – Schriftwechsel	×	×	×
53	Analysen und Berichte über Havarien, Katastrophenfälle und Diversionsakte mit bedeutenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen (auch Protokolle von Expertenberatungen zur Untersuchung der Ursachen bzw. für Schlußfolgerungen)	×	×	×
54	Dokumente über die Entwicklung der Kriminalität, über den Einsatz von Strafgefangenen, die Wiedereingliederung Haftentlassener und die Arbeit mit sozial Gefährdeten – Direktiven – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
55	Dokumente zu Fragen des Umweltschutzes (vgl. auch 7. Forschung und Entwicklung – Wissenschaft und Technik) – Beschlüsse, Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Protokolle von Beratungen – Vereinbarungen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
56	Ordnungen über Aufgaben, Rechte, Pflichten und Arbeitsweise von Inspektionen	×	×	×
57	Dokumente über komplexe operative Einsätze und Kontrollen (auch Kontrolleinsätze von Volksvertretern und Vertretern der ABI)	×	×	×

1	2	3	4	5
	– Richtlinien – Maßnahmepläne – Protokolle – Analysen – zusammenfassende Berichte			
58	Kontrollinformationen an den Leiter mit grundsätzlichem Charakter	×	×	×
59	Analysen und zusammenfassende Berichte der Technischen Kontrollorganisation (TKO) (auch zur Schutzgütearbeit)		×	×
	1. Recht			
60	Dokumente über Grundsatzfragen der Erarbeitung, Anwendung und Vervollkommnung der Rechtsvorschriften für den Bereich bzw. für den Industriezweig (auch zur Entwicklung und Festigung des Rechtsbewußtseins der Werktätigen) – vorbereitende Dokumente – Gutachten – Mitzeichnungen – Maßnahmepläne – Analysen	×	×	
61	Dokumente zu Grundsatzfragen der Anwendung und Weiterentwicklung des Vertrags-, Wirtschafts- und Außenwirtschaftsrechts – Orientierungen, Direktiven – Grundsatzentscheidungen, Verträge – Analysen und Berichte zur Wirkung der Rechtsnormen (auch Vertragsstrafenanalysen)	×	×	×
62	Dokumente zu Grundsatzfragen der Anwendung und Weiterentwicklung des Arbeitsrechtes – Orientierungen – Grundsatzentscheidungen – Analysen und Berichte zur Wirkung der Rechtsnormen	×	×	×
63	Dokumente zu Grundsatzfragen der Lizenz-, Schutzrechts- und Warenzeichenpolitik (vgl. auch 7. Forschung und Entwicklung) – Orientierungen – Konzeptionen – Grundsatzentscheidungen – Verträge und Vereinbarungen – Analysen und Berichte (auch zur Wirkung der Rechtsnormen) – Protokolle von Sitzungen der Schutzrechts- und Lizenzkommission – Übersichten – Schriftwechsel mit dem Amt für Erfindungs- und Patentwesen – Patente bzw. Prüfergebnisse einzelner Erzeugnisse (vor allem auf Betriebsebene)	×	×	
64	Übersichten über unveröffentlichte Anordnungen und Anweisungen des Ministers	×		

1	2	3	4	5
65	Verträge bzw. Vereinbarungen zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung	×	×	×
66	Dokumente über DDR-Vermögen im Ausland (vor allem Zusammenstellungen)	×	×	×
67	Dokumente über ausländisches Vermögen in der DDR (vor allem Aufstellungen, Beweisdokumente)	×	×	×
68	Dokumente über Patenschaftsarbeit – Richtlinien – Maßnahmepläne – Patenschaftsverträge – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
69	Dokumente über gravierende Rechtsverstöße	×	×	×
70	Jahresanalysen zur Eingabenbearbeitung (auch Schlußfolgerungen sowie ausgewählte Eingaben von gesellschaftlicher Bedeutung)	×	×	×
71	Gerichtsentscheidungen mit Grundsatzcharakter	×	×	×
72	Grundstücksdokumentation (verbleibt beim Registraturbildner als Rechtsträger)			×
	2. Arbeit			
73	Analysen und zusammenfassende Berichte zur Entwicklung der Arbeiterklasse bzw. zur Entwicklung von Handwerkern und Komplementären im Bereich bzw. im Industriezweig	×	×	×
74	Konzeptionen bzw. langfristige Programme zur Reproduktion der Arbeitskräfte	×	×	×
75	Dokumente über die Durchsetzung der WAO – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Studien	×	×	×
76	Dokumente über Grundsatzfragen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den Industriezweigen und seinen Betrieben – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
77	Dokumente über Arbeitsnormung und -bewertung sowie die leistungs- und qualitätsgerechte Entlohnung (insbesondere auch Dokumente über die Veränderungen der Löhne und Gehälter im Ergebnis sozialpolitischer Maßnahmen; – auch Einhaltung bzw. Entwicklung der Arbeitsdisziplin)	×	×	×

1	2	3	4	5
	– Richtlinien – Programme – Übersichten, Kataloge – Analysen – zusammenfassende Berichte – Einschätzungen von Arbeitsstudien – ausgewählte Arbeitsstudien			
78	Grundsatzdokumente über die Einkommensentwicklung der Arbeiter und Angestellten, Handwerker und Komplementäre – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Übersichten (z. B. Lohngruppenspiegel) – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
79	Dokumente zur Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen (auch zur Arbeiterversorgung sowie zur Zusammenarbeit mit den Territorialorganen) – Richtlinien – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – Einzelinformationen mit hohem Informationswert	×	×	×
79/1	Dokumente über die Entwicklung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (vor allem jährliche Analysen und Statistiken zum Krankenstand)	×	×	×
80	Dokumente über die Entwicklung der Arbeitszeit – Direktiven – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
81	Dokumente über die Entwicklung der Sozialleistungen (auch des Feriendienstes und der Freizeitbetreuung) – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
82	Rahmenkollektivverträge der volkseigenen Kombinate und Betriebe des Bereiches (auch grundsätzliche Dokumente über ihre Veränderung)	×	×	×
83	Dokumente der Vorbereitung, des Abschlusses und der Realisierung der Betriebskollektivverträge	×	×	×
84	Dokumente der Vorbereitung und Auswertung von über- und innerbetrieblichen Wettbewerbs- und Leistungsvergleichen (vor allem auch zur Entwicklung der Bewegung der Kollektive der	×	×	×

1	2	3	4	5
	sozialistischen Arbeit und der Aktivistenbewegung – insbesondere über Schrittmacherbetriebe und -kollektive) – Richtlinien – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte – Übersichten (z. B. Buch der Besten) – Brigadetagebücher			
85	Dokumente über besondere Initiativen der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten (z. B. Notizen zum Plan usw.)	×	×	×
86	Dokumente über die Entwicklung des Neuererwesens – Direktiven – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte – Übersichten – Protokolle von Neuerer- und Ideenkonferenzen – Neuerervereinbarungen und -vorschläge von hohem wirtschaftlichen Nutzen	×	×	×
87	Dokumente über die Entwicklung der MMM-Bewegung (Messe der Meister von morgen) – Direktiven – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte – Einzelvorgänge von hohem wirtschaftlichen Nutzen	×	×	×
88	Berichte und Protokolle über zentrale Arbeitstagungen und Erfahrungsaustausche	×	×	
89	Dokumente über sozialistische Hilfeleistungen innerhalb des Bereiches/Industriezweiges bzw. über die Bereichsgrenzen hinweg (auch Patenschaftsarbeit) – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Beispielleistungen	×	×	×
90	Dokumente der Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Protokolle der Kulturbeiräte – Patenschaftsverträge – Analysen – zusammenfassende Berichte (insbesondere auch über Betriebsfestspiele, sozialistische Arbeitsgemeinschaften und Sportgemeinschaften, kulturelle Leistungsvergleiche)		×	×

1	2	3	4	5
	3. Kader, Bildung			
91	Grundsätze der Kaderarbeit – Kaderordnung – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Kriterien für die Beurteilung von Leitungskadern	×	×	×
92	Kaderentwicklungsprogramme und -pläne (auch für Auslandsvorhaben, Entwicklung von Reserve- und Nachwuchskadern)	×	×	×
93	Kadernomenklatur (auch Geheimnisträger- und Reisekadernomenklatur)	×	×	×
94	Kaderanalysen – Entwicklung spezieller Beschäftigungsgruppen – Entwicklung der Nomenklaturkader – Entwicklung der Reisekader – Entwicklung der Nachwuchskader	×	×	×
95	Dokumente über Arbeitskräftebewegungen – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Statistiken	×	×	×
96	Dokumente über das Stellenplanvolumen – Konzeptionen – Stellenpläne – Stellenplananalysen	×	×	×
97	Dokumente über Berufung und Abberufung leitender Kader	×	×	×
98	Personalakten leitender Mitarbeiter, verdienter Neuerer und Erfinder, Träger hoher staatlicher Auszeichnungen sowie langjähriger Abgeordneter der Volksvertretungen	×	×	×
99	Dokumente über Verleihung hoher staatlicher Auszeichnungen – Richtlinien – Übersichten – Vorschläge nebst Begründungen – Stellungnahmen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
100	Dokumente über Delegierungen in das sozialistische und kapitalistische Ausland – Direktiven – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	

1	2	3	4	5
101	Dokumente über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte – Richtlinien – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
102	Dokumente über den Einsatz von Rehabilitanden – Richtlinien – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Sitzungsprotokolle der Rehabilitationskommission	×	×	×
103	Dokumente zur Durchsetzung der staatlichen Frauenpolitik – Konzeptionen – Frauenförderungspläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
104	Dokumente zur Durchsetzung der staatlichen Jugendpolitik – Konzeptionen – Jugendförderungspläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Berichte über Jugendarbeiterkonferenzen	×	×	×
105	Dokumente über die Realisierung von zentralen und anderen Jugendobjekten (Auswahl)	×	×	×
106	Dokumente über die Aus- und Weiterbildung – Direktiven – Konzeptionen – Komplexprogramme – Analysen – zusammenfassende Berichte – Übersichten über Berufs- und Qualifikationsstrukturen	×	×	×
107	Dokumente über grundsätzliche Fragen der Entwicklung der Berufsausbildung (insbesondere auch über die Einführung von Grundberufen) – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Berufsbilder für Facharbeiter, Hoch- und Fachschulkader – Analysen – zusammenfassende Berichte (auch über den Berufswettbewerb)	×	×	×
108	Grundsatzdokumente, Analysen und zusammenfassende Berichte über die Durchführung des polytechnischen Unterrichts	×	×	×

1	2	3	4	5
109	Dokumente über Entwicklung und Tätigkeit der Bildungseinrichtungen (Berufsschulen, Betriebs- bzw. Industriezweigakademien, Ingenieurschulen und technische Hochschulen. Auch zur Absolventenplanung und -lenkung) – Gründungsunterlagen – Statut – Konzeptionen und Entwicklungsprogramme – Lehrprogramme, Studienpläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Schriftwechsel zu grundsätzlichen Fragen – hervorragende Abschlußarbeiten	×	×	×
110	Dokumente über Führungskaderlehrgänge – Konzeptionen – Ausbildungspläne und -programme – Analysen – zusammenfassende Berichte – Referate	×	×	
111	Grundsatzdokumente und Einzelvorgänge mit hohem Informationswert zum Auslandsstudium und zur Ausbildung von Ausländern zu Spezialisten – Ausbildungskonzeptionen und -pläne – Analysen und Berichte	×	×	
112	Dokumente über die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen in grundsätzlichen Fragen (vor allem hinsichtlich der Planung und Lenkung der Hoch- und Fachschulkader) – Protokolle über Beratungen – Gutachten und Stellungnahmen – Vereinbarungen – Schriftwechsel	×	×	
113	Dokumente der Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Berufsbildung in grundsätzlichen Fragen – Beratungsprotokolle – Gutachten, Stellungnahmen – Vereinbarungen – Maßnahmepläne – Schriftwechsel	×	×	
114	Dokumente über die Mitarbeit in Kommissionen, Beiräten und Arbeitsgruppen zur Aus- und Weiterbildung in grundsätzlichen Fragen	×	×	×
	4. Planung und Bilanzierung			
115	Grundsatzdokumente zur Strukturpolitik	×	×	
116	Prognosen zur Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in den Industriezweigen	×	×	×

1	2	3	4	5
	– analytisches Vormaterial – wissenschaftlich-technische Konzeptionen – Protokolle der Prognoseverteidigung			
117	Dokumente zur Perspektivplanung – bereichs- bzw. zweigspezifische Ergänzungen zur Planmethodik – Konzeptionen zur Planung – Konzeptionen zur Plandiskussion	×	×	
118	Perspektiv- und Fünfjahrpläne – alle Planteile – grundlegende Entscheidungsvorschläge – Protokolle der Plandiskussion – Fortschreibungen (siehe auch Jahrespläne) – Änderungen und Präzisierungen	×	×	×
119	Grundsatzdokumente zur Erarbeitung des Volkswirtschaftsplanes – bereichs- bzw. zweigspezifische Ergänzungen zur Planmethodik – Konzeptionen zur Planung und Plandiskussion – staatliche Aufgabe und Auflage – Protokolle der Plandiskussion und -verteidigung – Stellungnahmen zu den Planentwürfen – Gegenpläne	×	×	×
120	Bestätigte Volkswirtschaftspläne (vgl. andere Aufgabengebiete) – Finanz- bzw. Haushaltspläne (mit Erläuterungen) – Investitionspläne – Pläne Wissenschaft und Technik – Erläuterungen – Fortschreibungen – Planbilanzierungen	×	×	×
121	Dokumente zur Aufstellung, Realisierung und Abrechnung des Staatshaushaltsplanes – bereichs- bzw. zweigspezifische Richtlinien – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
122	Dokumente der Territorialplanung – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
123	Grundsatzdokumente der Planbilanzierung – bereichs- bzw. zweigspezifische Methodiken und Regelungen	×	×	
124	langfristige und jährliche Bilanzen und Ergebnisrechnungen – Arbeitskräftebilanzen – Arbeitszeitbilanzen – Investitionsbilanzen	×	×	×

1	2	3	4	5
	– zusammenfassende Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzen – Ex- und Importbilanzen (insbesondere auch NSW-Ablösungskonzeptionen) – Bilanzentscheidungen und Begründungen – Produktionsbilanzen – Erzeugnisbilanzen			
	5. Rechnungsführung, Statistik, Finanzen			
125	Dokumente zur Einführung bzw. Vervollkommnung der wirtschaftlichen Rechnungsführung (insbesondere zur Einführung des einheitlichen Systems von Rechnungsführung und Statistik) – Richtlinien – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	
126	Analysen der Struktur der materiellen und finanziellen Fonds sowie der Grundmitteleffektivität	×	×	×
127	Analysen und zusammenfassende Berichte zur Realisierung der Investitionen (auch Jahresverzeichnisse der Inbetriebnahme von Investitionsobjekten, vgl. 7. Wissenschaft und Technik/Forschung und Entwicklung)	×	×	
128	Dokumente der Abrechnung der Eigenerwirtschaftung der Mittel und Fonds (auch Gebrauchswert-Kostenanalysen) Grundsatz Strukturpolitik	×	×	
129	Dokumente zur Wertung der Produktionsergebnisse in den Industriezweigen – Richtlinien – Analysen – zusammenfassende Berichte – Übersichten	×	×	
130	Dokumente zur Abrechnung der Fünfjahrespläne	×	×	×
131	Jahresabschlußdokumentation (bis 1968 Jahresfinanzkontrollbericht, seitdem Einzeldokumente) – Bilanz – Gewinn-Verlustrechnung – Geschäftsbericht – Berichte und Analysen zur Ermittlung der Eigenerwirtschaftung der Mittel – Berichte und Analysen zur Entwicklung des Prämien- und des Kultur- und Sozialfonds – Ergebnisanalysen	×	×	×
132	Statistische Zusammenstellungen aller grundlegenden Kennziffern (auch „Entwicklungs- und Zeitreihen")	×	×	×
133	Grundsatzdokumente zur Finanzökonomie	×	×	×

1	2	3	4	5
	– Prognosen – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte			
134	Dokumente über die Kreditbereitstellung und -nutzung – Richtlinien – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
135	Dokumente über die bereichs- bzw. zweigspezifische Gestaltung des Steuersystems – Richtlinien – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	
136	Dokumente zur Durchsetzung und Entwicklung der staatlichen Preispolitik (vor allem auch zur Industriepreisreform und über ihre Auswirkungen im Unterstellungsbereich) – jährlicher Preisausgleichsplan – jährliche Preisausgleichsrechnung – Kostensenkungspläne – Direktiven und Konzeptionen für Preisverhandlungen – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte und Übersichten	×	×	×
137	Gebrauchswert- und Kostenanalysen für Haupterzeugnisse	×	×	×
138	Valutapläne, Valutaanalysen	×	×	
139	Zusammenfassende Berichte über die Umbewertung der Grundmittel im Verantwortungsbereich	×	×	×
140	Dokumente der Finanzrevision – Richtlinien – Revisionsberichte bzw. -protokolle von Jahres- bzw. Spezialrevisionen	×	×	×
	6. Internationale Zusammenarbeit			
141	Dokumente der zentralen staatlichen Planung und Leitung der internationalen Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und volkswirtschaftlichem Gebiet (vor allem der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration) – Prognosen – Pläne – Direktiven	×	×	

1	2	3	4	5
	– Konzeptionen – Programme – Verträge, Vereinbarungen – Beratungsprotokolle – Analysen – zusammenfassende Berichte			
142	Dokumente zur Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen in den Industriezweigen (vgl. auch 9. Absatz) – Prognosen – Direktiven – Konzeptionen – Beratungsprotokolle – Analysen – zusammenfassende Berichte – ausgewählte Einzelvorgänge	×	×	×
143	Dokumente über die Mitarbeit in internationalen Organisationen und Kommissionen – Direktiven – Konzeptionen – Beratungsprotokolle – Beschlüsse und Vereinbarungen – Entscheidungsfindungen – Analysen – zusammenfassende Berichte – Schriftwechsel grundsätzlicher Bedeutung	×	×	
144	Dokumente über Vorbereitung, Durchführung und Auswertung internationaler Kongresse bzw. Tagungen in der DDR sowie über die Beteiligung an Kongressen bzw. Tagungen im Ausland – Konzeptionen – Instruktionen für die DDR-Delegation – Beschlüsse und Vereinbarungen – Protokolle – Ergebnisberichte	×	×	
145	Grundsätzliche Dokumente über die Beteiligung an internationalen Messen und Ausstellungen (vgl. auch 9. Absatz) – Konzeptionen – Direktiven – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
146	Dokumente über Auslandsreisen (in Auswahl) – Konzeptionen – Reisedirektiven – Ergebnisberichte – Analysen	×	×	
147	Dokumente über Besuche von Ministern ausländischer Staaten – Direktiven, Konzeptionen – Verhandlungsthemen	×		

1	2	3	4	5
	– Ministervereinbarungen – Einschätzungen der Reisen			
148	Zusammenfassende Berichte über den Besuch ausländischer Delegationen	×	×	×
149	Grundsatzdokumente zur zweigspezifischen internationalen Standardisierung – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	
150	Dokumente über die Grundprofilierung der Industriezweige im Rahmen des RGW – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×		
151	Dokumente der Mitarbeit in den Ständigen Kommissionen des RGW und ihren Arbeitsgruppen – Arbeitspläne – Tätigkeitsberichte – Verhandlungsdirektiven für die DDR-Delegation – Vorlagen – Sitzungsprotokolle, Beschlüsse – Protokolle der Beratungen der DDR-Delegation – Schriftwechsel grundsätzlicher Bedeutung	×	×	×
152	Dokumente zur Realisierung des RGW-Komplexprogrammes – Direktiven, Konzeptionen – Maßnahmepläne – auch Planteil „Sozialistische Ökonomische Integration" der Jahres- und Perspektivpläne – grundsätzliche Informationen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
153	Dokumente der zwei- und mehrseitigen Zusammenarbeit der Ministerien der sozialistischen Länder – Direktiven – Regierungsabkommen, Verträge, Vereinbarungen – vorbereitende Dokumente – Beratungsprotokolle (vor allem Jahresprotokolle) – grundsätzliche Informationen – Analysen – zusammenfassende Berichte und Übersichten	×		
154	Dokumente über die Tätigkeit der Wirtschaftsausschüsse und anderer Gremien und ständigen Arbeitsgruppen der zwei- und mehrseitigen Zusammenarbeit sozialistischer Länder	×	×	

1	2	3	4	5
	– Statuten – Vereinbarungen, Kooperationsverträge – Sitzungsprotokolle und -berichte – Verhandlungsinstruktionen für die DDR-Delegation – Schriftwechsel grundsätzlicher Bedeutung			
155	Dokumente über die direkte Zusammenarbeit zwischen wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben und Einrichtungen der sozialistischen Länder (auch über Patenschaften mit Betrieben) – Direktiven – Konzeptionen – Verträge, Vereinbarungen – zusammenfassende Berichte – Analysen	×	×	×
	7. Forschung und Entwicklung, Wissenschaft und Technik			
158	Grundsatzdokumente zur wissenschaftlich-technischen Entwicklung (insbesondere auch die technisch-ökonomische Zielstellung /TöZ/) – Prognosen – Direktiven – Konzeptionen – Rationalisierungs- bzw. Intensivierungskonzeptionen (insbesondere auch zur Automatisierung bzw. Schichtauslastung) – technisch-ökonomische Gutachten zu grundsätzlichen Fragestellungen – Analysen (u. a. über den wirtschaftlich-technischen Welthöchststand in den Industriezweigen) – zusammenfassende Berichte	×	×	×
159	Fünfjahres- und Jahresplan Wissenschaft und Technik (auch Verteidigungsprotokolle, vgl. auch 4. Planung)	×	×	×
160	Zusammenfassende Ergebnisse der Jahresabrechnung des Planes Wissenschaft und Technik	×	×	×
161	Analysen und zusammenfassende Berichte zu Forschungs- und Entwicklungsaufgaben für die Landesverteidigung	×	×	×
162	Grundsatzdokumente über die Lenkung der Forschung im Unterstellungsbereich (insbesondere auch zu den Organisationsformen)	×	×	
163	Konzeptionen zur Entwicklung der Forschung im Gesamtbereich (auch vorbereitende Studien)	×		
164	Langfristige Forschungsprogramme für die Industriezweige (auch Übersichten über Forschungsvorhaben)	×	×	
165	Staatliche Beauflagungen mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben (insbesondere Verfahrens- und Erzeugnisentwicklung)	×	×	×

1	2	3	4	5
166	Analysen und zusammenfassende Berichte zu Stand und Entwicklung der Forschung (verfahrens- und erzeugnisbezogene Berichterstattung)	×	×	×
167	Stellungnahmen und Gutachten zu Forschungsergebnissen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung bei Schwerpunktaufgaben der Industriezweige	×	×	
168	Übersichten und Abschlußberichte zu bedeutenden Forschungsobjekten bzw. zu Experimentalprojekten (insbesondere auch zu schutzrechtsfähigen Forschungsergebnissen)	×	×	×
169	Analysen über Aufwendungen und ökonomischen Nutzen der Forschungsergebnisse	×	×	
170	Dokumente über die Entwicklung und Tätigkeit der unterstellten Forschungsinstitute – Gründungsunterlagen – Statut – Konzeptionen und Entwicklungsprogramme – Forschungspläne – Abschlußberichte über Forschungsvorhaben – Analysen – zusammenfassende Berichte (insbesondere Rechenschaftsberichte) – Beratungsprotokolle zu grundsätzlichen Fragen – Schriftwechsel zu grundsätzlichen Fragen	×	×	
171	Dokumente der Zusammenarbeit mit Akademien, Universitäten u. a. wissenschaftlichen Einrichtungen in grundsätzlichen Fragen – Konzeptionen – Beratungsprotokolle – Koordinierungsvereinbarungen – Gutachten – Schriftwechsel – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	
172	Dokumente zu grundsätzlichen Fragen der Verfahrens- und Erzeugnisentwicklung und der Standardisierung (auch Entwicklungsunterlagen der technischen Anlagen bzw. Prozeßanalysen)	×	×	×
173	Dokumente über die Ausarbeitung, Bestätigung und Anwendung von Fachbereichsstandards in den Industriezweigen – Direktiven – Konzeptionen – Gutachten – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	
174	Grundsatzdokumente zur Qualitätsentwicklung (vgl. 8. Produktion)	×	×	×
175	Langfristige Investitionskonzeptionen	×	×	

1	2	3	4	5
176	Dokumente über Vorbereitung und Durchführung volkswirtschaftlich bedeutender Investitionsvorhaben – Konzeptionen – Protokolle von Investitionsberatungen – Projektierungsunterlagen mit Gutachten – Verfahrensdokumentation – Investitionsvorentscheidungen – Grundsatzentscheidungen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte vor allem des Generalauftragnehmers (GAN) – Übersichten	×	×	×
177	Dokumente zur Reproduktion und Entwicklung der Grundmittel – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
178	Dokumente zu grundsätzlichen Fragen der Energetik – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
179	Dokumente über die materialökonomische Entwicklung (vgl. 8. Produktion) – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Materialverbrauchsnormen	×	×	×
180	Dokumente über die Entwicklung und Verwendung von Rohstoffen und Sekundärrohstoffen – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Gutachten	×	×	×
181	Dokumente zur Entwicklung des Umweltschutzes – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Beratungsprotokolle – Gutachten	×	×	×

1	2	3	4	5
	– Analysen – zusammenfassende Berichte			
182	Gesamtpläne, Karten, Zeichnungen von Gebäuden und Anlagen des Betriebes (verbleiben beim Registraturbildner während seines Bestehens)			×
183	Grundsatzdokumente zur Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Informationssystems	×	×	
184	Dokumente von wissenschaftlich-technischen Kongressen und Erfahrungsaustauschen – Protokolle – Berichte – Referate – vorbereitende Unterlagen	×	×	
185	Dokumente über die Zusammenarbeit mit der Kammer der Technik in grundsätzlichen Fragen – Konzeptionen – Beratungsprotokolle – Kooperationsvereinbarungen	×	×	×
186	Dokumente des Patentwesens – Warenzeichenakten – Patentdokumentation – Gebrauchsmusterakten	×	×	×
	8. Produktion			
187	Dokumente über grundsätzliche Fragen der Entwicklung des Produktionsprozesses (verfahrens- und erzeugnisbezogen) – Prognosen – langfristige Programme – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	×
188	Dokumente über grundsätzliche Probleme des Aufbaus, der Konzentration, der Profilierung, der Spezialisierung bzw. Schließung von Produktionskapazitäten im Zusammenhang mit der Entwicklung des Produktionsprozesses – Prognosen – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – technisch-ökonomische Gutachten	×	×	×
189	Dokumente über die Entwicklung von Kooperationsbeziehungen zwischen Industriezweigen und Betrieben – langfristige Konzeptionen – Protokolle von Kooperationsberatungen	×	×	×

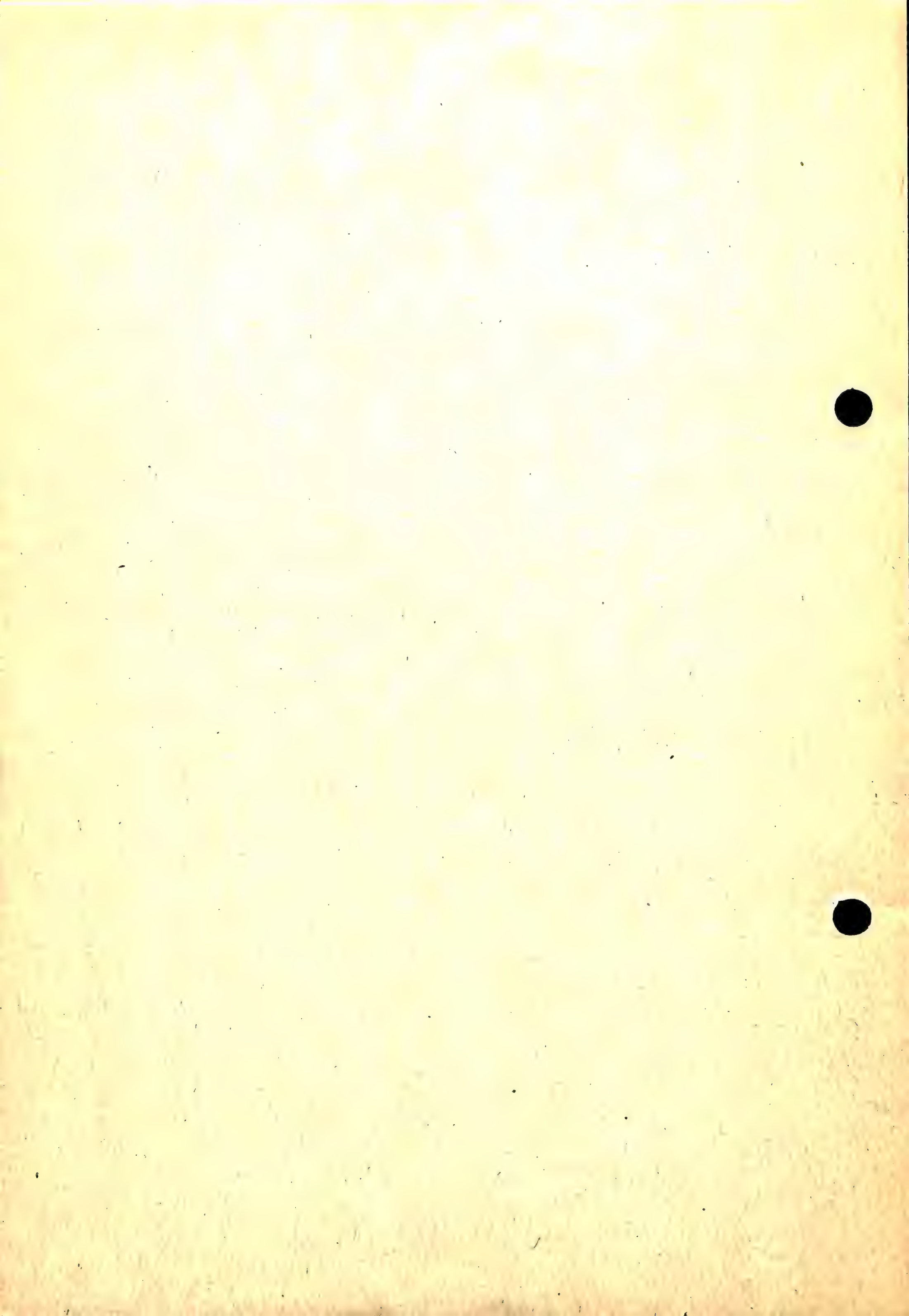
1	2	3	4	5
	– Wirtschaftsverträge bzw. Kooperationsvereinbarungen – Analysen – zusammenfassende Berichte			
190	Dokumente zu grundsätzlichen Fragen der materiell-technischen Sicherung der Produktion (insbesondere Bereitstellung von Rohstoffen und Aufbau bzw. Rekonstruktion und Instandhaltung von Anlagen und Maschinen, auch Verwertung von Abprodukten und Materialökonomie) – Prognosen – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Übersichten	×	×	×
191	Dokumente zur Erfüllung des Staatsplanes in den Industriezweigen bzw. in den Betrieben (insbesondere auch die Initiative der Werktätigen zur Planerfüllung, vgl. auch 4. Planung und Bilanzierung) – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Zusammenstellungen der Bruttoergebnisse einzelner Erzeugnisse bzw. Erzeugnisgruppen	×	×	×
192	Dokumente über Entwicklung der Erzeugnisgruppenarbeit – Direktiven – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Rechenschafts- bzw. Tätigkeitsberichte – Protokolle und Referate von Beratungen und Tagungen – Dokumente über Leistungsvergleiche	×	×	×
193	Dokumente über Produktion und Entwicklung profilbestimmender Erzeugnisse – Produktbeschreibungen, Erzeugnisanalysen (Erzeugnispässe) – Beschreibungen der Technologie – Verfahrensvorschriften – Produktionsflußschemata – Analysen über Spezialisierung und Konzentration der Produktion – zusammenfassende Berichte über Spezialisierung und Konzentration der Produktion	×	×	×
194	Grundsatzdokumente über grundsätzliche Fragen der Entwicklung der Konsumgüterproduktion – langfristige Konsumgüter- und Versorgungskonzeptionen	×	×	×

1	2	3	4	5
	– Maßnahmepläne zur maximalen Bedarfsbefriedigung der Bevölkerung – Abstimmungsprotokolle und Vereinbarungen zwischen den Kooperationspartnern – Analysen (insbesondere Versorgungsanalysen) – zusammenfassende Berichte			
195	Dokumente über grundsätzliche Probleme der Entwicklung und Sicherung der Qualität der Produkte sowie der Rentabilität der Produktion – Konzeptionen – Protokolle von Qualitätskonferenzen (vor allem Qualitätsausschüsse) – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Gütekontrollstatistiken – Gütezeichen	×	×	×
196	Zusammenfassende Berichte über die Auszeichnung von Spitzenexponaten auf Messen (auch Übersichten)	×	×	×
197	Dokumente über Produktionsberatungen zu Grundsatzfragen – Tagesordnungen – Protokolle bzw. Berichte – Referate – Diskussionsbeiträge		×	×
	9. Absatz			
198	Dokumente zu grundsätzlichen Fragen der Entwicklung der Marktwirtschaft – Konzeptionen und Analysen zur Markt- und Bedarfsforschung – Prognosen – Analysen zu Rohstoff- und Absatzmärkten – handelspolitische Direktiven – Marktstudien – Marktkonzeptionen (erzeugnis- und länderbezogen) – Jahresanalysen der Absatztätigkeit – Informationen grundsätzlicher Bedeutung zu handelspolitischen Schwerpunkten	×	×	×
199	Dokumente der Außenwirtschaft (vgl. auch 6. Internationale Zusammenarbeit) – Grundsätze – Prognosen – langfristige Konzeptionen (Erzeugnis- und Länderkonzeptionen) – Verhandlungsdirektiven und Konzeptionen – Handelsabkommen – Protokolle von Absatzkonferenzen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	

1	2	3	4	5
200	Dokumente zur Realisierung der staatlichen Auflagen – insbesondere zur Entwicklung des Exportes im Unterstellungsbereich (unter besonderer Berücksichtigung der Exportförderbetriebe und Exportrentabilität; produkt- und landesbezogen) – Konzeptionen – langfristige und Jahresplanung – Protokolle von Exportkonferenzen und -beratungen – Maßnahmepläne – Verträge, Vereinbarungen – Analysen – zusammenfassende Berichte, Übersichten	×	×	×
201	Dokumente zur Entwicklung der Importe im Unterstellungsbereich (insbesondere zur Ablösung der NSW-Importe) – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Vereinbarungen, Verträge – Analysen – zusammenfassende Berichte, Übersichten – Importgutachten bzw. Analysen und Berichte des Importgutachterausschusses	×	×	×
202	Dokumente zur Verbesserung der Bevölkerungsversorgung – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte – Dokumente der Zusammenarbeit mit der zentralen Versorgungskommission des Ministerrates	×	×	×
203	Dokumente über die Beteiligung an den Leipziger Messen bzw. an Auslandsmessen und Ausstellungen (vgl. auch 6. Internationale Zusammenarbeit) – Direktiven zur Gestaltung, Vorbereitung und Durchführung – Konzeptionen zur Gestaltung, Vorbereitung und Durchführung – Messestudienberichte – Messesonderberatungsprotokolle – Messeabschlußberichte – Analysen, zusammenfassende Berichte	×	×	×
204	Dokumente über die Vorbereitung und Durchführung der Konsumgütermessen – Direktiven – Konzeptionen – Analysen – zusammenfassende Berichte	×	×	
205	Dokumente zu grundsätzlichen Fragen der Werbung – langfristige Werbeprogramme und -berichte – Werbeprospekte bzw. Produktstudien für profilbestimmende Produkte – Analysen über die Entwicklung von Waren- und Firmenzeichen	×	×	

1	2	3	4	5
	– Schriftwechsel von grundsätzlicher Bedeutung mit der Zentralstelle für Werbung und Messen			
206	Dokumente der Zusammenarbeit mit den Außenhandelsbetrieben (bei Zuordnung zum Unterstellungsbereich auch Dokumente über Entwicklung und Tätigkeit) – Beratungsprotokolle – Konzeptionen – zusammenfassende Berichte – Schriftwechsel mit grundsätzlicher Bedeutung	×	×	
207	Dokumente zu grundsätzlichen Fragen des Transports, Umschlags und der Lagerung der Produkte (TUL) – Konzeptionen – Maßnahmepläne – Analysen – zusammenfassende Berichte			

Übersicht über geltende Rechtsvorschriften, Bestimmungen, Richtlinien und Schriftgutbewertungsverzeichnisse für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut



Anwendungshinweise

In der Verordnung vom 11. März 1976 über das staatliche Archivwesen und der dazu erlassenen Ersten Durchführungsbestimmung vom 19. März 1976 (GBl. I Nr. 10 S. 165 ff.) ist das Verfahren der Bewertung von dienstlichem Schriftgut verbindlich geregelt.

Es ist die Aufgabe aller Leiter und Mitarbeiter, in ihrem Verantwortungsbereich die Aufbewahrung der staatlichen Dokumente sowohl zur Wahrung der Rechte des sozialistischen Staates und seiner Bürger als auch für die wissenschaftliche, insbesondere historische Forschung umfassend zu gewährleisten. Im Rahmen einer ordnungsgemäßen Schriftgutverwaltung kommt dabei der Festlegung und strikten Einhaltung wissenschaftlich und rechtlich begründeter Aufbewahrungsfristen für das dienstliche Schriftgut hohe Bedeutung zu.

Konkrete und verbindliche Festlegungen zur dauernden Aufbewahrung dienstlichen Schriftgutes als Archivgut bzw. zu seiner befristeten Aufbewahrung sind in einer Vielzahl von Rechtsvorschriften und speziellen Weisungen sowie in den bereichsspezifischen Schriftgutbewertungsverzeichnissen, die von allen staatlichen Organen, Kombinaten, Betrieben, Einrichtungen und sozialistischen Genossenschaften zu führen sind, getroffen worden.

Mit der Herausgabe der nachstehenden Übersicht informiert die Staatliche Archivverwaltung die Leiter und Mitarbeiter der Archive in allen Bereichen der staatlichen Organe und der sozialistischen Wirtschaft bzw. die für die Archivarbeit und die Organisation der Schriftgutverwaltung verantwortlichen Leiter und Mitarbeiter über die geltenden Rechtsgrundlagen beim Umgang mit dienstlichem Schriftgut, insbesondere über dessen ordnungsgemäße Aufbewahrung und Kassation.

Die in der Übersicht aufgeführten Rechtsvorschriften erleichtern den Zugang zu deren einschlägigen Bestimmungen, die z. T. wörtlich zitiert werden. Durch den Nachweis von Schriftgutbewertungsverzeichnissen und anderen spezifischen Bewertungshilfsmitteln sollen die Zusammenarbeit zwischen den Registraturbildnern auf diesem Gebiet, die Möglichkeiten der Nachnutzung von Bewertungshilfsmitteln für die Ausarbeitung entsprechender eigener Dokumente und der Erfahrungsaustausch gefördert werden.

Die Übersicht weist etwa 300 Angaben zum Komplex der Bewertung, Aufbewahrung und Kassation von dienstlichem Schriftgut nach. Die genannten Rechtsvorschriften, Verfügungen, Weisungen und Schriftgutbewertungsverzeichnisse sind wie angegeben im Gesetzblatt der DDR, in den Verfügungs- und Mitteilungsblättern der Ministerien und anderen zentralen Staatsorgane veröffentlicht oder haben dem Herausgeber, als dienstinterne und nichtveröffentlichte Belegexemplare vorgelegen. Es handelt sich dabei um Bestimmungen, die im Geltungsbereich der Verordnung über das staatliche Archivwesen verbindlich anzuwenden sind. Dementsprechend haben nur geltende Vorschriften und Bestimmungen nach dem Stand vom 30. April 1986 Aufnahme gefunden.

Die Übersicht gliedert sich entsprechend dem unterschiedlichen Geltungsbereich der erfaßten Bestimmungen wie folgt:

1. Grundsätzliche Bestimmungen
2. Bestimmungen des staatlichen Archivwesens
3. Bereichsspezifische Bestimmungen
4. Bestimmungen von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Berufsverbänden und Vereinigungen.

In Abschnitt 1 wurden die Rechtsvorschriften aufgenommen, die allgemeinverbindlich sind. Fachspezifische Rechtsvorschriften mit begrenztem Geltungsbereich bzw. mit konkreten Fristenangaben für einzelne Schriftgutarten sind unter Abschnitt 3 den jeweiligen Fachbereichen zugeordnet.

In Abschnitt 2 sind die von der Staatlichen Archivverwaltung herausgegebenen Bestimmungen, Richtlinien und entsprechenden fachmethodischen Grundsätze zur Bewertung von dienstlichem Schriftgut nachgewiesen.

Abschnitt 3 enthält die von den Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen sowie wirtschaftsleitenden Organen herausgegebenen und im Gesetzblatt bzw. in den Verfügungs- und Mitteilungsblättern veröffentlichten bereichsspezifischen Bestimmungen einschließlich nichtveröffentlichter Weisungen und die von der Staatlichen Archivverwaltung bestätigten Schriftgutbewertungsverzeichnisse von Bereichen und Institutionen.

Abschnitt 4 erfaßt Bestimmungen, die im Organisationsbereich von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Berufsverbänden und Vereinigungen gelten. Diese Gruppe erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da sie nur Angaben enthält, die veröffentlicht sind bzw. der Staatlichen Archivverwaltung zur Kenntnis gelangt sind. Der größere Teil der aufgeführten Bestimmungen ist nur für den Dienstgebrauch innerhalb des festgelegten Geltungsbereiches vorgesehen. Etwaige Anforderungen sind an den jeweiligen Herausgeber zu richten.

Hinsichtlich früher geltender, inzwischen außer Kraft gesetzter Rechtsvorschriften und Bestimmungen wird auf die 1969 von der Staatlichen Archivverwaltung herausgegebene Übersicht „Gesetzliche Bestimmungen, Anweisungen, Richtlinien und Schriftgutkataloge für die Wertermittlung von Schriftgut" verwiesen.

Zur Laufendhaltung und Ergänzung der vorliegenden Übersicht werden Austausch- und Ergänzungsblätter herausgegeben, deren Bezug Bestandteil der Erstbestellung beim Staatsverlag ist.

Im Interesse der weiteren Vervollständigung und Ergänzung der Übersicht werden die Leiter der Verwaltungsarchive gebeten, die Staatliche Archivverwaltung über in ihren Organen, Betrieben und Einrichtungen herausgegebene Bestimmungen zur Bewertung und Bestandsergänzung, die in der vorliegenden Übersicht nicht enthalten sind, möglichst unter Vorlage eines Belegexemplars zu informieren. Schriftgutbewertungsverzeichnisse werden nach erfolgter Bestätigung durch die Staatliche Archivverwaltung für die Aufnahme in die Übersicht erfaßt.

Potsdam, 30. April 1986

Staatliche Archivverwaltung

1. Grundsätzliche Bestimmungen

1.1. Verordnung vom 11. März 1976 über das staatliche Archivwesen (GBl. I Nr. 10 S. 165)

„Zur weiteren Entwicklung des staatlichen Archivwesens der Deutschen Demokratischen Republik und zur Gewährleistung der Erfüllung seiner Aufgaben bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft wird folgendes verordnet:

I.
Geltungsbereich
§ 1

(1) Diese Verordnung gilt für die Staatsorgane, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie für die sozialistischen Genossenschaften einschließlich deren kooperativen Einrichtungen (nachfolgend Organe und Einrichtungen genannt).

(2) Sie gilt ferner für gesellschaftliche Organisationen, ihre Einrichtungen, andere rechtlich selbständige Organisationen und Vereinigungen (nachfolgend Organisationen genannt) sowie für Bürger, soweit sie über Dokumente des Staatlichen Archivfonds verfügen.

II.
Begriffsbestimmungen
§ 2

(1) Archivgut im Sinne dieser Verordnung ist das aus der Tätigkeit von
- Organen und Einrichtungen hervorgegangene dienstliche Schriftgut sowie das Schriftgut historischer Institutionen,
- Organisationen und bedeutenden Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Gegenwart und Vergangenheit hervorgegangene Schriftgut,

das wegen seines gesellschaftlichen Wertes als Quelle der Erkenntnis historischer Tatsachen und Prozesse dauernd aufzubewahren ist, unabhängig von der Eigentumsform.

(2) Dienstliches Schriftgut im Sinne dieser Verordnung sind die Dokumente, die zur Erfüllung der Aufgaben der Organe und Einrichtungen dienen und sich auf ihre Tätigkeit beziehen.

III.
Staatlicher Archivfonds
§ 3

(1) Der Staatliche Archivfonds umfaßt die Gesamtheit des in Volkseigentum befindlichen
- Archivgutes, unabhängig vom Zeitpunkt und Ort seiner Entstehung und davon, ob es in oder außerhalb von Archiven verwahrt wird,
- dienstlichen Schriftgutes, das wegen seines gesellschaftlichen Wertes Archivgut werden kann.

(2) Das Archivgut sozialistischer Genossenschaften einschließlich deren kooperativen Einrichtungen (nachfolgend sozialistische Genossenschaften genannt), das diese dem zuständigen Endarchiv übergeben, wird Bestandteil des Staatlichen Archivfonds.

(3) Der Staatliche Archivfonds als Kulturgut der Deutschen Demokratischen Republik ist in allen seinen Teilen unveräußerlich.

§ 4

Der Staatliche Archivfonds setzt sich zusammen aus
- dem Archivgut und dienstlichem Schriftgut gemäß § 3 der Organe und Einrichtungen der Deutschen Demokratischen Republik,
- dem Archivgut der Organe und Einrichtungen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung,

– dem Archivgut der staatlichen Institutionen, die bis zum Jahre 1945 bestanden haben,
– dem Archivgut der Organisationen, Betriebe und Einrichtungen der kapitalistischen und feudalistischen Wirtschaft,
– dem Archivgut der nicht mehr bestehenden gesellschaftlichen Organisationen und anderen Vereinigungen,
– dem Archivgut von historisch bedeutenden Persönlichkeiten, soweit dieses entsprechend dem Willen der Eigentümer oder auf anderem Wege in Volkseigentum gelangt ist oder gelangt,
– Kopien und anderen Reproduktionen von Archivgut, die innerdienstlichen Zwecken oder der Bestandsergänzung dienen, einschließlich derjenigen, die mit staatlichen Mitteln aus anderen Staaten erworben wurden, sowie aus
– archivischen Sammlungen und anderem nicht genannten Archivgut, das sich in Volkseigentum befindet bzw. durch Schenkung oder andere Rechtshandlungen in Volkseigentum übergegangen ist, und
– archivischen Findhilfsmitteln.

§ 5

(1) Für die Sicherung der Bestände des Staatlichen Archivfonds und die Verwaltung seines Archivgutes sind die staatlichen Archive zuständig. Seine Bestände sind grundsätzlich unteilbar.

(2) Die Bestände des Staatlichen Archivfonds und die Endarchive sind im Zentralen Bestandsnachweis des Staatlichen Archivfonds der Deutschen Demokratischen Republik (nachfolgend Zentraler Bestandsnachweis genannt) zu registrieren.

(3) Die Organe und Einrichtungen, die Organisationen und die Bürger, die über Dokumente des Staatlichen Archivfonds verfügen, sind verpflichtet, diese im Zentralen Bestandsnachweis registrieren zu lassen.

IV.
Aufgaben des staatlichen Archivwesens

§ 6

(1) Das staatliche Archivwesen hat die allseitige Sicherung, wissenschaftliche Bearbeitung und Auswertung der Bestände des Staatlichen Archivfonds sowie desjenigen dienstlichen Schriftgutes, das für die Aufgabenerfüllung der Staatsorgane, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen nicht mehr laufend benötigt wird, zu gewährleisten.

(2) In Erfüllung dieser Aufgaben unterstützt das staatliche Archivwesen durch Bereitstellung von Informationen die
– Organe und Einrichtungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben,
– marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften, insbesondere die Geschichtswissenschaft, bei der Erforschung der gesellschaftlichen Entwicklung, der revolutionären und anderen progressiven Traditionen und des kulturellen Erbes sowie bei der Weiterentwicklung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes,
– Bürger der Deutschen Demokratischen Republik bei der Wahrnehmung persönlicher Rechte und Pflichten.

§ 7

Das staatliche Archivwesen konzentriert sich mit dem Ziel der weiteren Erhöhung der Effektivität auf die
– allseitige Sicherung des dienstlichen Schriftgutes und des Archivgutes einschließlich seiner Verfilmung, Konservierung und Restaurierung,
– Bestandsergänzung, Bewertung und Erschließung,
– Auswertung von dienstlichem Schriftgut und Archivgut, die Information der Nutzer über Aus-

wertungsmöglichkeiten einschließlich der wissenschaftlichen Benutzerbetreuung und Auskunftserteilung,
- Öffentlichkeitsarbeit und Publikationstätigkeit,
- Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Archivwissenschaft unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erfahrungen des Archivwesens der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft,
- Rationalisierung und Intensivierung der Leitungs- und Arbeitsprozesse und die Konzentration des Archivgutes in den zuständigen Archiven mit dem Ziel der Herausbildung leistungsfähiger Archive,
- Anwendung der modernen Technik zur Erhöhung der Effektivität der archivischen Informationsgewinnung.

V.
Leitung und Organisation des staatlichen Archivwesens

§ 8

(1) Für die zentrale Leitung des staatlichen Archivwesens sowie für die Koordinierung seiner grundlegenden Aufgaben ist das Ministerium des Innern verantwortlich.

(2) Die Verantwortung des Ministeriums des Innern umfaßt insbesondere die
- Festlegung von Grundsätzen für die kontinuierliche Ergänzung des Staatlichen Archivfonds und für die politische, wissenschaftliche, organisatorische und technische Entwicklung des staatlichen Archivwesens,
- Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Archivwesen der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft sowie der Beziehungen zu internationalen Organisationen und anderen Staaten,
- Planung der Aufgaben des staatlichen Archivwesens und die Gewährleistung einer einheitlichen Orientierung für die Tätigkeit der Archive in allen Bereichen,
- Anleitung und Kontrolle der Organe und Einrichtungen bei der Planung und Durchführung ihrer Aufgaben auf dem Gebiet des Archivwesens,
- Bestätigung von Endarchiven bei Organen und Einrichtungen und ihre Registrierung sowie die Registrierung der Bestände des Staatlichen Archivfonds im Zentralen Bestandsnachweis,
- Herausgabe von verbindlichen fachmethodischen Grundsätzen, von Publikationen sowie der Fachzeitschrift „Archivmitteilungen" und anderer Informationsmittel,
- Bestimmung des fachspezifischen Inhalts der Hochschul-, Fachschul- und Berufsausbildung sowie der Aus- und Weiterbildung archivarischer Fachkader,
- Mitwirkung bei der Ausarbeitung von Grundsatzregelungen auf dem Gebiet des Informationswesens, der Schriftgutverwaltung und der Mikroverfilmung von dienstlichem Schriftgut zur Sicherung der Belange des Staatlichen Archivfonds,
- Genehmigung zur Ausfuhr von Archivgut.

(3) Im Ministerium des Innern werden die Aufgaben von der Staatlichen Archivverwaltung wahrgenommen.

(4) Die Staatliche Archivverwaltung sowie die Räte der Bezirke und Kreise haben das Recht, Auflagen zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit der Bestände des Staatlichen Archivfonds sowie des dauernd aufzubewahrenden dienstlichen Schriftgutes der sozialistischen Genossenschaften zu erteilen.

§ 9

(1) Die zentralen Staatsorgane und wirtschaftsleitenden Organe sowie die Räte der Bezirke und Kreise treffen Festlegungen für die spezifische Entwicklung des Archivwesens und die Leitung und Organisation der Archivarbeit in ihren Verantwortungsbereichen.

(2) Ihre Verantwortung umfaßt insbesondere die
- Leitung und Planung der Archivarbeit entsprechend der Orientierung des Ministeriums des Innern,
- Organisation der Archive gemäß den Grundsätzen für die organisatorische Entwicklung des staatlichen Archivwesens, die vom Ministerium des Innern herausgegeben werden,
- Anleitung und Kontrolle der Archivarbeit der nachgeordneten Organe und Einrichtungen einschließlich der sozialistischen Genossenschaften,
- Erarbeitung und Durchsetzung von Leitungs- und Arbeitsdokumenten wie Rahmenarchivordnungen, Benutzungsbestimmungen, Schriftgutbewertungsverzeichnissen,
- Planung des Kaderbedarfs sowie von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen,
- Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit und des Geheimnisschutzes in den Archiven.

(3) Bewaffnete Organe verwalten ihr Archivgut selbständig nach den Grundsätzen dieser Verordnung. Die Verwaltung, Nachweisführung und Auswertung des dienstlichen Schriftgutes und Archivgutes sowie die Benutzung und Kontrolle der Archive in den bewaffneten Organen erfolgt nach den Festlegungen der zuständigen Minister.

§ 10

(1) Die Leiter der Staatsorgane, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen, denen Archive unterstehen, sind für die planmäßige Entwicklung der Archive und für die materielle, finanzielle und kadermäßige Sicherstellung ihrer Arbeit verantwortlich. Sie haben insbesondere zu gewährleisten die
- Errichtung und Verwaltung von Archiven sowie deren den archivischen Anforderungen entsprechende Unterbringung,
- Ordnung und Sicherheit der Bestände einschließlich des Geheimnisschutzes,
- Erfassung und Übernahme des dienstlichen Schriftgutes in die Verwaltungsarchive, dessen Bewertung und Kassation sowie die Übergabe des Archivgutes an die zuständigen Endarchive,
- Erschließung und Auswertung des dienstlichen Schriftgutes und Archivgutes für politische, ökonomische, wissenschaftliche, kulturelle und rechtliche Zwecke,
- Koordinierung der Aufgaben der Archive mit den Einrichtungen des Informationswesens,
- Übergabe der für die Registrierung der Bestände der unterstellten Archive im Zentralen Bestandsnachweis erforderlichen Unterlagen an die Staatliche Archivverwaltung,
- Besetzung der Archive mit geeigneten Kadern sowie deren politische und fachliche Qualifizierung und Weiterbildung.

(2) In den sozialistischen Genossenschaften sind die im Abs. 1 genannten Aufgaben sinngemäß zu erfüllen.

§ 11

(1) Staatliche Archive bestehen als Verwaltungsarchive und Endarchive.

(2) Verwaltungsarchive sind zuständig für die Aufbewahrung von Archivgut bis zur Übergabe an das zuständige Endarchiv sowie von nicht mehr laufend benötigtem dienstlichem Schriftgut bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfristen.

(3) Verwaltungsarchive sind von allen Staatsorganen, wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinaten und Einrichtungen zu unterhalten. Zum Zweck einer rationellen Archivarbeit können die Bestände mehrerer Organe und Einrichtungen eines Bereiches in einem Verwaltungsarchiv konzentriert werden.

(4) Die sozialistischen Genossenschaften haben die Aufgaben der Verwaltungsarchive in geeigneter Weise zu erfüllen.

(5) Endarchive sind zuständig für die dauernde Aufbewahrung von Archivgut. Endarchive sind

– das Zentrale Staatsarchiv,
– die Staatsarchive und das Stadtarchiv der Hauptstadt der DDR, Berlin,
– die Kreisarchive und die Archive der Stadtkreise,
– die Archive der wissenschaftlichen Akademien, Universitäten und Hochschulen,
– die Archive für Literatur und Kunst,
– die vom Ministerium des Innern als Endarchiv bestätigten und im Zentralen Bestandsnachweis registrierten Stadtarchive kreisangehöriger Städte, Betriebsarchive, Archive anderer wissenschaftlicher Einrichtungen und anderen Spezialarchive.

(6) Sozialistische Genossenschaften, die in der Nomenklatur gemäß § 13 Abs. 2 nachgewiesen sind, haben ihr Archivgut dauernd aufzubewahren, sofern sie es nicht dem zuständigen Endarchiv übergeben.

(7) Als Archive für Literatur und Kunst im Sinne dieser Verordnung gelten auch wissenschaftliche Bibliotheken, soweit sie literarische Nachlässe verwalten.

(8) Die Endarchive leiten die zur Übergabe von Archivgut an sie verpflichteten Verwaltungsarchive bei der Bestandsergänzung, Bewertung, Erschließung und Auswertung zusätzlich fachlich an und kontrollieren die Durchführung dieser Aufgaben.

§ 12

(1) Der Staatlichen Archivverwaltung sind das Zentrale Staatsarchiv, die Staatsarchive, die Fachschule für Archivwesen und andere Dienststellen unterstellt.

(2) Die Kreisarchive und die Stadtarchive sind dem jeweiligen örtlichen Rat unterstellt.

(3) Über die Unterstellung der Archive für Literatur und Kunst sowie derjenigen Archive, die vom Ministerium des Innern als Endarchiv bestätigt und im Zentralen Bestandsnachweis registriert sind, entscheiden die für sie zuständigen zentralen Staatsorgane.

VI.
Bestandsergänzung, Bewertung und Kassation

§ 13

(1) Das Ministerium des Innern legt im Einvernehmen mit den zuständigen zentralen Staatsorganen grundsätzlich die Organe und Einrichtungen fest, bei denen dienstliches Schriftgut wegen seines gesellschaftlichen Wertes Archivgut werden kann.

(2) Die gemäß Abs. 1 festgelegten Organe und Einrichtungen sind von den zuständigen Endarchiven in einer Nomenklatur nachzuweisen.

§ 14

(1) Dienstliches Schriftgut, das für die Aufgabenerfüllung nicht mehr laufend benötigt wird, ist dem Verwaltungsarchiv zu übergeben.

(2) Die Entscheidung über die dauernde Aufbewahrung von dienstlichem Schriftgut als Archivgut ist von den Organen und Einrichtungen zu beantragen. Diese Entscheidung treffen auf der Grundlage des Wertes des dienstlichen Schriftgutes für die sozialistische Gesellschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Zentrale Staatsarchiv, die Staatsarchive, die Spezialarchive und die Räte der Bezirke.

(3) Die Staatliche Archivverwaltung, das Zentrale Staatsarchiv, die Staatsarchive, die Spezialarchive und die Räte der Bezirke können Organe und Einrichtungen ganz oder teilweise von der Antragstellung entbinden.

(4) Das durch Entscheidung gemäß Abs. 2 ermittelte Archivgut der Staatsorgane, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen ist entsprechend den Übergabefristen den zuständigen Endarchiven zu übergeben.

(5) Die Organe und Einrichtungen haben der Staatlichen Archivverwaltung, den Räten der Bezirke und den zuständigen Endarchiven auf Anforderung die für die Bestandsergänzung und Bewertung notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

§ 15

(1) Dienstliches Schriftgut, das nicht gemäß § 14 Abs. 2 als Archivgut zur dauernden Aufbewahrung bestimmt ist, unterliegt der Kassation, wenn es für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird und die Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind.

(2) Die Entscheidung über die Kassation treffen die Organe und Einrichtungen. Die Kassation ist nachweispflichtig und unter Einhaltung der Bestimmungen über Ordnung, Sicherheit und Geheimnisschutz vorzubereiten und durchzuführen.

(3) Die Bewertung und Kassation von dienstlichem Schriftgut der Organe und Einrichtungen ist auf der Grundlage von Schriftgutbewertungsverzeichnissen durchzuführen.

§ 16

Die Archivierung von vergegenständlichten Staats- und Dienstgeheimnissen hat gemäß den dafür geltenden Rechtsvorschriften zu erfolgen.

VII.
Ehrenamtliche Mitarbeiter

§ 17

(1) Zur Unterstützung der Arbeit der staatlichen Archive können geeignete Bürger als ehrenamtliche Mitarbeiter auf den Gebieten der Sicherung, Bewertung, Erschließung, Auswertung und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden.

(2) Die ehrenamtlichen Mitarbeiter werden von den Leitern der Staatsorgane, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen berufen.

(3) Die ehrenamtliche Mitarbeit im staatlichen Archivwesen ist gesellschaftliche Tätigkeit im Sinne des § 1 der Verordnung vom 11. April 1973 über die Erweiterung des Versicherungsschutzes bei Unfällen in Ausübung gesellschaftlicher, kultureller oder sportlicher Tätigkeiten (GBl. I Nr. 22 S. 199).

VIII.
Archivgut von Organisationen und Bürgern

§ 18

(1) Staatliche Archive können zur Ergänzung ihrer Bestände Archivgut von Organisationen und Bürgern übernehmen, das ihnen durch Schenkung, als Depositum oder in anderer Weise übergeben wird.

(2) Bei seiner Veräußerung durch Organisationen und Bürger ist Archivgut auf Verlangen den staatlichen Archiven zum Erwerb anzubieten.

(3) Im Falle der Gefährdung von Archivgut von Organisationen und Bürgern kann das Ministerium des Innern Maßnahmen zu seiner Sicherung und Erhaltung treffen.

(4) Die Ausfuhr von Archivgut von Organisationen und Bürgern über die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik bedarf der Genehmigung des Ministeriums des Innern.

IX.
Schlußbestimmungen

§ 19

Durchführungsbestimmungen erläßt der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei.

§ 20

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1976 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:
- Verordnung vom 17. Juni 1965 über das staatliche Archivwesen (GBl. II Nr. 75 S. 567),
- Erste Durchführungsbestimmung vom 25. Juni 1965 zur Verordnung über das staatliche Archivwesen – Bildung von Staatsarchiven, Archivdepots und Außenstellen, Zuständigkeit der staatlichen Archive – (GBl. II Nr. 75 S. 570),
- Zweite Durchführungsbestimmung vom 25. Juni 1965 zur Verordnung über das staatliche Archivwesen – Benutzungsordnung – (GBl. II Nr. 75 S. 572),
- Dritte Durchführungsbestimmung vom 10. Februar 1967 zur Verordnung über das staatliche Archivwesen (GBl. II Nr. 20 S. 119)."

1.2. Erste Durchführungsbestimmung vom 19. März 1976 zur Verordnung über das staatliche Archivwesen – Zuständigkeit der staatlichen Archive, Bestandsergänzung, Bewertung und Kassation – (GBl. I Nr. 10 S. 169)

„Auf Grund des § 19 der Verordnung vom 11. März 1976 über das staatliche Archivwesen (GBl. I Nr. 10 S. 165) wird folgendes bestimmt:

I.
Zuständigkeit der staatlichen Archive
§ 1
Zentrales Staatsarchiv

Das Zentrale Staatsarchiv ist zuständig für das Archivgut
- der zentralen Organe und Einrichtungen des sozialistischen Staates und der antifaschistisch-demokratischen Ordnung,
- der zentralen Organe und Einrichtungen des ehemaligen Deutschen Reiches und des ehemaligen Staates Preußen,
- der zentralen Organe und Einrichtungen der kapitalistischen Wirtschaft.

§ 2
Staatsarchive

(1) Die Staatsarchive sind zuständig für das Archivgut
- der Staatsorgane und wirtschaftsleitenden Organe der Bezirke und der ihnen nachgeordneten Einrichtungen, der den zentralen Organen und Einrichtungen nachgeordneten Organe und Einrichtungen in den Bezirken und Kreisen und der Vereinigungen volkseigener Betriebe sowie der zentral- und bezirksgeleiteten Kombinate und Betriebe, soweit deren Archive nicht als Endarchiv bestätigt und im Zentralen Bestandsnachweis des Staatlichen Archivfonds (nachfolgend Zentraler Bestandsnachweis genannt) registriert sind,
- der zentralen, regionalen und örtlichen Organe und Einrichtungen der ehemaligen Länder und ihrer Vorgängerterritorien sowie der regionalen und örtlichen Organe und Einrichtungen des ehemaligen Deutschen Reiches,
- der Unternehmen, Betriebe und Einrichtungen der kapitalistischen Wirtschaft mit regionaler Bedeutung und der des Großgrundbesitzes, die in Volkseigentum übergeführt oder aufgelöst wurden.

(2) Die Staatsarchive sind territorial zuständig:

- Staatsarchiv Dresden für die Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt
- Staatsarchiv Greifswald für den Bezirk Rostock
- Staatsarchiv Leipzig für den Bezirk Leipzig
- Staatsarchiv Magdeburg für die Bezirke Magdeburg und Halle
- Staatsarchiv Meiningen für den Bezirk Suhl
- Staatsarchiv Potsdam für die Bezirke Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam
- Staatsarchiv Rudolstadt für den Bezirk Gera
- Staatsarchiv Schwerin für die Bezirke Neubrandenburg und Schwerin
- Staatsarchiv Weimar für den Bezirk Erfurt.

(3) Das Stadtarchiv der Hauptstadt der DDR, Berlin, nimmt für die Hauptstadt der DDR, Berlin, die Funktion eines Staatsarchivs wahr.

§ 3
Kreisarchive

Die Kreisarchive sind zuständig für das Archivgut der seit dem Jahre 1952 bestehenden Staatsorgane und wirtschaftsleitenden Organe der Kreise und, unabhängig vom Zeitraum ihres Bestehens, der diesen nachgeordneten Betriebe und Einrichtungen, der sozialistischen Genossenschaften einschließlich deren kooperativen Einrichtungen sowie für das Archivgut kreisangehöriger Städte, deren Archive nicht als Endarchiv bestätigt und im Zentralen Bestandsnachweis registriert sind sowie für das Archivgut der Gemeinden und Gemeindeverbände.

§ 4
Stadtarchive

Die Stadtarchive der Stadtkreise und die als Endarchiv bestätigten und im Zentralen Bestandsnachweis registrierten Stadtarchive kreisangehöriger Städte sind zuständig für das Archivgut der Organe der Städte, Stadtbezirke und der diesen nachgeordneten Betriebe und Einrichtungen, unabhängig vom Zeitraum ihres Bestehens, sowie für das Archivgut der sozialistischen Genossenschaften einschließlich deren kooperativen Einrichtungen.

§ 5
Betriebsarchive

Die als Endarchiv bestätigten und im Zentralen Bestandsnachweis registrierten Archive von Kombinaten und Betrieben sind zustängig für das Archivgut der Betriebe einschließlich ihrer Betriebsteile sowie für die Zeichnungsarchive und Plankammern.

§ 6
Archive wissenschaftlicher Einrichtungen

Die Archive der wissenschaftlichen Akademien, Universitäten und Hochschulen und die als Endarchiv bestätigten und im Zentralen Bestandsnachweis registrierten Archive anderer wissenschaftlicher Einrichtungen sind zuständig für das Archivgut dieser Einrichtungen, ihrer Institute und unterstellten Dienststellen sowie für das Archivgut wissenschaftlicher Gesellschaften, Vereinigungen und Stiftungen ihres Bereiches.

§ 7
Archive für Literatur und Kunst

Die Archive für Literatur und Kunst (Goethe- und Schillerarchiv, Archive der Akademie der Künste der Deutschen Demokratischen Republik, Staatliches Filmarchiv der Deutschen Demokratischen Republik, wissenschaftliche Bibliotheken, soweit sie die Funktion eines Literaturarchivs ausüben)

sind als Spezialarchive zuständig für die persönlichen Bestände von Schriftstellern, Dichtern und Künstlern, für das Archivgut literarischer und künstlerischer Gesellschaften, Vereinigungen und Stiftungen ihres Bereiches bzw. für audiovisuelle Dokumente. Ihre spezielle Zuständigkeit ist von den zentralen Staatsorganen im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern festzulegen.

§ 8
Spezialarchive

Die Zuständigkeit der anderen als Endarchiv bestätigten und im Zentralen Bestandsnachweis registrierten Spezialarchive ergibt sich aus den Aufgaben der Organe und Einrichtungen, denen sie unterstellt oder bei denen sie errichtet sind.

§ 9
Verwaltungsarchive

(1) Die Verwaltungsarchive der Staatsorgane, wirtschaftsleitenden Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie die sozialistischen Genossenschaften einschließlich deren kooperative Einrichtungen (nachfolgend Organe und Einrichtungen genannt) sind zuständig für das zur Aufgabenerfüllung nicht mehr laufend benötigte dienstliche Schriftgut bis zur Übergabe an das zuständige Endarchiv bzw. bis zur Kassation nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen.

(2) Die Zuständigkeit eines Verwaltungsarchivs kann sich auf mehrere Organe und Einrichtungen eines Bereiches erstrecken.

(3) Die Verwaltungsarchive haben folgende Aufgaben:
- Erfassung, Übernahme, Sicherung und Erschließung des dienstlichen Schriftgutes,
- Bewertung des dienstlichen Schriftgutes sowie Übergabe des Archivgutes an das zuständige Endarchiv bzw. Kassation des befristet aufzubewahrenden dienstlichen Schriftgutes gemäß den dafür geltenden Rechtsvorschriften,
- Bereitstellung des dienstlichen Schriftgutes für die praktische Nutzung,
- Anleitung und Kontrolle der aktenführenden Stellen zur Sicherung des dienstlichen Schriftgutes für die Erfassung und Übernahme,
- Zusammenarbeit mit den anderen auf dem Gebiet der Information tätigen Stellen.

§ 10
Zuständigkeit für Archivgut nichtstaatlicher Herkunft

Für das Archivgut gesellschaftlicher Organisationen und ihrer Einrichtungen, anderer rechtlich selbständiger Organisationen und Vereinigungen sowie von bedeutenden Persönlichkeiten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens sind jeweils nach dem Charakter ihrer Tätigkeit und ihrer zentralen, regionalen oder örtlichen Bedeutung die in den §§ 1 bis 8 genannten Archive zuständig, soweit es diesen entsprechend § 18 Abs. 1 der Verordnung übergeben wird.

II.
Bestandsergänzung und Bewertung
§ 11

(1) Als Hilfsmittel zur Bestimmung des dauernd aufzubewahrenden sowie zur systematischen Kassation des für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigten dienstlichen Schriftgutes sind Schriftgutbewertungsverzeichnisse zu führen. Sie erfassen die in der Tätigkeit eines Volkswirtschaftsbereiches oder Industriezweiges, von Organen oder Einrichtungen anfallenden Schriftgutkategorien in ihrem sachlichen Zusammenhang einschließlich der auf modernen Datenträgern gespeicherten Informationen und enthalten die dafür verbindlichen Aufbewahrungsfristen.

(2) Dienstliches Schriftgut gemäß § 2 Abs. 2 der Verordnung sind:
- Schriftstücke, ausgefertigte Vordrucke,

- Zeichnungen, Pläne, Karten und Risse sowie andere graphische Darstellungen,
- von dienstlichem Schriftgut angefertigte Mikrofilme und ihre Duplikate,
- Kopien, Bürodrucke, Rückvergrößerungen und andere Reproduktionen,
- zur Vervielfältigung von dienstlichem Schriftgut erforderliche Vorlagen, Matrizen und Folien,
- auf Magnettonträgern und Videobändern gespeicherte Informationen,
- EDV-Ausdrucke, Lochbänder, Lochkarten sowie auf Magnetbändern, -trommeln, -platten und ähnlich gespeicherte Informationen,
- Vor- und Zwischenmaterial, das bei der Herstellung von dienstlichem Schriftgut anfällt.

(3) Für die Ausarbeitung, Einführung und ordnungsgemäße Anwendung von Schriftgutbewertungsverzeichnissen sind die zentralen Staatsorgane und wirtschaftsleitenden Organe bzw. die Räte der Bezirke für ihren Zuständigkeitsbereich verantwortlich.

(4) Vor ihrer Inkraftsetzung bedürfen die Schriftgutbewertungsverzeichnisse der Bestätigung durch die Staatliche Archivverwaltung.

§ 12

Gemäß § 14 Abs. 2 der Verordnung sind für die Entscheidung über die dauernde Aufbewahrung von dienstlichem Schriftgut als Archivgut zuständig:

1. das Zentrale Staatsarchiv für
   - die zentralen Staatsorgane und Einrichtungen;
2. die Staatsarchive und das Stadtarchiv der Hauptstadt der DDR, Berlin, für
   - die Staatsorgane der Bezirke und deren Einrichtungen,
   - die den zentralen Staatsorganen und Einrichtungen nachgeordneten Organe und Einrichtungen in den Bezirken und Kreisen,
   - die Vereinigungen volkseigener Betriebe sowie die zentral- und bezirksgeleiteten Kombinate und Betriebe;
3. die Räte der Bezirke für
   - die Räte der Kreise, Städte, Stadtbezirke und Gemeinden,
   - die diesen nachgeordneten Kombinate, Betriebe und Einrichtungen,
   - die sozialistischen Genossenschaften einschließlich deren kooperative Einrichtungen;
4. die Spezialarchive für
   - die Organe und Einrichtungen ihres Zuständigkeitsbereiches.

§ 13

(1) Die in den Nomenklaturen gemäß § 13 Abs. 2 der Verordnung nachgewiesenen Organe und Einrichtungen haben, in der Regel jährlich, dem gemäß § 12 zuständigen Staatsorgan bzw. Endarchiv Verzeichnisse des aus den aktenführenden Stellen übernommenen dienstlichen Schriftgutes zur Entscheidung über Aufbewahrung oder Kassation vorzulegen. Ausgenommen davon sind die gemäß § 19 dem vereinfachten Kassationsverfahren unterliegenden Schriftgutkategorien.

(2) Die eingereichten Verzeichnisse sind den antragstellenden Organen und Einrichtungen mit dem Entscheidungsvermerk zurückzugeben.

(3) Die Organe und Einrichtungen haben die sichere Aufbewahrung des durch Entscheidung gemäß Abs. 2 zur dauernden Aufbewahrung bestimmten Archivgutes zu gewährleisten.

(4) Das zur dauernden Aufbewahrung bestimmte Archivgut ist im Verwaltungsarchiv zu erschließen und gemäß § 15 Abs. 1 für die spätere Übergabe vorzubereiten. Die als Ergebnis der Erschließung entstehenden Findhilfsmittel sind dem zuständigen Endarchiv in einer Ausfertigung vorab zu übergeben.

(5) Bei der Übergabe von Archivgut an andere Organe und Einrichtungen ist das zuständige Endarchiv zu informieren.

(6) Das durch Entscheidung gemäß § 14 der Verordnung nicht als Archivgut zur Übergabe an das zuständige Endarchiv bestimmte dienstliche Schriftgut verbleibt bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfristen im zuständigen Verwaltungsarchiv und ist in eigener Verantwortung zu kassieren. Die bestätigten Verzeichnisse des zur Kassation freigegebenen dienstlichen Schriftgutes sind als Nachweis 20 Jahre nach der Kassation aufzubewahren.

§ 14

(1) Die Übergabe des Archivgutes an die zuständigen Endarchive erfolgt durch die
- zentralen Staatsorgane und Einrichtungen nach Ablauf von 20 Jahren,
- wirtschaftsleitenden Organe, örtlichen Staatsorgane, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen nach Ablauf von 10 Jahren,
- sozialistischen Genossenschaften, einschließlich deren kooperativen Einrichtungen im gegenseitigen Einvernehmen.

(2) Die Übergabefristen beginnen mit dem ersten Tag des auf die Schließung der Akten folgenden Kalenderjahres. Zwischen den übergabepflichtigen Organen und Einrichtungen und dem zuständigen Endarchiv können in begründeten Fällen andere als im Abs. 1 genannte Übergabefristen vereinbart werden.

(3) Der Übergabetermin wird zwischen dem Verwaltungsarchiv und dem zuständigen Endarchiv vereinbart.

§ 15

(1) Die Übergabe des Archivgutes an die zuständigen Endarchive erfordert neben der Einhaltung der Bestimmungen gemäß § 14 Absätze 1 und 2 die
- Übergabe in sich geschlossener Aktengruppen,
- Bewertung,
- Erschließung des zu übergebenden Archivgutes durch das Verwaltungsarchiv,
- Übergabe einer Ausfertigung der in den Verwaltungsarchiven erarbeiteten Findhilfsmittel gemäß § 13 Abs. 4.

(2) Für die ordnungsgemäße Übergabe des Archivgutes an das zuständige Endarchiv sind die Organe und Einrichtungen verantwortlich.

(3) Die Endarchive sind berechtigt, die Übernahme von Archivgut, das vorstehenden Anforderungen nicht entspricht, abzulehnen und befristete Auflagen zur Beseitigung der festgestellten Mängel zu erteilen.

§ 16

(1) Für die Sicherung des Archivgutes aufgelöster Organe und Einrichtungen ist bis zur Erreichung der Übergabefrist gemäß § 14 Abs. 1 der Rechtsnachfolger verantwortlich.

(2) Das Archivgut aufgelöster Organe und Einrichtungen ohne Rechtsnachfolger ist nach Erfüllung der Forderungen gemäß § 15 Abs. 1 durch das mit der Abwicklung beauftragte Organ dem zuständigen Endarchiv zu übergeben, auch wenn die Übergabefrist gemäß § 14 Abs. 1 noch nicht erreicht ist.

(3) Das nur befristet aufzubewahrende dienstliche Schriftgut aufgelöster Organe und Einrichtungen ist in das Verwaltungsarchiv des Rechtsnachfolgers bzw. des übergeordneten Organs zu übernehmen und bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfristen zu sichern.

III.
Kassationsverfahren
§ 17

(1) Dienstliches Schriftgut, dessen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind und das keinen gesellschaftlichen Wert mehr besitzt, ist zu kassieren.

(2) Für die Ordnungsmäßigkeit des Kassationsverfahren ist der zuständige Archivar verantwortlich, unabhängig davon, ob die Kassation im Verwaltungsarchiv oder in der aktenführenden Stelle erfolgt.

§ 18

Die Kassation dienstlichen Schriftgutes ist nur zulässig, wenn
- die Vorgänge abgeschlossen, kein Archivgut sind und für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden,
- geprüft worden ist, daß die Betreffsangaben der zur Kassation vorgesehenen Akteneinheiten mit deren Inhalt übereinstimmen,
- die Nachweispflicht erloschen ist,
- die notwendigen Revisionen durchgeführt und die erteilten Auflagen erteilt sind,
- die schriftliche Zustimmung des zuständigen Leiters vorliegt.

§ 19

(1) Im vereinfachten Kassationsverfahren können Schriftgutkategorien, die,
- in dem von der Staatlichen Archivverwaltung herausgegebenen „Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien" aufgeführt sind,
- in den von der Staatlichen Archivverwaltung bestätigten Schriftgutbewertungsverzeichnissen einzelner Volkswirtschaftsbereiche oder Industriezweige festgelegt und als vereinfacht zu kassieren gekennzeichnet sind,

durch die Organe und Einrichtungen in eigener Verantwortung unter Beachtung der geltenden Rechtsvorschriften kassiert werden.

(2) Das vereinfachte Kassationsverfahren ist auch von den Organen und Einrichtungen durchzuführen, die gemäß § 14 Abs. 3 der Verordnung davon entbunden sind, die Entscheidung über die dauernde Aufbewahrung von dienstlichem Schriftgut als Archivgut bei den zuständigen Staatsorganen oder Endarchiven zu beantragen.

(3) Über die Kassation von dienstlichem Schriftgut gemäß den Absätzen 1 und 2 entscheiden die Leiter der Organe und Einrichtungen bzw. die Leiter der Struktureinheiten, bei denen das zu kassierende Schriftgut entstanden ist. Das übergeordnete Organ kann sich das Entscheidungsrecht vorbehalten.

(4) Die vereinfachte Kassation von dienstlichem Schriftgut ist protokollarisch nachzuweisen. Diese Nachweise sind 10 Jahre aufzubewahren.

(5) Die Kassation von dienstlichem Schriftgut nicht mehr bestehender Organe und Einrichtungen ist gemäß § 14 Abs. 2 der Verordnung genehmigungspflichtig.

§ 20

(1) Für die im Rahmen der Ersatzverfilmung hergestellten Mikrofilmaufnahmen gelten dieselben Aufbewahrungsfristen, wie für die Originaldokumente.

(2) Dienstliches Schriftgut, das gemäß der Richtlinie für die Mikroverfilmung von Schrift- und Zeichnungsgut – Anlage zum Beschluß vom 19. September 1972 über die Mikroverfilmung von Schrift- und Zeichnungsgut (GBl. II Nr. 57 S. 639) – ersatzverfilmt ist, kann unter Beachtung der Bestimmungen des § 18 vierter und fünfter Ordnungsstrich vor Ablauf der Aufbewahrungs-

fristen kassiert werden, sofern nicht aus Gründen des Rechtsnachweises die Aufbewahrung der Originaldokumente erforderlich ist. Von der Kassation ausgenommen ist das Archivgut.

(3) Für die Kassation verfilmten dienstlichen Schriftgutes gelten im übrigen die Bestimmungen der §§ 18 und 19.

§ 21

Nach erteilter Kassationsgenehmigung und Ablauf der Aufbewahrungsfristen ist das ausgesonderte dienstliche Schriftgut unter Beachtung der dafür geltenden Bestimmungen der Vernichtung zuzuführen.

IV.

Schlußbestimmungen

§ 22

Diese Durchführungsbestimmung tritt am 1. Mai 1976 in Kraft."

Zu 1.1. und 1.2.:

Kommentar zu den neuen Rechtsvorschriften für das staatliche Archivwesen (AM 26/1976/4, S. 136)

1.3. Gesetz vom 3. Juli 1980 zum Schutz des Kulturgutes der DDR – Kulturgutschutzgesetz – (GBl. I Nr. 20 S. 191)

Auszug:

„§ 2

Geschütztes Kulturgut

(1) Kulturgut im Sinne dieses Gesetzes ist alles für das gesellschaftliche Leben der Deutschen Demokratischen Republik besonders bedeutungsvolle Gut von hohem historischem, wissenschaftlichem oder künstlerischem Wert, das nationale oder internationale Bedeutung erlangt hat oder erlangen kann. Die zum Kulturgut gehörenden Kategorien, wie Zeugnisse der Geschichte und Vorgeschichte einschließlich der Geschichte der Produktivkräfte, archäologische Funde, Zeugnisse der Gesellschafts- und Naturwissenschaften, der Literatur und Kunst sowie der Architektur, werden durch Rechtsvorschriften näher bestimmt.

(2) Als Kulturgut der Deutschen Demokratischen Republik unterliegt dem Schutz dieses Gesetzes insbesondere

1. alles Kulturgut, das als Bestand der Museen, Archive, Bibliotheken und anderen Einrichtungen, in Kombinaten, Betrieben und sozialistischen Genossenschaften, staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen, als Denkmal sowie als Kulturbesitz der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Bürger oder in anderer Eigenschaft seinen ständigen Standort im Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik hat,
2. alles Kulturgut, das durch die individuelle oder kollektive Schöpferkraft der Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik entsteht,
3. alles für die Deutsche Demokratische Republik bedeutsame Kulturgut, das Ausländer oder Staatenlose mit ständigem Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik in deren Hoheitsgebiet schaffen,
4. alles Kulturgut, das im Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik als Volkseigentum aufgefunden wird,
5. alles Kulturgut, das zum Verbleib in die Deutsche Demokratische Republik rechtmäßig eingeführt wird."

„§ 7
Schutz und Erhaltung des Kulturgutes

(1) Die Rechtsträger, Eigentümer und anderen Verfügungsberechtigten sowie die Besitzer von Kulturgut haben dieses zu schützen und zu erhalten. Diese Verpflichtung umfaßt die Sicherung des Kulturgutes vor Verlust, Beschädigung und Zerstörung, vor Gefährdungen durch Nutzung, Transport oder Lagerung sowie seine Bewahrung vor Beeinträchtigungen und Schaden durch äußere Einflüsse oder durch Zerfall.

(2) Die Erhaltung von Kulturgut umfaßt auch alle Maßnahmen zur Wiederherstellung der ursprünglichen Substanz und Wirkung unter Berücksichtigung seiner normalen altersbedingten Veränderungen."

1.4. Erste Durchführungsbestimmung vom 3. Juli 1980 zum Kulturgutschutzgesetz – Geschütztes Kulturgut – (GBl. I Nr. 21 S. 213)

Auszug:

„Aufgrund des § 15 des Kulturgutschutzgesetzes vom 3. Juli 1980 (GBl. I Nr. 20 S. 191) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane folgendes bestimmt:

§ 1

Geschütztes Kulturgut im Sinne des § 2 Abs. 1 des Gesetzes sind insbesondere folgende Kategorien und Gegenstände:

1. Dokumente und andere gegenständliche Zeugnisse der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, des deutschen Volkes und der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Beziehungen zu anderen Staaten und Völkern;
2. zu Denkmalen erklärte Objekte;
3. Gegenstände, die Zeugnisse der Entwicklungsgeschichte der Wissenschaft und Technik, des Handwerks, des Kunsthandwerks, der Konsumgüterproduktion, des Verkehrs- und Kommunikationswesens, der Landwirtschaft, des Militärwesens, der Körperkultur und des Sports und anderer gesellschaftlicher Bereiche sind, wie z. B. Produktionsinstrumente, Verkehrs- und Nachrichtenmittel, Konsumgüter, Spielzeug, Meßgeräte und andere wissenschaftliche Instrumente, medizinisches Gerät, Waffen und Ausrüstungen, Sportgeräte sowie wissenschaftlich-technische Aufzeichnungen, Darstellungen und Dokumente;
4. Zeugnisse der Entwicklung der Natur, insbesondere Typusmaterial, Präparate zu seltenen, ausgestorbenen oder gefährdeten Tier- und Pflanzenarten sowie Sammlungen und Einzelstücke von wissenschaftlich wertvollen Fossilien und Mineralien;
5. Bodenaltertümer, insbesondere aus ur- und frühgeschichtlicher Zeit;
6. Gegenstände von ethnologischem Interesse;
7. Gegenstände, die Ergebnisse der bildenden und angewandten Kunst sind, wie Plastiken, Reliefs, Gedenktafeln, Malerei, Handzeichnungen und Druckgrafiken von Künstlern und Volkskunstschaffenden;
8. Kunst- und Gebrauchsgegenstände von antiquarischer Bedeutung, insbesondere Möbel, Gobelins, Teppiche, Stickereien, Spitzen, lithurgisches Gerät sowie andere antiquarische Gegenstände aus Porzellan, Keramik, Glas, Leder, Stein, Mineralien, Metall, Holz, Elfenbein, Kunststoff oder anderen Materialien sowie Materialverbindungen;
9. Sammlungen und Archive einschließlich Film-, Foto- und Phonoarchive sowie Einzelstücke von sammlerischem Interesse, wie Schallplatten und andere Tonträger, Plakate, historische Ansichtskarten, Prospekte und geografische Darstellungen;
10. Autographen, Einzel-, Erst- und Jubiläumsausgaben der Werke von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Dichtern, Komponisten und anderen bedeutenden Persönlichkeiten des gesellschaft-

lichen Lebens, bibliophile Ausgaben, Nachlaßbibliotheken hervorragender Persönlichkeiten und solche, die infolge ihrer Geschlossenheit von besonderem kulturellem Wert sind, Rara und Druckerzeugnisse von antiquarischer Bedeutung;

11. Inkunabeln, historisch und wissenschaftlich bedeutende Handschriften;
12. Nachlässe oder einzelne Nachlaßgegenstände bedeutender Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens, die Zeugnisse ihres politischen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder anderen gesellschaftlichen Schaffens und Wirkens bzw. ihres Lebens sind;
13. Musikinstrumente namhafter Künstler und Instrumentenbauer sowie von bedeutendem künstlerischem und wissenschaftlichem Wert;
14. Pläne (zeichnerische Darstellungen) sowie Modelle hervorragender architektonischer und städtebaulicher Leistungen, die für die Entwicklung der nationalen Architektur und des Städtebaus von besonderer Bedeutung sind, sowie bedeutende Architekturuurteile;
15. Sammlungen historischer und zeitgenössischer Münzen und Briefmarken sowie Einzelstücke mit Ausnahme kursfähiger Münzen und in der Deutschen Demokratischen Republik herausgegebener, noch gültiger Postwertzeichen;
16. Orden, Ehrenzeichen, Medaillen, Ehrenurkunden sowie Siegel von historischer Bedeutung."

Vierte Durchführungsbestimmung vom 24. September 1984 zum Kulturgutschutzgesetz. Siehe: 3.4.11.4.

1.5. **Anordnung vom 6. Dezember 1971 zum Schutz der Dienstgeheimnisse** (GBl. Sonderdruck Nr. 717)

1.6. **Anordnung vom 24. Februar 1983 über den Umgang mit Dienstsachen und die Erteilung von Dienstaufträgen** (GBl. Sonderdruck Nr. 1119)

Auszug:

„§ 2
Dienstsachen

(1) Dienstsachen im Sinne dieser Anordnung sind der Teil des dienstlichen Schriftgutes, der nicht Staats- oder Dienstgeheimnis ist, sich im Bestand der Organe und Betriebe befindet, der Erfüllung ihrer Aufgaben dient und sich auf ihre Tätigkeit bezieht.

(2) Der Umgang mit Dienstsachen hat so zu erfolgen, daß er der rationellen Erfüllung der Aufgaben dient. Dienstsachen sind im staatlichen Interesse oder im Interesse der Bürger vor Mißbrauch, Verlust, Beschädigung oder unbefugter Offenbarung bzw. Kenntnisnahme zu schützen."

„§ 4
Aufbewahrung und Registrierung

(1) Über die Dienstsachen ist ein ständiger Überblick zu gewährleisten, Ordnungsprinzipien wie Aktenplan, Thesauren u. ä. sind anzuwenden.

(2) Dienstsachen sind grundsätzlich im Verkehr zwischen den Organen und Betrieben beim Aus- und Eingang zu registrieren.

(3) Nach Arbeitsschluß sind Dienstsachen grundsätzlich in verschlossenen Räumen und möglichst in verschlossenen Behältnissen aufzubewahren."

„III.
Aussonderung und Vernichtung
§ 8
Aussonderung

(1) Dienstsachen, deren Aufbewahrungsfrist abgelaufen ist oder die nicht mehr benötigt werden, sind zur Vernichtung auszusondern.

(2) Von der Aussonderung zur Vernichtung sind Dienstsachen ausgeschlossen, die durch Entscheidung der zuständigen staatlichen Organe bzw. Archive der dauernden Aufbewahrung als Archivgut unterliegen.

(3) Die Aufbewahrung von zur Vernichtung ausgesonderten Dienstsachen hat so zu erfolgen, daß Unbefugte keinen Zugriff haben und Verluste sowie eine mißbräuchliche Verwendung ausgeschlossen sind.

§ 9
Vernichtung

(1) Die Vernichtung von Dienstsachen und NfD hat bei Gewährleistung der erforderlichen Sicherheit und unter Berücksichtigung der materiellen Beschaffenheit so zu erfolgen, daß eine vollständige volkswirtschaftliche Verwertung erreicht wird.

(2) Die Vernichtung von Dienstsachen und NfD durch Verbrennen und durch andere volkswirtschaftlich nicht vertretbare Formen ist grundsätzlich nicht gestattet. Nach Abstimmung mit dem zuständigen VEB Sekundärrohstofferfassung bzw. der zuständigen Papierfabrik können davon abweichende Festlegungen getroffen werden, sofern eine volkswirtschaftliche Verwertung nicht möglich ist.

(3) Dienstsachen sind vollständig vernichtet, teilvernichtet oder unvernichtet, NfD sind vollständig vernichtet oder teilvernichtet der Verwertung zuzuführen. Die Entscheidung ist unter Beachtung des Aussagewertes der Dienstsache bzw. der NfD zu treffen.

(4) Die teilvernichteten Dienstsachen und NfD sowie die Dienstsachen, die unvernichtet der Verwertung zugeführt werden sollen, sind nicht dem übrigen Altpapier gleichzusetzen.

§ 10

(1) Die vollständige Vernichtung ist durch Nutzung geeigneter Vernichtungstechnik (Naßverkollerungsanlagen, Aktenvernichtungsgeräte) durchzuführen. Sie ist erreicht, wenn aus den verbleibenden Rückständen keine Offenbarung über den Inhalt möglich ist.

(2) Die Teilvernichtung ist durch Zerreißen, Herausreißen wichtiger Teile oder durch andere geeignete Formen des Unkenntlich- oder Ungültigmachens oder durch Nutzung entsprechender Vernichtungstechnik durchzuführen. Sie ist erreicht, wenn aus den verbleibenden Teilen keine Zusammenhänge oder Angaben erkennbar sind, die im staatlichen Interesse oder im Interesse der Bürger geschützt werden müssen.

(3) Dienstsachen, die unvernichtet der Verwertung zugeführt werden, dürfen keine Informationen enthalten, die im staatlichen Interesse oder im Interesse der Bürger zu schützen sind.

(4) Die vollständig vernichteten und die teilvernichteten Dienstsachen und NfD sowie die Dienstsachen, die unvernichtet der Verwertung zugeführt werden, sind gepreßt oder in anderer geeigneter Form verpackt bei den vom VEB Sekundärrohstofferfassung festgelegten Stellen abzuliefern. Im Interesse der Sicherheit oder aus Gründen der Transportökonomie kann eine direkte Zuführung zu den Papierfabriken erfolgen.

(5) Bei der Ablieferung nach Abs. 4 ist dem Übernehmenden eine Erklärung gemäß Anlage zu übergeben. Die Übergabe einer Erklärung entfällt, wenn die Vernichtung in einer Papierfabrik unter Aufsicht eines Beauftragten des abliefernden Organs oder Betriebes vorgenommen wird.

(6) Die Lagerung und der Transport von teilvernichteten Dienstsachen und NfD sowie von unvernichteten Dienstsachen hat so zu erfolgen, daß Unbefugte keinen Zugang haben und Schäden oder Verluste vermieden werden."

1.7. Ordnung vom 22. August 1977 zur Führung von Personalakten, Beschluß des Ministerrats der DDR

1.8. Beschluß vom 19. September 1972 über die Mikroverfilmung von Schriftgut und Zeichnungsgut – Auszug – (GBl. II Nr. 57 S. 625)

Hinweis:

„Entscheidungen über die Ersatzverfilmung sind . . . auf der Grundlage der von der Staatlichen Archivverwaltung bestätigten Schriftgutbewertungsverzeichnisse zu treffen." (Tz. 2.2. der Richtlinie)

„Dauernd aufzubewahrendes Schrift- und Zeichnungsgut ist von der Vernichtung ausgeschlossen. Es ist entsprechend den Rechtsvorschriften den zuständigen staatlichen Archiven zu übergeben." (Tz. 3.7. d. Rl.)

„Die in Rechtsvorschriften und anderen Bestimmungen festgelegten Fristen für die Aufbewahrung von Schrift- und Zeichnungsgut sind auf Erstfilme entsprechend anzuwenden." (Tz. 4.4. d. Rl.)

1.9. Verordnung vom 11. Juli 1985 über Rechnungsführung und Statistik
(GBl. I Nr. 23 S. 261)

(siehe auch 3.4.5. Rechnungsführung und Statistik)

1.10. Beschluß vom 28. Mai 1964 über die Erfassung und Auswertung der in der DDR befindlichen Dokumente über die Zeit der Hitlerdiktatur – Auszug – (GBl. II Nr. 61 S. 575)

1.11. Grundsätze vom 1. März 1978 über die Zusammenarbeit der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR und der Zentralbibliothek der Gewerkschaften beim Bundesvorstand des FDGB auf dem Gebiet des Archivwesens.

Hinweis:

Enthält grundsätzliche Festlegungen zur Bestimmung von Archivgut bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen, dessen Aufbewahrung in den Verwaltungsarchiven sowie die Übernahme in staatliche Endarchive.

2. Bestimmungen für das staatliche Archivwesen

2.1. Grundsätze der Wertermittlung für die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut der sozialistischen Epoche in der Deutschen Demokratischen Republik, Potsdam 1965
Dazu: Neufassung der Definition für die Wertkategorie 2, (AM 22 /1972/ 1, S. 34)

2.2. Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum 1945 bis 1981, Potsdam 1984, unveränderter Nachdruck Berlin 1987
Dazu: E. Brachmann-Teubner, Das Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive für den Zeitraum 1945 bis 1982, ein Arbeitsbericht (AM 35 /1985/ 1, S. 24)

2.3. Prinzipien für die Auswahl von Dokumenten mit Informationswiederholung als Archivgut (am Beispiel des Bereichs Landwirtschaft) – Empfehlungen – Potsdam 1979
Dazu: Erläuterungen (AM 30 /1980/ 1, S. 17)

2.4. Rahmensystematik zur Einstufung der staatlichen Registraturbildner in Wertkategorien
Teil 1 Industrie, Potsdam 1971
Teil 2 Materielle Bereiche außer Industrie, Potsdam 1972
Teil 3 Nichtmaterielle Bereiche, Potsdam 1973
(Begrenzter Verteiler)
Dazu: L. Enders, Theorie und Praxis im Bewertungsprozeß am Beispiel neuer Bewertungshilfen (AM 23 /1973/ 6, S. 206)

2.5. Anweisung Nr. 18/82 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 4. März 1982 über die Aufstellung der Nomenklaturen der Kreis- und Stadtarchive (Begrenzter Verteiler)
Dazu: Rahmen-Nomenklatur für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1982

2.6. Rahmenarchivgutverzeichnis für den Bereich Industrie 1949 bis 1975, Potsdam 1982, Unveränderter Nachdruck Berlin 1987
Dazu: M. Schlombs, Das Rahmenarchivgutverzeichnis Industrie als komplexes Bewertungsinstrument, Erfahrungs- und Problembericht (AM 30 /1980/ 4, S. 134)

2.7. Archivgutverzeichnis Planung, Rechnungsführung und Statistik 1960 bis 1975, Weimar 1977/79
Teil I Leitung und Organisation der Planung und statistischen Berichterstattung
Teil II Planung
Teil III Rechnungsführung
Teil IV Staatliche Statistik
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1983
  Teil I Leitung und Organisation der Planung und statistischen Berichterstattung

(Begrenzter Verteiler)

2.8. Archivgutverzeichnis für den Bereich Finanzen 1963 bis 1973, Magdeburg 1979
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1984

(Begrenzter Verteiler)

2.9. Archivgutverzeichnis für den Bereich Kultur, 1958 bis 1976, Weimar 1982
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1985

(Begrenzter Verteiler)

2.10. Archivgutverzeichnis für den Bereich Gesundheits- und Sozialwesen 1963 bis 1973, Potsdam 1976
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1986

(Begrenzter Verteiler)

2.11. Archivgutverzeichnis für den Bereich Bauwesen 1963 bis 1973, Magdeburg 1980
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1986

(Begrenzter Verteiler)

2.12. Archivgutverzeichnis des Bereiches Post- und Fernmeldewesen 1960 bis 1975, Dresden 1986
(Begrenzter Verteiler)

2.13. Archivgutverzeichnis für den Bereich Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft 1963 bis 1974, Schwerin 1978
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive für den Bereich der Produktionsgenossenschaften der sozialistischen Landwirtschaft, Potsdam 1986

(Begrenzter Verteiler)

2.14. Archivgutverzeichnis für den Bereich Volksbildung 1958 bis 1977, Weimar 1977
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1984

(Begrenzter Verteiler)

2.15. Archivgutverzeichnis für den Bereich Jugendfragen, Körperkultur und Sport 1963 bis 1977, Weimar 1978
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1986

(Begrenzter Verteiler)

2.16. Archivgutverzeichnis für den Bereich Berufsbildung 1958 bis 1978, Weimar 1979
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1986

(Begrenzter Verteiler)

2.17. Archivgutverzeichnis für den Bereich Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Potsdam 1979
(Begrenzter Verteiler)

2.18. Archivgutverzeichnis für den Bereich Arbeit und Löhne 1966 bis 1976, Schwerin 1984
- Auszug für die Kreis- und Stadtarchive, Potsdam 1986

(Begrenzter Verteiler)

2.19. Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien (RVK), Berlin 1986
Dazu Kommentar:
Zur Einführung des überarbeiteten Rahmenverzeichnisses für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien (AM 37 /1987/ 2, S. 59)

2.20. Bewertung von Tonbandaufzeichnungen (Mitteilungen der Staatlichen Archivverwaltung Nr. 10 /1970/ S. 12)

2.21. Theoretisch-methodische Grundlagen der Bewertung von Kino-, Foto- und Phonodokumenten als Archivgut – Empfehlungen – Potsdam 1981

2.22. Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für die staatlichen Archive der DDR, Potsdam 1964
- Ergänzung 1: Druckschriften, Potsdam 1970
- Ergänzung 2: Karten und Pläne, Potsdam 1975
- Ergänzung 3: Fotografische Reproduktionen (Filme), Potsdam 1972

2.23. Richtlinie vom 23. Dezember 1976 über die wertmäßige Gruppierung der Archivbestände, Potsdam 1976
Anlage 1: Vorgaben für die Gruppierung der Archivbestände
(Begrenzter Verteiler)

2.24. Bewertungsmodell für den Registraturbildnertyp Kapitalistischer Industriebetrieb; Ordnungsmodell für Bestände kapitalistischer Industriebetriebe, Potsdam 1979

2.25. Methodischer Leitfaden vom 26. September 1985 zur Ordnung des Bestandstypes Kreistag und Rat des Kreises ab 1952, Potsdam 1985

2.26. Methodischer Leitfaden zur Ordnung des Bestandstypes Stadtverordnetenversammlung und Rat der Stadt, Potsdam 1987

2.27. Methodischer Leitfaden zur Ordnung des Bestandstypes Gemeindevertretung und Rat der Gemeinde, Potsdam 1987

2.28. Richtlinie vom 1. September 1979 für die Erfassung und Übernahme von dienstlichem Schriftgut aus den aktenführenden Stellen durch die Verwaltungsarchive, Potsdam 1979, unveränderter Nachdruck 1985

3. Bereichsspezifische Bestimmungen

3.1. Volkskammer, Staatsrat, Ministerrat

3.1.1. Aktenplan des Sekretariats der Volkskammer der DDR. Oktober 1974

3.1.2. Dienstanweisung 8/76 vom 26. Oktober 1976 zur Schriftgutverwaltung und zur Arbeit mit dem Aktenplan;
Anlage: Aktenplan der Dienststelle des Staatsrates der DDR

3.1.3. Aktenplan für den Apparat des Ministerrates. Dezember 1980

3.1.4. Aktenplan der Gästehäuser des Ministerrates vom 7. Juli 1986

3.1.5. Schriftgutbewertungsverzeichnis des Palastes der Republik. März 1986

3.1.6. Aktenplan der Versorgungseinrichtung des Ministerrates vom 30. November 1984

3.1.7. Aktenplan des Sport- und Erholungszentrums Berlin. 1985

3.1.8. Ordnung 17.0-2 vom 17. Juli 1981 über das Archivwesen in der Staatlichen Verwaltung der Staatsreserve. Anlage 2: Einheitsaktenplan vom 3. Mai 1984 (mit Aufbewahrungsfristen)

3.2. Bereich Industrie

3.2.1. Kohle und Energie

3.2.1.1. Brennstoffinstitut Freiberg
- Katalog vom 21. Februar 1968 über Schriftgut, das einer Aufbewahrungsfrist von mehr als 5 Jahren bzw. der dauernden Aufbewahrung unterliegt
- Katalog vom 21. Februar 1968 über Schriftgut, das einer Aufbewahrungsfrist bis zu 5 Jahren unterliegt.

3.2.1.2. Institut für Energetik/ZRE Leipzig
Schriftgutkatalog vom 1. Januar 1974

3.2.1.3. Staatliche Hauptlastverteilung/Staatliche Hauptgasverteilung
Aktenplan mit Aufbewahrungsfristen – Schriftgutbewertungsverzeichnis – vom 1. Oktober 1983

3.2.1.4. VEB Staatliche Kohleversorgung
Rahmenaktenplan (Schriftgutbewertungsverzeichnis). Ausgabe 1985.
Hinweis:
Gleichzeitig Arbeitsgrundlage für die den VEB Energiekombinaten unterstellten VEB Kohlehandel

3.2.1.5. VE Kombinat Braunkohlenkraftwerke
- Kombinatsanweisung Nr. 5/85 vom 1. September 1985
  Schriftgutordnung
- Kombinatsanweisung Nr. 6/85 vom 1. September 1985
  Aktenplan mit Schriftgutbewertung
- Kombinatsanweisung Nr. 7/85 vom 1. September 1985
  Rahmenarchivordnung

3.2.1.6. VE Braunkohlenkombinat Senftenberg
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1983

3.2.1.7. VE Braunkohlenkombinat Bitterfeld
Rahmenaktenplan mit Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1986

3.2.1.8. VEB Energiekombinate
Schriftgutbewertungsverzeichnis, November 1983

3.2.1.9. VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe
Arbeitsanweisung Nr. I – 1.22/83 vom 1. Dezember 1983.
Rahmenaktenplan mit Schriftgutbewertungsverzeichnis

3.2.1.10. VE Kombinat Anlagenbau Braunkohle
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1985

3.2.1.11. VE Kombinat Kernkraftwerke „Bruno Leuschner" Greifswald
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1985

3.2.1.12. VEB Kombinat Gasanlagen Mittenwalde
Rahmenaktenplan mit Schriftgutbewertungsverzeichnis, o. J.

3.2.2. *Erzbergbau, Metallurgie und Kali*

3.2.2.1. VEB Mansfeld-Kombinat Eisleben
Organisationsanweisung vom August 1977 zur Kassation von Fertigungsunterlagen

3.2.2.2. VEB Kombinat Kali Sondershausen
Ordnung Nr. 2/75 vom 12. Februar 1975 – Rahmenaktenordnung für die Kali- und Spatindustrie –
Ziffer 2.4. Rahmenaktenplan mit Bewertungsrichtlinie

3.2.2.3. VEB Kombinat Kali Sondershausen
Archiv – Information Nr. 3/1982
- Verzeichnis für vereinfachte Kassation bestimmter Schriftgutkategorien, die nicht im Rahmenaktenplan erfaßt sind
- Ergänzung zur Rahmenarchivordnung Nr. 2/75 gemäß der Verordnung vom 25. Juni 1982 über Planung, Vorbereitung und Durchführung von Folgeinvestitionen (GBl. I Nr. 23)

3.2.2.4. VEB Bandstahlkombinat „Hermann Matern" Eisenhüttenstadt
Rahmenaktenplan mit Aufbewahrungsfristen vom 1. Januar 1984

3.2.3. *Chemische Industrie*

3.2.3.1. Pharmazeutische Industrie
Rahmenarchivordnung der VVB Pharmazeutische Industrie vom 1. Oktober 1965

3.2.3.2. VEB Gummikombinat Thüringen Waltershausen
Aktenplan mit Schriftgutkatalog vom 1. Januar 1971

3.2.3.3. VEB Chemiefaserkombinat Schwarza
Erweiterter Rahmenaktenplan vom 8. Oktober 1971

3.2.3.4. VEB Chemieanlagenbaukombinat Leipzig – Grimma
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Oktober 1981

3.2.3.5. VEB Chemieanlagenbau Erfurt – Rudisleben
Aktenplan mit Bewertungsrichtlinien, o. J.

3.2.4. *Elektrotechnik und Elektronik*

3.2.4.1. Verfügung Nr. 24/76 des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik vom 26. Juli 1976 zur Durchsetzung der Verordnung über das staatliche Archivwesen
Anlage 3: Rahmenaktenplan des Industriebereiches
Anlage 4: Schriftgutbewertungsverzeichnis
Anlage 5: Schriftgutordnung

3.2.4.2. VEB Kombinat Keramische Werke Hermsdorf
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. September 1977

3.2.4.3. VEB Dienstleistungen Haus der Elektroindustrie Berlin
Aktenplan vom 1. November 1978

3.2.5. *Schwermaschinen- und Anlagenbau*

3.2.5.1. VEB Kombinat Schiffbau Rostock
Ordnungen für das Registratur- und Archivwesen. -- LS 1/1984
- LS – 1.1./1984 Rahmen-Registraturordnung
- LS – 1.2./1984 Ordnung zur Anwendung des Aktenplanes/ Schriftgutbewertungsverzeichnis
- LS – 1.3./1984 Rahmenarchivordnung

3.2.5.2. VEB Maschinenfabrik Halle
Betriebsaktenplan mit Aufbewahrungsfristen vom 6. Juni 1977

3.2.5.3. VEB Hydraulik Schwerin
Nomenklatur für Fristen der Aufbewahrung gemäß Ordnungsmäßigkeit in Rechnungsführung und Statistik
Anlage: Rahmenaktenordnung vom 20. November 1977

3.2.6. *Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau*

3.2.6.1. VEB Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober" Berlin
Rahmenaktenplan mit Aufbewahrungsfristen vom 24. Juli 1974

3.2.7. *Leichtindustrie*

3.2.7.1. VEB Kombinat Deko Plauen
Einheitliche Dokumente für das Registratur- und Archivwesen
1. Registraturordnung vom 31. Juli 1979
2. Ordnung vom 25. August 1980 über die Anwendung des Schriftgutbewertungsverzeichnisses
   Anlage 1: Schriftgutbewertungsverzeichnis
   Anlage 2: Sachwortregister
3. Archivordnung vom 13. August 1978

3.2.7.2. VEB Kombinat Wolle und Seide Meerane
Einheitliche Dokumente für das Registratur- und Archivwesen
1. Registraturordnung vom 15. Januar 1982
2. Ordnung vom 15. Januar 1982 über die Anwendung des Schriftgutbewertungsverzeichnisses
   Anlage: Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Juni 1982
3. Archivordnung vom 15. Januar 1982
   Anlage: Richtlinie über die Erfassung, Vorbereitung und Durchführung der Übergabe/Übernahme von Registraturgut

3.2.7.3. VEB Textilkombinat Cottbus
- Registraturordnung vom 1. September 1984
- Ordnung vom 1. September 1984 über die Anwendung des Schriftgutbewertungsverzeichnisses

3.2.7.4. VEB Kombinat Oberbekleidung Erfurt
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1985

3.2.7.5. VEB Kombinat Baumwolle Karl-Marx-Stadt
Einheitliche Dokumente für das Akten-, Schriftgutbewertungs- und Archivwesen
1. Dienstanweisung Nr. 9/84 vom 18. September 1984 über die Anwendung des Aktenplanes/Schriftgutbewertungsverzeichnisses
Anlage 1: Aktenplan/Schriftgutbewertungsverzeichnis
Anlage 2: Sachwortregister
2. Dienstanweisung Nr. 10/84 vom 18. September 1984 über die Durchsetzung von Ordnung und Sicherheit beim Umgang mit Dienstsachen und Überlieferungen – Archivordnung –

3.2.7.6. VEB Kombinat Technische Textilien Karl-Marx-Stadt
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1984

3.2.7.7. VEB Kombinat Lederwaren Schwerin
– Registraturordnung vom 1. Januar 1986
– Ordnung vom 30. Mai 1985 über die Anwendung des Schriftgutbewertungsverzeichnisses
– Archivordnung vom 30. Juli 1985

3.2.7.8. VEB Strumpfkombinat „Esda" Thalheim
Einheitliche Dokumente für das Registratur- und Archivwesen
– Rahmenaktenplan mit Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1984.

3.2.8. Allgemeiner Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau

3.2.8.1. VEB Kombinat NAGEMA Dresden
Aktenplan vom 1. Mai 1982

3.2.9. Bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie
(aus diesem Bereich liegen z. Zt. keine bereichsspezifischen Bestimmungen vor)

3.2.10. Glas- und Keramikindustrie

3.2.10.1. VEB Staatliche Porzellanmanufaktur Meißen
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1977

3.2.10.2. VEB Kombinat Fliesen und Sanitärkeramik „Kurt Bürger" Boizenburg
Aktenplan vom 1. Januar 1977

3.2.11. Geologie, Bergbauaufsicht und -sicherung

3.2.11.1. Erste Durchführungsverordnung vom 12. Mai 1969 zum Berggesetz der DDR (GBl. II Nr. 40 S. 257)

Hinweis:
§ 29 enthält Bestimmungen über Anfertigung und Verbleib von Stellungnahmen zu Bauvorhaben und Maßnahmen in bergschadengefährdeten Gebieten

3.2.11.2. Anordnung vom 21. Januar 1985 über die Sachverständigen der Obersten Bergbehörde – Sachverständigenordnung – (GBl. I Nr. 5 S. 63)

Hinweis:
§ 21: „Die dokumentierten Arbeitsergebnisse der Sachverständigen sind von dem Betrieb, für den die Sachverständigentätigkeit ausgeübt wurde, mindestens 10 Jahre, gerechnet vom Ausstellungsdatum, aufzubewahren. Arbeitsergebnisse zu bergbaulichen Anlagen und Geräten sind solange aufzubewahren, wie die Anlagen oder Geräte betrieben werden oder bestehen. Soweit bestimmte Arbeitsergebnisse für die Einschätzung der Bergbausicherheit und öffentlichen Sicherheit auch nach der Stillegung bergbaulicher Anlagen von Bedeutung sind, sind sie ständig aufzubewahren."

3.2.11.3. Anordnung vom 10. Juli 1969 über die Festsetzung, öffentliche Bekanntmachung und Registrierung von Bergbauschutzgebieten (GBl. II Nr. 62 S. 405)

Hinweis:
enthält Nachweis der über Bergbauschutzgebiete zu führenden Dokumentation und deren Verbleib

3.2.11.4. Anordnung vom 10. April 1970 über die Wiederurbarmachung bergbaulich genutzter Bodenflächen – Wiederurbarmachungsanordnung – (GBl. II Nr. 38 S. 279)

Hinweis:
enthält Nachweis der über wiederurbarzumachende bergbaulich genutzte Bodenflächen zu führenden Dokumentation und deren Verbleib

3.2.11.5. Anordnung vom 19. Oktober 1971 über die Verwahrung unterirdischer bergbaulicher Anlagen – Verwahrungsanordnung – (GBl. II Nr. 73 S. 621)

Hinweis:
enthält Bestimmungen über die über unterirdische bergbauliche Anlagen zu führende Dokumentation und deren Verbleib

3.2.11.6. Dritte Durchführungsbestimmung vom 12. August 1976 zum Berggesetz der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I Nr. 32 S. 403)

Hinweis:
enthält Bestimmungen über die zu führende Dokumentation der Bergbauschutzgebiete und deren Verbleib

3.2.11.7. Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung Nr. 120/2 vom 5. Oktober 1973 – Bergbausicherheit im Bergbau unter Tage – (GBl. Sonderdruck Nr. 767)

Hinweis:
enthält Bestimmungen über die zu führende Dokumentation und deren Verbleib

3.2.11 8. Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung Nr. 122/1 vom 5. Oktober 1973 – Bergbausicherheit im Bergbau über Tage (GBl. Sonderdruck Nr. 768)

Hinweis:
enthält Bestimmungen über die zu führende Dokumentation und deren Verbleib

3.2.11.9. Anordnung Nr. 2 vom 26. Juli 1983 zur Änderung der Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung Nr. 122/1 – Bergbausicherheit im Bergbau über Tage – (GBl. I Nr. 23 S. 234)

Hinweis:
enthält Grundsätze für das Führen von Tagebaurissen

3.2.11.10. TGL Nr. 6429 Bergbau. Bergmännisches Rißwerk. Archivierung markscheiderischer Daten. Grundsätze. bestätigt 12. Oktober 1971

3.2.11.11. TGL Nr. 6429/02 Bergmännisches Rißwerk. Aufbau und Bestandteile bestätigt 15. März 1977

3.2.11.12. Arbeitsschutz- und Brandschutzanordnung Nr. 127 vom 10. Januar 1975 – Bergbausicherheit an Untergrundspeichern – (GBl. Sonderdruck Nr. 788)

Hinweis:
enthält Bestimmungen über die zu führende Dokumentation und deren Verbleib

3.2.11.13. Anordnung vom 12. August 1983 über die Dokumentation der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung geologischer Untersuchungsarbeiten – Dokumentationsordnung Geologie – (GBl. I Nr. 24 S. 241)

Hinweis:
Anlage zu § 10 der AO enthält Hinweis zur Standardisierung und Archivierung geologischer Dokumentationen und zur Archivierung geologischer Proben

3.2.11.14. Verfügung Nr. 1/86 des Ministeriums für Geologie vom 3. Februar 1986 über die Führung der zentralen Bilanz für unterirdische Hohlräume

3.2.11.15. Zentrales Geologisches Institut/Zentraler Geologischer Fonds – Vorläufiges Rahmenbewertungsverzeichnis für Archivgut geologischer Fonds vom 16. Mai 1986

3.3. Materielle Bereiche außer Industrie

3.3.1. Bauwesen

3.3.1.1. Anordnung Nr. 2 vom 30. Juli 1970 über die Behandlung von bautechnischen Projektierungsunterlagen (GBl. II Nr. 70 S. 501)

Hinweis:
§ 1 (1) regelt den Verbleib von Projektmappen nach Bauausführung und verpflichtet die Rechtsträger von Bauwerken zur sicheren Aufbewahrung der Projektmappen sowie die Behandlung bautechnischer Projektierungsunterlagen nach den Festlegungen der Richtlinie vom 30. Juli 1970 (siehe: 3.3.1.2.)

3.3.1.2. Richtlinie vom 30. Juli 1970 über die Aufbewahrung und Kassation von Schrift-, Bild- und Tonschriftgut einschließlich bautechnischer Projektierungsunterlagen im Bereich der Bauindustrie

3.3.1.3. Verordnung vom 30. Juli 1981 über die Staatliche Bauaufsicht (GBl. I Nr. 26 S. 313)

Hinweis:
Zur Aufbewahrung von Bauunterlagen § 13 der VO:
(1) „Die Rechtsträger oder Eigentümer von Bauwerken sind verpflichtet, eine Grundstücksakte mit allen zeichnerischen und konstruktiven Unterlagen, Zustimmungen, Gutachten, Stellungnahmen, Protokollen der Substanzprüfungen sowie erteilten Auflagen aufzubewahren und auf Verlangen der Staatlichen Bauaufsicht vorzulegen.

(2) Bauunterlagen für Baumaßnahmen der Bevölkerung sind bei dem für den Standort des Bauvorhabens zuständigen Rat der Gemeinde bzw. der Stadt aufzubewahren."

3.3.1.4. Erste Durchführungsbestimmung vom 26. August 1981 zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht (GBl. I Nr. 26 S. 320)

Hinweis:
zu § 13 der VO (vgl. 3.3.1.3.):
§ 12: „Die für die bauaufsichtliche Kontrolle zuständige Staatliche Bauaufsicht hat geprüfte Ausführungsprojekte bis zum Ablauf des Garantiezeitraumes für das Bauwerk aufzubewahren. Zustimmungen staatlicher Organe, Baukarteiblätter und Lagepläne der Bauwerke sind nach Ablauf des Garantiezeitraumes der für den Standort zuständigen Staatlichen Bauaufsicht im Kreis zu übergeben. Diese Unterlagen sind während der Standzeit der Bauwerke aufzubewahren."

3.3.1.5. Dritte Durchführungsbestimmung vom 29. September 1981 zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht – Baufachliche Gutachten und Bausachverständige – (GBl. I Nr. 30 S. 351)

Hinweis:
§ 8: „Die Bausachverständigen haben die Durchschriften ihrer Arbeitsergebnisse 10 Jahre lang aufzubewahren und sie auf Verlangen dem Leiter der zuständigen Staatlichen Bauaufsicht auszuhändigen."

3.3.1.6. Verfügung 116/75 des Ministeriums für Bauwesen vom 20. Juni 1975 über zweigspezifische Festlegungen zur Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinaten – Schriftgutkatalog für Rechnungsführung/Statistik in der volkseigenen Bauindustrie

3.3.1.7. Richtlinie der Deutschen Bauakademie zu Berlin vom 25. Februar 1969 zur Anordnung vom 12. Mai 1966 über das einheitliche System von Rechnungsführung und Statistik in der volkseigenen Industrie – Anlage 7: Schriftgutkatalog (Mitteilungen der Deutschen Bauakademie. Sonderheft 3/1969)

3.3.1.8. Arbeitsordnung der Staatlichen Bauaufsicht vom 22. Oktober 1982. Anlage 6: Schriftgutbewertungsverzeichnis der Staatlichen Bauaufsicht (Mitteilungsblatt Staatliche Bauaufsicht. Sonderheft II)

3.3.1.9. VE Spezialbaukombinat Verkehrsbau Magdeburg
Akten- und Registraturordnung vom 20. Dezember 1967

3.3.1.10. VEB Bau- und Montagekombinat Kohle und Energie Hoyerswerda
Organisationsanweisung Nr. 2/74 vom 22. November 1974 mit Aktenordnung mit Aufbewahrungsfristen

3.3.1.11. VE Bau- und Montagekombinat Erfurt
Aktenplan mit Bewertungshinweisen vom 17. Dezember 1974

3.3.1.12. VEB Bau- und Montagekombinat Schwerin
Kombinats-Organisations-Anweisung Nr. 1/2/80 vom 1. April 1980 mit Rahmenaktenplan

3.3.1.13. VEB Zementkombinat Dessau
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1984

3.3.1.14. VEB (B) Landbaukombinat Potsdam
Aktenplan mit Aufbewahrungsfristen vom 3. Februar 1984

3.3.2. Verkehrswesen

3.3.2.1. Anordnung vom 17. Oktober 1983 über die Tagebuchführung auf Fahrzeugen in der Seefahrt – Tagebuchanordnung (GBl. I Nr. 31 S. 304)

Hinweis:

§ 8: „Abgeschlossene Tagebücher sind 1 Jahr an Bord des Fahrzeuges und danach beim Reeder des Fahrzeuges aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem auf die letzte Eintragung im Tagebuch folgenden Tag.“

3.3.2.2. Anweisung vom 8. August 1979 zur Erteilung von Druckgenehmigungen im zentralgeleiteten Verkehrswesen (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Verkehrswesen. Teil Zivile-Luftfahrt Nr. 9 S. 3)

Hinweis:

Tz. 5: „Die Druckfreigabestellen und die Antragsteller haben alle im Zusammenhang mit der Druckfreigabe vorhandenen Unterlagen 2 Jahre aufzubewahren.“

3.3.2.3. Ministerium für Verkehrswesen
DV 0184 Ordnung vom 1. August 1981 über die Arbeit in den Archiven des Verkehrswesens

3.3.2.4. DV 0184 Teilheft 9 Schriftgutbewertungsverzeichnis der Zivilen Luftfahrt vom 1. August 1981

3.3.2.5. DV 0184 Teilheft 31 Richtlinie vom 1. Juli 1974 für vereinfachte Schriftgutkassationen in den Verkehrszweigen Seeverkehr. Wasserstraßen und Binnenschiffahrt

3.3.2.6. DV 0184 Teilheft 41 Vereinfachte Schriftgutkassation im Verkehrszweig Deutsche Reichsbahn vom 1. Dezember 1976

3.3.2.7. DV 0184 Teilheft 42 Archivkatalog der Deutschen Reichsbahn vom 1. April 1980

3.3.2.8. DV 0184 Teilheft 61 Schriftgutbewertungsverzeichnis des Verkehrszweiges Kraftverkehr und städtischer Nahverkehr vom 1. Juni 1982

3.3.2.9. DV 0184 Teilheft 62 Schriftgutbewertungsverzeichnis des Vekehrszweiges Straßenwesen vom 1 Januar 1983
Anhang II: Festlegung über die Aufbewahrung von Projektierungsunterlagen im zuständigen Verwaltungsarchiv des Straßenwesens

Hinweis:
Grundlage bildet die AO Nr. 2 vom 30. Juli 1970 über die Behandlung von bautechnischen Projektierungsunterlagen (GBl. II Nr. 70 S. 501)

3.3.2.10. DV 0184 Teilheft 71 Schriftgutbewertungsverzeichnis des Verkehrszweiges Seeverkehr und Hafenwirtschaft vom 1. Januar 1984

Hinweis:
Gleichzeitig tritt die Richtlinie für die vereinfachte Schriftgutkassation in den Verkehrszweigen Seeverkehr, Wasserstraßen und Binnenschiffahrt (Teilheft 31) für den Verkehrszweig Seeverkehr und Hafenwirtschaft außer Kraft

3.3.2.11. DV 0185 Dienstvorschrift über den Umgang mit dienstlichem Schriftgut. Schriftgutvorschrift – Mai 1980
Anhang I: Rahmenaktenplan des zentralgeleiteten Verkehrswesens

3.3.2.12. Schriftgutbewertungsverzeichnis der Generaldirektion der Mitropa vom 1. November 1977

3.3.2.13. Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation im VEB Reisebüro vom 15. Oktober 1977

3.3.2.14. Anweisung vom 31. Januar 1979 zur Durchsetzung der Grundsätze vom 1. März 1978 über die Zusammenarbeit der Staatlichen Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR und der Zentralbibliothek der Gewerkschaften beim Bundesvorstand des FDGB auf dem Gebiet des Archivwesens. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Verkehrswesen. Teil Zivile Luftfahrt Nr. 3 S. 1)

Hinweis:
vgl. 1.11.

3.3.3. *Post- und Fernmeldewesen*

3.3.3.1. Aktenplan der Deutschen Post. 1969

– Neufassungen:

Hauptgruppe 1	1981
Hauptgruppe 3	1986
Hauptgruppe 5	1982
Hauptgruppe 7	1978
Hauptgruppe 8	1985
Hauptgruppe 9	1980

Hinweis:
Berichtigungen Nr. 1–20 zum Aktenplan der Deutschen Post in den Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen

3.3.3.2. Katalog für das Massenschriftgut der Deutschen Post. 1980
Berichtigungen veröffentlicht in Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Post- und

und Fernmeldewesen (VM):
- Nr. 1 Vfg. 132/1982 (VM S. 94)
- Nr. 2 Vfg. 68/1983 (VM S. 43)
- Nr. 3 Vfg. 17/1984 (VM S. 10)
- Nr. 4 Vfg 4/1986 (VM S. 3)
- Nr. 5 Vfg. 23/1986 (VM S. 18)

3.3.3.3. DA 1.15. über die Abgabe und Kassation von dienstlichem Schriftgut bei der Deutschen Post

Hinweis:
Abschnitt V: Erfassung, Übergabe und Übernahme von dienstlichem Schriftgut
Abschnitt VI: Bewertung und Erschließung von dienstlichem Schriftgut
Abschnitt VII: Kassation von dienstlichem Schriftgut

3.3.3.4. Programme der Programmsammlung des Instituts für sozialistische Wirtschaftsführung des Post- und Fernmeldewesens
1281-01-00 Fertigen von dienstlichem Schriftgut zu Akteneinheiten für die Übergabe an das Verwaltungsarchiv
1281-02-00 Übernahme von dienstlichem Schriftgut aus aktenführenden Stellen durch den Verwaltungsarchivar
1281-03-00 Durchführung einer Kassation durch den Verwaltungsarchivar

3.3.4. *Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft*

3.3.4.1. Anordnung vom 8. Januar 1970 zur Schaffung der standortkundlichen Unterlagen für Meliorationen und andere Maßnahmen zur Hebung der Bodenfruchtbarkeit – Ordnung für die Standortuntersuchung – (GBl. II Nr. 9 S. 46)

Hinweis:
§ 4 (3): „Die Originale der zusamengestellten Ergebnisse der Standortuntersuchung sind bei den Auftragnehmern zu archivieren. Der Auftraggeber für die Standortuntersuchung erhält Kopien der zusammengestellten Ergebnisse in vertraglich vereinbarter Anzahl."

3.3.4.2. Anordnung vom 22. Juni 1970 über die Aufgaben, Stellung, Organisation und Leitung der Projektierung bei der Vorbereitung und Durchführung von Meliorationen – Projektierungsanordnung Meliorationen – (GBl. II Nr. 65 S. 471)

Hinweis:
§ 13 Archivwesen:
„(1) Alle technisch-ökonomischen Unterlagen, der dazugehörige Schriftverkehr und alle Konzepte, die zur Vorbereitung und Durchführung von Meliorationsinvestitionen gehören, sind Archivgut."

„(3) Bei der Abnahme fertiggestellter Meliorationsvorhaben sind die Bestandspläne von dem bauausführenden Betrieb der LPG, GPG bzw. dem VEG zu übergeben."

3.3.4.3. Zweite Durchführungsbestimmung vom 9. Januar 1981 zum Tierzuchtgesetz – Anerkennung und Verwendung von Vatertieren – (GBl. I Nr. 4 S. 56)

Hinweis:
§ 6 (3): „Die Kördokumente dieser Vatertiere sind dem zuständigen Betrieb des wirtschaftsleitenden Organs bzw. der Herdbuchstelle Ziegen und Milchschafe des VKSK zu übergeben und 1 Jahr aufzubewahren."

3.3.4.4. Zweite Durchführungsbestimmung vom 10. November 1983 zur Verordnung über den Schutz von Rohholz, Werkstoffen und Erzeugnissen aus Holz sowie holzhaltigen Werkstoffen – Holzschutzverordnung – (Aus- und Weiterbildung, Zulassung und Tätigkeit der

Fachleute und Sachverständigen für Holzschutz) (GBl. I Nr. 38 S. 425)

Hinweis:
§ 11 (4): „Holzschutztechnische Gutachten und Untersuchungsberichte beziehen sich auf den Zeitpunkt der Feststellung. Gutachten und Untersuchungsberichte sind 10 Jahre, gerechnet vom Ausstellungstermin, aufzubewahren. Gutachten, die Bestandteil der Bauwerksakten werden, sind solange aufzubewahren, wie die Bauwerke stehen."

3.3.4.5. Vierte Durchführungsbestimmung vom 14. November 1984 zur Tierseuchenverordnung – Veterinärhygienische Überwachung des Tierverkehrs – (GBl. I Nr. 37 S. 444)

Hinweis:
§ 12 (1): „Produktionsgenossenschaften, Betriebe und Einrichtungen sowie Bürger, die Tiere, ausgenommen Tiere zu Futterzwecken, in den Verkehr bringen, haben über Herkunft und Verbleib dieser Tiere einen Nachweis zu führen, der mindestens 2 Jahre aufzubewahren ist."

3.3.4.6. Weisung Nr. 9 vom 23. August 1984 zur Tierseuchenverordnung – Verhütung und Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose – (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Nr. 4 S. 51)

Hinweis:
Tz. 7.3.: „Die Dokumentation über die Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose ist 10 Jahre aufzubewahren."

3.3.4.7. Aufbewahrung von Dokumenten betr. LPG, GPG und kooperative Einrichtungen – Hinweise für die Behandlung von dienstlichem Schriftgut (Sozialistische Finanzwirtschaft 1980 Nr. 4 und 6 Beilage)

3.3.4.8. VVB Tierzucht Paretz/Krs. Nauen
Richtlinie vom 14. Dezember 1977 zur Vereinfachung des Verfahrens bei der Kassation einiger Schriftgutkategorien in den Betrieben und Einrichtungen der VVB Tierzucht

3.3.4.9. VVB Tierzucht Paretz/Krs. Nauen
Archivierungsordnung für Primärbelege und Ergebnislisten der EDV-Projekte Rind und Schwein, o. J.

3.3.4.10. Aktenplan des VEB Forstprojektierung Potsdam, BT Schwerin, 1970/1971

3.3.4.11. Verzeichnis vom 25. März 1981 über Aufbewahrungsfristen einzelner Schriftgutkategorien des VEB (K) Getreidewirtschaft, Bezirk Schwerin

3.3.4.12. VVB Tierische Rohstoffe Leipzig
Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 17. Juli 1984

3.3.4.13. Schriftgutverzeichnis mit Ablagefristen des Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes Eisenach vom 1. Januar 1984

3.3.5. *Umweltschutz und Wasserwirtschaft*

3.3.5.1. Anordnung vom 1. September 1983 über die Aufgaben bei gefahrdrohenden Wettererscheinungen (GBl. I Nr. 27 S. 261)

Hinweis:
nach § 3 (2) sind fernschriftliche interne Wetterwarnungen von den Empfängern 3 Monate aufzubewahren.

3.3.5.2. Meteorologischer Dienst der DDR
Ordnung Nr. 2/68 – Aktenplanordnung in der Fassung vom 1. April 1979

3.3.5.3. Meteorologischer Dienst der DDR
Verzeichnis archivwürdiger meteorologischer Informationen des Bereiches Wetterdienst, Stand 1. Juli 1983

3.4. Nichtmaterielle Bereiche

3.4.1. Arbeiter-und-Bauern-Inspektion (ABI)

3.4.1.1. Ordnung über das Archivwesen in der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion der DDR; Anlage: Katalog über die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut in der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion. Teil I und II (Information des Komitees der ABI Nr. II–16 Berlin. 17. Dezember 1970)

3.4.2. Inneres

3.4.2.1. Verordnung vom 15. Juli 1965 über das Meldewesen in der DDR – Meldeverordnung – (GBl. II Nr. 109 S. 761) in der Fassung der Zweiten Verordnung vom 15. Juli 1972 (GBl. II Nr. 39 S. 443) und der Dritten Verordnung vom 29. Mai 1981 (GBl. I Nr. 23 S. 281)

Hinweis:
§ 19 (2): Gästeverzeichnisse sind 3 Jahre aufzubewahren;
§ 23 (3): Gästeverzeichnisse vom Aufenthalt auf Zeltplätzen sind 1 Jahr aufzubewahren.

3.4.2.2. Verordnung vom 17. April 1980 über das Bestattungs- und Friedhofswesen (GBl. I Nr. 18 S. 159)

Hinweis:
nach § 3 (3) sind Bestattungsscheine durch die Verwaltung des Krematoriums bzw. des Friedhofes für die Dauer von 20 Jahren aufzubewahren.

3.4.2.3. Ordnung Nr. 110/76 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 12. April 1976 über das Verfahren in Personenstands-, Staatsbürgerschafts- und Kriegsgräberangelegenheiten in der Fassung der Ordnung vom 23. März 1982
Abschnitt XIII: Kassation (Vernichtung) von standesamtlichen Schriftgut
Anlage 19: Schriftgutkatalog für den Bereich Personenstandswesen
(Begrenzter Verteiler)

3.4.2.4. Anordnung vom 30. Dezember 1975 über das Verfahren in Grundbuchsachen – Grundbuchverfahrensordnung – (GBl. I 1976 Nr. 3 S. 42)

Hinweis:
§ 3 (1): „Die dem Nachweis der Eintragungsvoraussetzungen dienenden Urkunden sind aufzubewahren." „Die Aufbewahrungsfrist beträgt 30 Jahre."

3.4.2.5. Ordnung Nr. 72/76 des Ministers des Innern und Chefs der DVP vom 10. September 1976 über die Bewertung und Kassation von Schrift- und Bildgut der Liegenschaftsdokumentation und -vermessung – Kassationsordnung – in der Fassung der 1. Änderung vom 31. Juli 1979
Anlage 1: Bewertungsverzeichnis des Schrift- und Bildgutes der Liegenschaftsdokumentation und -vermessung
(Begrenzter Verteiler)

3.4.2.6. Erste Durchführungsbestimmung vom 31. März 1982 zum Sprengmittelgesetz (GBl. I Nr. 15 S. 312)

Hinweis:
§ 10 (3): „Sprengmittellägerbücher sind, vom Tage der letzten Eintragung gerechnet, mindestens 5 Jahre und Sprengmittelnachweisbücher mindestens 1 Jahr im Betrieb aufzubewahren."

3.4.2.7. Verzeichnis über die Aufbewahrungsfristen für dienstliches Schriftgut im Bereich des Ministeriums des Innern: Aktenplan mit Ergänzungen vom 1. Januar 1979
(Begrenzter Verteiler)

3.4.2.8. Aktenplan und Schriftgutbewertungsverzeichnis für die der Staatlichen Archiv-

verwaltung nachgeordneten Dienststellen (Begrenzter Verteiler)

3.4.3. *Justiz, Rechtspflege*

3.4.3.1. Beschluß des Staatsrates der DDR vom 12. März 1982 über die Tätigkeit der Konfliktkommissionen – Konfliktkommissionsordnung – (GBl. I Nr. 13 S. 274)

Hinweis:
§ 62: schriftliche Unterlagen über ihre Tätigkeit und die Eingangsbücher sind bei den Konfliktkommissionen 2 Jahre aufzubewahren, danach Abgabe an das zuständige Kreisgericht.

3.4.3.2. Beschluß des Staatsrates der DDR vom 12. März 1982 über die Tätigkeit der Schiedskommissionen – Schiedskommissionsordnung – (GBl. I Nr. 13 S. 283)

Hinweis:
§ 62: schriftliche Unterlagen über ihre Tätigkeit und die Eingangsbücher sind bei den Schiedskommissionen 2 Jahre aufzubewahren, danach Abgabe an das zuständige Kreisgericht.

3.4.3.3. Rundverfügung des Ministers der Justiz Nr. 26/66 vom 17. November 1966. Aufbewahrungsfrist für Entscheidungssammlungen. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums der Justiz Nr. 1 S. 1)

3.4.3.4. Ordnung über die Verwaltung von Verfahrensakten bei den Kreis- und Bezirksgerichten – Verfahrensaktenordnung – (Leitungsinformation Nr. 19/82 des Ministers der Justiz vom 29. November 1982).

3.4.3.5. Ordnung über die Verwaltung von Schriftgut in Verwaltungsangelegenheiten – Generalaktenordnung – mit Ergänzungen (Rundverfügung 0640–IV–208/72 vom 1. Januar 1972 des Ministeriums der Justiz. Oberstes Gericht)

3.4.3.6. Hausverfügung des Präsidenten des Obersten Gerichts der DDR vom 1. Oktober 1976. Anlage: Schriftgutbewertungsverzeichnis des Obersten Gerichts der DDR

3.4.3.7. Organisationshandbuch der Staatsanwaltschaft der DDR, Teil 1–3
Anlage 1: Aktenplan für das allgemeine Schriftgut (Generalakten) der Staatsanwaltschaft (Mitteilungen des Generalstaatsanwalts der DDR XXVII. Jahrgang Nr. 1 Februar 1984)

3.4.3.8. Schriftgutbewertungsverzeichnis des Staatl. Vertragsgerichtes vom 4. März 1973

3.4.3.9. Dienstanweisung des Bezirksvertragsgerichtes Suhl 1/67 vom 1. Januar 1967 über die Aktenaufbewahrung

3.4.4. *Auswärtige Angelegenheiten*

3.4.4.1. Aktenplan des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und der Botschaften der DDR vom 2. Mai 1980 (mit Aufbewahrungsfristen)

3.4.5. *Planung, Rechnungsführung und Statistik*

3.4.5.1. Anordnung Nr. 2 vom 29. Dezember 1972 über vereinfachte Anforderungen an die Erfassung und Nachweisführung in Rechnungsführung und Statistik (GBl. I 1973 Nr. 5 S. 60)

Hinweis:
§ 38 (1): „Belege, Aufbereitungsnachweise und Berichte sind vollständig, übersichtlich und sicher bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfristen aufzubewahren."

(2) „Es gelten folgende Aufbewahrungsfristen:

Dauernd sind aufzubewahren:
- die Jahresbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung
- Prüfungsberichte, Steuerbescheide,
- Gesamtübersichten.

Nachweise für die Rentenberechnung sind bis 2 Jahre nach Erreichen des Rentenalters des Beschäftigten aufzubewahren.

10 Jahre sind aufzubewahren:
- Konten und Journale der Finanzrechnung,
- Aufbereitungsnachweise zu den Abschlußdokumenten einschließlich der Unterlagen über die Inventur,
- Betriebliche Nomenklaturen über verwendete Symbole und Schlüssel.

5 Jahre sind die Belege der Finanzrechnung und der Grundmittelrechnung aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist für Belege der nach 5 Jahren noch nicht realisierten Forderungen und Verbindlichkeiten endet mit dem Ablauf der Verjährungsfristen.

2 Jahre sind die übrigen Belege und Aufbereitungsnachweise aufzubewahren."

3.4.5.2. Zweite Durchführungsbestimmung vom 28. August 1978 zum Gesetz über die Staatshaushaltsordnung der DDR – Ordnung über die Rechnungsführung und Statistik in den staatlichen Organen und staatlichen Einrichtungen – (GBl. I Nr. 30 S. 333)

Hinweis:
Abschnitt VI Ordnungsmäßigkeit (§§ 15–18)
„Anlage: Aufbewahrungsfristen für staatliche Organe und Einrichtungen

1. Unbefristet sind aufzubewahren:
   - Dokumente der beschlossenen Haushaltspläne in voller Nomenklatur einschließlich der Erläuterungen und der Tabellenausdrucke (EDV), die verbindlich als Bestandteil der Dokumentation der Haushaltspläne festgelegt sind,
   - Abschlußdokumente der Jahreshaushaltsrechnung einschließlich der Tabellenausdrucke (EDV), die verbindlich als Bestandteil der Dokumentation der Jahreshaushaltsrechnung festgelegt sind,
   - Tabellenausdrucke (EDV) über die Jahreserfüllung der Haushaltspläne sowie der Pläne der Steuern und Abgaben eines Territoriums (Kreis, Bezirk),
   - Grundmittelkarteikarten für unbewegliche Grundmittel einschließlich Grundstücksakten für Gebäude und bauliche Anlagen,
   - Unterlagen über staatlich verwaltetes Vermögen, über Forderungen und Verbindlichkeiten aller Art gegenüber Schuldnern bzw. Gläubigern mit Sitz bzw. Wohnsitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik sowie über Vermögenswerte, die sich außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik befinden und Deviseninländern gehören,
   - Jahrestabellen (EDV) der Lohn- und Gehaltsberechnung,
   - Lohn- und Gehaltskarten, sofern die EDV nicht angewendet wird.
2. 10 Jahre sind aufzubewahren:
   - Aufbereitungsnachweise der Haushaltsplanung einschließlich der Belege für die Datenerfassung zur Aufbereitung des Haushaltsplanes mit EDV und der Erfassungsmitlaufbogen,
   - Gesamt- bzw. Teilanalysen über die Erfüllung der Haushaltspläne,
   - Berichte über durchgeführte Revisionen und dazugehörende Unterlagen über die Erledigung der Revisionsauflagen,
   - Dokumente über die Erhebung und Abrechnung von Steuern und Abgaben (z. B. Erklärungen, Bescheide), soweit sie nicht Schuldner mit Sitz bzw. Wohnsitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik betreffen und daher unbefristet aufzubewahren sind,
   - Dokumente der zentralisierten bzw. fachlichen Berichterstattung, die zur Aufstellung statistischer Fortschreibungsreihen über langfristige Entwicklungen dienen,
   - Dokumentationen von Datenverarbeitungsprojekten, Datenverarbeitungsprogrammen einschließlich Nomenklaturen über verwendete Symbole und Schlüssel.

3. 5 Jahre sind aufzubewahren:
   - Tabellenausdrucke über die vierteljährliche und monatliche Erfüllung der Haushaltspläne, der Pläne der Steuern und Abgaben sowie der Gemeindesteuern und regelmäßig wiederkehrenden Einnahmen
     - Buchungslisten
     - Buchungsabschlußtabellen
     - Abrechnungstabellen,
   - Buchungslisten der Verwahrgeldrechnung und über die Führung von Sonderbankkonten,
   - weitere Ausdrucke der EDV (Steuern und Abgaben, Gemeindesteuern und regelmäßig wiederkehrende Einnahmen)
     - Stammdatenprotokolle
     - Veränderung von Stammdaten
     - Ausdrucke über Löschungen,
   - Buchhaltungskonten einschließlich Journale/Mitlaufbogen (in Fällen, wo die Buchführung nicht mittels EDV vorgenommen wird),
   - Einzel- und Sammelbelege über Einnahmen und Ausgaben
     - Annahme-Anordnungen, Auszahlungsanordnungen,
     - Rechnungen
     - Umbuchungen
     - Quittungen über Barzahlungen, Bankbelege,
   - Erfassungsbelege für Sollbuchungen (Steuern und Abgaben, Gemeindesteuern und regelmäßig wiederkehrende Einnahmen) ausgenommen Jahreserklärungen und Bescheide,
   - Kontrollnachweise für die Bankkontenführung, Bankkontoauszüge, Abstimmblätter,
   - Bürokassenbücher,
   - Nachweise über Wertvordrucke, z. B.
     - bezogene Scheckhefte, Scheckdüberwachungslisten, verbrauchte Scheckhefte
     - Quittungsbücher bzw. -blocks einschließlich der Nachweise über Empfang und Ausgabe
     - Wertmarkennachweise (Gebührenmarken, Kostenmarken),
   - Tabellenausdrucke (EDV) der Grundmittelrechnung,
   - Inventurlisten und Inventurprotokolle,
   - Unterlagen über Zugänge und Abgänge von Grundmitteln (z. B. Umsetzungs-, Übergabe- und Verschrottungsprotokolle für Grundmittel),
   - Berechnungs- und Abrechnungsunterlagen für Löhne und Gehälter einschließlich der Lohn- und Gehaltslisten (EDV),
   - Pfändungsverfügungen, Vollstreckungsaufträge und andere Aufträge zum zwangsweisen Einzug von Haushaltsforderungen sowie Pfändungsprotokolle,
   - Treibstoffabrechnungen und Fahrtenbücher für alle Fahrzeugarten.

4. 2 Jahre sind aufzubewahren:
   - Erfassungsjournale,
   - Tabellenausdrucke der EDV
     - Monatsinformationen über die Erfüllung ausgewählter Kennziffern der Haushaltspläne
     - Monatsabschlüsse (Steuern und Abgaben)
     - Einzelnachweise über Rückstände, Guthaben und Niederschlagungen (Steuern und Abgaben, Gemeindesteuern und regelmäßig wiederkehrende Einnahmen)
     - Nachweis über Jahressoll, Anzahl der Konten (Steuern und Abgaben, Gemeindesteuern und regelmäßig wiederkehrende Einnahmen)
     - Fehlerlisten/Fehlerprotokolle,
   - Erfassungsbelege
     - über die Eröffnung, Veränderung und Löschung von Stammdaten
     - zur Durchführung von Korrekturen
     - für Parameter-Dateien,

– Datenträgerbegleitscheine,
– Grundmittelkarteikarten für bewegliche Grundmittel nach dem Ausscheiden aus dem Grundmittelbestand,
– übrige Dokumente der zentralisierten bzw. fachlichen Berichterstattung, u. a. der Quartalskassenplanung.

5. Bis 2 Jahre nach Eintritt des Rentenanspruches des Mitarbeiters des staatlichen Organs bzw. der staatlichen Einrichtung sind die EDV-mäßigen Nachweise über das Einkommen ausgeschiedener Mitarbeiter aufzubewahren.

6. Bis zu 2 Jahre nach Erreichen des Rentenalters eines steuerpflichtigen und sozialpflichtversicherten Mitgliedes einer sozialistischen Genossenschaft, eines privaten Handwerkers, Gewerbetreibenden, sonstigen selbständig Tätigen sind Steuererklärungen, Steuerbescheide und andere Unterlagen als Nachweis für die Rentenberechnung aufzubewahren."

3.4.5.3. Anordnung vom 6. August 1985 über die Ordnungsmäßigkeit und den Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik (GBl. I Nr. 23 S. 267)

Hinweis:

„Anlage 3 Aufbewahrung und Aufbewahrungsfristen der Dokumente von Rechnungsführung und Statistik

1. Aufbewahrungspflicht

1.1. Die Belege, Nachweise, maschinenlesbaren Datenträger, Datenverarbeitungsprogramme, Schlüssel, Systematiken, und Nomenklaturen, Berichterstattungen, Auswertungsunterlagen einschließlich Analysen und sonstigen Dokumente von Rechnungsführung und Statistik (dienstliches Schriftgut) sind vollständig und übersichtlich aufzubewahren. Maschinenlesbare Datenträger gemäß § 4 Abs. 6 unterliegen nicht der Aufbewahrungspflicht.

1.2. Bei der Wahl des Aufbewahrungsortes sind der Geheimhaltungsgrad der Dokumente und der Schutz vor Schädigung, Verlust bzw. Diebstahl zu berücksichtigen. Es sind Vorkehrungen zu treffen, die eine widerrechtliche Veränderung der Datenträger, Projektdokumente, Nachweise und Berichte sowie die unbefugte Entnahme von Informationen verhindern. Die Aufbewahrung der Projektdokumente hat zugriffsbereit zu erfolgen.

1.3. Bei der Aufbewahrung der maschinenlesbaren Datenträger sind sowohl technische als auch technologische Erfordernisse zu berücksichtigen. Maschinenlesbare Datenträger sind in gesicherten Räumen aufzubewahren, die Schutz gegen unbefugten Zugriff und vor Beschädigung gewährleisten.

1.4. Beschädigte maschinenlesbare Datenträger sind vor der Übergabe zur Aufbewahrung an das Verwaltungsarchiv auszusondern, gemäß den betrieblichen Festlegungen zu behandeln und durch neue zu ersetzen. Die Erneuerung maschinenlesbarer Datenträger, die Belege sind, ist nachzuweisen. Gleiches gilt für die Abgabe an das zuständige Endarchiv.

1.5. Die Mikroverfilmung von Aufbereitungsnachweisen ist im Rahmen der entsprechenden Rechtsvorschriften zulässig.

1.6. Bei Verlust von Datenträgern, Projektdokumenten, Nachweisen und Berichten ist ein Protokoll anzufertigen. Besteht der Verdacht einer strafbaren Handlung, sind die Leiter der Betriebe und die Hauptbuchhalter zur sofortigen Information der zuständigen Staatsorgane verpflichtet.

2. Aufbewahrungsfristen

2.1. Für die Aufbewahrung der Dokumente gemäß Ziff. 1.1. in den Verwaltungsarchiven der Betriebe und Kombinate gelten folgende Fristen:
Unbefristet sind aufzubewahren:

- Eröffnungs- und Schlußbilanzen,
- bestätigte Jahresabschlußdokumente,
- Jahresberichte, -gesamtübersichten und -analysen,
- statistische Fortschreibungsreihen über langfristige Zusammenhangs- bzw. Abhängigkeitsentwicklungen,
- Grundmittelkarteikarten bzw. die entsprechenden Speichermedien der Inventarobjekte für unbewegliche Grundmittel,
- Grundstücksakten,
- Unterlagen über die Eigentumsverhältnisse am verwalteten Vermögen und die während der Verwaltung eingetretenen Veränderungen des Wertes treuhänderisch verwalteten Vermögens.

10 Jahre sind aufzubewahren:
- die den Betrieben von den Kontroll- und Revisionsorganen und den übergeordneten Organen übergebenen Revisionsprotokolle sowie die Berichte der innerbetrieblichen Kontroll- und Revisionsorgane,
- Dokumente der zentralisierten und fachlichen Berichterstattungen, die zur Aufstellung langfristiger statistischer Fortschreibungsreihen dienen,
- Dokumente über die Berechnung und Abrechnung von Abgaben und Steuern.

5 Jahre sind aufzubewahren:
- Monats- und Quartalsberichte, -gesamtübersichten, -analysen über die Durchführung des Planes, Jahreskostenrechnung, Journale, Konten,
- Kennziffernübersichten,
- Unterlagen über den Abgang von Grundmitteln einschließlich Verschrottungsprotokolle,
- Systematiken, Nomenklaturen, Schlüssellisten, soweit sie nicht Bestandteil der Projektdokumentation sind,
- Abrechnungen der Betriebe über die Haushaltsbeziehungen,
- Inventurprotokolle,
- Datenverarbeitungsprojekte, die nicht mehr angewandt werden,
- abgelaufene Nutzungsverträge einschließlich der Unterlagen zur Geltendmachung von Forderungen aus diesen Verträgen,
- Abrechnungsunterlagen für Löhne und Gehälter, einschließlich der Lohn- und Gehaltslisten, ohne Nachweise für die Rentenabrechnung,
- Tagesabschlußbücher, Bankabrechnungsbücher und Tagesauszüge der kontoführenden Kreditinstitute sowie Bürokassenbücher, Schecküberwachungslisten, Quittungsbücher, Wertmarkennachweise.

2 Jahre sind aufzubewahren:
- Belege (für Belege der nach 2 Jahren noch nicht realisierten Forderungen oder Verbindlichkeiten enden die Aufbewahrungsfristen mit dem Ablauf der Verjährungsfristen), sofern nicht längere Aufbewahrungsfristen bestimmt oder vereinbart wurden,
- übrige Aufbereitungsnachweise (Karteien, Listen, Tabellen, sonstige Inventurunterlagen, Protokolle, Dokumente der zentralisierten und fachlichen Berichterstattungen, Salden- und Fehlerlisten der EDV-Projekte), sofern keine längeren Aufbewahrungsfristen festgelegt sind,
- Grundmittelkarteikarten bzw. die entsprechenden Speichermedien der Inventarobjekte für bewegliche Grundmittel nach dem Ausscheiden aus dem Grundmittelbestand. Auf maschinenlesbare Datenträger bzw. auf Datenbanken übernommene Karteien können vorzeitig gelöscht bzw. vernichtet werden, wenn von dem zuständigen Revisionsorgan nach einer an Ort und Stelle durchgeführten regelmäßigen Finanzrevision der Jahresabschluß bestätigt worden ist. Bei Löschung vor einer Prüfung ist ein Ausdruck der gespeicherten Daten anzufertigen.

Längerfristig sind aufzubewahren:
– Nachweise für die Rentenberechnung 2 Jahre nach Eintritt in das Rentenalter eines Sozialversicherungspflichtigen,
– nichtperiodische bzw. längerfristige Ergebnisse und Berichte.

2.2. Unterlagen, die für die Aufgabenerfüllung nicht mehr ständig benötigt werden, sind nach der vom zuständigen Revisionsorgan durchgeführten Finanzrevision dem Verwaltungsarchiv des Betriebes oder Kombinates in einfacher Ausfertigung zu übergeben.

2.3. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem 1. Tag des Kalenderjahres, das dem Datum des letzten auf dem Beleg erfaßten Vorganges folgt bzw. bei Verträgen mit deren Erfüllung.

2.4. Ergeben sich auf Grund verschiedener Rechtsvorschriften unterschiedliche Aufbewahrungsfristen, so gilt die jeweils längste Aufbewahrungsfrist.

2.5. Wird vor Ende der Aufbewahrungsfrist ein gerichtliches oder anderes Verfahren eingeleitet, so endet die Aufbewahrungsfrist erst nach Eintritt der Rechtskraft der angeordneten Maßnahmen.

2.6. Sofern nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vom zuständigen Revisionsorgan noch keine regelmäßige Finanzrevision an Ort und Stelle durchgeführt wurde, dürfen aufbewahrungspflichtige Unterlagen nicht vernichtet werden. In diesen Fällen endet die Aufbewahrungsfrist 3 Monate nach Abschluß der durchgeführten Finanzrevision.

2.7. Wird gegen Revisionsfeststellungen und -auflagen Beschwerde eingelegt, endet die Aufbewahrungsfrist 3 Monate nach der endgültigen Entscheidung über die Beschwerde.

3. Kassation

3.1. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen können die der Aufbewahrungspflicht unterliegenden Dokumente von Rechnungsführung und Statistik unter Beachtung der entsprechenden Rechtsvorschriften kassiert werden, sofern
– sie nicht als Archivgut zur dauernden Aufbewahrung und Übernahme in das zuständige Endarchiv bestimmt worden sind und
– ihre Auswertung für betriebsgeschichtliche Zwecke abgeschlossen ist.

3.2. Über die Kassation der Dokumente, die nicht zur Übernahme in das zuständige Endarchiv bestimmt worden sind, entscheiden die Leiter der Betriebe und Kombinate, nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist und über die Kassation der gemäß Abschn. 2 Ziffer 2.1. unbefristet aufzubewahrenden Dokumente nach Ablauf von 25 Jahren."

Dazu: Kommentar (AM 36 (1986) 3, S. 96)

3.4.5.4. Anordnung Nr. 3 vom 26. Juli 1983 über die Einführung und Anwendung datenverarbeitungsgerechter Primärdokumente (GBl. I Nr. 23 S. 233)
Hinweis:
enthält Festlegungen über die Zahl der auszufertigenden Rechnungen und Lieferscheine.

3.4.5.5. Schriftgutbewertungsverzeichnis der Staatlichen Plankommission vom 25. April 1982

3.4.5.6. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
Archivordnung vom 6. August 1973, Anlage 5: Schriftgutkatalog für die Bezirks- und Kreisstellen des SZS (Organisationshandbuch B/17)

3.4.5.7. Ergänzung vom 11. Februar 1977 zur Archivordnung der SZS
– Teil Schriftgutkatalog für die Zentralstelle, (Anlage 8 zur Archivordnung der SZS vom 6. August 1973)

3.4.5.8. Archivordnung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik vom 6. Januar 1978 (Neufassung)

Hinweis:
die Anlagen 3–9 der Archivordnung vom 6. August 1973 (vgl. 3.4.5.6.) bleiben weiterhin gültig.

3.4.5.9. Aktualisierung des Aktenplanes der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die Struktureinheiten der Zentralstelle, 1. Januar 1981

3.4.5.10. Ergänzende Hinweise zur Ausfüllvorschrift für den Archivabgabebeleg Formblatt IDR-01, gültig ab 1. Januar 1984

3.4.6. Finanzen, Preise, Banken und Versicherungen

3.4.6.1. Anordnung vom 8. Februar 1974 über die Durchführung von Inventuren im Bereich der staatlichen Organe und staatlichen Einrichtungen (GBl. I Nr. 9 S. 79)

Hinweis:
nach § 9 (3) sind Inventurplan, Inventurunterlagen sowie das Inventurprotokoll 10 Jahre aufzubewahren.

3.4.6.2. Aufbewahrungsfristen für Berechnungs- und Abrechnungsunterlagen in den Zentralen Gehaltsstellen in Durchführung der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 28. August 1978 – Ordnung Rechnungsführung und Statistik – Stand Juni 1979 (Handbuch der Arbeitsorganisation zum ESER-Gehaltsprojekt)

3.4.6.3. Ordnung über die Anwendung des Schriftgutbewertungsverzeichnisses des Ministeriums der Finanzen
Anlage: Schriftgutbewertungsverzeichnis – Aktenplan mit Aufbewahrungsfristen –
7. Februar 1986

3.4.6.4. Schriftgutbewertungsverzeichnis der Staatlichen Finanzrevision, Januar 1973 (Informationsgrundsätze, Anlage 18, Anhang 1)

3.4.6.5. Altbanken
Richtlinie für die Bewertung des Schriftgutes geschlossener Altbanken (Fassung vom Dezember 1975)

3.4.6.6. Ehemalige Deutsche Notenbank
Schriftgutkatalog der ehemaligen Deutschen Notenbank vom 11. Juli 1962 in Verbindung mit der hierzu vom Sekretariat der Industrie- und Handelsbank herausgegebenen Ergänzung vom 1. Juli 1971

3.4.6.7. Ehemalige Investitionsbank
Schriftgutkatalog der ehemaligen Deutschen Investitionsbank vom 28. Juli 1967 – Anlage zu RS 40/67 –

3.4.6.8. Schriftgutkatalog der ehemaligen Deutschen Investitionsbank vom 4. Januar 1966 für das vereinfachte Kassationsverfahren – Anlage zu RS 3/66 –

3.4.6.9. Ehemalige Industrie- und Handelsbank
Kombinierter Aktenplan/Schriftgutkatalog der Industrie- und Handelsbank (Ausgabe 1974)

3.4.6.10. Staatsbank der DDR
Aktenplan-Schriftgutkatalog der Staatsbank, 17. Oktober 1974

3.4.6.11. Richtlinie vom 23. Februar 1977 über Aufbewahrung und Kassation von Schrift-, Bild- und Tonschriftgut der Staatsbank der DDR (Hb 01 (32) 0191)

3.4.6.12. Ergänzung vom 20. April 1978 zur Richtlinie über Aufbewahrung und Kassation von Schrift-, Bild- und Tonschriftgut der Staatsbank der DDR (Hb 01 (24) 0191)

Hinweis:
Blatt 5: Archivierung von VD und VS.

3.4.6.13. Ergänzung vom 25. Juli 1979 zur Richtlinie über Aufbewahrung und Kassation von Schrift-, Bild- und Tonschriftgut der Staatsbank der DDR (Hb 01 (27) 0191)

Hinweis:

Blatt 6: Kassation von vertraulichen Dienstsachen.

3.4.6.14. Ergänzung vom 29. September 1980 zur Richtlinie über Aufbewahrung und Kassation von Schrift-, Bild- und Tonschriftgut der Staatsbank der DDR (Hb 01 (29) 0191)

3.4.6.15. Ergänzung vom 23. Oktober 1981 zur Richtlinie über Aufbewahrung und Kassation von Schrift-, Bild- und Tonschriftgut der Staatsbank der DDR (Hb (33) 0191.1)

Hinweis:

enthält Festlegungen zum Verfahren der vereinfachten Kassation von dienstlichem Schriftgut.

3.4.6.16. Aktenplan/Schriftgutkatalog der Staatsbank der DDR vom 2. September 1981 (Hb 8 (88) 811(1))

Ergänzung vom 11. Juni 1985 (Hb 8 (105) 811 (2))

3.4.6.17. Richtlinie der Staatsbank der DDR – Abt. Sparkassen vom 13. Juni 1980 für die Aufbewahrung, Ordnung und Kassation von dienstlichem Schriftgut in den Sparkassen der DDR (Sp-Hb 23 (23) 6.0.)

– Anwendungshinweise für Aktenplan (Aufbewahrungsfristen (Sp-Hb 23 (23) 6.1.))
– Rahmenaktenplan der Sparkassen der DDR (Sp-Hb 23 (23) 6.1.)

3.4.6.18. Ablage und Aufbewahrung der Belege und EDV-Informationen des Rechnungswesens in der Staatsbank der DDR, 7. März 1984 (Hb 67 (7) 670)

3.4.6.19. Deutsche Handelsbank AG

Kassationsrichtlinie vom 25. März 1958

3.4.6.20. Deutsche Außenhandelsbank AG

Ordnung über die Arbeit mit dem Aktenplan/Schriftgutkatalog der Deutschen Außenhandelsbank – Anlage: Schriftgutkatalog vom 1. Januar 1986 (Hb 01/01.8.)

3.4.6.21. Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (BLN)

Richtlinie vom 20. März 1978 für die Aufbewahrung und Kassation von dienstlichem Schriftgut der BLN in der Fassung des 1. Nachtrages vom 21. Mai 1984 (Hb 13 16–134/601–134 (2))

3.4.6.22. Registraturordnung der BLN in der Fassung des 4. Nachtrages vom 21. Mai 1984 (Hb 13 601–133 (1))

3.4.6.23. Rahmenaktenplan/Schriftgutbewertungsverzeichnis der BLN vom 21. Mai 1984 (Hb 13 601–133 (3))

Hinweis:

Zu beachten sind bei der Anwendung des Rahmenaktenplan/Schriftgutbewertungsverzeichnisses die Ziffern 7–9 der Registraturordnung (4. Nachtrag) (siehe: 3.4.6.22.)

3.4.6.24. Verband der Genossenschaftskassen für Handwerk und Gewerbe der DDR

Handbuch für die Verwaltung, Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut in der Fassung des 1. Nachtrages vom 5. September 1984.

3.4.6.25. Staatliche Versicherung

Ordnung 617–01 über die Bewertung und Kassation von Schriftgut und über den Umgang mit Archivgut in der Staatlichen Versicherung der DDR – Ausgabe August 1984 –

– 617–02 Schriftgutbewertungsverzeichnis – Teil A (aktenplangebundenes Schriftgut)
– 617–03 Schriftgutbewertungsverzeichnis – Teil B (nichtaktenplangebundenes Schriftgut)

3.4.6.26. Deutsche Auslands- und Rückversicherungs AG (DARAG)

Rundverfügung Nr. 7/74 vom 8. Juli 1974 für die Ordnung, Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut – Anlagen zur Richtlinie: Schriftgutkatalog Teil A und B –

3.4.7. *Wissenschaft und Technik*

3.4.7.1. Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW)
Zentrale Dienstanweisung Nr: 10/1977 vom 1. August 1977 – Archivordnung des ASMW – Anlage: Schriftgutbewertungsverzeichnis/Aktenplan

3.4.7.2. Staatliches Amt für Technische Überwachung
Rahmenschriftgutbewertungsverzeichnis vom 20. September 1976 (Mitteilungen der Technischen Überwachung der DDR Nr. 956/76 Reihe A Ordnung-Nr. 3–37)

3.4.7.3. Führung und Aufbewahrung von Schriftgut im Staatlichen Amt für Technische Überwachung – Inspektion Dresden, 1. September 1985

3.4.7.4. Amt für Industrielle Formgestaltung
Archivordnung vom 16. Februar 1983 Anlage: Aktenplan/Schriftgutbewertungsverzeichnis (Stand: 20. Dezember 1982)

3.4.7.5. Amt für Erfindungs- und Patentwesen
Aktenplan/Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 18. November 1985

3.4.8. *Handel*

3.4.8.1. Anordnung vom 25. Oktober 1976 über die Führung eines Kontrollbuches (GBl. I Nr. 42 S. 499)

Hinweis:
nach § 2 (1) ist das Kontrollbuch 2 Jahre aufzubewahren. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit der letzten Eintragung.

3.4.8.2. Anweisung Nr. 5/76 vom 22. März 1976 zur Anwendung der Schriftgutbewertungsverzeichnisse des Ministeriums für Handel und Versorgung im Konsumgüterbinnenhandel; Schriftgutliste zum vereinfachten Kassationsverfahren – Ergänzung zum Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kassation typischer Schriftgutkategorien für den Konsumgüterbinnenhandel

3.4.8.3. Anweisung Nr. 6/76 vom 22. März 1976 zur Anwendung der Schriftgutbewertungsverzeichnisse des Ministeriums für Handel und Versorgung im Konsumgüterbinnenhandel – Katalog für dauernd aufzubewahrendes Schriftgut.

3.4.8.4. Hauptdirektion des volkseigenen Einzelhandels (HO)
Schriftgutkatalog des volkseigenen Einzelhandels vom 3. Dezember 1968

3.4.8.5. Hauptdirektion Spezialhandel
Kassationsrichtlinie für das Schriftgut der HO Spezialhandel September 1961

3.4.8.6. Zentrales Warenkontor Textil- und Kurzwaren
Schriftgutkatalog (mit Aufbewahrungsfristen) für EDV-Projekt Großhandelsdirektion (GHD) Textilwaren, Januar 1969

3.4.8.7. Zentrales Warenkontor für Technik, Kulturwaren und Sportartikel
Anweisung Nr. 2/78 vom 1. September 1978 zur Anwendung des Rahmenaktenplanes mit Schriftgutbewertungsverzeichnis des Zentralen Warenkontors für Technik im Großhandelszweig

3.4.8.8. Zentrales Handelsunternehmen „delikat“
Aktenplan vom 15. Februar 1983

3.4.8.9. Vereinigung Volkseigener Warenhäuser Centrum
Rahmenaktenplan und Kassationsrichtlinie (mit Aufbewahrungsfristen) vom Januar 1974

3.4.8.10. VE INTERHOTEL
Aktenplan (mit Aufbewahrungsfristen) vom 1. August 1968

3.4.8.11. Jugendtouristhotel „Egon Schultz"
Schriftgutbewertungsverzeichnis für das dienstliche Schriftgut, März 1982

3.4.8.12. Institut für Marktforschung
Schriftgutbewertungsverzeichnis (Aktenplan mit Aufbewahrungsfristen) vom 1. Januar 1986

3.4.8.13. Schriftgutverzeichnis für endlos aufzubewahrende Materialien des Ministeriums für Außenhandel vom 1. Januar 1976 (Verfügung Nr. 810 des Ministeriums für Außenhandel)
1. Ergänzung der Verfügung Nr. 810 vom 1. Juli 1982 (Verfügung Nr. 1154 des Ministeriums für Außenhandel)

3.4.8.14. Zollverwaltung der DDR
Ordnung 5/74 vom 20. August 1974 über die Schriftgutablage in der Zollverwaltung der DDR – Aktenplan – in der Fassung der 3. Änderung vom 18. Juli 1985

3.4.9. Gesundheits- und Sozialwesen

3.4.9.1. Anordnung vom 15. Februar 1961 über die Niederlassung von Ärzten und Zahnärzten in eigener Praxis (GBl. II Nr. 18 S. 93)

Hinweis:
§ 6 (3): „Der Arzt oder Zahnarzt hat über jeden Patienten Aufzeichnungen zu machen. Diese sowie Krankheitsgeschichten und sonstige Unterlagen sind mindestens 10 Jahre nach Abschluß der Behandlung aufzubewahren; hiervon sind nichtfeuerfeste Röntgenbilder ausgenommen."

3.4.9.2. Erste Durchführungsbestimmung vom 15. Mai 1964 zum Arzneimittelgesetz (GBl. II Nr. 56 S. 485)

Hinweis:
§ 34 (2): „Nachweisbücher sind für die Dauer von 5 Jahren, gerechnet vom letzten Tage der Eintragung an, aufzubewahren."

3.4.9.3. Dritte Durchführungsbestimmung vom 28. Januar 1974 zum Suchtmittelgesetz – Aufbewahrung, Nachweisführung, Berichterstattung, Kontrolle – (GBl. I Nr. 16 S. 161)

Hinweis:
§ 4 (2): „Die Nachweise müssen ständig auf dem laufenden sein und sind für die Dauer von 5 Jahren, gerechnet vom Ende des Jahres, in dem der letzte Zu- oder Abgang erfolgt ist, aufzubewahren."

3.4.9.4. Anordnung vom 26. März 1974 über die Verbesserung der medizinischen Betreuung der Lehrer und Erzieher an den Bildungseinrichtungen im Bereich der Volksbildung (GBl. I Nr. 20 S. 195)

Hinweis:
§ 3 (3): „Gesundheitskarten für Lehrer und Erzieher sind für die Dauer von 20 Jahren aufzubewahren."

3.4.9.5. Anordnung vom 10. September 1974 über die Verbesserung der medizinischen Betreuung der Lehrer und Erzieher der kommunalen Einrichtungen der Berufsbildung (GBl. I Nr. 46 S. 423)

3.4.9.6. Anordnung vom 26. Juni 1974 über Maßnahmen bei der Therapie mit ionisierender Strahlung (GBl. I Nr. 34 S. 330)

Hinweis:
§ 3 (5): Bestrahlungsplan, Bestrahlungsprotokolle und -aufzeichnungen sind 30 Jahre aufzu-

bewahren. Die Aufbewahrungsfrist für Aufzeichnungen von Patienten, die unter 20 Jahre alt sind, beträgt 50 Jahre.

3.4.9.7. Erste Durchführungsbestimmung vom 31. Mai 1977 zum Giftgesetz (GBl. I Nr. 21 S. 275)

Hinweis:
§ 7 (3): Nachweisunterlagen für Gifte der Abt. 1 sind mindestens 2 Jahre aufzubewahren

§ 8 (1), (2): Nachweisunterlagen für Gifte der Abt. 2 sind mindestens 2 Jahre aufzubewahren

3.4.9.8. Arbeitsschutzverordnung – ASVO – vom 1. Dezember 1977 (GBl. I Nr. 36 S. 405)

Hinweis:
§ 16 (2): „Arbeitsschutzkontrollbücher sind nach ihrem Abschluß mindestens 5 Jahre im Betrieb aufzubewahren."

3.4.9.9. Anordnung vom 4. Dezember 1978 über die ärztliche Leichenschau (GBl. I 1979 Nr. 1 S. 4)

Hinweis:
§ 17 (4): „Die 2. Exemplare der Totenscheine (Durchschläge) sind bei den Räten der Kreise Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, die für den Ort der Hauptwohnung des Verstorbenen zuständig sind, aufzubewahren. Totenscheine Verstorbener, die keine Hauptwohnung in der DDR besaßen, werden bei dem für den Sterbeort zuständigen Rat des Kreises, Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen, aufbewahrt."

§ 17 (5): „Die Aufbewahrungsfrist beträgt 20 Jahre, gerechnet vom Beginn des dem Sterbejahr folgenden Jahres."

3.4.9.10. Anordnung vom 6. Juni 1979 über die Sterilisation auf dem Gebiet der Humanmedizin (GBl. I Nr. 18 S. 159)

Hinweis:
Gem. § 9 (1) ist für jeden Sterilisator eine Dokumentation zu führen. Diese Dokumentation verbleibt bis zur endgültigen Außerbetriebsetzung beim Sterilisator (Abs. 5). Die Aufbewahrungsfrist für die Dokumentation mit den Betriebsdaten jeder Sterilisation (Abs. 2) beträgt 2 Jahre.

3.4.9.11. Dritte Durchführungsbestimmung vom 5. Oktober 1982 zur Verordnung über die Gewährung eines staatlichen Kindergeldes sowie die besondere Unterstützung kinderreicher Familien und alleinstehender Bürger mit 3 Kindern (GBl. I Nr. 37 S. 615)

Hinweis:
§ 2 (2): „Eingezogene Auszahlungskarten sind von den Betrieben und Einrichtungen für die Dauer von 2 Jahren aufzubewahren und anschließend zu vernichten.

3.4.9.12. Zwölfte Durchführungsbestimmung vom 11. Februar 1983 zur Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung der Tuberkulose – Röntgenreihenuntersuchungen – (GBl. I Nr. 7 S. 75)

Hinweis:
§ 6: „Die Schirmbilder von Röntgenreihenuntersuchungen sind in der Poliklinischen Abteilung (PALT) solange aufzubewahren, daß zu Vergleichszwecken wenigstens 5 für eine Beurteilung wesentliche Aufnahmen zur Verfügung stehen. Die Aufbewahrungsfrist beträgt im allgemeinen 5 Jahre. Für Sonderfälle, wie Berufskrankheiten oder Arbeitsunfälle, gelten die hierfür bestehenden Regelungen." (vgl. 3.4.9.26)

3.4.9.13. Aufbewahrungszeit für Krankengeschichten u. a. ärztliche Befunde, Information der Abteilung Recht. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 1 vom 15. Januar 1956)

3.4.9.14. Aufbewahrung und Vernichtung von Krankenblättern der Krankenhäuser (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen 1957 Nr. 2 S. 7)

3.4.9.15. Anweisung Nr. 1 vom 17. Oktober 1962 über die Kosten für ärztliche Behandlung und Beförderung bei Alkoholmißbrauch (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 10 S. 110)

Hinweis:
Übersichten über die Zahl der Betreuten, die wegen übermäßigen Alkoholgenusses oder wegen Körperschäden, die auf Alkoholmißbrauch zurückgehen, die Kosten einer ersten ärztlichen Untersuchung und Behandlung selbst tragen müssen, sind 10 Jahre aufzubewahren.

3.4.9.16. Richtlinie vom 21. Februar 1966 für die Arbeit der Beratungsstellen des Kinder- und Jugendgesundheitsschutzes, (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 6)

3.4.9.17. Anweisung Nr. 3 vom 6. April 1970 über die Richtlinie für die Durchführung der Verwaltungsarbeit in den staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 9 S. 71)

3.4.9.18. Anweisung vom 3. März 1972 über die Kassation des Schriftgutes der aufgelösten Heime für soziale Betreuung (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 5 S. 31)

3.4.9.19. Anweisung Nr. 4 vom 10. Juli 1972 zur Richtlinie für die Durchführung der Verwaltungsarbeit in den staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen – Kassation von Akten Verstorbener in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 12 S. 83)

Hinweis:
Akten Verstorbener in staatlichen Feierabend- und Pflegeheimen sind 5 Jahre und Karteikarten Verstorbener sind 10 Jahre aufzubewahren.

3.4.9.20. Richtlinie vom 24. Januar 1973 für die Durchführung der bakteriologischen Untersuchungen bei Tuberkulose und Tuberkuloseverdacht (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 4 S. 50)

Hinweis:
Tz. 6 Registrierung und Meldung positiver Befunde: „In jeder bakteriologischen Untersuchungsstelle ist eine Kartei aller Personen zu führen, bei denen positive Untersuchungsbefunde ermittelt wurden (Positiven-Kartei). Auf dieser Karteikarte sind sämtliche positiven Befunde bei dem betreffenden Kranken einzutragen. Die Karteikarten sind bis zum Ablauf von 5 Jahren nach der letzten Eintragung eines positiven Befundes in der Kartei zu belassen und anschließend zu archivieren."

3.4.9.21. Anweisung vom 1. März 1973 über die Leistungsbewertung in der Qualifizierung von Facharbeitern im Gesundheits- und Sozialwesen. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 6 S. 63)

Hinweis:
„Die Durchschrift des Qualifikationsnachweises und die Prüfungsprotokolle sind 30 Jahre, die übrigen Unterlagen nach Abschluß der Qualifizierung 1 Jahr bei der jeweiligen Bildungseinrichtung aufzubewahren."

3.4.9.22. Anweisung vom 10. April 1973 über Maßnahmen des Gesundheitsschutzes für die in tropische und subtropische Länder reisenden Bürger der DDR. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 10 S. 97)

Hinweis:
Tz. 4.6.: „Unterlagen über die durchgeführten Untersuchungen einschließlich gefärbter Blut-

ausstriche, die eine Tropenkrankheit beweisen, sind 30 Jahre lang aufzubewahren."

3.4.9.23. Anweisung vom 30. Dezember 1974 über die Staublungenprophylaxe und Staubbekämpfung durch die Bezirksinspektionen Gesundheitsschutz in den Betrieben und die Zentrale für Staubbekämpfung beim Zentralinstitut für Arbeitsmedizin der DDR (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen 1975 Nr. 3 S. 10)

Hinweis:
Tz. 6.1.: „Die diagnostische Beurteilung sowie Archivierung der Röntgenaufnahmen der Lunge sowie der Reihenuntersuchungen (nachstehend RU genannt) erfolgen durch die Bezirksstellen für Lungenkrankheiten und Tuberkulose oder in deren Auftrag durch die für die Verhütung und Bekämpfung von Lungenkrankheiten verantwortlichen Einrichtungen in den Kreisen nach den von der Zentralstelle gegebenen Hinweisen."

3.4.9.24. Anweisung vom 18. Juni 1975 über die Verwaltung und Verarbeitung von Edelmetallen in der stomatologischen Betreuung. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 13 S. 86)

Hinweis:
§ 5 (2): Die Nachweise (Edelmetallbestandsbuch, Edelmetallausgabebuch, Edelmetallabrechnung) unterliegen einer Aufbewahrungsfrist von 5 Jahren.

3.4.9.25. Anweisung vom 6. Juli 1977 über die Aufbewahrung medizinischer Dokumentation. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 8 S. 71)

Hinweis:
die medizinische Betreuungsdokumentation ausländischer Bürger ist mindestens 50 Jahre aufzubewahren.

3.4.9.26. Anweisung vom 27. Juli 1981 über die Aufbewahrung von Röntgenaufnahmen und Röntgenbefunden. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Gesundheitswesen Nr. 9 S. 111)

Hinweis:
Röntgenaufnahmen einschließlich der indirekten Aufnahmen und Bilddokumente der Computertomographie sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren; Röntgenaufnahmen, die in Verbindung mit entschädigungspflichtigen Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten und bei strahlenexponierten Personen angefertigt worden sind, müssen 25 Jahre aufbewahrt werden.

3.4.9.27. Aufbewahrungsfrist für Meldungen über Infektionskrankheiten (Gelbmeldungen). (Informationsdienst der Staatlichen Archivverwaltung Nr. 23 vom 12. Januar 1976)

3.4.9.28. Krankenblattarchivordnung des Magistrats von Groß-Berlin – Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen – vom 20. Juli 1964

- stationäre medizinische Betreuungsdokumentation: 30 Jahre
- ambulante medizinische Betreuungsdokumentation: 15 Jahre
- psychiatrische Betreuungsdokumentation: 60 Jahre

3.4.9.29. Schriftgutkatalog für das Schriftgut der Rechnungsführung und Statistik des Staatlichen Versorgungskontors für Pharmazie und Medizintechnik einschließlich der ihm unterstellten Versorgungsdepots in Verbindung mit der Anweisung Nr. 8/73 über den Schriftgutkatalog für das Schriftgut der Rechnungsführung und Statistik, 1. September 1973

3.4.9.30. Zentralklinik für Lungenkrankheiten und Tuberkulose Bad Berka; Aktenplan für die Bereiche Verwaltung, Wirtschaft, Technik, September 1968

3.4.9.31. Bezirkskrankenhaus für Neurologie und Psychiatrie Arnsdorf, Aufbewahrung von Krankengeschichten und Personalakten, 21. Dezember 1981

3.4.9.32. Aktenplan mit Aufbewahrungsfristen des Bezirkshygieneinstitutes Karl-Marx-Stadt, 10. Juni 1975

3.4.9.33. Verzeichnis und Aktenplan des Bezirksinstitutes für Blutspende- und Transfusionswesen Schwerin, 1977

3.4.9.34. Aktenplan (mit Aufbewahrungsfristen) des Amtes für Arbeit und Löhne beim Rat des Bezirkes Cottbus, 30. Dezember 1980.

3.4.10. Bildungswesen

3.4.10.1. Zweite Durchführungsbestimmung vom 18. Oktober 1973 zur Verordnung über die Aus- und Weiterbildung der Meister – Bewertungsordnung in der Meisterausbildung – (GBl. I Nr. 50 S. 509)

Hinweis:
§ 17 (1): „Die Protokolle über den Abschluß der Ausbildung sowie die Abschriften der Urkunden über die Zuerkennung sind von den Abteilungen Berufsbildung und Berufsberatung der Räte der Kreise 30 Jahre lang aufzubewahren."

§ 17 (2): „Die Klassenbücher sind nach Abschluß der Ausbildung von den jeweiligen Bildungseinrichtungen 1 Jahr lang aufzubewahren."

3.4.10.2. Anordnung vom 3. Januar 1975 über die Durchführung von Prüfungen an Hoch- und Fachschulen sowie den Hoch- und Fachschulabschluß – Prüfungsordnung – (GBl. I Nr. 10 S. 183)

Hinweis:
§ 21 (4): „Prüfungsarbeiten sind an den Hoch- und Fachschulen mindestens 5 Jahre aufzubewahren."

3.4.10.3. Anordnung vom 26. Januar 1976 über das Diplomverfahren – Diplomordnung – (GBl. I Nr. 7 S. 135)

Hinweis:
§ 12 (1): „Diplomarbeiten sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren, sofern andere Rechtsvorschriften über Nachweise und Aufbewahrung von Forschungsergebnissen dem nicht entgegenstehen." § 12 (2): „Protokolle, einschließlich der Beurkundung über die Verleihung sind 30 Jahre aufzubewahren."

3.4.10.4. Anordnung vom 15. Mai 1986 über die Facharbeiterprüfung (GBl. I Nr. 21 S. 209)

Hinweis:
Anlage 3; Abschnitt 3. Aufbewahrung der Prüfungsunterlagen:

3.1. Die Abschriften von Zeugnissen und Urkunden über die Zuerkennung der Facharbeiterqualifikation sowie die Prüfungsprotokolle sind von der Abteilung Berufsbildung und Berufsberatung des Rates des Kreises, bei dem die Prüfungskommission registriert wurde, aufzubewahren. Das gilt auch für Zeugnisabschriften gemäß § 20 Abs. 3.

3.2. Die zur Anfertigung von Ersatzdokumenten erforderlichen Abschriften von Zeugnissen und Urkunden über die Zuerkennung der Facharbeiterqualifikation sind 50 Jahre, die Prüfungsprotokolle 5 Jahre, die übrigen Unterlagen sind nach Abschluß der Facharbeiterprüfung 1 Jahr aufzubewahren. Das gilt auch für bereits aufbewahrte Unterlagen.

3.4.10.5. Anweisung vom 8. Januar 1980 über die Erteilung von Zeugnissen und die Versetzung an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung Nr. 2 S. 21)
Hinweis:

Tz. 7.3.: Abschriften von den Abgangs-, Abschluß- bzw. Reifezeugnissen sind 30 Jahre an der Schule aufzubewahren.

3.4.10.6. Anweisung vom 1. Oktober 1980 zur Aufbewahrung dienstlichen Schriftgutes auf dem Gebiet der Jugendhilfe, Anlage: Aufbewahrungsfristen.

3.4.10.7. Anweisung Nr. 11/85 vom 6. Dezember 1985 über dienstliches Schriftgut an allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen und Volkshochschulen. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung 1986 Nr. 1 S. 21)

3.4.10.8. Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung vom 12. Mai 1981 Aufbewahrungsfristen für Hausarbeiten zur 2. Lehrerprüfung.

Hinweis:
enthält eine der Anordnung vom 3. Januar 1975 über die Durchführung von Prüfungen an Hoch- und Fachschulen sowie den Hoch- und Fachschulabschluß – Prüfungsordnung – entsprechende Regelung. (vgl. 3.4.10.2.)

3.4.10.9. Hinweise der Abteilung Grundfonds- und Materialwirtschaft vom 15. Januar 1979 über die Aufbewahrung und Aufbewahrungsfristen von Dokumenten der Grund- und Arbeitsmittelrechnung. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen 1979)

3.4.10.10. Anweisung Nr. 23/81 vom 11. September 1981 über die Aufbewahrung und Archivierung von Studentenakten an Universitäten, Hoch- und Fachschulen der DDR. (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen Nr. 6 S. 46)

3.4.10.11. Gemeinsame Anweisung des Ministers für Kultur und des Ministers für Hoch- und Fachschulwesen vom 4. Oktober 1982 über die Rahmenordnung für den Internationalen Leihverkehr – Rahmenordnung für den Internationalen Leihverkehr – (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen 1983 Nr. 2 S. 21)

Hinweis:
§ 4 (5): „Die Duplikate der den ausgehenden Sendungen beizufügenden Inhaltsverzeichnisse werden 1 Jahr aufbewahrt."

3.4.10.12. Anweisung vom 1. April 1958 über Aufbewahrung, Aussonderung und Vernichtung von Schriftgut an den Fachschulen der DDR. (Verfügungen und Mitteilungen des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen Nr. 2 S. 29 bzw. Beilage der Zeitschrift „Die Fachschule" Juni 1958)

3.4.10.13. Volk und Wissen Volkseigener Verlag Berlin Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Mai 1985.

3.4.11. Kultur

3.4.11.1. Anordnung vom 27. Juli 1978 über die Erfassung und Sicherung der Bibliotheksbestände in staatlichen Allgemeinbibliotheken und Gewerkschaftsbibliotheken (GBl. I Nr. 27 S. 303)

Hinweis:
§ 4 (2): „Die Aufbewahrungsfrist für Katalogzettel des systematischen Dienstkatalogs bzw. systematischen Dienst- und Benutzerkatalogs beträgt 2 Jahre nach Abgang aller Exemplare eines Titels. Die Aufbewahrungspflicht für die statistischen Ermittlungsunterlagen beträgt 10 Jahre, gerechnet vom Datum der letzten Eintragung."

3.4.11.2. Verordnung vom 12. April 1978 über den Staatlichen Museumsfonds der DDR (GBl. I Nr. 14 S. 165)

Hinweis:

nach § 7 (4) sind Eingangsbelege, Übernahme-, Grabungs- und Sammlungsprotokolle, Nachlaßverfügungen, Kaufverträge und andere Dokumentationen unbefristet aufzubewahren.

3.4.11.3. Erste Durchführungsbestimmung vom 7. Februar 1980 zur Verordnung über den Staatlichen Museumsfonds der DDR – Inventarisierung, Katalogisierung, Umsetzung und Aussonderung musealer Objekte und Sammlungen – (GBl. I Nr. 10 S. 83)

Hinweis:
Nach § 8 sind Inventurprotokolle (Anlage 1) in 2facher Ausfertigung anzufertigen; ein Protokoll ist dem in § 3 Abs. 2 genannten Organ zu übermitteln, das andere im Museum unbefristet aufzubewahren.

§ 11 (5): „Katalogkarten sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren. Das gilt auch für Begleitdokumente, soweit sie nicht zusammen mit dem Objekt oder der Sammlung abgegeben werden."

3.4.11.4. Vierte Durchführungsbestimmung vom 24. September 1984 zum Kulturgutschutzgesetz – Tätigkeit der Kulturgutsachverständigen – (GBl. I Nr. 28 S. 319)

Hinweis:
§ 6 (4): „Die Kulturgutsachverständigen haben ihre gutachterlichen Feststellungen 10 Jahre aufzubewahren, soweit sie nicht vom auftraggebenden staatlichen Organ einbehalten werden. Bei Einbehaltung ist dem Kulturgutsachverständigen darüber eine Quittung auszustellen, die 10 Jahre aufzubewahren ist."

3.4.11.5. Schriftgutkatalog und Aktenplan der Verlage VEB Bibliographisches Institut, VEB Verlag Enzyklopädie, VEB Max Niemeyer Verlag, VEB Verlag für Buch- und Bibliothekswesen, 1980

3.4.11.6. Institut für Museumswesen
Aktenplan mit Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Januar 1985

3.4.11.7. Staatliche Kunstsammlungen Dresden
Einheitlicher Aktenplan mit Schriftgutbewertungsverzeichnis vom 1. Mai 1985

3.4.12. Jugend, Körperkultur und Sport

3.4.12.1. Aktenordnung und Aktenplan des Staatssekretariats für Körperkultur und Sport beim Ministerrat der DDR vom 1. Dezember 1984

3.4.13. Rundfunk, Fernsehen, ADN

3.4.13.1. Fernsehen der DDR
Aktenplan (mit Aufbewahrungsfristen), April 1986

3.4.13.2. Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst (ADN)
Aktenplan (mit Aufbewahrungsfristen) vom 1. Januar 1969

3.5. Örtliche Volksvertretungen und ihre Organe

3.5.1. Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut der kreisangehörigen Städte und Gemeinden der Deutschen Demokratischen Republik – Schriftgutbewertungsverzeichnis –, hrsg. v. Ministerium des Innern, 1. Dezember 1973

3.5.2. Schriftgutbewertungsverzeichnis, Leitungsablage des Büros für Territorialplanung bei der Bezirksplankommission Dresden, 1. Juni 1977

4. Bestimmungen von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Berufsverbänden und Vereinigungen

4.1. Sozialistische Einheitpartei Deutschlands
Richtlinie für den Umgang mit dem Schriftgut der Grundorganisationen der SED – Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 7. Juli 1980 (Neuer Weg, Beilage zum Heft 19/80)

4.2. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund – FDGB –
Richtlinie der Wertermittlung für die Aufbewahrung und Kassation von Schriftgut des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 1. Juni 1968

4.3. Nationale Front
Ordnungen für den Umgang mit dem dienstlichen Schriftgut der Nationalen Front der DDR: Erläuterungen zur Anwendung des Einheitsaktenplanes und Einheitsaktenplan in der Fassung der Änderungen vom 2. Januar 1980

4.4. Liga für Völkerfreundschaft
Ordnung für den Umgang mit dem dienstlichen Schriftgut der Liga für Völkerfreundschaft der DDR vom 1. Januar 1978 – S. 1–7: Einheitsaktenplan

4.5. Deutsches Rotes Kreuz
Rahmenaktenplan und Kassationsrichtlinie des Deutschen Roten Kreuzes, 1968

4.6. Wohnungsbau-Genossenschaften
Rundschreiben AWG Nr. 3/64 bzw. GWG Nr. 22: Richtlinie für die Aufbewahrung und Kassation von Schrift- und Beleggut der sozialistischen Wohnungsgenossenschaften, 31. Oktober 1964 – Anlage: Aufbewahrungsfristen

4.7. Kammer der Technik
Aktenplan des Präsidiums der Kammer der Technik, 1. Mai 1981 – mit Aufbewahrungsfristen –

4.8. Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe – VdgB –
Kassationsrichtlinie für das Schriftgut der VdgB (BHG), 10. Juni 1956
A: Erläuterungen zur Kassationsrichtlinie
B: Katalog
1. Nachtrag vom 25. Januar 1957

4.9. Arbeitsrichtlinie für die Archivarbeit und Schriftgutverwahrung im Bereich der VdgB vom 1. Juli 1963

4.10. Hinweis für die VdgB-Genossenschaften auf Schriftgutkategorien, die bereits in den Richtlinien zur Vereinfachung des Verfahrens der Kassation enthalten sind und nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen ohne Kassationsantrag dem Altstoffhandel zugeführt werden können, 3. Dezember 1962

4.11. Nachtragskatalog für die VdgB zu den Richtlinien zur Vereinfachung des Verfahrens bei der Kassation einiger Schriftgutkategorien vom 5. Oktober 1961, die nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen ohne Kassationsantrag gemäß der Richtlinie dem Altstoffhandel übergeben werden können, 21. März 1963

4.12. Verband der Konsumgenossenschaften der DDR
Anlage zum Beschluß Nr. 43/78 vom 5. Mai 1978: Archivordnung für die konsumgenossenschaftlichen Organisationen, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen. (Beschlüsse, Anweisungen, Informationen des Verbandes der Konsumgenossenschaften 22 (1978) Nr. 3 S. 27) Anlage 2 zur Archivordnung: Kassationsverfahrensrichtlinie für die konsumgenossenschaftlichen Organisationen, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen

4.13. Rahmenaktenplan der konsumgenossenschaftlichen Organisationen der DDR (mit Aufbewahrungsfristen), 1979

Hinweis:

Die Auswahlbibliographie zur Bewertung von dienstlichem Schriftgut und die Richtlinien für die Erfassung und Übernahme von dienstlichem Schriftgut aus den aktenführenden Stellen durch die Verwaltungsarchive; für die Kassation von dienstlichem Schriftgut; für die Übergabe/Übernahme von Archivgut aus den Verwaltungsarchiven in die Endarchive sind noch in Arbeit und werden den Bestellern der Methodischen Richtlinien für die Bewertung von dienstlichem Schriftgut nach ihrer Fertigstellung zugeschickt.